

Joseph v. Utzschneider,
sein Leben, sein Wirken, seine Zeit
(Ein Beitrag zur bayerischen Wirtschaftsgeschichte)

Ilse Mackenthun

1958

JOSEPH v. UTZSCHNEIDER, SEIN LEBEN, SEIN WIRKEN, SEINE ZEIT

(Ein Beitrag zur bayerischen Wirtschaftsgeschichte)

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von

Ilse Mackenthun

1958



5349/60.

Gedruckt mit Genehmigung der Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Universität München

Referent: Professor Dr. Dr. F. Lütge

Korreferent: Professor Dr. E. Preiser

Tag der mündlichen Prüfung: 17. 12. 1958

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

I. Teil: Lernen und Werden

1.	Kapitel	Utzschneders Bildungs- und Werdegang	1
2.		Utzschneider und der Illuminatenorden	7
3.	"	Die Meinung der Geschichtsforscher	12

II. Teil: Utzschneders Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns

	Einleitung:	Der Staat unter Karl IV. Theodor	15
1.	Kapitel	Utzschneders Beteiligung an der Mooskultur	17
2.	"	Seine Vorschläge zur Forstreform	23
3.	"	Seine Mitarbeit bei der Donaumooskultur	30
4.	"	Seine Tätigkeit im bayerischen Salinenwesen	33
5.	"	Utzschneders Tätigkeit unter Max IV. Joseph	45
		1) Mitarbeiter der Staatsreform	47
		2) Referendär in Landschaftssachen	52
		3) Vorkämpfer für neuen Landtag	57
		4) Tätigkeit als Politiker im Staatsdienst	61
6.	"	Die Wiederberufung in den Staatsdienst	65
		1) Utzschneider als Salinenadministrator	65
		2) Seine Tätigkeit im Finanzministerium	70
7.	"	Utzschneders Tätigkeit auf politischem Gebiet	80
		1) als Landtagsabgeordneter	80
		2) als Vorkämpfer für Gewerbefreiheit	82
		3) als Förderer von Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft	88
		4) Vorschläge zur Entwicklung des Bankwesens	91
		5) Weitere Vorschläge	97
8.	"	Utzschneider als Bürgermeister von München	98

III. Teil: Utzschneders Verdienste um die Entwicklung des Münchener

Wirtschaftsraumes

1.	Kapitel	Utzschneders Unternehmertätigkeit	109
		1) Seine Lederfabrik	113
		2) Das mathematisch-mechanische Institut	118
		3) Die Utzschnedersche Tuchfabrik	139

	Seite
4) Utzschneiders landwirtschaftliche Unter- nehmungen und seine Tätigkeit auf agrar- industriellem Gebiet	154
2. Kapitel Utzschneider und Senefelder, Erfinder der Lithographie	164
3. Kapitel "Schluß: Würdigung der Utzschneiderschen Verdienste	171
Quellen und Literatur	176

VORWORT

Um die Wende des 18. zum 19. Jahrhunderts taucht im Münchener Wirtschaftsleben der Name eines seltsamen Mannes auf, der das Interesse des Wirtschaftshistorikers nach mehreren Seiten hin verdient. Es ist der Geheime Rath Joseph von Utzschneider, der soeben aus dem Staatsdienst entlassen worden ist. Noch selten ist das Lebensbild eines Mannes in der bayerischen Geschichte durch der Parteien Hass und Gunst verzerrter wiedergegeben worden als dasjenige von Joseph Utzschneider. Die Geschichtsforschung hat sich später nur auf Teilgebieten mit seinem Leben und Wirken befasst, und auch hier stehen die Meinungen teilweise im schärfsten Gegensatz zueinander, so dass eine objektive Beurteilung seiner Leistungen sehr schwierig und auch kaum versucht worden ist. Wohl hat C. M. v. Bauernfeind 1) in einer Rektoratsantrittsrede versucht, eine Ehrenrettung von ihm zu geben und seine Leistungen auf staats- und volkswirtschaftlichem Gebiet gewürdigt, aber er hat doch nur zeigen wollen, wer Utzschneider war, wo er tätig war und in welcher Weise er gewirkt hat. Ein allgemeingültiges Urteil über die Persönlichkeit, über den Menschen Utzschneider hat auch er nicht gegeben, zumal er das Wirken Utzschneiders nur in großen Zügen aufzeigt und weniger das Wie seiner Leistungen als ihren Erfolg darzustellen gesucht hat.

Die Anregung zur Bearbeitung dieses Themas fand ich anlässlich der Materialsammlung zur wirtschaftlichen Entwicklung Münchens im 19. Jahrhundert. Dabei tauchte der Name Utzschneider auf vielen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens der damaligen Zeit auf. Utzschneider war, bevor er sich der privaten Wirtschaft zuwandte, Beamter im Staatsdienst gewesen. Als kurfürstlicher Hofkammerrat beschäftigte er sich mit der dem Staat so wichtig erscheinenden Mooskultur, als Forstreferendar lenkte er die bayerische Forstwirtschaft in neue Entwicklungsbahnen und als Salinenadministrator drückte er dem bayerischen Salinenwesen geradezu seinen Stempel auf.

Diese Tätigkeit auf staatswirtschaftlichem Gebiet war nur der erste Beitrag, den er zur Entwicklung des bayerischen Wirtschaftsraumes leistete. Unter Montgelas half er bei der Umwandlung Bayerns zum modernen Staat. Aber seine freigeistige, revolutionäre Gesinnung, seine kühnen Reformvorschläge trugen ihm mehr Feindschaft als Freundschaft ein, und seine Stellung war 1801 so unhaltbar ge-

1) C. M. v. Bauernfeind, J. v. Utzschneider und seine Leistungen auf staats- und volkswirtschaftlichem Gebiet, München 1880.

worden, dass der Kurfürst zu seiner Entlassung schritt. Nach seiner Entlassung betätigte er sich als privater Unternehmer und gründete neben dem mechanisch-optischen Institut noch zahlreiche andere Unternehmungen. Er erscheint uns heute als einer der Begründer der Münchener Industrie und Technik, als ein Mann, dessen Unternehmungsgeist, schöpferische Initiative, Organisations- und Finanzierungstalent geradezu bewunderungswürdig waren und seinen Zeitgenossen als anregendes Beispiel dienten. Von dieser Plattform aus gewann er später eine angesehene Stellung im öffentlichen Leben der Stadt. Er wird zum Bürgermeister Münchens gewählt und gehört dem bayerischen Landtag seit Beginn desselben ununterbrochen bis zu seinem Tode als Abgeordneter an. Wiederum taucht sein Name auf im Zusammenhang mit der Reform der öffentlichen Wohlfahrtspflege, des Schul- und Gesundheitswesens. Als Vorstand des polytechnischen und des landwirtschaftlichen Vereins hält er zahlreiche Vorträge über Förderung des Handels und Gewerbewesens, des Kunst- und Gewerbelebens, des Ackerbaues und der Viehzucht in Bayern. Auf fast allen Wirtschaftsgebieten hat sich Utzschneider betätigt, und wenn auch die meisten seiner Reformversuche nicht zur Ausführung gekommen sind, so ist dies nur ein Beispiel dafür, dass er auch auf diesen Gebieten seinen Zeitgenossen weit voraus war.

Es ist schwierig, eine alles umfassende Darstellung seines Wirkens zu geben; denn es musste die Verschiedenartigkeit seines Wirkens als Staatsbeamter und Privatmann genau untersucht und abgegrenzt werden, wobei der Schwerpunkt der Untersuchungen auf seinen Beitrag zur Entwicklung des bayerischen Wirtschaftsraumes gelegt wurde, aber zur vollen Würdigung seiner Gesamtverdienste, die sich auf einen Zeitraum von mehr als 50 Jahren verteilen, mussten auch die anderen Teilgebiete gestreift werden. Dies soll in Gestalt einer kurzen Biographie geschehen, die der eigentlichen Arbeit vorausgehen und die den Bildungs- und Werdegang dieses seltsamen Mannes aufzeigen soll. Die Biographie ist historisch - deskriptiv. Bei der Behandlung des zweiten Teiles soll jedoch versucht werden, die Bedeutung des J. Utzschneider für die Entwicklung des bayerischen und des Münchener Wirtschaftsraumes an Hand eines umfassenden Quellenmaterials darzustellen. Dabei wurde von einem Teil des ausserordentlich umfangreichen Archivmaterials Gebrauch gemacht, das sich im Staats- und Kreisarchiv befindet. Auch das Deutsche Museum barg reiche Schätze, da sämtliche Privatpapiere, Tagebücher, Briefe und Urkunden des J. v. Utzschneider von dessen Nachkommen dem Deutschen Museum schenkungsweise überlassen wurden. Auf Grund dieser Akten- und Urkundensammlung, die zahlreiche eigenhändige Schriftstücke Utzschneiders enthält, bieten sich ganz neue Unterlagen für die Beurteilung des Utzschneiderschen Wirkens. Der Leitung des

Deutschen Museums, sowie des Hauptstaats-, Kreis- und Stadtarchivs möchte ich an dieser Stelle für ihr freundliches Entgegenkommen herzlichst danken.

Das behandelte Aktenmaterial ist zeitlich, und zwar in drei Abschnitte geteilt. Diese zeitliche Einteilung nach Wirkungskreisen brachte es zuweilen mit sich, dass eine Aneinanderreihung sonst nicht zusammengehörender Sachgebiete vorgenommen wurde und dass gelegentlich auch in kulturelle und politische Gebiete hinübergegriffen wurde - soweit die Gleichzeitigkeit der Ereignisse und die gegenseitige Abhängigkeit dieser Gebiete voneinander betont werden sollten. In dieser Abhandlung, die zum Teil eine Lebensbeschreibung darstellt, soll auch das Detail nicht vergessen werden. Wie bei jeder Biographie ist auch hier das Detail interessant und deshalb soll auch von solchen Einzelheiten berichtet werden, von Plänen, Projekten und Ideen, die im Laufe der Zeit auftauchen, heranreifen oder wieder verschwinden. Daneben soll aber auch die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens allgemein und der Stadt München im besonderen untersucht werden. Dabei soll jedoch keine chronologische Datenregistrierung der einzelnen Geschehnisse gegeben, sondern es soll versucht werden, die wichtigsten Grundlagen und Entwicklungsrichtungen der damaligen Wirtschaft aufzuzeigen. Es soll gezeigt werden, wie der Mensch, der der Träger oder Anreger dieser wirtschaftlichen Entwicklung ist, diese Verflechtung der Wirtschaftskörper fördert. Dass Utzschneider dabei die Rolle eines "spiritus rector" innehatte, kann nicht geleugnet werden und dass ihm daher als "Wirtschaftsführer seiner Epoche" eine besondere Aufmerksamkeit im Rahmen dieser Arbeit gewidmet wird, sollte bei dem weiten Rahmen seiner gesamten Wirtschaftsinteressen und bei seinen Verdiensten um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung Bayerns durchaus verständlich sein.

I. Teil

LERNEN UND WERDEN

1. Kapitel

Utzschneiders Bildungs- und Werdegang.

Joseph Utzschneider wurde als das älteste von neun Kindern am 2. März 1763 zu Rieden am Staffelsee geboren. Seine Eltern, Andreas und Maria Utzschneider, letztere eine geborene Andree, bewirtschafteten hier ein Bauerngut, das schon seit zwei Jahrhunderten im Besitze der Familie Andree war. 1) Sein Vater fand jedoch seinen Hauptverdienst im Pferdehandel und besuchte fleissig die Jahrmärkte. So blieb die Sorge für die Erziehung der Kinder und für die Bestellung der Felder hauptsächlich der Mutter überlassen, einer klugen und verständigen Frau, von der Utzschneider später sehr gerne sprach. Im Alter von fünf Jahren kam er in die Dorfschule zu Uffing am Staffelsee, der er kaum mehr verdankte als körperliche Abhärtung, eine Folge des täglichen, bei jedem Wetter sich wiederholenden Hin- und Herwanderns. 2) Als er acht Jahre alt war, schickte man ihn in die Lateinschule des Klosters Polling, wo er das Gespött und die Neckereien seitens der Söhne adeliger Eltern zu ertragen hatte und von wo er bald wieder nach Hause entfloh. Als eines Tages sein Onkel Andreas Andree, der bei der Herzogin Maria Anna von Bayern 3) Zahlmeister und Geheimsekretär war, nach Rieden kam, den Knaben prüfte und dessen reiche Begabung erkannte, war sein Schicksal entschieden. Andree übernahm die weitere Erziehung des Knaben. Es erfolgte die Übersiedlung nach München,

- 1) Utzschneider verfaßte eine kurze Selbstbiographie, die in der Handschriftenabteilung des Deutschen Museums, Nr. 5124, erhalten ist.
- 2) Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf C. M. von Bauernfeind, der seine Biographie auch in Band 39 der Allgemeinen Deutschen Biographie, Leipzig 1895, S. 420 ff. veröffentlicht hat.
- 3) Maria Anna von Pfalz-Bayern (1722-1790) war die Tochter des Pfalzgrafen Joseph Karl Emanuel aus der Pfalz-Sulzbachschen Linie des Hauses Wittelsbach. Ch. Haeutle, Genealogie des Hauses Wittelsbach, München 1870, S. 86.

wo der herzogliche Musikus Wolfgang Kirmayr für Wohnung und Pflege des jungen Lateinschülers zu sorgen hatte.

Die Sorge seines Onkels Andree um den Jungen wurde für Utzschneiders spätere Laufbahn von größter Bedeutung. Die Eltern hätten die Kosten einer besseren Ausbildung kaum tragen können. Auch scheint sich der Vater, wie Stoll berichtet 1), kaum um die Ausbildung seines Sohnes gekümmert zu haben. Der Weltpriester Lampl ließ Utzschneider eine gute Ausbildung in Latein und Griechisch zukommen, so daß er 1773 in das Wilhelmsgymnasium zu München eintreten konnte. Dort hatte er zwei Weltpriester und drei Exjesuiten als Lehrer. Er blieb fünf Jahre an der Schule und schreibt in seinen persönlichen Aufzeichnungen über diese Zeit : 2)

"Ich war immer unter den ersten, lernte aber, ein bißchen Latein und Griechisch abgerechnet, nicht viel und wußte, als ich im Jahr 1777 die Rhetorik verließ, nicht einmal die Anfangsgründe der Arithmetik, der Algebra, Geometrie und Geographie."

1778 wechselte er an die Marianische Akademie über. Diese Schule war aus der Militärakademie des bayerischen Kadettenkorps hervorgegangen. In den Listen der Jahre 1778 - 1780 taucht auch der Name Utzschneider auf. 3)

Nach Beendigung dieser Akademie stand ihm der Übergang zur Universität offen. Zuvor sollte aber seine weitere Erziehung und Ausbildung durch die politischen Ereignisse der kommenden Jahre jäh unterbrochen werden.

Am 30. Dezember starb mit dem Kurfürsten Max III. Joseph die Wilhelminische Linie der Wittelsbacher aus. 4) Dieser Todesfall wurde auch für das Leben Utzschneiders bedeutungsvoll.

1) Stoll, Max, J. Utzschneider, München 1918, S. 4.

2) Deutsches Museum, Nr. 5124.

3) vgl. A. v. Schönhueb, Die Geschichte des Bayerischen Kadettencorps. München 1856. zweiter Teil, S. 77.

4) vgl. Haeutle, a. a. O., S. 86. Max III. Joseph (1745 - 1777) gründete 1759 die bayerische Akademie der Wissenschaften und das bayerische Kadettencorps.

Mit Max III. Joseph erlosch die bayrische Linie des Hauses Wittelsbach. Ihm folgte nach den Allianz- und Erbverträgen Karl IV. Theodor, Kurfürst von Pfalz-Zweibrücken. 1)

Gleich nach dem Tode Max III. Joseph wurde der Zahlmeister Andree 2) von der Herzogin Maria Anna nach Mannheim zum Kurfürsten Karl Theodor entsandt, um ihm die Nachricht von seiner Ausrufung als Herrscher von Bayern zu überbringen. Nach mehr als 500jähriger Trennung waren 1777 Pfalz und Bayern wieder vereint. Karl Theodor legte nicht viel Wert auf den Landesteil Bayern, und bereits wenige Tage nach seinem Regierungsantritt schloß er am 3. Januar 1778 mit Maria Theresia von Österreich einen Geheimvertrag, in dem er einen Teil Bayerns an Österreich gegen Entschädigung abtreten wollte. 3) Darüber waren die bayerisch eingestellten Kreise sehr erbittert. Die Herzogin Maria Anna sah diesen Vertrag als großes Übel für ihr Vaterland an und wollte eine derartige Zerstückelung nicht zulassen. Sie und patriotisch gesinnte Männer wie Obermayr, Lori und Andree setzten sich mit dem nächsten Erben des Kurfürstentums, Karl August von Zweibrücken, in Verbindung und schickten einen Boten zu Friedrich dem Großen, der gegen die Machtverschiebung zugunsten Österreichs war. Und hierbei spielt auch der junge Utzschneider eine kleine Rolle. Die Herzogin und ihre Ratgeber wurden als die Hauptgegner des österreichischen Planes streng überwacht und brauchten daher einen verschwiegene Boten, der einen Brief an Friedrich den Großen überbringen sollte, in dem dieser um Eingreifen gebeten wurde. In der Verlegenheit fand man einen trefflichen Ausweg: Utzschneider !

Dieser hatte schon während seines Aufenthaltes an der Marianischen Akademie das besondere Interesse der Herzogin Maria Anna auf sich gelenkt war auf Empfehlung seines Onkels im Kabinett der Herzogin als Geheimschreiber verwendet worden - dieses Wort in seiner eigentlichen Bedeutung genommen -, und jetzt er-

-
- 1) Karl IV. Theodor (1777-1799) stammte aus einer pfälzischen Seitenlinie des wittelsbachischen Hauses: Pfalz-Zweibrücken (vgl. Haeutle, Ch., a. a. O., S. 190).
 - 2) Andree, der früher Kammerdiener bei der Herzogin Maria Anna gewesen war, wurde von ihr 1770 zu ihrem Hofzahlmeister ernannt und genoß ihr höchstes Vertrauen. Nach dem Tode ihres Gatten, des Herzogs Klemens Franz soll sie im Jahre 1770 mit Andree heimlich getraut worden sein. Utzschneider war somit ihr Neffe. Historische Beweise gibt es hierfür nicht. Ein Hinweis darauf findet sich bei Döberl, M. Entwicklungsgeschichte Bayerns, München 1928, 3. Aufl. S. 344 und bei A. Ehrhard, Die bayerische Patriotenverfolgung vor hundert Jahren, in der "Augsburger Abendzeitung" vom 12. Feb. 1884.
 - 3) E. Reimann, Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges, Leipzig 1869, bringt hierzu weitere Einzelheiten.

hielt er den ehrenvollen, aber bei dem ausgebreiteten Spionagedienst Österreichs auch ebenso gefährlichen Auftrag, ein so bedeutungsvolles Schriftstück nach Berlin zu überbringen.

Mit erstaunlichem Geschick hat er seine Aufgabe durchgeführt. In einem sächsischem Dorf wäre der "diplomatische Kurier" beinahe von österreichischen Soldaten abgefangen worden, aber der intelligente und geschickte Gebirgsbauernsohn entzog sich dieser Gefahr geschickt dadurch, daß er nachts heimlich sein Quartier verließ, Wagen und Gepäck im Stiche ließ und den restlichen Weg nach Berlin zu Fuß zurücklegte. 1)

Das Schreiben an Friedrich den Großen bewirkte dessen Eingreifen in den bayerischen Erbfolgekrieg. Er rückte in Böhmen ein, wich aber ernsthafteren Kampfhandlungen aus. Dieser Krieg, der, weil er so matt geführt wurde, der "Kartoffelkrieg" genannt wurde, endete mit dem Friedenskongreß zu Teschen am 13. Mai 1779. Österreich begnügte sich mit der Abtretung des Innviertels und entsagte allen übrigen Ansprüchen auf bayerisches Gebiet. 2)

Utzschneider hat durch die Überbringung der Botschaft wesentlich zur Verhinderung der Zerstückelung Bayerns beigetragen und kam bei dieser Gelegenheit zum erstenmal mit der hohen Politik in Berührung. In seinem Herzen ist seit jenem Tag, an dem er dem großen Preußenkönig gegenübertrat, eine unbeschreibliche Verehrung für denselben lebendig geblieben. Bauernfeind 3) berichtet, daß der König den Knaben früher bereits derartig begeistert hatte, daß er mit gleichgesinnten Kameraden zu ihm entfliehen wollte, ein Fluchtversuch, der jedoch nur bis Freising gedieh und dort beim Frühstück endigte.

Nach Abschluß des Teschener Friedens hatten die Herzogin und ihre Ratgeber den Haß Österreichs auf sich geladen. Karl Theodor zünte der Herzogin und ließ alle ihre Mitarbeiter aus München verweisen und von allen Geschäften entfernen. 4) Bei dieser bayerischen Patriotenverfolgung wurde eine willkürliche

1) Stoll, M., a. a. O. erwähnt hierzu eine mündliche Mitteilung des Schwiegersohnes von Utzschneider, des ehemaligen Salinendirektors v. Knorr. S. 6.

2) Döberl, M., a. a. O., S. 343.

3) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 7, vgl. hierzu auch Du Moulin Eckart, R. Eine Ehrenrettung Utzschneiders, a. a. O., S. 135.

4) Zum 25. April 1890, dem hundertjährigen Todestag der unvergeßlichen Herzogin Maria Anna von Bayern in "Das Bayernland". 1. Jg. 1890, S. 194.

Rechtsprechung angewandt und die Urteile mußten ohne die Möglichkeit einer Verteidigung entgegengenommen werden. Vielleicht hat diese Verletzung der Gesetze Utzschneider dazu bewogen, später für eine Reform des Gerichtswesens einzutreten. Sein Onkel Andree kam in strengen Staatsarrest auf die Festung Rothenburg bei Nürnberg, aus der er auf Bitten der Herzogin nach einem Jahr entlassen wurde, aber nicht nach München zurückkehren durfte. Er hielt sich in Rieden auf. Erst 1799 wagte Utzschneider, der am Hofe in hohem Ansehen stand, ein Bittgesuch für seinen verbannten Onkel einzureichen, das auch von Maximilian Joseph erhört wurde, und am 10. April 1799 - also nach 20jähriger Verbannung - erhielt der Sekretär und Zahlmeister Andree seine frühere Freiheit wieder. 1)

Die Bestrafung seines Oheims hatte den jungen Utzschneider stark beeindruckt. Doch unterbrach er seine Studien an der Akademie nicht; die Herzogin nahm sich seiner Ausbildung weiter an, ernannte ihn zum Geheimsekretär und veranlaßte ihn, ganz in die Stellung seines verbannten Oheims zu treten. Als solcher hatte er neben der Erledigung der Korrespondenz und Verwaltungsarbeiten auch noch eine Reihe von Abschriften politischen Inhalts anzufertigen. Da die Herzogin wußte, daß Österreich auch nach Abschluß des Teschener Friedens seine Absichten nicht aufgegeben hatte, mußte es ihr sehr daran liegen, eine völlig vertrauenswürdige Persönlichkeit in ihrer Nähe zu haben. Auf die Verschwiegenheit des jungen Utzschneider konnte sie rechnen. Zur weiteren Ausbildung seiner geistigen Fähigkeiten ließ sie ihn an dem Unterricht der Marianischen Akademie teilnehmen. Er besuchte jetzt die obere, philosophische Klasse, von der aus man an die Universität nach Ingolstadt überwechseln konnte. Von den Lehrern der Militärakademie - Cosandey, F. M. Baader, Flurl, Renner, Grünberger - übte besonders letzterer einen großen Einfluß auf ihn aus. Dieser ausgezeichnete Mathematiker flößte ihm jene Liebe und Begeisterung für die mathematischen und physikalischen Wissenschaften ein, die ihm - wie wir sehen werden - Zeit seines Lebens geblieben ist. Mit großer Verehrung hing er an diesem Lehrer und zog ihn später in manchen Zweigen der Staatswirtschaft zu Rate. 2)

Im Jahre 1780 verläßt Utzschneider die Akademie, an der er ausgezeichnete Fortschritte gemacht hatte, und übernimmt die Verwaltung des Gutes Anger,

1) Das Bittgesuch befindet sich im Utzschneider-Nachlaß. Deutsches Museum, Handschriftenabteilung, Nr. 5101.

2) So war Professor Grünberger bei der Herstellung des Steuerkatasters - siehe auch S. 74 - der beste Mitarbeiter seines ehemaligen Schülers.

das der Herzogin Maria Anna gehörte. Deshalb ist er auch in dem Matrikelbuch von Ingolstadt für das Jahr 1782/83 als "herzoglicher Verwalter" eingetragen, und als solcher wird er auch in den beiden Diplomen 1) bezeichnet, die er sich am Schlusse des Studienjahres 1783 auf Grund von Prüfungen erworben hat. Von der dazu erforderlichen Studienzeit an der Universität war er dispensiert.

"Mit mangelhafter Vorbildung, fast auf allen Gebieten Autodidakt, wußte er sich dennoch Kenntnisse zu erobern, die über das damalige Niveau der in Ingolstadt gebotenen Bildung weit hinaus gingen." 2)

Im gleichen Jahr erhielt er nach bestandener Prüfung den Titel eines Landschaftsgeometers. 3) Nach Abschluß seiner Studien wurde ihm von der Herzogin Maria Anna an der Marianischen Akademie die Stelle eines Repetitors für Mathematik und Physik, bald darauf die Professur für Kameralwissenschaften übertragen. Daneben erledigte er weiterhin die Privatangelegenheiten der Herzogin und führte diese bis zu ihrem Tode fort. 4) Die Herzogin schätzte seine Dienste sehr, denn als er von Ingolstadt zurückkehrte, bekam er auf ihre Fürsprache hin die Stellung an der Akademie, unbeschadet der Aufsicht über die Verwaltung des Gutes Anger, welche er fortzuführen hatte. Auch sein Eintritt in die Staatsverwaltung erfolgte durch Fürsprache der Herzogin. Am 9. Januar 1784 wird er zum kurfürstlichen Hofkammerrat mit Sitz und Stimme, jedoch vorläufig ohne Gehalt ernannt. 5) Dagegen blieb ihm sein Lehrstuhl für Kameralwissenschaften an der Marianischen Akademie. 5)

Utzschneider hatte also bereits eine gründliche Ausbildung genossen, als er zum Kammerrat ernannt wurde. Er hatte sich eine Kenntnis der alten Sprachen und des Französischen erworben, hatte sich mit Mathematik und Physik beschäftigt, sich mit den Lehren der Kameralwissenschaften und der Jurisprudenz auseinander-

- 1) Die Originale der beiden Diplome befinden sich im Deutschen Museum, Handschriftenabteilung, Nr. 5396/97, wovon das eine vom 26. Juli 1783 ihm die Würde eines akzentuierten beider Rechte, das andere ihm am 14. August desselben Jahres den Titel eines Doktors der Philosophie verlieh.
- 2) R. Graf Du Moulin-Eckart. Eine Ehrenrettung J. v. Utzschneiders, in: Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Bayerns, 5. Bd., Ansbach und Leipzig. 1897, S. 130 ff.
- 3) Das Prüfungszeugnis des Ingenieurobersten D' Ancillon liegt zusammen mit der Ernennungsurkunde zum "landschaftlichen Geometer" im Deutschen Museum Nr. 5287.
- 4) Selbstbiographie, Deutsches Museum. Nr. 5124.
- 5) Kreisarchiv, Akt Utzschneider, H. R. Fasc. 395/1123 1/2.
- 6) Bauernfeind, C. M., Allg. Deutsche Biographie, 39. Bd. Leipzig 1895, S. 423.

gesetzt und sich mit dem Aufgabenkreis eines Landschaftsgeometers vertraut gemacht. Bei der Verwaltung der herzoglichen Schwaig Anger hatte er Erfahrungen auf dem Gebiet der praktischen Landwirtschaft gesammelt, der er bis dahin völlig ferngestanden hatte. Das große Verständnis, das er später der Mooskultur in Bayern entgegenbringt, rührt aus dieser Zeit her, da er die Trockenlegung des Murnauer Moooses besorgte und dessen Abmessung er vornahm, die ihm viel Mühe und Arbeit machte. Und nicht zuletzt hatte ihn seine Tätigkeit als Geheimssekretär mit der Politik in enge Berührung gebracht. Eine zeitweise Mitgliedschaft beim Illuminatenorden führte ihn in das Wesen eines Geheimbundes ein. Sein Verhältnis zu diesem Orden soll im folgenden Kapitel behandelt werden. Sein Verrat an diesem Bund ist als eine der Hauptursachen für die starke Gegnerschaft, die Utzschneider zeit seines Lebens hatte, anzusehen, und die in diesem Orden geübte Geheimnistuerei scheint Utzschneider bei dem später gegründeten Jakobinerklub wiedergefunden zu haben. 1)

2. Kapitel

Utzschneider und der Illuminatenorden

1) Allgemeines

Die letzte Hälfte des 18. Jahrhunderts steht unter dem Zeichen des aufgeklärten Absolutismus. Man besinnt sich auf das Volkswohl und will gerne alles für das Volk, aber nichts durch das Volk selbst tun. Der sich unter Max III. Joseph anbahnende Umschwung zeigt sich an der Neugestaltung des Schulwesens. 1756 gründete er das bayerische Kadettenkops, eine Militärakademie, 1759 die Akademie der Wissenschaften, deren Ziel es sein sollte, die Wissenschaft mit dem Leben zu verbinden, ihre Ergebnisse zum Gemeingut des Volkes zu machen und volkstümliche Bücher und Zeitschriften im Sinne der Aufklärung an das Volk zu verteilen. Die Verbesserung des allgemeinen Schulwesens wurde zur Grundforderung einer geistigen Erneuerung Bayerns. 2) Eines der höchsten Ziele der Professoren Ickstatt und Lori war vor allem, die Wissenschaft der Bevormundung der Kirche zu entziehen, welche dieselbe in Bayern seit der Zeit der Gegenreformation ausübte. Eine Maßnahme dazu ging von Rom selbst aus. Am 21. Juli 1773 gab Papst Klemens XIV. die Auflösung des Jesuitenordens bekannt. In Bayern wurden die Schulorden aufgehoben, die Güter eingezogen und für die Ziele der Akademie

- 1) K. Th. Heigel, Die Jakobiner in München, Wien 1881, S. 159, im übrigen siehe S. 65 vorliegender Arbeit.
- 2) Stumpf, Pl. Denkwürdige Bayern, München 1865, S. 285. Einer dieser geistigen Erneuerer war der Prof. Weishaupt in Ingolstadt.

freie Bahn geschaffen. Die Güter des Ordens sollten für Schulen im Sinne der Aufklärung Verwendung finden. 1) Doch einigen revolutionären Köpfen schien die Aufklärung in Bayern nicht schnell genug vor sich zu gehen. Sie wollten mit Gewalt alle Hemmnisse hinwegräumen und überall "Licht verbreiten".

So wurde im Jahre 1776 durch den Ingolstädter Professor Weishaupt 2) der Illuminatenorden ins Leben gerufen. Sein Ziel war die beschleunigte Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnis im Sinne der Aufklärung. Den Mitgliedern des erleuchteten Bundes wurden vor allem die Schriften der französischen Enzyklopädisten empfohlen. Aber nicht wie dort aus dem Leben heraus sollte sich der neue Geist zu Freiheit und Herrschaft erheben, sondern durch Geheimtuerie, Verschwörung, Geheimbündelei, kurz: durch eine künstliche Treibhauszucht. Der zweifelhafte Grundsatz vom Zweck, der die Mittel heiligt, wurde den Mitgliedern als Mittel zur Erreichung eines Zieles empfohlen. 3)

Eines der Hauptziele des Ordens, das jedoch streng geheimgehalten wurde, bestand in der politischen Vereinigung Bayerns mit Österreich, das durch Untergrabung der Regierungsgewalt, durch Spionage und durch Einschleichen von Ordensmitgliedern in die Kabinette der Fürsten erreicht werden sollte. Durch einen "Wechsel der Macht" 4) sollte der neue österreichische Plan, Bayern gegen ein für Karl Theodor zu schaffendes Königreich Burgund einzutauschen, unterstützt werden.

Das Endziel des Ordens und Professor Weishaupts war, so berichtet Döberl, 5) dessen Aussage sich auch mit derjenigen von Utzschneider 6) deckt, die Niederlegung der territorialen wie der nationalen Schranken, die Beseitigung des Christentums und die Errichtung eines Weltbürgertums. Der Orden hatte sich schnell in allen Ländern ausgebreitet. Seine Mitglieder setzten sich aus Fürsten, Gelehrten, Staatsmännern und Dichtern zusammen. Der Herzog von Weimar, Goethe und Herder gehörten zu seinen Anhängern. 7) 8)

1) Döberl, M., a. a. O., II. Bd. 2. Aufl., S. 316.

2) Engel, L., Geschichte des Illuminatenordens, Berlin 1906, S. 161:
"Die Ordensverfolgung in Bayern."

3) Utzschneider, J., Drey merkwürdige Aussagen, die innere Einrichtung des Illuminatenordens betreffend. München 1786, S. 45.

4) vgl. Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 9.

5) Döberl, M., a. a. O., 2. Aufl., Bd. II, München 1912, S. 322.

6) Utzschneider, J., Drey merkwürdige Aussagen, a. a. O., S. 49-50.

7) Stahl, W., a. a. O., S. 16, berichtet, daß der Orden sich in Preußen, Österreich, Dänemark, Italien und sogar in Amerika ausbreitete und bedeutende Dichter und Denker wie Goethe und Herder zu Mitgliedern hatte, vgl. hierzu au

8) Maenner, L., Bayern vor und in der franz. Revolution, Berlin u. Leipzig, 1927,

2) Utzschneider und sein Verhältnis zum Illuminatenorden.

Diesem Orden trat im Jahre 1783 auch der damals noch nicht zwanzigjährige Utzschneider bei, und die Frage über sein Verhältnis zu dem Illuminatenorden hat in der Folgezeit viel Staub aufgewirbelt.

Utzschneider kam auf sehr sonderbare Weise in diese Gesellschaft, ohne nämlich zu wissen, mit welchen Persönlichkeiten er es hier zu tun hatte. Der Orden umfaßte ein hierarchisch gegliedertes System der Teilnehmer in aufsteigender Linie, die er jedoch nicht kannte, weil sie unsichtbar blieben. Er war auf Zureden des Weltpriesters Cosandey, seines Collegen an der Marianischen Akademie, dem Orden beigetreten, in der Meinung, es handele sich um eine Gesellschaft sehr verständiger und patriotischer Männer, die durch Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnis im Sinne des Kurfürsten Max Joseph dem Geist der Nation zu freierer Bewegung verhelfen wollten. Der auf dem Gebiete der geheimen Verbindungen gänzlich unerfahrene Utzschneider wurde höchst neugierig und als er vernahm, daß sein väterlicher Freund und Lehrer, Professor Grünberger, auch ein Mitglied des Ordens geworden war, trug er keine Bedenken mehr, sich in diese Gesellschaft aufnehmen zu lassen. Von den Absichten der Gesellschaft wußte er so gut wie nichts. "Ich trat in den Orden, weil ich glaubte, zum Besten meines Vaterlandes." 1)

Der Marquis Costanzo 2) übernahm die Ausbildung des jungen Utzschneiders als neuen Mitgliedes des Ordens, lehrte ihn, seine Mitbrüder zu beobachten, machte ihm ein Geheimnis aus dem großen Zweck des Ordens, aus den unsichtbaren Oberhäuptern und aus den auswärtigen Verhältnissen desselben, sprach immer nur von höchster Weisheit, von blindem Gehorsam, von Beförderung brauchbarer Mitbrüder im Staate wie auch im Orden, von strenger Ordenspolizei und von schwerer Bestrafung, wenn ein Mitglied des Ordens diesen zu verraten wagen oder nicht für das Interesse des Ordens Leib und Leben wagen würde. Er lehrte ihn, dem Regenten weniger zu gehorchen als dem Ordenshofmeister, Mißtrauen gegen jedermann zu üben und den Orden als Staat im Staate zu betrachten. Durch derartige Vorträge suchte er den jungen Utzschneider für den Orden zu begeistern und ihn ganz für seine Zwecke zu gewinnen. Dieser schöpfte aber

1) J. Utzschneider, Große Absichten des Ordens der Illuminaten, München 1786, Nr. III. Antwort auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe. S. 28.

2) Der Marchese Costanzo von Costanza, ein Mailänder, wurde von Friedrich dem Großen wegen politischer Umtriebe aus Berlin ausgewiesen, erhielt 1785 auch in München den Befehl, Bayern innerhalb 12 Stunden zu verlassen. Er war der Werbeagent des Illuminatenordens, der die Logen aller großen Städte besuchte. (Engel, L., a. a. O., S. 166).

aus all diesem Gerede Verdacht, schwieg aber und vertraute sich nur seinem Freund und Lehrer Grünberger hierüber an.

Bald nach dem Eintritt Utzschneiders in die unterste Klasse des Ordens sollte jedoch die Tätigkeit des Ordens aufhören, und zwar durch einen Verrat Utzschneiders selbst. Der Ordensobere Constanzo forderte von ihm, weil er wußte, daß Utzschneider ins Kabinett der Herzogin Maria Anna als Geheimschreiber freien Zutritt hatte, von ihm die Auslieferung der Originalkorrespondenz der Frau Herzogin mit dem König von Preußen. Unter dem Vorwand, daß er seine Ergebenheit gegen den Orden prüfen wolle, wurde er aufgefordert, wenigstens einen Teil des gewünschten Aktenmaterials an den Orden auszuliefern. Entrüstet über diese Zumutung sandte er noch am selben Tage statt der Briefe seinen Ordensschmuck zurück und erklärte seinen Austritt. 1) Er erklärte der von Friedrich dem Großen auf die Gefährlichkeit des Ordens aufmerksam gemachten Herzogin die wahren Absichten dieser Gesellschaft - soweit er sie zu durchschauen vermochte. Und in einer von der Herzogin veranlaßten Audienz beim Kurfürsten Karl Theodor 2) deckte er seine Beziehungen zu den Illuminaten auf und wies diesen darauf hin, daß die Anhänger des Ordens hinter dem Aushängeschild ganz andere Ziele verfolgten. "Sie lehren Irreligiösität, Ungehorsam gegen den Landesherrn, bringen Uneinigkeit zwischen Eltern und Kinder, Mißtrauen zwischen Landesherrn und Untertanen, mischen sich in alle Staatsgeschäfte und bewirken Unruhen, wenn es das Beste des Ordens erfordert." 3)

Gleichzeitig legten andere Ordensmitglieder Grünberger, Cosandey, Dillis und Vitus Renner übereinstimmende Geständnisse ab und erklärten, daß ihre Austritt beschlossene Sache sei. Wenn man Utzschneider einen Vorwurf in dieser Angelegenheit machen kann, so ist es derjenige, daß er zu schwarz gesehen durch seinen übertriebenen, temperamentvollen Bericht der Herzogin und dem Kurfürsten einen großen Schrecken eingejagt und der Regierung genug Anhaltspunkte zum Einschreiten gegen den Illuminatenorden gegeben hat; denn durch kurfürstliches Edikt vom 22. Juni 1784 und 2. März 1785 wurde der Illuminaten-

- 1) Zschokke, H., Bayerische Geschichte, 4. Band, Aarau 1818, S. 342. Zschokke, ein Zeitgenosse und persönlicher Freund Utzschneiders ist der erste Geschichtsschreiber, der über diese Auslieferung des Aktenmaterials an den Orden berichtet. In den eigenen Aussagen Utzschneiders über diesen Orden erwähnt er diese Begebenheit jedoch nicht. (Drey merkwürdige Aussagen und Große Absichten des Ordens der Illuminaten).
- 2) Große Absichten des Ordens der Illuminaten, a. a. O., S. 16, auf Befehl des Kurfürsten vom 9. 9. 1783 wird er zur Schilderung der Ordensverhältnisse aufgefordert.
- 3) Drey merkwürdige Aussagen, a. a. O., S. 50 - 51.

orden und alle andern geheimen Gesellschaften verboten. 1) Die Mitglieder - Utzschneider hatte eine Namensliste aufgestellt - wurden mit Strafen belegt und zum Teil des Landes verwiesen. Unter diesen war auch der junge Montgelas, der Bayern im Jahre 1785 als Illuminat verließ, um 1799 als Minister dahin zurückzukehren. 2)

Nachdem Utzschneider den Kurfürsten Karl Theodor auf die große Gefahr, die der Orden für die Regierungspolitik darstellte, aufmerksam gemacht hatte, wurde er von seinen ehemaligen Ordensbrüdern als Verräter mit Drohungen und Schmähungen verfolgt. Utzschneider schreibt darüber. "Nach unserm Austritt wurden wir von ihnen überall als die niederträchtigsten Menschen verleumdet, in alle Gesuchen abgewiesen, bei unserer Obrigkeit verhaßt und verdächtig gemacht... " 3)

Von seinen Ordensbrüdern gebrandmarkt, von der Gegenpartei gepriesen, so erscholl sein Name in ganz Deutschland. Und dieser Vorfall sollte eine stete Quelle des Hasses gegen den angeblichen Verräter bleiben. Hartmann 4) berichtet, wie die Illuminaten aus gehässiger Rache in der von Weishaupt verfaßten Apologie Utzschneider der Mißhandlung seines Vaters beschuldigten, von der er sich aber vor dem Stadtgericht am 4. Jan. 1787 glänzend rechtfertigen konnte. Aus dieser Zeit stammt auch das Gerücht, daß er sein linkes Auge durch den Dolchstoß eines Illuminaten verloren hätte. In Wirklichkeit hatte er jedoch als zehnjähriger Knabe bei einem Jagdunfall ein Augenlicht eingebüßt. 5)

Bei diesem Stand der Dinge wurde seine Existenz in Bayern im höchsten Grade unangenehm und unsicher. Wenn er auch zunächst nichts von Seiten des Hofes zu befürchten hatte, so hielt er doch die Umstimmung des Fürsten durch seine Gegner für möglich, auch die Verbannung seines Oheims war noch zu frisch in seinem Gedächtnis, so daß er in steter Angst vor Verfolgung lebte. Da erwachte wieder die alte Vorliebe für den König Friedrich in ihm und er beschloß, in dessen Dienste zu treten. 6) Dieser Enthusiasmus rührte noch aus seiner Kindheit her und wurde durch den Inhalt der Korrespondenz der Herzogin noch ge-

1) Engel, L., a. a. O., S. 161 ff., und Döberl, M., a. a. O., S. 322.

2) Hoffmann, L., Oekonomische Geschichte Bayerns unter Montgelas, Erlangen 1885, S. 13.

3) Utzschneider, J., Drey merkwürdige Aussagen, S. 51.

4) Hartmann, J., J. v. Utzschneider, München 1925, S. 6 in "Monatsblätter der Marianischen Männerkongregation", Sonderdruck 1925/26.

5) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 43, Anmerkung.

6) Stoll, M., a. a. O., S. 22.

nährt. Aber es war ihm unmöglich, alle Einleitungen und Vorbereitungen so zu treffen, daß die Herzogin nichts davon merkte. Das noch unerbrochene Siegel eines Briefes, das sie kannte, führte sie auf die Entdeckung der Utzschneiderschen Pläne, sie stellte ihn zur Rede, und er schilderte ihr seine bedrängte Lage, seine Befürchtungen und Absichten, worauf sie ihn aufforderte, seinen Plänen zu entsagen und in den bayerischen Staatsdienst zu treten. Und es ist als ihr Verdienst anzusehen, daß sie durch diesen Vorschlag dem Land Bayern einen seiner verdienstvollsten Männer erhalten hat; dadurch daß sie ihm die unbezahlte Stelle eines kurfürstlich pfalzbayerischen Hofkammerrates mit Sitz und Stimme verschaffte, um die er sich schon im Vorjahre zweimal umsonst beworben hatte, 1) veranlaßte sie ihn zum Verbleiben am bayerischen Hof. Ein gewisses finanzielles Auskommen ermöglichte ihm seine Stelle als Professor der Kameralwissenschaften, die er weiter an der Marianischen Landesakademie innehatte.

3. Kapitel

Die Meinung der Geschichtsforscher zum Utzschneiderschen Verrat.

Inzwischen hat sich auch die Geschichtsforschung des Utzschneiderschen Verhaltens angenommen und besonders Du Moulin 2) und Engel haben versucht, sein Verhalten klar zu legen und zu rechtfertigen. Die historische Forschung ist heute zu folgenden Ergebnissen gekommen: daß Utzschneider bei seinem Eintritt in den Orden über dessen eigentliche Ziele vollkommen unwissend war und daß ihm ein Verrat insofern nicht vorgeworfen werden kann, als vor seinem Austritt bereits ein Mitglied des Ordens, das über die Ziele und die Organisation des Ordens besser informiert gewesen sein muß, über dessen geheime Absichten an hoher Stelle Bericht erstattet haben muß. Über den wahren Sachverhalt kann folgendes gesagt werden. Zweifellos steht fest, daß der Herzogin von irgendeiner Seite und zwar von der erwähnten Vernehmung Utzschneiders eine Warnung zugeht über das Treiben der Illuminaten in Bayern.

1) Kreisarchiv, Akt über Utzschneider, 1783 - 1801, H. R. Fasc. 395/1223 1/2.

2) R. Graf Du Moulin Ecken in: "Forschungen zur Literatur- und Kulturgeschichte Bayerns". B. 5. S. 130 ff., Ansbach und Leipzig 1897, unter dem Titel: "Eine Ehrenrettung".

Engel 1) weist auf Grund von Archivalien mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit nach, daß Friedrich der Große sich nicht im geringsten vorher um die Illuminaten in Bayern gekümmert hat. Eine Vernehmung auf Grund der Warnung Friedrich des Großen - wie es Zschokke a. a. O. S. 342 behauptet - ist demnach so gut wie ausgeschlossen. Wenn eine Vernehmung durch die Kurfürstin stattgefunden hat, so ist sie historisch nicht erwiesen und Utzschneider gibt nichts derartiges in seinen Schriften zu (außer der Vernehmung durch den Kurfürsten am 9. 9. 1783). Wenn sie aber stattgefunden hat, so hatte sie eine andere Veranlassung. So weist Engel nach, daß ein Professor der Marianischen Akademie, der vor Utzschneider bereits den Orden verlassen hatte, der Herzogin schriftliches Material übergeben habe, und kommt zu dem Ergebnis, daß der erste Ankläger und Verräter des Ordens der Weltpriester und Professor Sulpitius Cosandey gewesen sein muß. Dieser gab der Fürstin die Statuten und die Grundlagen des Ordenssystems, in welches Utzschneider als Minervale niemals eingedrungen sein kann. Der herzogliche Geheimschreiber hat nach Eckart und Engel auch jetzt noch immer geschwiegen. Er sprach kein Wort von dem Orden, auch nicht davon, daß Costanzo von ihm die Briefe der Herzogin verlangt habe. Nachdem die Herzogin durch Cosandey gewarnt worden war, hätte sie selbstverständlich auch Utzschneider um Auskünfte gebeten, der, da bei der nunmehrigen Lage der Dinge nichts mehr zu verschweigen war, der Herzogin volle Aufklärung gegeben hätte.

Auch daß man von ihm die Herausgabe der Briefe gefordert hätte, ist eine von Zschokke aufgestellte Behauptung, die nicht zu beweisen ist, auch nicht von Utzschneider zugegeben wird. Letzterer gab nur offen zu, daß er zur Entdeckung des Ordens beigetragen habe, freilich nicht in böswilliger Absicht, sondern von der Regierung vorgefordert und durch höchsten Befehl gezwungen, dem jeder rechtschaffene Untertan gehorchen muß. 2)

In seiner Selbstbiographie 3) erwähnt er die ganze Angelegenheit in einem einzigen Satz: "In Ingolstadt bekam er eine Fehde mit den dortigen Illuminaten, weil er diesen ganz geheimen Orden als Staat im Staate seinem Verderben entgegenführte".

1) Engel, L., a. a. O., S. 175.

2) Du Moulin, a. a. O., S. 130.

3) Deutsches Museum, Handschriftenabteilung, Nr. 5124.

Die im vollen Umfang jedoch gar nicht bewiesene Verrätereit Utzschneiders, die wie ein Schandfleck auf dem Lebensbilde dieses Mannes bis in die neueste Zeit hinein haftete, wird von Du Moulin-Eckart noch besonders unterstrichen. Er schreibt in seiner Ehrenrettung 1): Die Gründe des Austrittes seien verschiedenen Ursprungs gewesen. Vor allem sei in Utzschneider, der als Gutsverwalter, Geheimsekretär und Student zu keinem systematischen Abschluß der Studien gekommen war, der Keim einer gewissen Unreife geblieben. Das noch etwas knabenhafte Gefühl der Kränkung und des Verkanntwerdens durch Professor Weishaupt habe ihn zu seinem Schritte veranlaßt. 2) Auch habe die unterste Klasse des Ordens im Verhältnis zu dem großen Zwang zu wenig geboten. Vielleicht war auch sein Ehrgeiz beleidigt, weil er nicht befördert wurde. Zudem habe ihn, dem man Undank gegen seine Gönnerin zumutete, tiefer Argwohn erfaßt über die politischen Geheimnisse des Ordens, besonders weil er in sie noch nicht eingedrungen war. Abgestoßen habe ihn auch das Un-deutsche des Ordens, der sogenannte Ordenskosmopolitismus. Es ist als das Verdienst Du Moulin-Eckarts anzusehen, daß er an Hand eines zahlreichen Materials, das hier nur flüchtig gestreift werden konnte, das alte Märchen von einem offenen Verrate endlich beseitigt hat.

1) Du Moulin Eckart, Eine Ehrenrettung, a. a. O., S. 131.

2) Utzschneider erwähnt in seiner Antwort auf die Anklageschrift der Illuminaten: "Schreiben an den Hofkammerrat Utzschneider in München", welche unter der Devise: "Cavete vobis a signatis" stand, in "Große Absichten des Ordens der Illuminaten", Nr. III, S. 20, einen Zusammenstoß mit Professor Weishaupt: "Ich kam zu Professor Weishaupt; man fragte mich, was ich für Bücher lese? Ich antwortete Montesquieu und Tacitus mit den Noten von Amelot de la Houssaye. Weishaupt fragte, ob ich sie auch verstehe? "So ziemlich" war meine Antwort. Dem Herrn Professor stieg darüber die Röte ins Gesicht, er wollte sich bei mir Ansehen und Respekt verschaffen, und ich durfte zur Strafe meiner verwegenen Behauptung, daß ich den Montesquieu und Tacitus zu verstehen glaubte, auf 14 Tage dem weisen Manne nicht mehr unter das Gesicht."

II. Teil

UTZSCHNEIDERS BEITRAG ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG BAYERNS

Einleitung

Utzschneider im Staatsdienst unter Karl Theodor.

Utzschneiders Eintritt in den Staatsdienst (1784) erfolgt zu einer Zeit, in der sich auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet die ersten grundlegenden Umwandlungen vollziehen. Es ist das Zeitalter der französischen Revolution, die überall die Gemüter aller politisch interessierten Menschen aufs höchste erregt. Es ist die Zeit, in der man beginnt, das "l'état c'est moi" durch den Satz "der König ist der erste Diener seines Staates" zu ersetzen. Einer Zeit, in der man sich auf das Volkswohl besinnt und dem Begriff der rechtlichen Gleichheit, die bereits das Ideal des Absolutismus war, jetzt das Recht auf Freiheit hinzufügte. Überall wurden als praktische Auswirkung der Aufklärungsphilosophie staatliche Reformen durchgeführt.

Auch Bayern blieb von diesen neuen Zeitströmungen nicht verschont. Die Physiokraten unternahmen ihren Angriff auf das merkantilistische Wirtschaftssystem. Der einzig wertschaffende Faktor sei Grund und Boden. "So freudig sich der Bauernstaat Bayern physiokratischem Drängen öffnete, so unwirsch wies man einen Anhänger von Adam Smith aus den Grenzen.¹⁾ Man blieb vielmehr beim Merkantilismus, wobei der bayerische Staat sowohl die Form als auch den Geist des Merkantilismus nachahmte. Auf politischem Gebiet hatte noch niemand an einen modernen Staatsaufbau gedacht. Wohl war Bayern unter Maximilian III. Joseph (1745-1777) dem aufgeklärten Absolutismus einen Schritt näher gekommen. Aber unter Karl Theodor (1777-1799) war das Land wieder zu einem Sammelbecken der Reaktion geworden, die sich in der Bekämpfung der reformerischen Bestrebungen erschöpfte. Der Kurfürst, der infolge des bayerisch-österreichischen Tauschplanes ohnehin nicht die Zuneigung seiner altbayerischen Untertanen besaß, war durch den Ausbruch der französischen Revolution nur um so fester entschlossen, den reaktionären Stimmen sein Ohr zu leihen. Doch die verschiedensten Willen mehrten sich, den absolutistischen Befehl zu überhören. So wurden in Bayern durch den Illuminatenorden einige Jahre lang die Staats-treue der gesamten Beamtenschaft in Frage gestellt. Der mißtrauisch gewordene

1) Maenner, L., a. a. O., S. 60.

Karl Theodor strebte nach Reinigung des Staatskörpers. Er war vorsichtig bei der Lösung der Lebensfragen des Absolutismus, und seine tastenden Reformen offenbarten staatliche Schwäche. So schreibt Maenner: 1) "Wenn er an den Feudallasten besserte, den Ständen ihr Steuervorrecht und ihre Steuerkassen entreißen wollte, so suchte er nur seinen Absolutismus zu vollenden, Mißstände im Beamtentum zu beseitigen nur zur Festigung seines Systems." Erst seinem Nachfolger, Max IV. Joseph, sollte es vorbehalten bleiben, die kultur- und wirtschaftspolitischen Probleme der neuen Zeit einer Lösung zu unterziehen.

Utzschneider hatte sich trotz oder gerade wegen seiner Jugend bereits ausführlich mit den wichtigsten Problemen seiner Zeit auseinandergesetzt, um für die praktischen Aufgaben, die er im Staatsdienst zu übernehmen hatte, die besten Lösungen zu finden. Er las Adam Smith, über dessen Werk 2) er sich begeistert äußerte und nach dessen Lehren er später handelte. Außerdem las er, wie Bauernfeind berichtet 3), die Abhandlung des Italieners Mengotti, dessen Gedanken über den Colbertismus er so klar und deutlich fand, daß er beschloß, diese Abhandlung ins Deutsche zu übersetzen. Sie erschien 1793 in München, und da Utzschneider sich von dieser Schrift einen gewissen Einfluß auf die bayerische Wirtschaftspolitik versprach, widmete er sie dem damaligen Hofkammer-Vizepräsidenten; denn Utzschneider darf noch keine Verbesserungsvorschläge ausarbeiten. Vorerst arbeitet er nach seiner Berufung in den Staatsdienst in allen Zweigen der Finanzverwaltung, und man verwendet ihn überall dort, wo man einer brauchbaren und energischen Kraft bedarf. Es ist erstaunenswert, daß er bei dieser systemlosen Beschäftigung nicht verflacht und abgestumpft wird und noch Zeit findet, Mengotti, Smith und Montesquieu zu lesen.

Da seine berufliche Tätigkeit ihn nicht ausfüllte, wagte er am 6. Mai 1784 an den Kurfürsten Karl IV. Theodor die Bitte zu stellen, auf Staatskosten eine diplomatische Reise durch ganz Europa führen zu dürfen. 4) Auf dieser Studienreise wollte er vor allem Beobachtungen über Kameralwesen, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft machen, damit aus den gesammelten Erfahrungen das ganze Vaterland Nutzen ziehen könne. Die Reise sollte über Nürnberg, Dresden, Leipzig nach Hamburg gehen, nach Danzig, Petersburg, Stockholm führen, von dort nach London weitergehen und über Paris, Straßburg, Frankfurt wieder nach

1) Maenner, L., Bayern vor und in der französischen Revolution, a. a. O. S. 212.

2) A. Smith, An inquiry into the nature and causes of the wealth of nations, London 1776.

3) Bauernfeind, C. M., Aug. Deutsche Biographie, 39. Bd. S. 424 vgl. auch Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 6. Bd., S. 544 "Mengotti."

4) Kreisarchiv, Akt Utzschneider, 1783-1801, H. R. Fasc. 395/1223.

München zurückführen. Der Kurfürst lehnte ab: "derlei kostspielige Reisegesellschaften, welchen die Kenntnis ihres eigenen Vaterlandes noch mangelt, können nicht mit solch beträchtlichen Kosten unterhalten werden." 1) Seine Reisen verschob er auf später, 1) um sie für seine private und staatsmännische Tätigkeit auszuwerten.

Utzschneider hat sich bei seinem Eintritt in den Staatsdienst also mit allen kultur- und wirtschaftspolitischen Themen seiner Zeit eingehend befaßt und seiner näheren und fernerer Umgebung reges Interesse entgegengebracht. Den reaktionären Bestrebungen der Jesuiten zur Zeit Karl Theodors war er insofern gewachsen, als er bei seinem Eintritt in die Hofkammer eine Betätigung fand, bei der sein freiheitlich gesonnener Geist sich auswirken konnte, ohne mit den reaktionären Bestrebungen der Regierung in Konflikt zu kommen: der Mooskultur !

1. Kapitel

Das Wirkungsfeld des Hofkammerrats J. Utzschneider

1) Seine Beteiligung an der Mooskultur.

Eines der wichtigsten volkswirtschaftlichen Probleme der Regierung Karl Theodor schien die Urbarmachung der öden Moosgründe zu sein. "Eine wahre Kulturwut" 2) schien Bayern erfaßt zu haben. Um die kurfürstlichen Kasseneinnahmen zu erhöhen, widmete man sich einer verstärkten Kultivierung und damit besseren Ausbeutung der kurfürstlichen Domänen. Warmuth 3) erwähnt die Tatsache, daß im Jahre 1790 noch etwa 90 000 ha unkultivierte Moosgründe bestanden. Daneben waren noch unkultivierte Gemeindeweiden und sonstige Landesteile in Höhe von 137 218 Tagwerk vorhanden, so daß ein Teil des bayerischen Landes als unfruchtbares Ödland anzusehen war. Oft kam es vor, daß große Ödlandflächen geradezu an private Siedler verschenkt wurden, wenn die Gewähr geboten wurde, daß das Land einer nutzbringenden Verwendung unterzogen wurde. Utzschneider selbst kaufte noch im Jahre 1826 verschiedene öde Filzgründe mit über 84 Tagwerk um den geringen Preis von 25 Gulden, wobei die Regierung noch froh sein konnte, daß dieser Preis überhaupt geboten wurde. 4)

1) Tagebücher Nr. 5177 und Nr. 5182 im Deutschen Museum .

2) der Ausspruch stammt von Hazzi, zitiert bei Döberl M., Entwicklungsgeschichte Bayerns, a. a. O., S. 397, München 1912.

3) Warmuth, O., Geschichte der Mooskultur unter Kurfürst Karl Theodor mit besonderer Berücksichtigung der Kolonisierung, München 1908, S. 13.

4) Stahl, W., a. a. O., S. 24.

Dieser Mooskultur widmete der junge Hofkammerrat, der seitdem hauptsächlich bei der Forstdeputation beschäftigt, ab 1786 auch Vorstand des Oberforstkommissariats war, sein vorzügliches Interesse.

Die Kultivierungstätigkeit im bayerischen Oberland.

Seine erste Berührung mit der Mooskultivierung hatte Utzschneider als herzoglicher Verwalter des Gutes Schwaig Anger bei der Trockenlegung des Murnauer Moores. Jetzt sollte ihm diese praktische Erfahrung wieder von großem Nutzen sein. In den beiden ersten Jahren seiner staatlichen Tätigkeit hält er sich im bayerischen Oberland des Landgerichts Weilheim auf, um das 3440 Tagwerk umfassende Schwattacher Moos zwischen Weilheim, Wielenbach und Raisting zu vermessen und die Gründe an mehr als 500 Familien zu verteilen. 1) Darauf verlegte er sein Arbeitsfeld in die Sumpfgebiete von Königsdorf und Habach, wo er persönlich alles Ödland abmaß und an die Untertanen des Landesherm verteilte. Bei all diesen Abmessungs- und Triangulierungsarbeiten kam ihm seine erworbene Kenntnis als Landschaftsgeometer sehr zugute, auch verstand er es glänzend, die anfangs uninteressierten Kreise der bäuerlichen Bevölkerung für das neue Unternehmen einer Urbarmachung öder Filzgründe zu begeistern. Innerhalb kurzer Zeit wurden so mehr als zweitausend Gesuche um Zuweisung von Neuland von ihm erledigt. Bei dieser Vermessungsarbeit nahm er kaum auf die Eigentumsverhältnisse der Kirche Rücksicht, die nicht mehr mit landwirtschaftlichem Fortschritt wie im Mittelalter beschäftigt war, sondern der es nur noch darauf ankam, die hergebrachte Agrarverfassung zu erhalten. So berichtet Warmuth 2), daß fast sämtliche oberbayerischen Klöster mit Unterstützung von Landschaft und Oberjägermeister gegen das eigenmächtige und rücksichtslose Vorgehen Utzschneiders bei der Landabmessung Beschwerde führten. Zwar konnte seine Stellung dadurch nicht unmittelbar erschüttert werden, aber diese Beschwerden hatten doch immerhin den Erfolg, daß der Hofkammer die Gewalt, Moose zu vermessen und zu verteilen, genommen wurde.

Aus eigener Initiative fertigt Utzschneider bald darauf einen Plan über die ausgedehnten Moose des bayerischen Oberlandes an, um an Hand dieses Planes, einen Überblick über die Möglichkeit einer Kolonisierung des noch dünn bevölkerten oberbayerischen Wirtschaftsraumes zu gewinnen. Zur Vermehrung

1) Die folgenden Ausführungen lehnen sich an Stoll, M., a. a. O., S. 26, an, der ausführlich über diese Kultivierungstätigkeiten berichtet.

2) Warmuth, O., a. a. O., S. 68.

der Bevölkerung - und ganz im Sinne der merkantilistischen Theorien - erwägt er die Anlage neuer Kolonien. Noch bevor seine bevölkerungsstatistischen Aufzeichnungen vollendet sind, wird ihm von einer nicht näher bezeichneten Seite ein Verzeichnis von 61 Familien übergeben, die in der Weilheimer Gegend umherstreunen und sehr kinderreich, aber ohne festen Wohnort und Eigentum sind, von einem Bauern zum anderen wandern, der sesshaften Bevölkerung mit Betteln und Beherbergung zur Last fallen und ihren Kindern als einziges Handwerk nur das Betteln beigebracht haben. Hier kommt ihm zum erstenmal der Gedanke - später wiederholt ausgesprochen - durch die Anlage einer Armenkolonie das Bettelunwesen zu bekämpfen und die Armen in einem für sie zu erbauenden Dorf zusammenzufassen. Kurzum: "aus negativen Untertanen positive" zu machen. 1) Sein Vorschlag fand bei der Hofkammer keinen Beifall. Soziale Maßnahmen auf dem Gebiet des Armenwesens waren noch verfrüht. Die Beschlußfassung wurde durch Quertreibereien eines Prälaten in der Hofkammer verhindert.

Bis 1786 hatte Utzschneider nur kleinere Einzelarbeiten erledigt. Jetzt wurde ihm auf Grund einer Instruktion vom 25. Januar 1786 die Möglichkeit geboten, die Oberaufsicht über die Ausmessung der Moose, Filze und Öden im gesamten bayerischen Raum zu übernehmen und kraft eines kurfürstlichen Patentes wurde allen Gerichtsbeamten und Hofmarksherren und Verwaltern befohlen, "Utzschneider bei der Ausmessung niemals zu hindern" 2). Bei der Bevölkerung zeigte sich ein großer Kultureifer. Einwohner von Seehausen, Schwarzenbach, Oberfichlshofen wünschten öde Filzgründe zum Haferanbau, die Gemeinden Iffldorf, Aidling, Kinnsdorf, Undorf, Söcherling, Rieden, Huglfing, Wielenbach, Weilheim baten um Moose, um sie nach der Trockenlegung als Wiesen und Streugründe benutzen zu können.

Nur die Klöster, denen die Gemeindebewohner im Rahmen der bestehenden Agrarverfassung 3) unterstellt und abgabepflichtig waren, zeigten kein oder wenig Verständnis für die Mooskultivierung. Von allen Klöstern wurde nur im Stiftsgebiet Habach die Aufteilung der öden Gründe ohne jede Schwierigkeit durchgeführt, zumal dem dortigen Propst viel daran lag, das Wohl der Untertanen zu fördern, und er wandte sich, um die Erledigung der Vermessungs-

1) Eingabe von U. an die kurf. Oberlandesregierung vom 20. IV. 1786, die Anlegung eines neuen Dorfes betr. (Bauernfeind, C.M., S. 45, Anm. 11 und Deutsches Museum Akt Nr. 5280).

2) Stoll, M., a. a. O., S. 30.

3) Zur Agrarverfassung siehe: Lütge, F., Die Bayerische Grundherrschaft, Stuttgart 1949.

arbeiten voranzutreiben an den Kurfürsten mit der Bitte, er möge dem Landgerichte Weilheim, das den Kultureifer hemme, die entsprechenden Weisungen zugehen lassen. 1) Eine scharfe Zurechtweisung war die Folge der Beschwerde des Stiftprobstes.

Bei allen anderen Klöstern stieß aber der Geometer Utzschneider, der persönlich die Ausmessung und Verteilung mit vornahm, auf schärfsten Widerstand. An der Spitze dieser "Kulturgegner" standen die oberbayerischen Klöster Rottenbuch, Poßling, Benediktbeuren und Wessobrunn.

Als der Stiftsprobst von Rottenbuch die Aufforderung erhielt, seine zahlreichen Moore zu kultivieren, war er darüber äußerst ungehalten und betrachtete dies als einen Eingriff in seine Eigentumsrechte, wies darauf hin, daß es seinen Bauern nicht an anbaufähigem Land mangle, diese auch nicht auf die Urbarmachung Wert legten und dergleichen andere Vorwände. Nur, wenn die Hofkammer das nötige Geld gebe, könne er für eine Moorkultur eintreten, im übrigen hielt er eine so ungewisse Urbarmachung für einen großen wirtschaftlichen Fehler und wies auf den großen Nutzen der Moore als Viehweide hin. Im Namen der Hofkammer antwortete Utzschneider: 2) "... die wenigen Menschen freiwillig in eurer Hofmark sind nicht im Stande, die Kultur vorzunehmen. Aus diesen Gründen soll man vagabunden Personen und Familien Häuser bauen, während der Kultur ein mäßiges Taglohn zahlen und das nötige Vieh anschaffen. Das Wohl des Landes erfordert es und ihr werdet beweisen, daß ihr tätige, getreue und patriotische Untertanen seid."

Daraufhin unternahm der Rottenbacher Stiftsherr - keineswegs aus Patriotismus - die Entwässerung des Moores auf dem Kaltenberg. Ihn schreckte schon der bloße Gedanke an vagabunde Personen und Familien. "Sie sollen dort angesiedelt werden, wo sie gesündigt haben." 3) Besessen von dieser nicht ganz unbegründeten Furcht, und um einer zwangsweise zu erfolgenden Ansiedlung des Bettels zu entgehen, machte er sich an die Arbeit.

1) Durch diese Behörde wurde die Erledigung der Kulturstreitigkeiten verzögert, auch hatte sie dem Kloster Habach das Dominium directum (Eigentumsrecht) über das Moos abgesprochen und das Moos nur als bonum vocans (herrenloses Gut) bezeichnet (Warmuth, O., S. 59).

2) Stoll, M., a. a. O., S. 33.

3) Warmuth, O., a. a. O., S. 59.

Ähnlich erging es Utzschneider mit den übrigen Klostergütern. Das Kloster Polling suchte die Austrocknung seiner Moose deshalb zu verhindern, weil es um sein Jagd- und Weiderecht besorgt war; das Kloster Benediktbeuren bestrafte einen seiner Untertanen mit einer Geldstrafe von einem Gulden, zwei Kreuzern, weil er einen Teil seines während vieler Jahre mühsam kultivierten Bodens mit Hecken einzuzäunen begonnen hatte, um dadurch sein Eigentum an diesem Stück Land zum Ausdruck zu bringen. Auch das Kloster Wessobrunn drohte allen seinen Untertanen mit Stockstrafen, wenn sie versuchen sollten, das von ihnen neu gewonnene Land mit einem Zaun oder Graben zu umgeben.

Ähnlichen Widerstand zeigte der Abt von Benediktbeuren. In einer Vorstellung an den Kurfürsten Karl IV. Theodor legte er seine Bedenken gegen die vom Staat geförderte Mooskultur dar und bezeichnete sie als die Ursache für das gänzliche Verderben der Bauernschaft, welche der Arbeit nicht im mindesten gewachsen sei. Die Hofkassen würden verlieren, wenn man die großen Grundbesitzer bedrücke. Die Moose seien äußerst wichtig zur Viehzucht, da sie neben der Jagd zur "Weidenschaft und Strähgewinnung dienen". 2)

All diese Vorfälle gaben Anlaß zum Eingreifen der Hofkammer, und Utzschneider unternahm es, einen kurfürstlichen Befehl an alle widerstrebenden Klöster des oberbayerischen Raumes zuzustellen, in dem es am Schlusse hieß: 1) "Wir erwarten, daß ihr auch keinen kulturlustigen Untertan bei Vermeidung einer Strafe von 50 Reichsthalern nicht im geringsten übel behandeln werdet" ! Doch auch die Strafandrohung hatte wenig Erfolg. Die Mooskultur blieb den Klöstern ein Dorn im Auge.

Aus den wenigen Beispielen geht hervor, daß fast alle oberbayerischen Klöster sich im Interesse der Viehzucht und Jagd gegen die Mooskultur wandten. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß diese nur der Macht der Kirche unterstehenden Klöster sich derlei gewalttätige Eingriffe von seiten des Staates nicht gefallen lassen wollten und daß sie sich jede Störung in ihrem rechtmäßigem Besitz verbaten. So wandten sie sich zuletzt an die Landschaft um Hilfe, und auch das Oberstjägermeisteramt ergriff für die Prälaten Partei. Es fürchtete eine Verminderung des Wildbestandes und setzte sich für dessen Schonung und Erhaltung ein.

Trotz all dieser Gegnerschaft unterlag Utzschneider nicht; denn die Regierung schien keineswegs gesonnen, dem Drängen der Prälaten und den Forderungen des Oberstjägermeisteramtes und der Landstände nachzugeben. Im Gegenteil! Der

1) Warmuth, O., a. a. O., S. 59 und 60.
 2) Stoll, M., a. a. O., S. 40.

Kurfürst erließ am 9. Nov. 1788 ein Kulturmandat, in dem es heißt: 1a) "Ohnverantwortlich wäre es, wenn diese fast während des ganzen Jahrhunderts betriebene Kultivierung durch ungegründete Widerstände ins Stocken geraten würden". Dadurch lasse sich mehr Nahrung beschaffen, die Getreideteuerung könne gehemmt, die Viehzucht gefördert und die Mannschaft vermehrt werden. Die Landschaft möge sehen, daß der Kurfürst nur für das wahre Beste seiner Lande Obsorge trage. Einer der ersten Gegenstände sei dabei die Kultivierung der Oeden und Moosgründe. Durch diese Erwiderung, die ganz den Gedankengängen Utzschneiders entsprach, waren die Klöster und Landstände enttäuscht worden. Aber doch waren sie so einflußreich, daß sie es durchsetzten, daß ein Antrag des Rates Hillesheim, Utzschneider die Leitung der ganzen bayerischen Mooskultur zu übertragen, in der Kammer abgelehnt wurde. "Es war bedauerlich, daß der Mann, welcher sich wohl am besten von allen seinen Amtsgenossen in das Unternehmen eingearbeitet hatte, in dem Augenblick ausgeschaltet wurde, wo seine Arbeit zu den schönsten Hoffnungen berechtigte." 1) Und Stoll meint 2) "Dem Einfluß Utzschneiders verdanken wir es in erster Linie, daß im November 1788 ein Kulturmandat erlassen und die breite Öffentlichkeit wiederum für die nützliche Sache aufgerufen wurde. Wer weiß, was geschehen wäre, wenn nicht Utzschneider sich mit allem Nachdruck gegen die feindlichen Mächte der Bodenkultur zu Wehr gesetzt hätte. Geradezu zweifelhaft mag es erscheinen, ob im Falle eines völligen Sieges der Prälaten der große Plan zur Austrocknung des Donaumooses 3) sich durchgerungen hätte."

Doch vorerst tritt seit dem Jahre 1788 die Persönlichkeit Utzschneiders in den Fragen der Mooskultur in den Hintergrund. Hatte er doch noch daneben in seinem Hauptamte als Leiter der Oberforstkommision genügend zu tun. Von 1786 bis 1791 führte er bei der Hofkammer das Oberforstkommisariat und wie aus den Akten ersichtlich ist, arbeitete er eifrig für die Hebung dieses seit Menschengedenken in Bayern sehr vernachlässigten Zweiges der Finanzverwaltung. Nachdem er sich im Januar 1786 mit der Forstmeisterstochter Amalie Walch aus Dillingen 4) verheiratet hatte, bekam er endlich auf Fürsprache des Hofkammerpräsidenten Graf Törring-Seefeld den statusmäßigen Gehalt eines Hofkammer-

1a) Stoll, M., a. a. O., S. 43 f. Zitat Kreisarchiv München, Gen. 457/138.

1) Warmuth, O., a. a. O., S. 68.

2) Stoll, M., a. a. O., S. 44.

3) Die Donaumoos A. G. wurde am 1. November 1790 mit einem Kapital von 300 000 Gulden gegründet, das zu 3/4 in den Händen des bayerischen Staates, zu 1/4 im Besitz privater Aktionäre war. Sie ist nach Warmuth, S. 111, die erste gemischtwirtschaftliche A. G. Bayerns, vgl. auch S. 101 vorl. Arbeit.

4) Familienpapiere der Utzschneider, Walch, Knorr, Deutsches Museum Nr. 5369. J. Utzschneider und seine Frau Amalie, geb. Walch hatten eine einzige Tochter, welche an den K. Ministerialrat J. v. Knorr verheiratet war.

rats, um den er sich zwei Jahre lang vergeblich beworben hatte. 1)

Der dreiundzwanzigjährige Utzschneider setzte nun seinen ganzen Ehrgeiz darein, sich des kurfürstlichen Vertrauens würdig zu erweisen. Auch auf sein Wirken in der oben genannten Stellung bereitete er sich gründlich vor. Überhaupt läßt sich für sein ganzes späteres Leben und Wirken sagen, daß er nie etwas in Angriff nahm, ohne es vorher genügend durchdacht zu haben und nie einen Plan ausstreckte, wenn er sich nicht zuvor durch gründliches Selbststudium die nötigen Kenntnisse angeeignet hatte. Mit großem Eifer arbeitete er die Forstordnungen nicht nur Bayerns, sondern auch Württembergs, Preußens und Österreichs durch. Er sieht, daß einzelne Gebiete des bayerischen Forstwesens stark vernachlässigt sind und beschließt: hier muß geholfen werden !

2. Kapitel

Die Utzschneiderschen Vorschläge zur Reform des bayerischen Forstwesens.

Utzschneider tritt zum erstenmal im Jahre 1785 auf dem Gebiete des bayerischen Forstwesens hervor. In einem Vortrag vor dem Hofrate entwickelte er seine Ansicht über die Hebung dieses für Bayern so wichtigen Wirtschaftszweiges. Warf doch das Forstwesen um diese Zeit kaum so viel ab, daß das Verwaltungspersonal besoldet und einige geringe Verbesserungen vorgenommen werden konnten. Der Grund lag darin, daß die unter Maximilian I. 1616 erschienene Forstordnung infolge Fehlens einer straff organisierenden Persönlichkeit nie zur Durchführung gekommen war, so daß in der Folgezeit eine immer mehr zunehmende Verlotterung des bayerischen Forstwesens um sich gegriffen hatte. Die Sorge für die staatlichen Waldungen blieb mehr oder weniger dem niederen Forstpersonal überlassen, dem jegliche höhere Ausbildung fehlte und das deshalb auch nicht in der Lage gewesen wäre, für eine zweckmäßige Pflege des Waldes zu sorgen. Niemand schien sie bei der Ausübung der ihnen obliegenden Pflichten zu kontrollieren oder nach den Grundsätzen einer planmäßig betriebenen rationellen Holzwirtschaft zu fragen. Utzschneider führte hierüber folgendes aus:

1) Kreisarchiv, Akt über Utzschneider, 1783-1801, H. R. Fasc. 395/1223 1/2.

Nachdem Utzschneider zwei Jahre umsonst gedient hatte, bittet er vergeblich um seinen statusmäßigen Gehalt. Auch die offen ausgesprochene Erwähnung eines Planes, den bayerischen Staatsdienst deswegen verlassen zu wollen und auswärtige Dienste zu suchen, scheint keinen großen Eindruck gemacht zu haben. Erst als Graf Törring sich für ihn einsetzt und seine Verdienste und Vorschläge zur Ausnützung der Waldungen bei Ettal, Benediktbeuren und Dachau rühmt, wird ihm 500 Gulden Jahresgehalt und ein Jahr später noch 200 Gulden Wartegeld gewährt (Kreisarchiv, München, a. a. O.). Vgl. auch Akt Nr. 5294, Deutsches Museum.

"Die Waldungen werden bei der dermaligen Waldwirtschaft so abgeschwendet, daß man in kurzer Zeit über Mangel an Holz klagen dürfte. Die Stadt München wird von Tag zu Tag mehr bevölkert, braucht also mehr Holz, die Untertanen auf dem Lande haben Bau-, - Nutz- und Brennholz ebenso nötig als Getreide; man beiefert sich, Fabriken, Manufakturen, Hüttenwerke u. dgl. emporzubringen, kurz man wendet alle Kräfte an, den möglichst besten Grad der Bevölkerung gleich andern Staaten zu erreichen. Alle diese Gegenstände fordern einen hinlänglichen Holzvorrat, so daß, wenn er abginge, alle obigen Anstalten fruchtlos sein würden. Jedermann, der die Waldungen in Bayern nach der gegenwärtigen, gar nicht forstordnungsmäßigen Behandlung kennt, muß gestehen, daß bald ein großer Holz-mangel entstehen muß, wenn man noch lange so übel fortwirtschaftet. Ich sehe die kurfürstlichen Waldungen als ein Kapital an, das, wenn es gut verwaltet würde, große Interessen abwerfen sollte, da dermalen doch kaum so viel abfällt, um das Verwaltungspersonal derselben zu besolden und einige geringe Verbesserungen darin vornehmen zu können." Soweit Utzschneider in seinem Vortrag: 1) "Zur Kultur der Waldungen in Bayerns."

Es ist als das Verdienst Utzschneiders anzusehen, die Mißstände in der bayerischen Forstverwaltung erkannt und dazu beigetragen zu haben, daß der Wald zu einer guten Finanzquelle wurde. Stellte er doch in einer von ihm entworfenen Forstordnung, die am 14. März 1789 vom Kurfürsten genehmigt und veröffentlicht wurde, für die Kultur der Waldungen Grundsätze auf, denen heute noch vielfach gefolgt wird.

2) Seine Verbesserungsvorschläge waren etwa folgende: Jeder Wald müsse ordentlich "vermarktet" werden, um Grenzstreitigkeiten zu vermeiden. Alle 6 Jahre solle ein Forstmeister die Grenzen der Waldungen bereisen und berichtigen. Die Staatswaldungen müßten geometrisch vermessen und darüber eine Forstkarte verfertigt werden, auf der Grenzen, Lage und Größe aller Waldungen, die Art des Holzes, die Beschaffenheit des Bodens, die geographischen Höhenunterschiede deutlich zu

1) Im Deutschen Museum findet sich eine Vortragssammlung von J. Utzschneider, Handschriftenabteilung, Nr. 5430. Es ist sehr aufschlußreich, an Hand dieser Vorträge die Utzschneidersche Einstellung zu den wichtigsten volkswirtschaftlichen Problemen festzustellen. Hier ist es noch die merkantilistische Gedankenwelt, die ihn bewegt. Auch Werner Sombart weist darauf hin, daß am Ende des 18. Jahrhunderts Holz nicht mehr als "freies Gut" angesehen wird und daß in den erlassenen Forstordnungen der Anfang einer modernen rationellen Holzwirtschaft zu sehen sei, daß aber der Verwirklichung rationell forstwirtschaftlicher Grundsätze noch viele Schwierigkeiten im Wege standen, die erst Ende des 18. Jahrh. beseitigt worden sind, wie: Mangel an wissenschaftlicher Schulung, Vorwalten der Jagdinteressen, das Weiterbestehen der Nutzungsarten und Servituten. vgl. Sombart Das europäische Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus, München und Leipzig, 1928, 2. Halbband, S. 647.

2) Stoll, M., a. a. O., S. 54.

erkennen sein, insbesondere aber die Kahlschläge eingezeichnet werden müßten. An Hand dieser Forstkarte sollte ein Lagerbuch geführt werden, in dem von der Hofkammer, wenn alles fertig sei, jede Verbesserung und Veränderung eingetragen werden sollte, so daß das Buch für die Nachkommen eine Geschichte des Waldes darstellen könne. Auch an die Rentabilitätsverbesserung der Wälder hatte er gedacht. Jeder Wald müsse in Schläge oder Geheue abgeteilt werden, dies sei zwar schon eine vor 200 Jahren aufgestellte Forderung, aber nie sei nach ihr gehandelt worden. Andere Länder, Preußen, Österreich, Baden-Durlach hätten diesen bayerischen Vorschlag aufgegriffen und in ihren Ordnungen aufgenommen und bereits ausgeführt. Die Einteilung in Gehege biete zahlreiche Vorteile. Einmal bekäme die Hofkammer einen deutlichen Begriff von der Ausdehnung der Forsten, andererseits könne auf diese Weise die Direktion der Forsten in der Stadt geführt werden, ohne daß man immer kostspielige Kommissionen hinausschicken müsse. Dann wisse die Kammer auch, wieviel Holz sie jährlich aus ihren Waldungen erwarten könne - vorausgesetzt, daß richtig taxiert würde - und könne den Betrag der jährlichen Holzgefälle berechnen. So könne die Hofkammer den Wald "wie ein guter Hauswirt" benützen, ohne daß zu viel oder zu wenig Holz geschlagen werde. Nur so sei eine fortwährende Benutzung des Forstes als staatliche Einnahmequelle gewährleistet. 1)

Bereits einer im Jahr 1787 erlassenen kurfürstlichen Verordnung über das Forstwesen und die Nutzung der Waldungen wurden die Utzschneiderschen Vorschläge zugrunde gelegt. Die Durchführung dieser Verordnung wurde Utzschneider selbst übertragen.

Innerhalb kurzer Zeit hatte er auf Grund genau detaillierter Anfragen an die einzelnen Forstämter ein umfassendes Zahlenmaterial erhalten. Nun konnte er sich ein Bild machen über die Zahl, Flächeninhalt, Lage, Holzarten, Preise, Jagd-Weide- und Fischwasserrechte, sowie auch über einen Teil der in den staatlichen Waldungen liegenden Moose und öden Filze. Auch ließ er sich von jedem Amt einen Bericht über den Stand der Waldkultur geben. Nach Durcharbeitung dieses Materials war er zu dem Ergebnis gekommen, daß nur eine neue Forstordnung diese Mißstände heilen könne, und seine Forstordnung, vom Kurfürsten genehmigt, trat 1790 in Kraft.

Die Bedeutung dieser Forstordnung ist darin zu sehen, daß damit gesetzliche Möglichkeiten zur Abschaffung dieser Mißstände gegeben waren. Wurde doch in ihr vorgeschlagen, eine Art "Forstpolizei" heranzubilden, die über die Erhaltung der Waldungen wachen solle. Somit war durch diese Ordnung eine Rentabilitätserhöhung der bayerischen Forsten zugunsten der staatlichen Kasse in die Wege geleitet worden und außerdem erhielten durch sie die Eigentums- und Nutzungsrechte eine klare Festlegung.

1) Staatsarchiv, Forstwesen M. Gen. 454/18.

Als eine weitere Grundbedingung für das Gedeihen einer Forstwirtschaft betrachtete er auch die Gründung einer Forstschule, weil ihm "ohne geschickte und brauchbare Geschäftsleute in der ganzen lieben Welt nichts möglich schien." 1) Sein entworfener Schul- und Unterrichtsplan sah folgendes vor: "In München errichten wir eine Försterschule, wo ein deutlicher Unterricht in der Forstwissenschaft und den dazu nötigen Hilfswissenschaften als Rechenkunst und Geometrie gegeben wird. Es soll deswegen ein besonderes Forstlehrbuch in Druck gelegt werden, welches alle unsere Forstbeamten studieren müssen. Diese Försterschule soll im Dezember 1787 eröffnet werden und alle Jahre in den Monaten Dezember, Jänner, Februar, März und April fortgesetzt werden. Alle diejenigen, welche in Bayern und der oberen Pfalz als Forstmeister und Förster bei unseren Waldungen angestellt werden wollen, müssen zwei Jahre nacheinander diese Försterschule mit allem Eifer und aller Aufmerksamkeit besuchen. Auch diejenigen, welche auf Forstdienste schon adjungiert sind, sollen diese Schule besuchen. Jeder, der Stellung sucht, muß sich bei dem ordentlichen Professor der Forstschule in Gegenwart zweier Forsträte, sowohl aus unseren Forstordnungen als aus den übrigen hiezu gehörigen Gegenständen prüfen lassen, und wir werden bei Besetzung der Forstdienste allzeit die Fähigsten vorziehen 2). "

Da es in Bayern eine Forstschule zu jener Zeit noch nicht gab, fehlten auch diesbezügliches Unterrichtsmaterial. Der Professor der Mathematik am Kadettenkorps H. Grünberger erhielt 1788 den Auftrag, ein forstwirtschaftliches Lehrbuch zu schreiben. 3) Das Lehrbuch zur eigentlichen Forstwissenschaft schuf der Lehrer für Mathematik und Naturwissenschaften A. Däzel. Auf Antrag Utzschneiders 4) sollte Däzel auch den Plan zur Errichtung einer Försterschule in München ausarbeiten. Da dieser die Aufgabe immer wieder hinausschob und schließlich nur allgemeine Erörterungen über diesen Gegenstand an die Kammer einsandte, machte sich Utzschneider selbst an das Werk und legte am 13. März 1790 der Hofkammer den oben erwähnten Plan vor, der auch die Zustimmung des Kurfürsten erhielt. Die Organisation dieser Schule und der Studienplan stammen von Utzschneider. Als die Schule im Dezember 1790 eröffnet wurde, fand sie großen Anklang. Es lagen bereits 30 Gesuche um Aufnahme vor, die sich 1791 auf 40 erhöhten. 5) Die Professoren Grünberger und Däzel wurden zu Lehrern an der gegründeten Schule

1) zitiert nach Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 11. Nach Bauernfeind soll die kurfürstliche Zustimmung zur Gründung einer Forstschule bereits 1786 kurz nach der Übernahme der Oberforstkommissariats gegeben worden sein (S. 45, Anm. 12).

2) Kreisarchiv Forstwesen M., Gen. 454/23.

3) vgl. hierzu Stoll, M., a. a. O. S. 76. Die beiden erwähnten Lehrbücher sind, Däzel: Praktische Anleitung zur Forstwirtschaft, München 1787, Grünberger: Lehrbuch für die pfalz-bayerischen Förster, München 1788.

4) Kreisarchiv, Gen. Fax. 463/1-203.

5) Stoll, M., a. a. O., S. 79.

ernannt. Als Unterrichtsmethode forderte Utzschneider eine streng wissenschaftliche, da mit bloßem Auswendiglernen nichts gedient sei und die meisten Vorurteile in der Welt nur von oberflächlichen Kenntnissen herrührten. Besonderen Wert sei auf die Geometrie und die praktische Ausbildung in einem Forstgarten zu legen, während juristische und kameralistische Fächer nebenbei behandelt werden sollten. 1) Eine kurfürstliche Verordnung vom 2. Dezember 1790 genehmigte die von ihm entworfenen Bestimmungen zur Gründung einer Forstschule und noch im selben Jahr konnte sie ihre Pforten öffnen. Aus dieser von Utzschneider vorgeschlagenen ersten Forstschule in Bayern sind später tüchtige Techniker und zugleich bessere Grundsätze für Forst- und Landwirtschaft hervorgegangen.

Waren die Anträge auf einer den Zeitbedürfnissen angepaßten Forstschule nur auf geringes Interesse bei seinen Vorgesetzten gestoßen, so sollten auch seine übrigen Anordnungen nur wenig Anklang bei den kurfürstlichen Kollegien finden, denn bei der Durchführung der geschaffenen Bestimmungen stieß Utzschneider auf teilweise große Schwierigkeiten. Nicht nur die Obere Landesregierung und die Stände, sondern da und dort auch die Bauern setzten seiner Organisationstätigkeit heftigen Widerstand entgegen. Den Untertanen war insbesondere die strenge Aufsicht und Ordnung in den kurfürstlichen Waldungen im höchsten Grade unbequem. Den heftigsten Widerstand leistete aber das Kurfürstliche Obermeisteramt, das u. a. aus seinen Einnahmen die Kosten der Forstschule bestreiten sollte. Der Vorstand dieses Amtes war ein Feind der Utzschneiderschen Reformversuche, ihm gelang es auch, die Einrichtung einer Försterschule um einige Jahre zu verhindern. "Die Vorschläge Utzschneiders seien teilweise vom Ausland übernommen und deshalb nicht applicable. Man klage im Ausland mit mehr Gründen über Holzmangel und Teuerung und dennoch sollen ausländische Scriptura pro Norma dienen." 2)

Schwerwiegender waren andere Widerstände, die man von dieser Seite eigentlich nicht hätte erwarten sollen. Anstatt die unter der Landbevölkerung in vielen Gegenden herrschende Mißstimmung gegen die neuen Bestimmungen der Forstordnung zu zerstreuen, führte auch die Obere Landesregierung bei dem Kurfürsten scharfe Klage: Die neue Forsteinrichtung ist eine offenbare Bedrückung der Untertanen, selbe ist eine Beleidigung der Gerechtigkeit in Rücksicht auf die Forstrechtler, sie zieht eine außerordentliche Holzteuerung nach sich, man hat jetzt schon das Beispiel; hier und im ganzen Land lärmt man über Teuerung und Mangel deswegen. 3)

1) Zur Frage der wissenschaftlichen Schulung der Forstbeamten vgl. Köstler, H., Rektoratsrede: "Waldwege und Holzwege der Wissenschaft" (erschieden in: Allgemeine Forstzeitschrift, 1953.)

2) Gutachten des Oberstjägeramtes, zitiert nach Stoll, M., a. a. O., S. 63.

3) Stoll, M., a. a. O., S. 62. Utzschneider hatte es durchgesetzt, daß ab 1. 1. 1788 zugunsten eines Forstkulturfonds der Holzpreis der staatlichen Waldungen, der im Vergleich zu den Privatwaldungen sehr niedrig war, wesentlich erhöht worden war. Diese "Kulturaufgabe" von 6 Kreuzer pro Klafter war als Beitrag zum Forstkulturfond gedacht.

- 28 -

Utzschneider verteidigte so gut wie möglich sein Werk gegen die Beschwerden der Oberen Landesregierung 1) und verlangte vor allem Beweise dafür, daß die neue Einrichtung eine Bedrückung der Untertanen darstelle. Auch warf er der Oberen Landesregierung vor, daß dieselbe auf dem Gebiete der Landeskultur Widerstand leiste und auf diesem Gebiet seit sieben Monaten nicht das Allgeringste getan habe. Zur Holzteuerung bemerkt er, daß alles Holz, welches im Jahre der neuen Holzordnung 1789 auf den Markt kam, bereits im Vorjahre gehauen worden sei und nach dieser neuen Ordnung nicht taxiert worden sei. Somit könne die Teuerung nicht auf die neue Holzordnung zurückzuführen sein. Richtig sei, daß überall Holzangel herrsche, dies sei aber nur ein Beweis dafür, daß die Wälder "abgeschwendet" seien und einer tätigen und anhaltenden Kultur bedürften. 2)

Wenn die neue Forstordnung auf so viele Hindernisse stoße, so seien daran die Beamten, Jäger, Gerichtsdienere und einige Hofmarksherren schuld. Besonders die Beamten büßten infolge der neuen Einrichtungen der Forstmeistereien viel an ihrem Ansehen ein. Bisher hatten sie allein nach freiem Ermessen das Holz angewiesen und ein großer Teil des Erlöses war stillschweigend in ihre Taschen gewandert. Diesen Mißstand beseitigte Utzschneider durch die Einsetzung der Kontrolle durch die Forstmeister. Die Jäger verloren ihre Souveränität und waren von nun an den Forstmeistern untergeordnet. Die Hofmarksherren lehnten die neue Ordnung ab, weil die Forstmeister angewiesen worden waren, die landesherrlichen Rechte in der Forstaufsicht auf das genaueste zu behaupten. Sie fürchteten eine Beschränkung ihres Jagd- und Weiderechtes, das sie bisher großzügig gehandhabt hatten. Utzschneider machte einige Zugeständnisse und nach und nach beruhigten sich die erregten Gemüter der Gegner der Forstordnung. 3)

Utzschneider hat also, wie aus dem vorhergehenden ersichtlich ist, in theoretischer Hinsicht, d. h. in der Entwicklung neuer Gedanken, außerordentlich viel geleistet. Doch er wollte auch die praktische Ausführung seiner Gedanken übernehmen und sich von deren Ausführbarkeit selber überzeugen. 4) 1788 richtet er das Forstamt Neuötting ein, besucht im gleichen Jahr das Forstamt Rauchenlechtsberg und Zwiesel, beanstandet hier, daß zu viel Holz verfaule, regt die Urbarmachung der Moore an und weist auf die Errichtung von Sägemühlen hin. 5) Auf seinen beruflichen Inspektionsreisen zeigte er stets Interesse an den eigentlich außerhalb seines Geschäftsbereiches lagen. Gerade im Bayerischen Wald empfing er

1) Staatsarchiv M. Gen. 456/83.

2) Staatsarchiv, M. Gen. 456/83 Forstwesen betr.

3) Stoll, M., a. a. O., S. 75.

4) Deutsch. Mus. Tagebuch 1788-91, Utzschneider machte als Forstkommissar selbst mehrere Inspektionsreisen, um die Ausführung der neuen Ordnung zu überwachen. Besonders streng sah er dabei darauf, daß kein Forstbeamter Holzhandel trieb.

5) Deutsches Museum, Kommissionsdiarium aus dem Jahr 1788, Nr. 5340.

mannigfache Anregungen zu seinen späteren privaten Unternehmungen auf dem Wege der Glasbereitung. Ohne Zweifel hat Utzschneider in der Glashütte des Bayerischen Waldes manche Anregung gewonnen, die ihm später bei dem Betrieb seiner Glashütte in Benediktbeuren gut zustatten kam. Nur eines war ihm unerklärlich, nämlich, daß der Staat riesige Waldungen, bis zu 10 000 Tagwerk, gegen geringe Pacht den Glashütten zur Ausnutzung überließ. Um hier Abhilfe zu schaffen, forderte er, die Glashüttenbesitzer sollten durch Erhöhung des Pachtsatzes gezwungen werden, einen Teil ihres ausgedehnten Waldbesitzes wieder an den Staat zurückgehen zu lassen.

Im darauffolgenden Jahr wird er als Kommissar in die Gegend von Miesbach geschickt, wo die Bauern sich über die Durchführung der neuen Forstordnung nicht einigen konnten. Er inspizierte die Waldungen, traf Anordnungen über Waldaufsicht, Holzabgabe, Holzpreise, Bestrafung der Holzfrevler, Ausübung des Weide- und Streurechts und über die Abgrenzung der Waldungen.

Im Herbst des Jahres 1790 bereist er die Forsten Mühldorf und Oetting und gibt dem dortigen Personal Anleitung zum Bepflanzen von kultivierten Filzen mit Wald. Ein Jahr darauf führt ihn eine Inspektionsreise nach Peissenberg, Landsberg und Aichach, ging er mit den Förstern die Forstinstruktion durch und besprach mit dem dortigen Personal die verschiedenen Mängel des Forstwesens. Stets zielten seine Anordnungen auf die grundlegende Umgestaltung dieses Wirtschaftszweiges ab und immer versuchte er, Wege zu finden, um eine Hebung des gesamten Forstwesens zu erreichen. Doch erst in späteren Jahren sollten die Forstgefälle zu den Haupteinnahmen der Staatskasse zählen, noch war wenig davon zu spüren. Stoll schreibt: "Er kann mit Recht der Vater der modernen Forstwirtschaft in unserem engeren Vaterland genannt werden". 1)

Die aus der Forstordnung hervorgehende Reorganisationstätigkeit sollte jedoch schon im Jahre 1791 zu Ende gehen. Welche Gründe ihn zum Rücktritt geführt haben, ist nicht klar ersichtlich. Bauernfeind 2) meint, er sei wegen der Widerstände zurückgetreten, die den meisten seiner Anordnungen von den kurfürstlichen Gremien und dem Forst- und Jagdpersonal entgegengebracht wurden. 1791 legt er also das Oberforstkommissariat nieder und sagt selbst in seinen Tagebüchern, daß er durch "eine Art Kapitulation" zum Rücktritt gezwungen war, und "daß er zwar guten Saamen zu einer besseren Waldwirtschaft in Bayern ausgestreut habe, daß es aber nicht seine Schuld gewesen, wenn die Früchte ausgeblieben, die bei gehöriger Pflege sicher waren." 3)

1) Stoll, M., a. a. O., S. 84.

2) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 14.

3) Deutsches Museum, Handschriftenabteilung, Nr. 5174/76.

3. Kapitel

Utzschneiders Mitwirkung bei der Donaumooskultur.

Utzschneiders Tätigkeit bei der Mooskultivierung schien, als er 1786 zum Leiter des Oberforstkommissariats ernannt worden war, endgültig erledigt zu sein. Doch im Jahr 1791 wurde ihm nach seinem Ausscheiden aus dem Forstkommissariat die Leitung einer Spezial-Schlichtungskommission für das Donaumoos übertragen. Dadurch wurde er wieder mit der Kultivierungstätigkeit und der staatlichen Bevölkerungspolitik in enge Berührung gebracht.

Eines der Lieblingsprojekte Karl Theodors, war die Kultivierung des nahezu 20 000 Hektar umfassenden Donaumooses. Schon sein Vorgänger, Maximilian III. Joseph hatte versucht - in Verfolgung der wirtschaftspolitischen Idee des Physiokratismus - durch Austrocknung, Anbau und Besiedlung der im Land zerstreut liegenden Moosgründe neue Gebiete zu erobern und neue Reichtumsquellen zu erschließen. Diese Zeitströmung führte auch unter Karl Theodor zur Kultivierung und Kolonisierung des südlich der Linie Ingolstadt-Neuburg sich erstreckenden Donaumooses, das zu den größten Mooren Bayerns zählte. Zur Zeit des Utzschneiderschen Ausscheidens aus dem Forstkommissariat waren diese Arbeiten ins Stocken geraten. Vielleicht lag es daran, daß dem durchaus auf diesem Gebiet fortschrittlich gesinnten Kurfürsten eine zu geringe Zahl fähiger Beamter zur Seite stand. Vielleicht machte sich auch die erste Reaktion, eine gewisse Ermüdung bemerkbar, die jeder allzu eifrig betriebenen Sache im Zuge folgt. 1)

Die Kultivierung des Donaumooses bis zur Berufung Utzschneiders hat folgende Vorgeschichte: 2) Das Donaumoos stand als bayerisches Lehen unter der Leitung der kurfürstlichen Hofkammer in München. Die Verwaltung war dem Mooslehensgericht Schrobenhausen übertragen worden. Von den drei Amtsbezirken dieses Lehensgerichts waren das Prunner- und Langenmooser Amt vermessen. Das dritte Amt, das Weydacher, nicht. Es gab große Schwierigkeiten bei der Vermessung, die u. a. in der Unmöglichkeit lagen, die Inhaber des Lehens zur Auszeichnung ihrer Besitzgrenzen, die sie gewöhnlich selbst nicht kannten, zu bewegen. 3) Das Donaumoos war eine unübersehbare Wildnis; versumpft, wie es war, gewährte es dem Vieh schlechte Weideverhältnisse, und seine Ausdünstungen veranlaßten im Sommer beständig Seuchen, Ruhr, Fieber, Gewitter und Hagelschlag. Der Kurfürst hatte bereits ein kleines Vermögen, eine Million Gulden, auf das Unternehmen verwandt, doch schien sich der auf die Kultivierung verwandte Aufwand

1) Döberl, M., a. a. O., S. 397.

2) vgl. hierzu. Krell, H. Die Besiedlung des Donaumooses. Jahresschrift des Heimatvereins Neuburg an der Donau, 1940-1949, Nr. 104, S. 5.

3) Krell, H., a. a. O., S. 7.

nicht zu lohnen. Die Besitzer der Moosgründe zeigten nicht den Kultureifer, von dem der Landesherr erfüllt war, leisteten heftigen Widerstand, beschädigten die Gräben, weigerten sich Land abzutreten oder Beiträge zu leisten. 1) Hinzu kamen Klagen und Rechtsstreitigkeiten der anliegenden Grundbesitzer über Eingriffe in ihren uralten Besitzstand. So entstanden verwickelte Prozesse und dauernde Klagen der Siedler über Mißwachs wegen zu starker Austrocknung des Bodens durch die fehlerhafte Anlage der Kanäle und Gräben. Kurz, die Arbeiten im Donaumoos gerieten in solche Unordnung, und die Bewohner der Siedlung in so hohe Aufregung, daß ein vollständiges Mißlingen des Planes zu befürchten war, wenn nicht sofort Abhilfe geschaffen wurde.

Bei dieser Sachlage wurde Utzschneider am 23. Juli 1792 als Vorstand des zur Schlichtung der Rechtsstreitigkeiten zusammengerufenen "Moosgerichtes" ins Donaumoos abgesandt. Mit Rücksicht darauf, "daß es bei Entscheidung jeder Kulturstreitigkeit vorzüglich auf landwirtschaftliche Kenntnisse ankommt", 2) war die Wahl auf ihn gefallen. Er arbeitete zunächst einen genauen Arbeitsplan aus, um die Ruhe im Donaumoos wieder herzustellen, bestimmte, daß die Unzufriedenen sich nicht mehr direkt an die Hofkammer in München zu wenden, sondern bei der kurfürstlichen Gerichtskommission des Donaumooses jede Beschwerde vorzutragen hätten. Vor Entscheidung über die Beschwerde suchte sich die Kommission persönlich von der Berechtigung der Beschwerde zu überzeugen. Utzschneiders Spezialkenntnisse auf dem Gebiete der Landwirtschaft sowie ein psychologisches Verständnis für die Sorgen der Ansiedler mögen ihm die Arbeit beim Moosgericht wesentlich erleichtert haben. Der größte Teil der Prozesse wurde durch gütlichen Vergleich erledigt, man schlichtete Streitigkeiten über Weidenschaften, Jagdbarkeiten, Fischereien, Ansiedlungs- und Grundstücksangelegenheiten. Insgesamt erledigt Utzschneider 1792 beim Moosgericht 270 Prozesse und hat ohne Zweifel in seiner angesehenen Stellung als Vertreter der Münchener Hofkammer in erster Linie zur glücklichen Beilegung der bestehenden Unordnung beigetragen.

Im darauffolgenden Jahr sollte Utzschneider noch ein zweites Mal mit der Kultivierung des Donaumooses zu tun haben. 1793 wird er in die Neuburger Gegend gesandt, mit dem Auftrag, 2000 Tagwerk Land für den Staat anzuweisen und an die umliegenden Ortschaften zu verteilen. Der Staat hatte nämlich der Donau-Moos-A. G. - eine, wie bereits erwähnt, gemeinwirtschaftliche Unternehmung - einen Zuschuß von 100 000 Gulden gewährt, und das zu verteilende Land sollte als Pfand dienen. Am 11. Juni reiste Utzschneider von München ab, begann so-

1) Wismüller, Fr., Geschichte der Mooskultur in Bayern, München 1909, S. 113.
2) Warmuth, O., a. a. O., S. 121 ff.

fort mit den Vermessungsarbeiten und hatte bis zum 12. Juli 724 Tagwerk Acker und 1200 Tagwerk Wiesen für den bayerischen Staat in Besitz genommen. 1) Als er diese Ländereien aufteilen und an die Untertanen verkaufen wollte, rief die Hofkammer ihn nach München zurück. Daher mußte er die Verkaufsgeschäfte einem tüchtigen praktischen Kaufmann aus Neuburg überlassen, der dieselben auch zur vollsten Zufriedenheit der Kammer ausführte. Die Gefahr eines völligen Stillstandes der Donaumooskultivierung war durch das Eingreifen Utzschneiders endgültig beseitigt. 2)

Später hat er sich als Beamter nicht mehr mit der Mooskultur befaßt. Doch wirkten in ihm - wie wir noch sehen werden - die gewonnenen Eindrücke und die bei dieser Tätigkeit gesammelten Erfahrungen Zeit seines Lebens fort. So ist es keineswegs ein Zufall, wenn er später als Privatmann selbst praktische Versuche zur Kultivierung der Sumpfgebiete auf seinen Gütern Benediktbeuren, Rieden, Giesling und Erching unternimmt. In einem späteren Kapitel wird von diesen landwirtschaftlichen Unternehmungen die Rede sein und auch von den neuen Ideen, mit denen er bei dieser Arbeit hervortrat. 3)

Zusammenfassend kann also über Utzschneiders Tätigkeit in der bayerischen Mooskultur gesagt werden, daß er sich sowohl als Staatsbeamter wie als Privatmann auf dem Gebiete der Mooskultur große Verdienste um die bayerische Volkswirtschaft erworben hat. Da die Urbarmachung der Filze für den Leiter des Oberforstkommissariats aber nur eine Art Nebenbeschäftigung darstellte, hat er hier seinen ganzen Einfluß nicht voll zur Geltung bringen können, zumal er seine Hauptaufgabe in der Hebung der bayerischen Forstwirtschaft als eines bisher so sehr vernachlässigten Zweiges der Staats- und Finanzverwaltung erblickte.

1) Stoll, M., a. a. O., S. 49.

2) Bauernfeind, a. a. O., S. 14, berichtet, daß der Kurfürst ihm seine volle Anerkennung gab und sich ihm so gnädig gesonnen zeigte, daß er ein bittendes Wort für seinen Oheim wagte. Die Bitte blieb aber unerfüllt. Erst eine zweite Bitte fand 1799 bei Maximilian Gehör.

3) vgl. hierzu S. 154.

4. Kapitel

Utzschneiders Tätigkeit im bayerischen Salinenwesen.

Die Geschicklichkeit und Zuverlässigkeit seines Hofkammerrates hatten Karl Theodor dazu bewogen, ihm bald darauf einen neuen, wichtigen Auftrag zu erteilen. Diesmal handelte es sich um die Beilegung der Differenzen zwischen den kurfürstlichen Salinen zu Reichenhall, den fürstbischöflichen zu Salzburg und denen des Fürstpropsten Conrad zu Berchtesgaden. Bayern stand hinsichtlich seines Salinenwesens in einer gewissen Abhängigkeit zu dem politischen selbständigem Erzbistum Salzburg und der Fürstpropstei Berchtesgaden. Karl Theodor hatte zur Stärkung der finanziellen Lage seines Landes sein Augenmerk auf die Erweiterung der Salinenbetriebe in Reichenhall gerichtet. Reichenhall, das im Mittelalter eine hohe Blüte hatte 1) war in seiner Bedeutung abgesunken, weil seine Quellen eine nach modernen Gesichtspunkten zu schwache Sole lieferte, die durch die Zufuhr des Berchtesgadener Steinsalzes verbessert werden konnte. 2) So konnte dem Kurfürsten nur jeder Vorschlag recht sein, der der Verbesserung des bayerischen Salinenwesens bzw. der Aufhebung dieses Abhängigkeitsverhältnisses gewidmet war.

Es würde zu weit führen, das wechselvolle Schicksal des Berchtesgadener Landes zu betrachten und seine politische Vergangenheit näher zu beleuchten. Am Ende des 18. Jahrhunderts sah seine Lage so aus: Die bewegte Zeit der napoleonischen Kriege und die kommende Säkularisation brachten für die Fürstpropstei Berchtesgaden eine derartige Zerrüttung der Finanzen mit sich, daß der Fürstpropst Conrad, zugleich Bischof von Freysing und Regensburg, nur durch weitgehendste Zugeständnisse an den Hauptgläubiger Bayern einen Ausweg aus dieser schwierigen Lage fand. Der Fürstpropst hatte sich, wie Koch 3) berichtet, ganz an Bayern angelehnt, Vergünstigungen erhalten und Vorschüsse zur Behebung von Wasserschäden, zum Straßenbau und zum Salinenbetrieb empfangen. Seine Schulden beliefen sich auf 400 000 fl. So kam es zum Salinenvertrag von 1795, 4) in dem Berchtesgaden seine Salinen samt Wälder und Belegschaft

1) vgl. hierzu Klein, H., Zur älteren Geschichte der Salinen Hallein und Reichenhall, in: "Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgerichte", 38, Heft 4, 1951, S. 318. Reichenhall war Ausgangspunkt eines ganz Süddeutschland und Teile des östlichen Mitteleuropa umfassenden Salzhandels, Kärnten, Tirol, die Schweiz, Franken und das Vogtland inbegriffen.

2) Klein, H., a. a. O., S. 333 und Hörburger, J.: Bayerns Soleleitungen, in: "Das Bayerland", München 1920/21, S. 298.

3) J. E. v. Koch-Sternfeld, Die bay. und österr. Salzwerke, Salzburg 1836, S. 319.

4) näheres auf S. 38 vorliegender Arbeit.

an Bayern abtrat. Dieser Pachtvertrag stellte eine verdeckte und vorweggenommene Säkularisation dar. Bereits 1796 führte Salzburg wegen Eingriff in seine Regalien Klage beim Reichshofrat 1), der am 3. Februar 1796 den Salinenvertrag in allen Punkten für ungültig erklärte. Bayern kümmerte sich nicht um dieses Urteil, dann kündete Berchtesgaden von sich aus den Vertrag. Nachdem 1801 in einem geheimen Zusatzartikel zum Artikel 5 des Friedensvertrages von Luneville die Fürstpropstei Berchtesgaden als Entschädigung für den Erzherzog Ferdinand Großherzog von Toskana bestimmt worden war, wurde das Land 1803 in dessen Fürstentum Salzburg einverleibt, 2) kam durch den Frieden von Pressburg an Österreich und 1809 durch den Frieden von Schönbrunn wieder an Bayern zurück, bei dem es bis heute verblieben ist.

Utzschneider hatte, wie aus seinem Tagebuch hervorgeht, 3) anlässlich einer Inspektionsreise nach Oetting nebenbei noch die Salinen Hallein und Berchtesgaden besucht, um den Aufbau der dortigen Salzstätten zu studieren 4) und wies in einem Bericht an die bayerische Hofkammer auf diese Organisation und den außerordentlichen Salzreichtum der Berchtesgadener Salinen hin, erwähnte unter anderem auch die Möglichkeit, diese Salinen für Bayern in Pacht zu nehmen. Um aber an den dazugehörigen Salinenwaldungen keinen Nachteil zu haben, mußten diese vorher ausgelackt 5) und von den Untertanenwäldern abgegrenzt

1) J. E. v. Koch-Sternfeld, Berchtesgaden, 3. Buch, S. 105.

2) Historischer Atlas, Heft 7, München 1954, S. 9.

3) Deutsches Museum, Tagebuch 1790, Nr. 5175.

4) Um den Salzreichtum des Landes auszubeuten, war eine umfangreiche Organisation aufgebaut worden, die sich wie folgt gliederte:

Hofmeisteramt

Salzbergamt	Salzsudamt	Fronreut	Salzsudamt	Walldamt	Hof-
(Bergwerk)	(Saline)		Schellenberg	(Salinen-	meister-
Salzberg			(Saline)	wälder)	schaften

Die Hofmeisterschaften waren bestimmte Bezirke, in denen von den Holzmeistern das für die Saline benötigte Holz geschlagen wurde.

(Historischer Atlas, Teil Altbayern, Fürstpropstei Berchtesgaden, Heft 7, München 1954, S. 16 f.)

5) auslacken = ungenaue Grenzlinien berichtigen, neu ausmessen.

werden. Die Untertanen sollten sich mit dem unbedingt notwendigen Holz begnügen und nicht mehr nach freiem Belieben Holz schlagen dürfen. 1) denn die Waldungen seien in diesem so holzreichen Winkel durch eine forstwidrige Behandlung fast zu Grunde gerichtet. 2)

Dieser Bericht machte bei der Regierung großen Eindruck. Zu seiner Verwirklichung bedurfte es aber eines fähigen Kopfes. Was lag näher als Utzschneider, dem Urheber des Projektes, wichtige Vorarbeiten im Geschäftsbereich des Salinenwesens zu übertragen?

Die Durchführung seines Planes läßt sich in zwei Etappen zusammenfassen. Die erste umfaßt die Vermessung der zum Salinenbetrieb Reichenhall gehörenden Zinswaldungen von Berchtesgaden und Salzburg, die mit dem "Waldverlackungsrezess" endet. Die zweite Etappe betrifft die Übernahmeverhandlungen und endet mit dem Pachtvertrag 1795.

Eine Waldverlackung war insofern notwendig geworden, als im Laufe der Zeit die Grenz- - oder, wie man damals sagte - "Gelacklinien" an vielen Orten unrichtig und sehr zweifelhaft geworden waren.

Infolgedessen waren ernstliche Mißverständnisse zwischen den Vertragsparteien entstanden. Eine Vermessungskommission sollte die Grenzunrichtigkeiten, die zum Nachteil Bayerns von seiten der Salzburger Regierung vorgenommen worden waren, beseitigen. Durch Reskript vom 16. März 1793 wurde die Verlackung der zum "gnadenreichen Salzsudwesen Reichenhall gewidmeten Waldungen" anbefohlen. 3)

Als Kommissar wurde Utzschneider ernannt, der in der Landesvermessung und im Forstwesen gleich große Erfahrungen besaß. Am 14. Juni befahl ihm die Hofkammer, sich umgehend nach Reichenhall zu begeben, und gleichzeitig wurde auch das Reichsstift Berchtesgaden ersucht, nach Reichenhall eine Kommission zu entsenden, um die Differenzen beizulegen. Das Bistum Salzburg schlug die Einladung zur Teilnahme aus mit der Begründung, daß Bayern mit der Verlackung nur eigene egoistische Ziele verfolge und daß aus einer solchen Verlackung wieder neue Streitigkeiten und Handel hervorgehen würden, und

1) Utzschneiders Interesse an den Berchtesgadener Waldungen war deshalb so groß, weil einige Salinenwälder vertraglich zur Versorgung der Reichenhaller Saline bestimmt waren, die an großem Holzmangel litt. (Historischer Atlas, a. a. O., S. 16, Anm. 19).

2) Dieselbe Feststellung machte ein unbekannter Autor, N. N. Reise durch Oberdeutschland, in Briefen an einen vertrauten Freund, München 1800, S. 362.

3) Akt der General-Bergwerk- und Salinenadministration 672.

außerdem sei auf der letzten Verlackung des Jahres 1781 ausgemacht worden, daß daran in Zukunft nichts mehr geändert werden solle. Deshalb war es ganz erklärlich, daß die salzburgische Kammer die Beteiligung bei den Vermessungsarbeiten rundweg ablehnte. Der Salzburger Erzbischof sah sich sogar veranlaßt, bei der bayerischen Regierung die Abberufung Utzschneiders zu verlangen. 1) Er hoffte dadurch, die Verlackung verhindern zu können. Als ihm dies nicht gelang, trachtete er später darnach, das Unternehmen der Grenzberichtigung mit allen nur möglichen Mitteln zu stören.

Utzschneider hatte inzwischen, gegen Quertreibereien des Erzbischofs durch seine Regierung geschützt, einen Entwurf zum "Waldverlackungs-Rezess" niedergelegt, der die restlose Zustimmung der Münchener Hofkammer und der Berchtesgadener Kommissionsmitglieder fand 2), und am 12. Januar 1794 konnte der Verlackungskommissar Utzschneider nach München berichten: 3)

"In Eintracht mit dem fürstlichen Reichsstift Berchtesgaden und immerwährend im Streit mit dem Erzstift Salzburg, welches sich oft begeben ließ, Eingriffe in die bayerische Gerechtsame zu machen, welche aber immer wieder durch den weisen und unerschütterlichen Widerstand Eurer Churfürstlichen Durchlaucht gescheitert sind, ist nun diese Verlackung vollendet. So groß auch die Kommissionskosten sind (er bekam über 6 000 fl Diäten) so sind selbe doch nicht bedeutend, wenn man erwägt, daß durch diese Verlackung der bayerischen Saline zu Reichenhall mehrere tausend Tagwerk Waldgrund, welcher nach und nach salzburgisches Eigentum geworden wäre, auf ewige Zeiten erhalten worden."

Der Rezess selber hatte auch noch eine politische Bedeutung insofern als zwischen Bayern und Berchtesgaden eine Art Interessengemeinschaft geschlossen wurde, nämlich dadurch daß sich beide Vertragspartner verpflichteten, ohne Einwilligung des anderen Partners weder mit Salzburg zu unterhandeln noch

1) Stahl, W., a. a. O., S. 33, Anmerkung 63.

2) Staatsarchiv, Fürststift Berchtesgaden 1210/1211.

3) zitiert nach Stoll, M., S. 93 (der diesbezügliche Akt des ehemaligen k. b. Salinenamtes konnte hierzu nicht selber eingesehen werden, da, nach Auskunft beim Amt für Berg-, Hütten- und Salinenwesen, alle Akten des Salinenamtes während des Krieges verbrannt sind.)

einen Vertrag abzuschließen. 1) Hierdurch war eine gewisse politische Abhängigkeit des Reichsstiftes Berchtesgaden von Bayern erreicht und somit der erste Schritt gemacht worden, um dem Ziele der Überlassung des gesamten Berchtesgadener Salinenbetriebes an Bayern ein wenig näher zu kommen.

Somit beginnt für Utzschneider nach Abschluß der Vermessungsarbeiten bei der Verlackungskommission die zweite Etappe seiner Tätigkeit auf dem Gebiete des bayerischen Salinenwesens: der Abschluß des Salinenpachtvertrages mit Berchtesgaden.

Karl Theodor hatte den Hofkammerpräsidenten Graf von Törring zum Pachtvertragsabschluß ermächtigt, die bewegende Kraft war aber Utzschneider. 2) Er verstand auch insofern eine aussichtsreiche Verhandlungsgrundlage zu schaffen, als er während seines Aufenthalts in Reichenhall Gelegenheit hatte, die persönliche Bekanntschaft der Mitglieder des Berchtesgadener Kapitels zu machen, mit denen er teilweise auch befreundet war. 3)

Der Berchtesgadener Fürstpropst Conrad und sein Kapitel, welche den Wert ihrer Salinen und Waldungen sehr hoch einschätzten und auch wußten, welche Vorteile Bayern daraus für eine Rentabilitätserhöhung seiner Salzwerke in Reichenhall ziehen könne, wiesen vier Monate lang die vom bayerischen Kommissär Utzschneider an sie gestellten Zumutungen auf pachtweise Überlassung der Saline Frauenreuth 4) und Schellenberg zurück. Utzschneider wies als gründlicher Kenner der Berchtesgadener Verhältnisse auf die geringe Leistungsfähigkeit der dortigen Salinen hin und erwähnte auch den schlechten Zustand der Stiftswaldungen. Schließlich hatte der Fürstpropst Conrad die Überzeugung gewonnen, daß der ihm angebotene Pachtschilling wesentlich höher sei als der Nutzen, den er aus seinem Betriebe zu erzielen vermochte und zeigte sich zum Abschluß eines

1) Staatsarchiv, Fürststift Berchtesgaden 1210/11; in dem Verlackungsrezess heißt es wörtlich: "So wenig Churpfalz-Bayern mit dem Erzstift Salzburg in Gegenständen, wo zugleich das Berchtesgadener Interesse mit verwebt ist, sich jemals einseitiger Weise und ohne Beiziehung Berchtesgadens in Rezesse eingelassen hat, ebensowenig wird auch das fürstliche Reichsstift Berchtesgaden sich beifallen lassen, mit dem Erzstift Salzburg einseitigerweise und ohne Mitwirkung von Bayern zu unterhandeln und sich zu vertragen."

2) Bauernfeind, C. M. v., a. a. O., S. 15.

3) Koch-Sternfeld, Geschichte Berchtesgadens, 3. Buch, S. 100.

4) heißt heute Fronreut.

Pachtvertrages mit Bayern bereit: Nun galt es noch die Zustimmung des Kapitals zu erhalten. Wieder griff Utzschneider ein. Er wurde als Sonderbevollmächtigter nach Berchtesgaden abgesandt und sollte den Kapitularen für ihre bewiesene Devotion "Remunerationen" 1) zukommen lassen und nach unterzeichneten Vertragsabschluß die Vorbereitung für die Überführung der Salinen in bayerischen Betrieb treffen.

Am 15. Mai 1795 wurde der Pachtvertrag zwischen Bayern und Berchtesgaden unterzeichnet. Damit ging das Nutzungsrecht der Salinen Frauenreuth und Schellenberg mit ihren Waldungen gegen einen jährlichen Pachtschilling von 50 000 Gulden an den bayerischen Staat über, unter der Bedingung, daß bei einer zweihunderttausend Zentner beträchtlich übersteigenden Salzproduktion 2) noch eine geringe Entschädigung hinzutreten solle. Der Fürstpropst verpflichtete sich zugleich auch für seine Nachfolger, die Salzproduktion sowie allen Salzhandel mit gekochtem und rohem Steinsalz für immer aufzugeben.

Die ganze Forstverwaltung, Oberaufsicht und Ausführung der Waldordnung übernimmt von nun an der bayerische Staat. Er verspricht dafür den notwendigen Bedarf an Holz und Salz an das Reichsstift garantieren zu wollen. Das Personal tritt in bayerische Dienste. Für die Salzausfuhr werden Kontrolleure aufgestellt.

Dieser Pachtvertrag rief mancherlei Einreden des Erzstifts Salzburg hervor und dauerte deshalb nur neun Jahre, von 1795 bis 1804. 4) Doch war er sehr segensreich für Bayern und zwar in zweierlei Hinsicht: vom volkswirtschaftlichen Standpunkt deswegen, weil er dem bayerischen Staat das Salzproduktions- und -handelsmonopol brachte, 3) das sich auf die steuerlichen Einnahmen und auf die freie Gestaltung der Preise auf dem Salzmarkt außerordentlich günstig auswirken sollte. Und es ist als das Verdienst Utzschneiders anzusehen, daß durch

1) wörtlich: Belohnungen, in Wirklichkeit stellen sie aber nichts anderes als Bestechungsgelder dar. Am 30. Juli 1795 wurde Utzschneider nach Berchtesgaden geschickt, um die Übernahme einzuleiten.

2) Staatsarchiv - Fürststift Berchtesgaden Akt Nr. 1213/1214.

" " " " II L 2 n - 168.

3) K. Th. v. Eheberg, Grundriß der Finanzwirtschaft, Leipzig-Erlangen, 1925, S. 47.

4) Hochstift Li. 193 1/6, laut Vertrag vom 18. April 1804 gingen die Salinen Frauenreuth und Schellenberg an Salzburg über. Die Salzpflanze zu Schellenberg wurde 1805 zur Zeit der kursalzburgischen Regierung aufgehoben, Koch-Stemfeld, a. a. O., S. 316.

die Gewinnung der großen Salzlager, der hochprozentigen Solen und der ausgedehnten Salinenwaldungen die dauernde Prosperität des bayerischen Salinenwesens gesichert waren. Mit vollem Recht konnte der Kurfürst in einem Dankschreiben sagen, er sei mit der ganzen "Commissionshandlung" höchst zufrieden. Als äußeres Zeichen der Anerkennung ernannte er seinen Hofkammerrat am 9. Juli 1795 zum ersten Administrator des neu errichteten kurfürstlichen Hauptsalzamtes Berchtesgaden mit einer beträchtlichen Gehaltserhöhung zu seinem statusmäßigem Ratsgehalt. Außerdem wurde ihm eine "Remuneration" - im wahrsten Sinne des Wortes - ein lebenslänglicher jährlicher Extragehalt von 575 Gulden bewilligt. 1)

In politischer Hinsicht bedeutete der Vertrag eine festere Bindung Berchtesgadens an Bayern gegen Salzburg, wie sie bereits im Verlackungsrezess von 1794 niedergelegt worden war. 2) In betriebswirtschaftlicher Hinsicht war er ebenfalls äußerst vorteilhaft, nicht nur wegen der beträchtlichen Gewinne, die er durch die von Utzschneider eingeführte bessere Bewirtschaftung abwarf, sondern hauptsächlich deswegen, weil die Salinen Reichenhall und Traunstein ihre Sole durch das Steinsalz aus Berchtesgaden verstärken konnten, ohne es von den Reichsstiften Salzburg und Berchtesgaden kaufen zu müssen.

Utzschneders Tätigkeit als Salinenadministrator von Berchtesgaden soll ihm zum erstenmal Gelegenheit geben, sich als vielseitiger Organisator zu zeigen. Er besichtigt die Salinen, zieht Erkundigungen über die Rentabilität und über alle Gegenstände ein, die bei der Übergabe von Wichtigkeit sind. Er prüft die Fähigkeit der Beamten, untersucht die Geräte und Maschinen und unterrichtet sich über den Zustand der Gebäude, Sudpfannen, Salzberge und der umgebenden Wälder. Dem Bürger und Bauer sichert er zollfreie Einfuhr der Berchtesgadener Landesprodukte nach Bayern zu. Gelte es doch die Liebe und das Zutrauen der Bevölkerung für den Kurfürsten zu gewinnen. Wenn dies erreicht sei, werde man "manche wichtige Veränderung ohne große Hindernisse vornehmen können." 3)

Bei der Organisation des Salinenbetriebes hat er moderne betriebswirtschaftliche Gedankengänge angewendet. So befaßt er sich in seinen "Einige Bemerkungen

1) Kreisarchiv, Akt über Utzschneider, H. R. Fasc. 395/1223.

2) siehe Seite 36 vorliegender Arbeit.

3) Deutsches Museum, Administrationsbericht, Manuskript 5243, gemeint ist wahrscheinlich die politische Einverleibung. Dies deutet auch N. N., a. a. O., S. 336, an, wenn er von einer "sonderbaren, reichsgesetzwidrigen baierischen Spekulation" spricht.

über das 1) Salzsudwesen überhaupt" mit der Erhöhung der Wirtschaftlichkeit eines Salinenbetriebes, wobei er von dem Grundsatz jeder Organisation, dem Ertragsprinzip oder ökonomischem Prinzip, ausgeht. Er verbindet das Optimum- mit dem Sparprinzip und meint: 2) 3) "Der Zweck bei den Salzsuden ist, mit den geringsten Kosten und mit dem geringsten Kostenaufwand die größtmögliche Menge des bestmöglichen Salzes aus der Sole zu ziehen..... Wird nun wohl dieser Zweck bey der dermaligen Art zu sieden erreicht? Könnte nicht an Holz erspart, mehreres und besseres Salz aus der nämlichen Sole erzeugt werden?... Könnte man nicht bessere Pfannenvorrichtungen schaffen, durch welche man mit wenig Holz viel Salz erzeugt? "

Von dem Grundsatz ausgehend, daß eine Organisation beweglich sein müsse, d. h. sich auch Wirtschaftsänderungen rasch und reibungslos anzupassen habe, beginnt er mit der Neuordnung des Rechnungswesens der Hauptsalzamtskasse. Dies war gewiß keine leichte Arbeit. Denn nicht ein einziger der Beamten war mit der bayerischen Kameralrechnungsform vertraut. Auf Grund genauer Berechnungen stellte er fest, daß die jährlichen Verwaltungskosten einschließlich der Auslagen für Waldkultur 73 000 Gulden, die Einnahmen aber 167 000 Gulden betragen müssen. Somit blieben nach Abzug der Pachtzahlung an das Reichsstift immer noch 37 000 Gulden Reinertrag. 4) Um diesen Betrag sicherzustellen, müsse man danach streben, bei dem Sudwesen vor allem Holz zu sparen. Deshalb müsse man zu einer neuen Sudart übergehen, die weniger Holz benötige. Man müsse den Wald in den bestmöglichen Zustand bringen und durch Pfannenverbesserungen mit geringerem Holzaufwand als bisher eine größere Menge Salz gewinnen. Da die ganze Ramsau sich mit der Holzzulieferung zur Saline befasse, müsse dem Untertan ein Ausgleich für den entgangenen Holzverdienst geboten werden. Er solle sich auf Ackerbau, Viehzucht, Manufaktur und Gewerbe verlegen.

Seine technische Organisierungstätigkeit erstreckt sich auf die Einführung neuer Siedevorrichtungen.⁵⁾ Er macht Studien über die Kristallisation des Salzes und studiert Chemie und Physik und bringt an den Salzpfannen zu Frauenreuth und Schel-

- 1) Fürststift Berchtesgaden Nr. 1213/1214 - Staatsarchiv.
- 2) Bericht an den Kurfürsten vom 5. Nov. 1794, Berchtesgaden Stift 71 1/2.
- 3) Optimumprinzip: mit gegebenen Mitteln den größtmöglichen Nutzen zu erzielen. Sparprinzip: mit möglichst geringen Mitteln einen angestrebten Nutzen zu erreichen.
- 4) Diese Rentabilitätsberechnung kameralistischer Art wird bei Stoll, M., a. a. O., S. 103, erwähnt.
- 5) Vgl. auch den Administrationsbericht, Manuskript 5243, Deutsches Museum.

lenberg Verbesserungen an, die die Feuersgefahr bedeutend herabsetzten, das Verrosten der Sudpfannen verhinderten und das Verbrennen der Sudpfannen durch Ausglühen des Eisens unmöglich machten.

Der Kern seiner Neuerungen bestand darin, daß Utzschneider die Wärme, die früher durch den Kamin entwich, zur Trocknung des gewonnenen Salzes verwandte. Wie bedeutend auch die Holzersparnis bei den neuen Siedeeinrichtungen war, wird klar, wenn man liest, daß er zur Gewinnung von 100 Zentnern Salz nur 3 Klafter Holz benötigte, während man in Traunstein und Reichenhall 6 - 8 Klafter brauchte.

Auch an Produktionskosten waren Einsparungen vorgenommen worden. Wenn auch in den ersten Jahren für Neubauten, Verbesserungen, Ankauf von Gebäuden und Wäldern große Summen in den Betrieb hineingesteckt worden waren, so bewegte sich doch der jährliche Reingewinn zwischen 16 000 und 29 000 Gulden. Die beim Ausscheiden Utzschneiders vorhandenen Vorräte an Salz, Holz und Geld beliefen sich auf einen Wert von insgesamt 152 614 Gulden. Die Steigerung des Kapitalwertes der Saline Berchtesgaden auf Grund der neuen Siedevorrichtungen schätzt Stoll auf ungefähr 1 Million Gulden. 1) Die finanziellen Vorteile für den bayerischen Staat waren ganz beachtlich, und Utzschneider setzte sich mit allen Mitteln dafür ein, diese Einnahmequelle zu vergrößern und zu erhalten.

Als Österreich beim Friedenskongress von Campoformio 2) seine Ansprüche auf Abtretung des rechten Innufers geltend machte, erkannte Utzschneider deutlich die Gefahr für den Fortbestand der bayerischen Salinen. Er trat mit dem bayerischen Bevollmächtigten, dem Grafen von Preysing, in Verbindung 3) und wies diesen eindringlich auf die Bedeutung der bayerischen Salinen für die Staatskasse hin. Dieser schreibt in seinem Antwortschreiben 4) vom 17. Jan. 1798 an Utzschneider: "Bei meiner Zurückkunft werde ich Ihnen mündlich sagen, welchen guten Nutzen ich durch ihre Berichtigungen hab machen können, hoffe auch einen guten Effekt; sodann wird meine Danksagung nicht die einzige sein."

Als nach der Entlassung des Grafen von Preysing, der noch die Salzachgrenze für Bayern gesichert hatte, ein Plan über die Abtretung aller westlich der Salzach liegenden Gebiete an Österreich in die Hände Utzschneiders kam, wandte

1) Stoll, M., a. a. O., S. 108 und S. 110.

2) M. Döberl, a. a. O., S. 328 gibt hierüber nähere Auskünfte.

3) Deutsches Museum, Korrespondenz zwischen Utzschneider und Preysing.

4) Deutsches Museum, Handschriftenabteilung Nr. 5096.

er sich sofort an den Grafen Törring, den Hofkammerpräsidenten, und wies darauf hin, 1) daß zwei Drittel der zur salzburgischen Saline gehörenden Waldungen an Österreich fallen würden und daß, wenn diese Zinswäldungen für Bayern verloren gingen, das Land einen großen Verlust erleiden würde; denn seinen Salinenbetrieben mangle das Holz, deshalb müsse Österreich zu einer jährlichen Lieferung von 8 000 Klafter Holz an die bayerischen Salinen für ewige Zeiten verpflichtet werden. Durch den plötzlichen Abbruch der Rastatter Verhandlungen kam auch die Entschädigungsfrage nicht mehr zum Austrag.

Vielleicht gebührt Utzschneider ein Anteil daran, wenn Österreich nach Beendigung des Rastatter Kongresses sich mit der Abtretung des Gebietes östlich der Salzach und des Inns begnügen mußte. Die Gefahr für die bayerischen Salinen war jedenfalls beseitigt worden.

Also auch auf diplomatischem Gebiet hat der Salinenadministrator Utzschneider für das Wohl seines Vaterlandes Bayern gewirkt. "Es war großer Undank," so schreibt Stoll, 2) "wenn die Hofkammer diesen sich um das Salinenwesen so hochverdienten Mann fallen ließ." Er hat die volks- und finanzwirtschaftliche Bedeutung 3) des Staatsmonopols auf dem Gebiet des Salzbergbaus in seiner Tragweite voll erkannt und ist zum "spiritus rector" des bayerischen Salinenwesens geworden. Er versuchte, dem Berchtesgadener Sudwesen eine neue Gestalt zu geben, führte neue Sinkwerke, Säuberungskästen und Sudpfannen ein und versuchte durch die Forstinstruktionen im Berchtesgadener Forstwesen eine strengere Ordnung einzuführen. 4) Die Summe der Verbesserungen wurden bei der Liquidation im Jahre 1804 mit 42 280 fl. angegeben. 5)

Trotz all seiner Verdienste konnte er sich nur bis 1799 als Administrator der Saline Berchtesgaden halten. Sein immer tätiger, vorwärtsstrebender Geist strebte auch noch die Leitung der Saline Reichenhall an. Hier herrschte, seit der Salinenadministrator Claiss neue Sudwerke eingeführt hatte, eine große Geheimniskrämerei. "Eine Mysteriensucht herrscht hier, seitdem Claiss, ein geschickter Chemiko und schlauer Politiker dem Reichenhaller Salinenwesen eine bessere Gestalt gegeben hat." 6) Eine Besichtigung der Saline war untersagt. Wahr-

1) Deutsches Museum, Akt. 5098.

2) Stoll, M., a. a. O., S. 112.

3) Bayern gewann durch den Salzverkauf jährlich 799 950 fl, wofür es nur 50 000 fl Pacht zu zahlen hatte. Koch-Sternfeld, a. a. O., S. 318.

4) Staatsarchiv Berchtesgaden Stift 71 1/2.

5) Staatsarchiv Hochstift Lit. 193 1/6.

6) N. N., a. a. O., S. 386.

scheinlich wollte er die Armut der Sole oder die Untauglichkeit seiner Sudpfannen nicht fremden Augen preisgeben. Utzschneider wollte Licht in diese Verhältnisse bringen und bat um Besichtigung. Diese Bitte sollte ihm zum Verhängnis werden.

Der überaus eifrige Administrator wurde bald für seine Amtsgenossen in Reichenhall ein Stein des Anstoßes. Er äußerte sich kritisch zur Methode der dortigen Sudart, die zu viel Holz verschlang und wies auf seine eigenen Rentabilitäts-erhöhungen durch neue Sudvorrichtungen hin, die er auch für Reichenhall empfahl. Anstatt dieser Empfehlung Folge zu leisten, wurden aber die dortigen Salinen mit einem Kostenaufwand von einer Million Gulden umgebaut. Utzschneider empfand das Verhalten der Hofkammer gegen seine Ratschläge als absichtliche Kränkung, zumal er doch bewiesen hatte, daß seine Sudmethode die rentablere sei. Betrug doch sein Herstellungspreis nur 29 Kreuzer pro Zentner, der Herstellungspreis des Reichenhaller Salzes jedoch 1 Gulden 12 Kreuzer. 1).

Zu einer größeren Feindschaft zwischen den beiden Salinenadministratoren kam es jedoch erst, als Utzschneider in einer Eingabe an den Kurfürsten bat, ihm den Zutritt zu dem Salz-Gnadenbrunnen in Reichenhall gestatten zu wollen. Er verpflichtete sich, sich nicht im geringsten in die dortigen Salinengeschäfte einzumischen, aber er wollte jede etwa zu machende nützliche Entdeckung höchsten Orts pflichtschuldigst zur Anzeige bringen. Der Salinenadministrator Claiss besaß aber genügend Einfluß in der Hofkammer und setzte denn auch die Abberufung seines Gegners aus Berchtesgaden durch, um einen solchen kritischen Beobachter seinem Wirkungskreise fernzuhalten. Utzschneider war über das unerhörte Vorgehen sehr erbittert. Über seine Tätigkeit in Berchtesgaden war nie eine Klage laut geworden und er bezeichnete sie wiederholt gegen Bekannte als die ruhigste und angenehmste seines ganzen Lebens. 2) Am Ende des Jahres 1798 wurde er zurückberufen "weil es für den höchsten Dienst zu-
trüglich befunden worden, den auf unbestimmte Zeit in Berchtesgaden gewese-
nen Geschäftsträger und Hauptsalzamts-Administrator Utzschneider zu ferne-
ren ersprießlichen und eifrigen Dienstleistungen zu dem Gremium der Hofkam-
mer einzuberufen." 3)

- 1) Hazzi, J., Statistische Aufschlüsse über das Herzogtum Baiern, Nürnberg 1803, 3. Bd., 3. Abtlg., S. 1088.
- 2) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 16.
- 3) Deutsches Museum, Akt Nr. 5067.

Der Landesherr hatte nicht ein einziges Wort des Lobes für einen Mann, der durch seine Tatkraft das Salinenwesen in so hohem Maße emporgebracht hatte, Erst dessen Nachfolger, Max IV. Joseph, erteilte ihm die wohlverdiente Anerkennung für die vorzügliche Verwaltung der Berchtesgadener Saline: "Wir haben mit besonderem Wohlwollen ersehen, " - so heißt es in einem kurfürstlichen Re-skript 1) - "mit welcher Einsicht, Richtigkeit und Ordnung, Tätigkeit und Eifer für unser des Landes Besten von ihm diese Administration geführt worden sei, wie die Salzerzeugung ebenso merklich vermehrt, als zu gleicher Zeit bei dem Sudwesen Holzersparung bewirkt worden ist, auch vier neue Sinkwerke eröffnet worden sind. Wir wollen daher, daß unserem geheimen Finanz-Referendär unsere höchste Zufriedenheit zu erkennen gegeben wird; wir wollen auch, daß bei der Generallandesdirektion die Verfügung getroffen werde, daß die beim Berchtesgadener Hauptsalzamt eingeführte bessere Rechnungsform, das angefangene Kas-senbuch, das Bohren, die bei dem Sudwesen ersprießlichen Verbesserungen zum Nutzen des Amtes und des Aerarii fortgesetzt, die Waldordnung gehandhabt und die angefangenen Holzsaaten nach dem dargelegten Beispiel gepflogen und er-weitert werden....."

Diese Anerkennung seiner Verdienste gab Utzschneider das Bewußtsein, seine Pflicht zum Nutzen des Staates erfüllt zu haben. Wenn er trotzdem seinen Posten verlassen mußte, so ist dies dem Salinenadministrator von Reichenhall, Claiss, zuzuschreiben. Dieser bedeutende Mann 2) hatte genügend Einfluß in der Hof-kammer, um seinen Nebenbuhler auszuschalten. Doch schon rief diesen eine neue Aufgabe!

- 1) Salinenamt, 262/125, zitiert nach Stoll, a. a. O., S. 113. Dieser Akt konnte nicht eingesehen werden, da er nach Auskunft beim Archiv der Bayerischen Hütten- und Salzwerke während des Krieges verbrannt ist.
- 2) Johann Sebastian Claiss (1742-1809) war in Baden in der Schweiz geboren, er ging in den Schwarzwald, um dort das Uhrmacherhandwerk zu erlernen, kehrte später nach Genf zurück und war an der Erfindung der Argand-Lampe beteiligt. In England war er Mitarbeiter von B. Huntmann, dem Erfinder des Gußstahls und von James Watt, dem Erfinder der Glühbirne. Er erfand die Indexwaage und erhielt dafür das Bürgerrecht von London. Von dort ging er 1772 nach Baden als Hofmechanikus und Rechnungsrat, übersiedelte 1778 nach Wint-therthur und gründete dort eine chemische "Fabrik". Daneben war er Bergwerksdirektor an der Berner Regierung und galt als der erste Fachmann auf dem Gebiet der Bergwerkstechnik seiner Zeit. 1785 wird er als Hofkammerrat nach Bayern berufen, wandelte die veralteten Betriebe von Reichenhall und Traunstein in moderne um und ging als er 1806 aus seiner Stellung verdrängt wurde, nach Frankreich, um die französischen Salinen auszubauen. vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. III, S. 43.

5. Kapitel

Utzschneiders Tätigkeit unter Max IV. Joseph.

Am 16. Februar 1799 starb der Kurfürst Karl IV. Theodor, und da er keine direkten Erben hinterließ, ging das Kurfürstentum an die Linie Zweibrücken über. Unter Karl Theodors Nachfolger, Max IV. Joseph 1) vollzieht sich ein innenpolitischer Kurswechsel, der sich darin zeigt, daß die Aufklärungsrichtung wieder die Oberhand gewinnt. Sie wird den unter Maximilian III. Joseph begonnenen modernen Staatsaufbau in kultur- und wirtschaftspolitischer Hinsicht vollenden. Der in Bayern während der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts tobende Kampf zwischen Aufklärung und Reaktion ist jetzt zu Gunsten der ersteren entschieden worden.

Als Maximilian IV. Joseph die Regierung von Pfalzbayern übernahm, fand er ein Land im Zustand der tiefsten Erschöpfung vor. Die fortbauenden Kriege und Kontributionen hatten den Finanzzustand des Landes vollkommen zerrüttet. Man sagte, Bayern stehe vor dem Staatsbankerott. Nicht nur eine Kontribution und eine Kriegssteuer waren zu erheben, sondern auch der obersten Staatsverwaltung fehlte die einheitliche Leitung. Ober- und Niederbayern wurden nach einer anderen Verfassung regiert als die Oberpfalz und diese wiederum anders als das Herzogtum Neuburg. Die Kriege hatten staatliche und private Kassen erschöpft, dem Steuerwesen fehlte die Ordnung, und die Zinszahlungen für die Staatsschulden waren infolge der schlechten Finanzwirtschaft ins Stocken geraten. Das Land diesseits des Rheins war voll von österreichischen Truppen, jenseits voll von französischen und die bayerische Armee war für den bevorstehenden Krieg 1800/1801 kaum gerüstet. 2)

- 1) siehe Haeutle, Ch., a. a. O., S. 89, Maximilian IV. Joseph (1799-1825) nahm am 1. Januar 1806 den Titel eines Königs von Bayern an. Er war bei seinen Untertanen sehr beliebt, die ihm den Namen Vater Max gaben. Am 26. Mai 1818 gibt er seinem Volk eine landständische Verfassung. Über seine Regierungszeit berichten Ch. Müller, München unter König Maximilian I., Mainz 1816/17 und Adalbert, Prinz von Bayern, Max I. Joseph von Bayern, Pfalzgraf, Kurfürst und König, München 1957.
- 2) Hoffmann, L., Oekonomische Geschichte Bayerns unter Montgelas 1799 - 1817, Erlangen 1885, S. 32.

Dies waren die Verhältnisse bei Utzschneiders Eintritt in den Staatsdienst unter Maximilian. Die Tätigkeit Utzschneiders unter Karl Theodor darf jedoch nicht zu dem Schluß verleiten, als sei Utzschneider Reaktionär und Merkantilist gewesen. Sicher war Utzschneider von merkantilistischen Ideen nicht unbeeinflusst, erfuhr doch diese Politik in Bayern gerade in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ihren Höhepunkt. Doch zeigen alle Berichte über Utzschneiders Ausbildungsjahre, daß wir in ihm schon damals einen überzeugten Anhänger der modernen Theorie vor uns haben. 1) Erinnerung sei in diesem Zusammenhang nochmals an seine Beschäftigung mit Smith, Megotti und an seine kritische Stellungnahme zu Sonnenfels. 2)

Utzschneiders Tätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft unter Karl Theodor beweist, wie fortschrittlich er war und wie stark er von physiokratischen Ideen erfüllt war, denn von den Physiokraten hatte er die Ansicht übernommen, daß der Boden die alleinige wertschaffende Quelle in der Volkswirtschaft sei, und wiederholt weist er in seinen Vorträgen auf die wertschaffende Kraft der Landwirtschaft hin. Im Gegensatz zur merkantilistischen Auffassung, die das Schwergewicht auf die Förderung von Außenhandel und Gewerbe legte, war für ihn die Förderung der landwirtschaftlichen Produktivität das höchste Ziel. Mit der Parteinahme für die Landwirtschaft und die Mooskultivierung (1786) beginnt für ihn eine neue, sich vom Merkantilismus grundsätzlich scheidende Wirtschaftsbetrachtung und eine Hinwendung zu den physiokratischen Lehren und zu Adam Smith.

Mit seinem Austritt aus dem Orden der Illuminaten hatte sich Utzschneiders Grundeinstellung wirtschaftlichen Fragen gegenüber nicht verändert. Wir dürfen und müssen vielmehr annehmen, daß Utzschneider, wie alle fortschrittlich denkenden Beamten unter Karl Theodor, von Unzufriedenheit über die Verkommenheit und Starrheit der bestehenden Verhältnisse erfüllt war, aber nicht wagen konnte, seine wahre Gesinnung öffentlich kundzugeben. Die ausweglose Situation der merkantilistischen Wirtschaftspolitik in jenen Jahrzehnten konnte Utzschneider ja nicht verborgen geblieben sein. Nur so läßt es sich erklären, daß Utzschneider erst nach dem Regierungswechsel 1799 als Leiter der Maut- und Kommerzdeputation bei der Generallandesdirektion rückhaltlos für eine

1) vgl. Stahl, W., a. a. O., S. 22 und Stoll, M., a. a. O., S. 23.

2) vgl. S. 14, Fußnote 2 vorliegender Arbeit
S. 16;
S. 47, Fußnote 1.

liberale Wirtschaftspolitik eintrat. 1) Das war kein von oben diktiertter Gesin-
nungswandel, sondern eine langsam gereifte, durch viele Erfahrungen in zwei
Jahrzehnten bestätigte Überzeugung, nach der Utzschneider nun handelte.

Diese Grundhaltung ändert sich bei ihm erst durch seine Erfahrungen als Privat-
unternehmer, vor allem als Inhaber einer Tuchmanufaktur. Noch immer hält
er ein gewisses Maß an Freiheit auf dem Gebiet des Handels und der Gewerbe
für unerlässlich, aber mit der bedeutsamen Einschränkung: nach Maßgabe der
Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie und Landwirtschaft auf dem Welt-
markt. Gedankengänge dieser Art finden sich später wieder bei Friedrich List
in seinem "Nationalen System der politischen Ökonomie."

1) Mitarbeiter an der Staatsreform.

War die vorhergehende Zeit als Salinenadministrator in Berchtesgaden eine der
ruhigsten und stillsten seines ganzen Lebens gewesen - wie er in seiner Selbst-
biographie schreibt -, so sollte die kommende Zeit eine der aufregendsten und
unangenehmsten für ihn sein.

Utzschneider, dessen Arbeitskraft und Organisationstalent bereits erkannt worden
war, wurde zunächst mit der Neuorganisation der Pflschaftsgerichte beauftragt,
doch bald darauf wurde er am 23. April 1799 zum Direktor der Maut- und Kom-
merz-Deputation bei der neu errichteten Generallandesdirektion ernannt. Neben
der Verwaltung der Zölle und Mauten oblag ihm die Schaffung einer neuen Zoll-
und Mautordnung. Man wollte mit dieser provisorischen Zollordnung die Grund-
lagen für eine Freiheit des Handels und des Kommerzes schaffen. Deshalb stellt
er zunächst, um sich über den Zustand des bayerischen Zollwesens zu unterrichten,
ein "Verzeichnis über sämtliche Mautämter, dann Stationen in Bayern, der Ober-
pfalz und Neuburg" auf, 2) und stellt fest, daß ein und dieselbe Ware so oft
der Verzollung unterlag, wie Hauptzollstätten vorhanden waren, die sie passie-
ren mußte oder deren Wehrzölle³⁾ berührte ohne Unterschied, ob sie daselbst.

1) Hoffmann, L., Oekonomische Geschichte Bayerns unter Montgelas, Erlangen
1885, S. 28. Daß Utzschneider auch schon in jungen Jahren einen freiheitli-
chen Hang zeigte, beweist auch seine autobiographische Skizze, Nr. 5124,
Deutsches Museum, in der er schreibt: "Im Gymnasium waren mehrere Exje-
suiten als Professoren angestellt, die ihm wegen seines Fleißes großes Lob ge-
ben, doch ihm in den geheimen Schulverzeichnissen die Note: ad libertatem
pronus beysetzen."

2) Staatsarchiv, MF 11566, Verzeichnis über Mautämter.

3) Wehrzölle waren Schutzzölle, Zölle um sich gegen ausländische Waren zu
wehren, zu schützen.

durch-, ein- oder ausgeführt wurde. Sein Ziel war, durch die Anbahnung durchgreifender Reformen ein einheitliches Zollgesetz für Bayern zu schaffen und die 143 Hauptzollstätten, Nebenstellen, 340 Wehrzölle bedeutend zu verringern.

Diese provisorische Zoll- und Mautordnung 1) vom 4. Dez. 1799 zeigt einen auf höchste Einfachheit aufgebauten Tarif, der Abstufungen für "gemeine und luxuriöse Fabrikate" enthält und besonders ausländische Kunsterzeugnisse mit höherem Eingangszoll belegt und einen Ausfuhrzoll auf einheimische Rohstoffe legt, um die Untertanen zur eigenen Verarbeitung zu zwingen und die fremden Fabrikate durch den Zoll so zu verteuern, daß man zu einheimischen Waren zurückkehrte. Gleichzeitig hebt man die Verschiedenheit der Zoll- und Mautordnungen in den einzelnen Landesteilen auf, verlegt die Mautgrenzen an die Grenzen des Landes. Seine Zollordnung ist als die erste Umgestaltung des plan- und systemlosen, lediglich als Finanzquelle benutzten Zollsystems mittelalterlicher Prägung zum staatswirtschaftlichen Grenzzollsystem anzusehen. Ein System, das nicht mehr nur finanzielle Ergiebigkeit in den Vordergrund stellte, sondern mehr staatswirtschaftliche Erwägungen zur Grundlage hatte. Es enthält fast ausschließlich Elemente eines Freihandelssystems, aber auch noch merkantilistische Züge. Dies zeigt sich vor allem darin, daß Getreideausfuhrzölle vorgesehen waren, die im Rahmen des Colbertismus den Zweck erfüllen sollten, das Getreide im Inland auf niedrigem Preisstand zu halten.

Das Zollsystem von 1799, das nur Transitomaut, Exitomaut, Konsumomaut, Wegegeld und Konsumoaufschlag kennt, die an sieben Hallämtern und 73 Mautämtern erhoben werden sollten, wurde später wiederholten Revisionen unterzogen, hauptsächlich in Hinblick auf die ungünstige Finanzlage des Landes. So wurde in der Zoll- und Mautordnung vom 1. Dez. 1807 2) noch zu den von ihm vorgeschlagenen Zöllen eine Stempelgebühr hinzugefügt, am 23. Sept. 1811 eine Tabakregie eingeführt. 3)

1) Münchener Intelligenzblatt, 1799, 1. Stück, S. 819 - 846.

Döberl, M., Entwicklungsgeschichte Bayerns, II. Bd., dritte Auflage, München 1928, S. 476, hält die Zollordnung von 1799 für die freihändlerischste der damaligen Zeit.

2) Regierungsblatt 1807, S. 1827 ff.

3) Näheres bei Haushalter, G., Die Anfänge der modernen Zollverwaltung Bayerns, in: Forschungen zur Geschichte Bayerns, XVI. Bd. München 1908, S. 179 ff.

Die provisorische Zollordnung von 1799 blieb bis 1807 in Kraft. Durch seine Vorarbeiten für die Zollreform hat er die Anregung dazu gegeben, daß Bayern der erste Staat in Deutschland wurde, der die zwischen den einzelnen Landesteilen bestehenden Zollschranken beseitigte, die Vielzahl der Mautstellen bedeutend herabsetzte, die Zollgrenze an die äußere Landesgrenze hinausrückte und somit die Freiheit des inneren Verkehrs einführte. 1) Dies geschah durch die Maut- und Zollordnung vom 1. Dez. 1807, die von Joseph Miller, dem freihändlerischsten aller Leiter der Zollverwaltungen der damaligen Zeit, ausgearbeitet worden war, 2) die aber ebenso noch unverkennbar die Utzschneiderschen Züge trägt; denn sie war auf dessen Zollordnung aus dem Jahre 1799 aufgebaut. In seinen Tagebüchern 3) finden sich Bemerkungen, aus denen man schließen kann, daß Utzschneider auch nach seiner Entlassung aus dem Staatsdienst noch an der Ausarbeitung der Zolltarife und -ordnungen beteiligt war und Miller mit Rat und Tat zur Seite stand.

Die Schutzzölle Frankreichs, Rußlands und Österreichs ließen bei der bayerischen Regierung die schutzzöllnerischen Bestrebungen wieder Fuß fassen. Der neue Zolltarif von 1809 zeigt bereits einen Bruch mit der seit 1799 verfolgten Handelspolitik. Der vollständige Abbruch erfolgt 1810 mit dem Anschluß an das napoleonische Kontinentalsystem und mit der Gründung der Staatsschuldentilgungskasse, 1811, die größere Zolleinnahmen und höhere Finanzzölle notwendig machte.

Immerhin hatte man mit der Zollordnung 1799 und 1807 den Versuch gemacht, von den Finanzzöllen abzurücken und volkswirtschaftliche Erwägungen zur Förderung des Handels in den Vordergrund zu stellen. Mit der Verlegung der Zollgrenze an die Landesgrenze wurde Bayern somit zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet gemacht, ein Ziel, das Preußen erst mit dem Zolltarif von 1818 erreichte. 4)

Ein weiteres Verdienst Utzschneiders ist es, 1799 Anregung zur Aufhebung des lästigen Bierzwangs für ganz Bayern gegeben zu haben. Bereits unter Karl Theodor hatte der junge Hofkammerrat auf seinen Reisen allezeit Interesse für Dinge gezeigt, die eigentlich außerhalb seines Wirkungsbereiches lagen. So besichtigte er verschiedene Brauereien und verlangte Aufklärung über die Handhabung

1) Haushalter, C., a. a. O., S. 180.

2) Döberl, M., a. a. O., S. 476 und v. Stengel, Wörterbuch des Verwaltungsrechts, S. 940.

3) Deutsches Museum, Akt Nr. 5178 und 5182 "Besprechung mit Joseph Müller."

4) Döberl, M., a. a. O., S. 471.

dieses Gewerbes. Wahrscheinlich hat er sich schon damals mit dem Gedanken getragen, eine eigene Brauerei zu errichten. 1)

Als Vorstand der Maut- und Kommerz-Deputation förderte er die Aufhebung der Zwangs- und Bannrechte und schaffte einen seit langer Zeit bestehenden Mißstand aus der Welt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts stellte sich das bayerische Braugewerbe bereits als ein wohlgepflegtes Nationalgewerbe dar, das zwar nicht in abgeschlossenen Brauereigilden wie in Norddeutschland zusammengeschlossen war, sondern dessen Gewerbeberechtigten seit 1516 an die landesherrliche Bestätigung geknüpft waren.²⁾ Trotzdem waren zünftlerische Maßnahmen wie Monopolisierung des Absatzes und Fernhaltung der Konkurrenz überall in Anwendung. Bis 1726 konnte sich jede Brauerei ihren Abnehmerkreis selbst wählen, und der Wirt konnte sein Bier aus jedem beliebigen Brauhaus beziehen, dann setzte jene Bestrebung ein, die versuchte, durch besondere Bierlieferungsverträge die Wirte an eine bestimmte Brauerei zu binden und den Absatz ihrer Erzeugnisse dadurch zu sichern. Das Wirtsgewerbe in Bayern war ein besonders kreditbedürftiges Gewerbe, und besonders der Münchener Wirtsstand litt unter großem Kapitalmangel. Kostete doch eine Konzession in München bereits 9 000 fl. 3) Die in Not geratenen Wirte, die man auch die "Notwirte" nannte, wandten sich an eine Brauerei, die meist über liquide Mittel verfügte, bekamen dort Kapital zu bedeutend günstigeren Bedingungen geliehen als bei einem Juden; denn eine allgemeine städtische Kreditorganisation gab es damals noch nicht in der Residenzstadt. Der Wirt mußte sich als Entgelt für die gewährte Leistung zum ausschließlichen Bezug bei der betreffenden Brauerei verpflichten. So hatten sich am Ende des Jahrhunderts nicht nur in München, sondern auch in allen anderen Städten Bayerns viele Wirte in diese ebenso verlockende wie auch gefährliche wirtschaftliche Abhängigkeit begeben. Der freie Wirt, der der Brauerei weder durch Schuld noch durch sonstigen Bierlieferungsvertrag verpflichtet war, war zu einer Ausnahmeerscheinung geworden. Die Brauereien hatten durch diese Kontingentierung des Absatzes die freie Konkurrenz auf ein Minimum beschränkt und ließen dem "unfreien Wirt" seine Abhängigkeit auf Schritt und Tritt spüren und nahmen ihm jegliche Handlungsfreiheit auf gewerblichem Gebiet. Am Anfang des 19. Jahrhunderts war diese "Wirtshatz" bereits zu einem öffentlichen Skandal geworden. 4)

1) Deutsches Museum, Kommissionstagebuch vom Sept. 1788.

2) Trefz, F., Das Wirtsgewerbe in München, a. a. O., S. 10.

3) Neues Münchener Tageblatt 1905, Nr. 70. "Wert der Realrechte."

4) Näheres bei Trefz, F., Das Wirtsgewerbe in München, Münchener Volkswirtschaftliche Studien, Bd. X., Stck. 33, Stuttgart 1899, S. 10.

Utzschneider war die Aufgabe zuteilgeworden, einen Entwurf zur Aufhebung dieser Zwangsrechte auszuarbeiten. Schon lange war ihm die Bestimmung der Brauereien, den Wirt an einen bestimmten Brauer zu binden, als ein Mißbrauch der persönlichen Freiheit bei der Ausübung eines Gewerbes erschienen und er wies die Regierung auf die Vorteile hin, die sich aus einer Befreiung der Wirte aus ihrer Zwangslage für die Hebung des Nationalwohlstandes ergeben würden. Sein Entwurf für eine provisorische Bierabnahmefreiheit fand Anklang in Regierungskreisen und erschien 1799 in etwas abgeänderter Form im Churpfalz-bayerischen Regierungsblatt : 1) "Schon lange haben wir das Ungerechte und Drückende des in Bayern bestehenden Bierzwanges vor Augen gehabt und uns überzeugt, daß derselbe gegen die natürliche Freiheit, gegen eine wohlgeordnete Landespolizei, zur Schmälerung Unserer höchstlandesherrlichen Gerechtsame, zum Nachteil des produzierenden Publikums, zum Ruin der Wirthe und Wertherabsetzung ihrer Güter bisher bestanden habe. Wir haben demnach, um wieder einen Schritt zur Befestigung des Nationalwohlstandes zu thun, beschlossen, diesem in Bayern so weit verbreiteten Übel und auf ein staatszweckwidriges Herkommen gegründeten Bierzwang ein Ende zu machen. Wir heben also alle Art von Abnahmepzwang bei allen Gattungen Biers in Baiern - unter Hinweis auf ähnliche Verordnungen vom Jahre 1723 und 1727 - er mag auf irgend einem Privileg oder einem vermeintlichen jure prohibendi bestanden haben - vom Sudjahr 29. 9. 1800 anfangend auf und gestatten allen Wirten, sowohl in den Städten als auch auf dem Land, sich ihr Bier aus welcher immer einem inländischen Bräuhaus beizulegen - so wie auch alle Unterthanen zur Beilegung ihres Haustrunks an keine Bräustätte und Wirtshaus mehr gebunden sein sollen."

Durch die Verordnung war theoretisch dem Wirtsgewerbe größere Unabhängigkeit gegeben. Zu allgemein durchgreifenden Maßregeln sollte es aber erst 1805 - nach Utzschneiders Entlassung - kommen. Der Bierzwang wurde ein zweites Mal durch eine Spezialverordnung aufgehoben. 2) Bereits ein Jahr früher hatte eine kurfürstliche Verordnung 3) "allen Zunftzwang der inländischen Gewerbe gegeneinander" aufgehoben und dadurch die ausschließliche Berechtigung der Gewerbetreibenden irgend eines Bezirks für diesen Bezirk abgeschafft. Praktisch hörte die Absatzreglementierung aber noch lange nicht auf, und auch

1) Churpfalz-bayerisches Regierungsblatt, 1800, S. 5, St. 1.

2) Vdg. v. 1805, S. 5, Regierungsblatt, 1805, Döllinger, III. Teil, 14. Bd., S. 1152, Aufhebung der Gewerbezwangsrechte betr.

3) Regierungsblatt 1804, S. 298.

die "Wirtshatz" ist während des ganzen Jahrhunderts in München zu beobachten.

1) Für den Verlust ihres gesicherten Absatzes erhielten die Brauer keine Entschädigung, dafür durften sie jetzt mit den Wirten konkurrieren und selbst Bier aus-schenken. 2)

Nur kurze Zeit konnte Utzschneider als Vorstand der Mauth- und Kommerz-De-putation wirken. In seinem Bestreben, das Wirtschaftsleben einer freieren Gestal-tung entgegenzuführen, wird er von der damaligen Zeitströmung unterstützt. In seinem Bestreben nach Stärkung der Staatsautorität und nach einem geschlossenen Wirtschaftsgebiet wollte er die bestehenden Binnenhandelshemmnisse durch eine neue Zollordnung beseitigen.

Sicher hätte er noch andere Reformen auf dem Gebiet des Handels und Zollwesens vorgeschlagen oder verwirklichen können, wenn er nicht abberufen worden wäre.

2) Als geheimer Referendär in Landschaftssachen.

Am 8. Juli 1799 wurde Utzschneider als geheimer Referendär in das Finanzmini-sterium versetzt und dort mit dem Referat über lanstäändische Angelegenheiten betraut. 3) Dieses Ressort war etwas verkümmert. Seit 1669 waren die Stände nicht mehr zu einem Landtag zusammengetreten. Ihre Mitregierung und vor al-lem ihr Steuerbewilligungsrecht vertrugen sich schlecht mit einem modernen Staatsaufbau.

Als Kommissar bei dem landschaftlichen Schuldentilgungswerk wurde Utzschnei-der mit einer sehr schwierigen Aufgabe betraut. Er hatte den ersten Finanzetat Bayerns aufzustellen. Er sollte die Einkünfte und Ausgaben des Kameralgutes von den Staatsgefällen und Staatsausgaben absondern und das wichtige Geschäft einer Steuerrektifikation in Angriff nehmen. 4) Um die ihm gestellte Aufgabe zu lö-

1) Später wird der Absatzkampf der Brauereien auf rein kapitalmäßiger Ebene ausgetragen. Es bilden sich Brausparkassen zwischen der Brauerei und den Wirten, die oft zu ihrer Brauerei ein größeres Vertrauen hatten als zu einer Bank. siehe: Die Zukunft der Brausparkassen. in: "Der deutsche Volkswirt" vom 19. Juni 1936, S. 1849.

2) Regierungsblatt 1807, S. 1371 "Minutoverschleiß".

3) Deutsches Museum, Akt Nr. 5308.

4) Stoll, M., a. a. O., S. 114.

sen, begann er zunächst einmal mit einer für das Gesamtministerium bestimmten Erhebung über den zerrütteten bayerischen Finanzhaushalt. Dies war insofern dringend notwendig, als man bis dahin noch weder die wirkliche Höhe der Staatsschulden noch den wahren Ertrag der Staatsgefälle kannte. 1) Das Ergebnis seiner umfangreichen Untersuchungen faßte er in einer Broschüre zusammen, die er dem Ministerium zur Einsichtnahme zuleitete. Aus seinen Erhebungen über den "Zustand der Staats-Einkünfte und Staats-Ausgaben in Baiern, Neuburg, Sulzbach und Oberpfalz bei dem Regierungsantritte des Kurfürsten Maximilian Joseph im Jahre 1799." 2) konnte ein klarer Überblick über den Etat des Jahres 1799 gewonnen werden. Danach betrug das "eigentliche bare Geldbedürfnis" 9 875 832 fl., die "Totalsumme der Erträge" dagegen 5 096 414 kr., so daß für das laufende Finanzjahr mit einem Defizit von 4 779 418 fl. gerechnet werden mußte.

Wenn auch im Sinne der heutigen Defizitpolitik dieser Fehlbetrag keineswegs hoch erscheint, so war er für die damalige Zeit doch sehr beachtlich, und es hatte sich überall infolge der Unkenntnis der Finanzlage die Meinung verbreitet, daß Bayern vor einem Staatsbankrott stehe. Man sah sich deshalb dringend nach einer Hilfe um, die den Staat aus der Verschuldung herausführen sollte. Im Anschluß an seine Erhebungen erwägt er die Vorschläge zur Verbesserung der finanziellen Lage. Mehrerer Mittel konnte sich der Staat bedienen, um seine Schulden zu decken.

Erstens konnte man erhöhte Steuern ausschreiben, aber die bereits erhobene Kriegsteuer stellte eine weitere Steuer außer Betracht. Zweitens konnte man zinsbare Anleihen aufnehmen, die als die älteste Form des Kreditgeschäftes dem bayerischen Staat wohlbekannt waren. Aber die öffentlichen Anleihen waren bei der damaligen Erschöpfung der privaten und öffentlichen Kassen kaum mehr erziebig. Drittens konnte man zu einem neuen Mittel, der Zwangsanleihe, 3) greifen, von der man sich aber auch wegen der Armut des Volkes keinen Erfolg versprach. Viertens konnte man Anleihen bei Juden aufnehmen. Doch bei jüdischen Bankiers zu borgen, hatte Maximilian bisher immer, wenn irgend möglich, zu vermeiden gesucht. Jetzt blieb ihm kein anderer Ausweg.

1) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 17.

2) Abgedruckt in: "Neuester aktenmäßiger Zustand der sämtlichen unter landesfürstlicher und landschaftlicher Verwaltung stehenden Staats-Einkünfte und Staats-Ausgaben in Baiern, Neuburg, Sulzbach und der Oberpfalz" I. Teil, München 1801.

3) Segner, F., Die bayerische Staatsschuld, in: Finanzarchiv von Schanz 20. Jahrg. 2. Bd., S. 240, läßt die Ära der Zwangsanleihen 1809 beginnen.

Bis Anfang des 18. Jahrhunderts hatten die Juden in Bayern hauptsächlich die Rolle von Heereslieferanten während der verschiedenen Kriege gespielt. 1) Sie lieferten Verpflegung, Ausrüstung, Waffen und Pferde gegen Kredit, wurden später bezahlt und machten bedeutende Gewinne. 1801 war die bayerische Finanzverwaltung durch die Nichtaufbringung der Kontribution für die Besatzungsarmee, die sich auf 440 878 fl belief, in arge Verlegenheit geraten. Maximilian wollte eine Auslandsanleihe machen und hatte bereits Subsidien von England angenommen. 2) Utzschneider, der sich gegen Auslandsanleihen aussprach - wegen der damit verknüpften politischen Bindungen -, wußte den Kurfürsten Maximilian dahin zu bewegen, daß zur Deckung des augenblicklichen Geldbedarfes eine Anleihe bei jüdischen Bankiers der Stadt gemacht wurde, für die er bessere Bedingungen als die von der Generallandesdirektion vorgeschlagenen zu erreichen wußte. 3)

Ein anderer Ausweg zur Geldbeschaffung war die Errichtung einer Bank mit Notenausgaberecht. Angeregt durch die bestehenden Staatsbanken, der Bank of England und der Kgl. Bank in Berlin, dachte Utzschneider daran, in Bayern eine ähnliche Einrichtung einzuführen. In der Handschriftenabteilung des Deutschen Museums 4) findet sich ein Schreiben vom 11. Juli 1799, das von Maximilian IV. Joseph unterzeichnet ist und in dem er den Geheimen Referendar Utzschneider auffordert, zusammen mit dem Wechsel- und Merkantilgerichts-assessor Dall ' Armi 5) die zur Fertigung von Bankpapieren nötigen Vorarbeiten baldmöglichst gemeinschaftlich zu erledigen. In seinem Vorschlag zur Bildung einer Bankanstalt scheint Utzschneider sich J. Law zum Vorbild genommen haben. Er schlägt eine Nationalbank vor, die das Recht zur Ausgabe von Banknoten haben soll, die durch Hypothekarisierung des Grund und Bodens gedeckt werden sollten. Der Boden ist das einzige, was nicht entwertet werden könne, und kein Feind könne denselben stehlen. Er könne zwar nicht "körperlich umlaufen", aber könne durch sogenannte Hypothekenbriefe mobilisiert werden. Diese Art Deckung, zu der hauptsächlich der Grundbesitz des Adels und der Geistlichkeit sowie die Staatsdomänen hinzugezogen werden sollten, würde die

- 1) Hümmert, L., Die finanziellen Beziehungen jüdischer Bankiers und Heereslieferanten zum bayerischen Staat in der ersten Hälfte des 19. Jhdt. Diss. München 1927, S. 13.
- 2) Heigel, K., a. a. O., S. 163.
- 3) Bauernfeind, a. a. O., S. 17 Es handelt sich um die bei dem Juden Westheimer gemachte 500 000 fl. Anleihe zu 4 1/2 % (vgl. Hümmert a. a. O., S. 11).
- 4) Deutsches Museum, Nr. 5309.
- 5) Über die Bedeutung Dall ' Armi's vgl. S. 143 vorliegender Arbeit.

Wertbeständigkeit des Papiergeldes sichern. Dieser Gedanke, der im Laufe der Jahre immer wieder von ihm ausgesprochen und auch im bayerischen Landtag wiederholt wurde, hatte vieles für und gegen sich. Utzschneider konnte sich aber weder 1799 noch 1822 1) mit seinen Vorschlägen durchsetzen. Sein "Hypothekencassen-Komptoir" erschien seinen Zeitgenossen ein wenig zu revolutionär. Und die Mißerfolge des Law'schen Bodengeldes und anderer Unternehmen waren ihnen noch zu gut in Erinnerung. (vgl. S. 94)

Seine weiteren Vorschläge zur Sanierung der ungesunden Finanzverhältnisse laufen auf eine Reorganisation der Staatsverwaltung hinaus mit dem Ziel einer Zentralisation und einer Vereinfachung des gesamten Staatsapparates. "Die Staatsmaschine muß einfach gebaut sein, sonst gibt es zu viele Reibungen an verschiedenen Plätzen, welche man nicht immer übersehen kann." 2)

Es scheint jedoch, daß es bei den Vorschlägen 3) Utzschneiders zur Staatsverwaltung und Aufstellung eines Haushaltplanes geblieben ist. Die Zeit mußte für ihn arbeiten! Jedenfalls ist es sein Verdienst, die ersten Anregungen zu einer Trennung der Rechtspflege vom Kameralwesen gegeben zu haben, 4) "in jeder Landrichterei sollte das Richteramt von dem Kameralamte getrennt werden, die Verwaltung der Gerechtigkeit verträgt sich nicht mit Arbeiten, wo das Eigentum stündlich verletzt werden kann, wo der Richter zu oft verleitet wird, dem Privatinteresse Gehör zu geben."

Bevor er an die Arbeit der Verbesserungsvorschläge ging, hatte er 1799 als Kommissar bei der Organisation der Hauptpfleger eine Reise in die ihm angewiesenen Pflugschaftsgerichte, die er größtenteils zu Fuß zurücklegte, gemacht. Er schreibt dazu: "Auf dieser Reise, welche ich größtenteils zu Fuß zurücklegte und auf der ich verschiedene Pflugschaftsgerichte besuchte, dachte ich Vieles und Verschiedenes über den Wohlstand der Untertanen - über die Sicherheit ihres Eigentums - über die Wohlfeilheit einer Landesministration, - über die Landeskultur und über die Vermehrung einer wohlgenährten Bevölkerung in Bayern."

5) Er forderte die Sicherung des bäuerlichen Eigentums durch einen allgemein verständlichen Codex, in dem Begriffe wie Laudemialwesen, Frohnen, Zehnten, Grundgerechtigkeit etc. eindeutig geklärt seien, um unwillkürliche Auslegungen zu verhindern, weiter forderte er die Aufhebung des bayerischen Hoffußes und der Gemeinheiten. Die unteilbaren Hofgüter müsse man teilen und auf den verteilten Gründen können neue Menschen leben und dem Vaterland nützlich sein, etc. 6)

1) siehe auch S. 92 vorl. Arbeit.

2) 3) 4) 5) Deutsches Museum, Vorschläge zur Vereinfachung der Staatsverwaltung.

6) Diese Vorschläge erwähnt Stoll, M., a. a. O., S. 125.

Die Erledigung landschaftlicher Angelegenheiten hatte den Finanzreferendär mit neuen Ideen in Berührung gebracht, war er doch der Ansicht, daß ein grosser Teil der Schuld an den schlechten Finanzverhältnissen auf die Mitregierung der Landstände zurückzuführen sei, 1) und daß diese der Grund für die bestehende Steuerungleichheit waren. Die notwendige Zentralisation, die die Generallandesdirektion bringen sollte, fand bei den einzelnen Landständen erbitterten Widerstand. So schickte der Landteil Pfalz-Neuburg eine Deputation von acht angesehenen Männern des Landes an den Hof nach München, um gegen die Befugnisse der Generallandesdirektion zu Felde zu ziehen. Erst nach längeren Verhandlungen wurde am 5. Oktober 1799 der "Pfalz-Neuburgische Deputationsabschied" 2) bekanntgegeben, in dem zwar einige Befugnisse der Generallandesdirektion aufgehoben, auf andern aber um so entschiedener bestanden wurde. Obwohl er von allen Bevollmächtigten unterschrieben worden war, befriedigte er die Untertanen nicht. Alle Stände des Herzogtums sahen im Referenten Utzschneider den wahren Urheber der im Deputationsabschied verankerten neuen Regierungsgrundsätze; und "wenn man ihn nicht mit Namen nannte, so schloß man sich mit um so frischeren Haß seinen alten Gegnern an". 3) Die Unzufriedenheit fand ihren Ausdruck in einer anonymen Flugschrift, 4) in der heftig gegen die geplante Zentralisation protestiert wurde, die man als einen Angriff auf alte, selbstherrliche Rechte betrachtete. Besondere Kritik übte man an der Bestimmung, daß die Stände des Herzogtums Neuburg sich in dem Deputationsabschied verpflichten mußten, der Errichtung einer Nationalbank mit Notenausgaberecht keinerlei Widerstand entgegenzubringen 5) und das Papiergeld anzunehmen, wenn sich andere Mittel zur Beschaffung von Geld nicht finden würden.

-
- 1) Über diese Mitregierung der Landstände äußert sich auch Döberl, M., a. a. O., S. 384.
 - 2) Der Deputationsabschied ist abgedruckt in der Schrift: "Neuester aktenmäßiger Zustand der Staats-Einkünfte und Staats-Ausgaben in Bayern etc." I. Teil S. 47 - 79. Er liegt unter der Nr. 5092 im Deutschen Museum.
 - 3) Bauernfeind, C. M. v., a. a. O., S. 18.
 - 4) "Erläuterungen des Pfalzneuburgischen Deputationsabschiedes über die Neuburgischen Landes- und Regierungsverhältnisse" 1800, anonym erschienen.
 - 5) Handschriftenabteilung Deutsches Museum, Nr. 5092.

3) Utzschneider als Vorkämpfer für einen neuen Landtag.

Utzschneider scheute sich nicht, Kritik an der bestehenden landständischen Verfassung zu üben, und war bestrebt, die Dezentralisierung der Staatsverwaltung, die sich aus dieser landständischen Verfassung ergab, durch Abschaffung der einzelnen Sonderverfassungen abzuschaffen. In Wirklichkeit waren diese landständischen Verfassungen, die formell noch bestanden, praktisch außer Tätigkeit gesetzt. Denn seit 1669 hatte in Altbayern kein Landtag mehr stattgefunden. 1) Die Landschaftsverordnung erneuerte sich durch Selbstergänzung, ohne Mitwirkung der landständischen Auftraggeber, sozusagen als eine stillschweigende Verlängerung ihrer Vollmacht. Die Landschaftsverordneten bekämpften nicht nur alle Arten von Reformversuchen sondern versuchten auch, ihre einflußreiche Stellung im Interesse ihrer und ihrer Familien Privativorteile auszunützen. 2)

Am 1. Februar 1800 hielt Utzschneider seinen Vortrag über die Einberufung eines allgemeinen Landtags (die wenige Tage vorher von den Landständen selbst noch gefordert worden war 3)), in dem er auf die Mängel der landständischen Verfassung hinweist und davor warnt, in "jetziger Zeit die Zügel einem vielköpfigen, unvorbereiteten Körper zu überlassen, welchen Eigennutz, Ehrgeiz, Bestechung leicht irre leiten können". 4) Er bezeichnet das Fehlen eines Landtags als ein "Grundübel" und fordert mit Nachdruck die Einberufung eines solchen, um die "häufigen und tiefliegenden Staatsgebrechen, welche die Regierung immer lähmen werden, radical und definitiv zu heilen." 5) Der Landtag sollte die Vereinigung sämtlicher Landstände darstellen und der von ihm verordnete Ausschuß die landschaftliche Verordnung bilden. Auch der Landwirt müsse im neuen Landtag eine seiner wirtschaftlichen Bedeutung entsprechende Stellung innehaben. "Da der Stand des Landmannes, als des Nutzungs-Herrns fast allen bayerischen Bodens sowohl seiner Zahlmenge, als einer produzierenden Arbeit

1) Vgl. hierzu Döberl, M., a. a. O., S. 383 f.

2) Döberl, M., a. a. O., S. 384.

3) Hoffmann, L., a. a. O., S. 33.

4) Deutsches Museum, Akt Nr. 5430, "Mit welchen Schwierigkeiten begann im Jahre 1799 und 1800 die Regierung Sr. Majestät des Königs Maximilian Joseph in Bayern," S. München 1837. Zu der Drucklegung sah sich Utzschneider 1837 veranlaßt, als ihm von einem Landtagsabgeordneten der Vorwurf gemacht wurde, er habe 1800 an einem Manifest zum Umsturz der bayerischen Verfassung teilgenommen.

5) Vortrag über einen Landtag vom 1. Feb. 1800, a. a. O., S. 6.

halber für den Staat von größter Wichtigkeit, seine Abgaben von dem größten Betrage, sein Interesse mit dem des Staates innigst verbunden, und doch bey den höchsten Landes-Angelegenheiten überall nicht repräsentirt. "

So fordert er, daß dem Landwirt ein Anteil an der landschaftlichen Verordnung dergestalt zukommen müsse, daß die Grundeigentum besitzenden Landwirte ein Drittel der ganzen Versammlung ausmachen. In der Verfassung von 1808 wird dieser Utzschneiderschen Forderung noch keine Beachtung geschenkt. Im Landtag sollen nur die höchstbesteuerten Stände vertreten sein, die Bauern sind ausgeschlossen. 1) Als Maximilian I. am 26. Mai 1818 seinem Volk eine landständische Verfassung gibt, wird seiner Forderung weitgehend Rechnung getragen. 2)

In seinem Entwurf einer neuen Landesfreiheit 3), in dem er die Entwicklung und Grundzüge einer modernen Verfassung behandelt, fährt er folgendermaßen über den Landtag fort: " 25 Verordnete haben alle der Landschaft ordentlich zukommenden Geschäfte, nicht nach Curien, sondern nach Zivilstimmen, definitiv zu entscheiden, in außerordentlichen oder die Landesverfassung ändernden Fällen aber ihre Vorschläge an ihre Kommittenten, die Güterbesitzer, Städte, Märkte und Dorfgemeinden mit unserem Vorwissen zur Bekräftigung oder Verwerfung abzusenden. Ein allgemeiner Landtag kann aber nur von Uns 4) allein ausgeschrieben und einberufen werden. "

Wenn man den Aufbau dieses von ihm vorgeschlagenen Landtages betrachtet, so kann man feststellen, daß Utzschneider sich noch an die alte landständische Verfassung anlehnt, daß er somit von sogenannten "revolutionären Ideen" weit entfernt ist. Seine einzige neue Idee, die einen demokratischen Grundsatz verwirklicht sehen will, ist, daß der Landtagsausschuß allen produzierenden Klassen dienen soll und nicht mehr eine privilegierte Interessenvertretung einiger bevorzugter Klassen darstellen soll. Diese Gleichstellung der verschiedenen Klassen bei der Zusammensetzung eines Landtags, die heute als selbstverständlich angesehen wird, war damals für Bayern neu, und so erklärt sich, daß Utzschneiders Entwurf als revolutionär verschrien wurde. Durch diesen Entwurf und durch die Erklärung einer neuen Landesfreiheit in Bayern vermehrte er nur die

- 1) vgl. hierzu: Döberl, M., Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens, München 1918, S. 15.
- 2) Döberl, M., Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens, S. 54.
- 3) Dieser Entwurf ist abgedruckt in der Schrift: "Mit welchen Schwierigkeiten etc." a. a. O., S. 40, Akt Nr. 5430, Deutsches Museum.
- 4) Uns - gemeint ist der Landesherr Maximilian.

Zahl seiner Gegner, und mit ihnen wuchsen ihre Bestrebungen, einen solchen gefährlichen Patrioten um jeden Preis aus einer einflußreichen Stellung zu drängen. Man ließ anonyme Flugschriften drucken 1), versah sie mit entsprechenden Anmerkungen und sorgte dafür, daß ein breiteres Publikum sich mit den freigeistigen Anschauungen des kurfürstlichen Referendärs auseinandersetzen konnte.

Um zu beweisen, daß Utzschneider mit seinem "Entwurf einer neuen Erklärung der Landesfreiheit in Bayern" keinen Umsturz der Verfassung im revolutionären Sinne angestrebt hat, soll kurz auf einzelne Punkte dieser Schrift eingegangen werden. Später ließ er auch diese Schrift drucken 2) und versah sie mit dem Vorwort: "Die Bayern mögen über die Grundsätze und Handlungsweise des damaligen geheimen Referendärs in landschaftlichen Angelegenheiten urtheilen und entscheiden, ob dieselben revolutionär waren." Es folgen nun einzelne Punkte aus der Erklärung der Landesfreiheit, die sich mit den wichtigsten politischen und wirtschaftspolitischen Problemen auseinandersetzen. Sie zeigen deutlich, inwieweit er von den damaligen Zeitströmungen und von der französischen Revolution und von Montesquieu beeinflusst war.

Über die Machtbefugnisse des Landesfürsten soll in der Verfassung folgender Satz enthalten sein: "Wir erklären hiemit öffentlich, daß Wir die Uns von der Vorsehung anvertraute fürstliche Macht als ein Uns aufgetragenes Amt ansehen, das Wir nicht zu Unserem, oder einiger Wenigen, sondern zum allgemeinen Besten zu führen durch heilige Pflichten verbunden sind....." 3)

Der durch eine Konstitution gebundene Landesfürst soll "der erste Diener des Staates" sein, er darf Staatsbündnisse unterzeichnen, Kriege erklären, Frieden schließen und auf innenpolitischem Gebiet soll er der höchste Richter sein und auch in letzter Linie über die Erhebung und Verwendung der Staatseinkünfte zu bestimmen haben. Ein zu bildender Staatsrat soll ihn in seiner Regierungstätigkeit unterstützen.

1) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 18.

2) Im Mai 1837 machte ihm ein Abgeordneter, der mit ihm in der Kammer saß, den Vorwurf, er habe die Verfassung stürzen wollen. Die diesbezüglichen Beweise seien in Häberlins Staatsarchiv, Bd. VI, Heft 21-24, Helmstedt und Leipzig 1801 enthalten. Auf diese Verleumdung erwidert Utzschneider lediglich mit dem Abdruck der betreffenden "Beweise" aus Häberlin's Archiv unter dem Titel: "Mit welchen Schwierigkeiten etc." Diese Schrift enthält vier einzelne Vorträge. 1) "Vortrag über einen Landtag in Baiern" vom 1. Februar 1801, 2) "Kurfürstliches Postulatsrescript an die landschaftliche Verordnung in Baiern" vom 11. Feb. 1800, 3) "Entwurf einer neuen Erklärung der Landesfreiheit in Baiern", 4) "Kurpfalz-bayer. Kriegssteuerverordnung" vom 3. März 1800.

3) Erklärung der Landesfreiheit, Deutsches Museum, Akt Nr. 5430, S. 44.

Seine Rechte sind also beschränkt, er soll auch nicht mehr, wie es früher der Fall war, bayerische Landesteile ohne Einwilligung der Nation vertauschen dürfen. Er beruft den Landtag ein und vertritt die Interessen der Nation gegenüber dem Reich. 1)

Über die Befugnisse der Landschaften soll die neue Verfassung folgende Bestimmung enthalten: 2) "Wir und Unsere Nachfolger sollen in keinem Fall berechtigt seyn, eigenmächtig und ohne die Einwilligung der landschaftlichen Verordnung Hand an das Vermögen Unserer Unterthanen anzulegen." Damit spricht er dem Landtag das Steuerbewilligungsrecht zu.

Über den Gegenstand der Landtagsberatungen äußert er sich in seinem Vortrag über einen Landtag: 3) "Selbständigkeit des ganzen Staatskörpers und nicht mehr die Befreyungen einzelner Classen, Schutz des Eigenthums und des Vermögens der Nation, und nicht mehr bloße Erhaltung einzelner oft dem ganzen Staatskörper schädlicher Freyheiten - sollen der Gegenstand der landschaftlichen Berathschlagungen in Zukunft seyn."

Auch in seinen Gedanken zur Frage der in der Verfassung zu garantierenden Grundrechte kann er seine Beeinflussung durch die Aufklärungsphilosophie nicht leugnen. Der Grundsatz für die Rechtsprechung muß die Achtung der persönlichen Freiheit sein. Jedem Angeklagten muß vor höheren Gerichten ein Verteidiger gestattet sein, Gleichheit vor dem Gesetz muß garantiert werden. 4) Die Tortur soll abgeschafft, die Todesstrafe eingeschränkt werden. Die Richter sind so gut zu bezahlen, daß Bestechungen nicht mehr vorkommen können. Eine Trennung der Gerichts- und Kameralbeamten ist genau durchzuführen.

Außerdem soll die Verfassung die Rechte des Einzelnen auf Person und Eigentum schützen. "Heyrathen sind als frey, und bloß der Polizey und den Familien zu überlassender Gegenstand anzusehen". 5)

An seinen Ausführungen über die Gewerbepolitik zeigt sich, daß er von der Reglementierung des Wirtschaftslebens im Sinne des Colbertismus nichts mehr wis-

1) vgl. Erklärung einer neuen Landesfreiheit a. a. O., S. 44.

2) ebenda, a. a. O., S. 57.

3) Vortrag über einen Landtag, a. a. O., S. 10.

4) vgl. "Entwurf einer neuen Landesfreyheit" a. a. O., S. 57.

5) Utzschneider hatte noch den Kurfürsten um Bewilligung der Heiratserlaubnis bitten müssen und war, wie aus dem Personalakt im Kreisarchiv H. R. Fasc. 395/1223 zu entnehmen ist, auf gewissen Widerstand gestoßen.

sen will und für die freiheitliche Gestaltung des Wirtschaftslebens eintritt "alle andere zwecklose Zunftgesetze aber aufgehoben und alle Zwangsgewerbe nach und nach reduziert und keine neue mehr errichtet werden sollen..... die Freyheit des Getreidehandels soll als pragmatisches Gesetz für Bayern gelten". 1)

Diese Vorschläge zur Ausbildung einer neuen Verfassung wurden gelesen und hingenommen, ohne daß man danach trachtete, sie zu verwirklichen. Die Regierung Montgelas hielt die Zeit noch nicht reif genug, verstand die Einberufung des Landtages immer wieder hinauszuschieben. Erst 1806 mit der Erhebung Bayerns zum Königreich wurde auch die alte landständische Verfassung aufgehoben, um 1808 bzw. 1818 durch eine neue ersetzt zu werden. 2)

Utzschneider ergänzt seine Vorschläge noch durch das "kurfürstliche Postulats-Rescript" an die landschaftliche Verordnung in Bayern 3) in dem er sich mit steuerlichen Fragen, Schuldentilgung, Steuerrektifikation und der Aufstellung eines stehenden Heeres unter dem Oberbefehl des Landesfürsten befaßt. Aber auch diese Schrift kann nicht als umstürzlerisch bezeichnet werden. Macht er doch die Regierung hierin selbst auf revolutionäre Umtriebe aufmerksam und mahnt, mit Strenge dagegen einzuschreiten. 4)

Utzschneider berichtet in seiner autobiographischen Skizze 5) über diesen Abschnitt seiner Tätigkeit wie folgt: "In seiner Verhandlung mit den Landständen gab er die erste Veranlassung zur Herstellung der bairischen Armee und des Landwehrsystems. Nachdem seine rasche Tätigkeit ihm viele Gegner aufregte, wurde er im Jahre 1801 in den Ruhestand versetzt und auf diese Weise von den Staatsgeschäften entfernt."

4) Tätigkeit als Politiker im Staatsdienst.

Maximilian IV. Joseph war mit seiner politischen Einstellung in den Geleisen derjenigen seines Vorgängers geblieben. Im Jahre 1800 steht er auf der Seite des Reiches im Kampf gegen Napoleon. Der Feldzug hatte aber einen so unglück-

1) Entwurf einer neuen Landsfreyheit, a. a. O., S. 65.

2) vgl. hierzu Verfassung für das Königreich Bayern vom 26. V. 1818, Titel IV, § 7 Ges. Bl. 1818, S. 101.

3) "Mit welchen Schwierigkeiten etc." a. a. O., S. 11.

4) Postulats-Rescript, a. a. O., S. 19.

5) Deutsches Museum, Akt Nr. 5124.

lichen Verlauf genommen, daß die österreichischen und bayerischen Truppen überall zurückgedrängt und geschlagen wurden. Der Kurfürst verläßt München und geht nach Amberg, wo er das ganze Jahr über bleibt. Am 28. Juni 1800 ziehen die Franzosen in München ein. 1) Fahrmbacher berichtet, 2) daß Utzschneider, der eine Trennung von Habsburg und einen Anschluß an die französische Republik anstrebte, sich mißbilligend über die Regierungspolitik äußerte: "Dieser Montgelas stürzt uns ins Verderben." Die öffentliche Meinung, die unter dem Einfluß der französischen Revolution stand, übte in zahlreichen Flugschriften heftige Kritik an der damaligen bayerischen Staatsverfassung und forderte die Einberufung eines allgemeinen Landtages. Wer der Urheber dieser anonymen Flugschriften war, wußte man nicht. Aber sie deckten sich auffallend mit den Utzschneiderschen Gedanken über die Umgestaltung der Staatsverwaltung. 3) Besonders in der Flugschrift: "Über Süddeutschland" pries man den Gedanken einer bayerischen Republik als das wahre Staatsideal. So großen Anklang hatten bereits die Ideen der französischen Revolution in Bayern gefunden. In München war sogar eine französisch-bayerische Partei gegründet worden, ein sogenannter "Tochterclub der Jakobiner". Dieser Geheimbund, der seinen Sitz in München hatte 4), verbreitete durch geheime Propagandisten den Gedanken einer süddeutschen Republik im ganzen Land, besonders auch unter den Bauern, die sich über ihre bedrückende Lage sehr unzufrieden zeigten. Und auch in den Städten hatte die zunehmende steuerliche Belastung und die Verteuerung der Lebensmittel eine gewisse revolutionäre Gärung hervorgerufen. Utzschneider und Hazzi gingen bei den französischen Besatzungsoffizieren ein und aus 5). 6) Und für den oberflächlichen Beobachter mochte es scheinen, daß der wegen seiner freiheitlichen Anschauungen bereits bekannte Utzschneider mit diesem Geheimklub der Jakobiner Fühlung aufgenommen hatte. Auch die Landstände, die bereits durch den von Utzschneider entworfenen Pfalz-Neuburgischen Deputationsabschied eine bedeutende Schmälierung ihrer Selbstherrlichkeit hatten

-
- 1) Näheres bei Fahrmbacher, H., "Aus Münchens Zeiten der Franzosennot 1800 - 1801". München 1900, S. 2.
 - 2) Fahrmbacher, H., a. a. O., S. 2
 - 3) Heigel, K., a. a. O., S. 167, führt folgende Flugschriften an: "Wahrer Überblick der Geschichte der bayerischen Nation oder das Erwachen der Nationen nach einem Jahrtausend." und "Über Süddeutschland". Man hielt Utzschneider oder Hazzi für den Verfasser (S. 170).
 - 4) Heigel, K., "Die Jakobiner in München" a. a. O., S. 167.
 - 5) Hazzi, J. v., Staatsrat, Vorstand der Landesbaukommission. Näheres in: Allg. Deutsche Biographie, 52. Bd., Leipzig 1880, S. 165.
 - 6) so schildert Fahrmbacher, H. die Lage der Stadt, a. a. O., S. 57.

hinnehmen müssen, verdächtigten ihn als geheimen Revolutionär, der nur darauf warte, die bayerische Republik mitbegründen zu können und dessen krankhafter Ehrgeiz nach der Erlangung einer höheren, einflußreicheren Stelle strebte. Sie hatten kein Interesse daran, einen Unterschied zwischen der Partei der Patrioten, deren Führer Utzschneider war, von derjenigen der Jakobiner zu machen, die auf ein ganz anderes Ziel, nämlich die Untergrabung des monarchischen Staates hinarbeitete und einen Anschluß an die Republik Frankreich anstrebte. 1) Für sie war er der Revolutionär schlechthin! Und Utzschneider gab diesen Gerüchten unvorsichtigerweise auch noch neue Nahrung. Im Deutschen 2) Museum befindet sich ein Brief, in dem Utzschneider um die Überlassung und Ausstellung eines Passes bittet, zur "Bereisung der französischen Republik". Als Reisegrund gibt er das Studium des Salinenwesens und der Zuckerproduktion an. Seine Bitte wird, wie voraus zu sehen war, abgelehnt. Man arbeitete bereits auf seinen Sturz hin. Desberger bemerkt hierzu: 3) "Man suchte ihn als einen Revolutionär zu verdächtigen, der den Staat aus allen Fugen reißen wolle, und trug sogar in der Stadt mit erkünstelter Heimlichkeit ein Gerücht herum, der geheime Referendär Utzschneider stehe in Verbindung mit der französischen Republik und sei vorläufig zum Präsidenten von Süddeutschland bestimmt. Das Gerücht, so ungereimt es auch bei persönlicher Bekanntschaft mit Utzschneider erscheinen mußte, fand doch Anklang und zog Entfernung nach sich."

Es scheint bei dieser Sachlage nicht weiter verwunderlich, daß seine Stellung unhaltbar wurde. Der Kurfürst, der ihm nach seiner Rückkehr aus dem Exil noch freundlich gesonnen war, unterlag der Beeinflussung der Utzschneider feindlich gesonnenen Umgebung am Hofe und fand sich schließlich bereit, ihn am 10. Juni 1801 unter Beibehaltung seines vollen Gehaltes von 2 500 Gulden bis zu anderweitiger Verwendung in den Ruhestand zu versetzen. Die offizielle Begründung dafür lautete: 4) "weil nach der getroffenen neuen Vertheilung der Geschäfte der Hauptvortrag über Landschaftssachen, als eine staatsrechtliche Angelegenheit, dem Ministerium des Äußeren zuzuweisen und hierdurch die Stelle eines eigenen Referendärs in landschaftlichen Fragen überflüssig sei."

1) Graf Du Moulin-Eckart versucht, auch hier für Utzschneider eine "Ehrenrettung" zu geben. a. a. O., S. 171; er nennt die umhergetragenen Gerüchte "Hofklatsch".

2) Deutsches Museum, Urkundensammlung Nr. 5258 und 5221.

3) Desberger, J., "Zum Andenken an den Herrn Geheimen Rath von Utzschneider," München 1840. Dieser Nekrolog ist abgedruckt im Bayerischen Kunst- und Gewerbeblatt 1840, S. 146.

4) Deutsches Museum, Urkundenabteilung, Akt Nr. 5224.

Es ist sehr schwer, zu beurteilen, inwiefern Utzschneider wirklich Beziehungen zu dem Geheimbund hatte. Vieles spricht dafür, vieles dagegen. Natürlich hat Utzschneider gegen die ihm vorgeworfenen Beschuldigungen Protest eingelegt. Im Deutschen Museum befindet sich ein Manuskript, 1) das er an die Münchener Zeitung sandte und zur Veröffentlichung gab. Diese öffentliche Rechtfertigung durfte jedoch auf Befehl des Kabinetts nicht erscheinen, "weil eine derartige persönliche Schrift für eine politische Zeitung nicht zuträglich" befunden wurde. 2) Sie hatte folgenden Wortlaut:

"Hiermit widerspreche ich öffentlich diesem auf eine ungerechte Weise verbreiteten Gerücht, indem es von jeher niemals in meinen Grundsätzen war, an solchen Flugschriften einigen Antheil zu nehmen. Ich bin weder Aristokrat, noch Demagog, weder Illuminat noch Obscurant, weder Jakobiner, noch Jesuit sondern vor allem Baier..... Freund jeder festen Regierung, Feind aller Unordnungen und Mißbräuche..... Seit der Anwesenheit der Franzosen in München kann ich wie andere Menschen nichts anderes tun, als den Gang der allgemeinen Weltangelegenheiten aufmerksam zu beobachten, mich unterrichten und mein leidendes Vaterland bedauern. Dieses zur Steuer der Wahrheit. München, den 13. Nov. 1800."

Bereits am 30. Dez. 1800 glaubt er diese so sehnlichst begehrte öffentliche Rechtfertigung nicht mehr nötig zu haben und im Amte bleiben zu können. 3) Sein Bewerbungsschreiben an Aaron Elias Seeligmann 4) 5) ist also etwas übereilt gewesen. Um so erstaunter ist Utzschneider als ein halbes Jahr später sein Entlassungsschreiben eintrifft. In einem Brief vom 10. Juni 1801 spricht der Präsident der Oberlandesregierung Morawitzky ihm sein Bedauern dazu aus 6): "Den persönlichen Anteil, den ich in manchem Betracht an diesen Verlust des

1) Deutsches Museum, Nr. 5223.

2) ebenda.

3) Deutsches Museum Akt Nr. 5223.

4) Deutsches Museum Akt Nr. 5070, Schreiben Seeligmann.

5) Seeligmann, Aaron Elias, ein Jude, dessen Vorfahren aus Leimen bei Heidelberg stammten und Inhaber des Salzmonopols gewesen waren. Utzschneider wendet sich an ihn, da er um Seeligmanns Beziehungen zum Salinenwesen weiß. Beide hatten einen ähnlichen Posten: Seeligmann war Verpflegungsadministrator der bay. Armee, Utzschneider war Getreidekommissar bei der franz. Militärverwaltung, sie hatten demnach miteinander zu tun. (vgl. Hümmert, a. a. O., S. 14).

6) Deutsches Museum, Akt Nr. 5225.

Departements nehme, habe ich auszudrücken nicht nötig, und ebenso wenig, daß mir die eigentlichen Triebfedern unbekannt sind." Am Rande dieses Briefes findet sich eine handgeschriebene Bemerkung Utzschneiders, aus der hervorgeht, daß die Hauptursache seiner Entlassung seine Vorträge waren und nicht der Verdacht als "Jakobiner". Er schrieb 1): "Morawitzky hat so gut gegen mich gearbeitet, wie Montgelas, etc..... meine Vorträge vom 16. Mai 1801 im Churfürstlichen geheimen Staatsrathe behagten ihm nicht."

Ein weiteres Motiv zu seiner Entlassung kann auch seine Weigerung, in französische Dienste zu treten, gewesen sein. Der General Debilly hatte bereits Hazzi und Wolf als Marschkommissionäre angefordert, "pour donner des renseignements sur le pays." 2) Utzschneider hatte davon gehört, daß man auch ihn hinzuziehen wolle. In einem Schreiben an das Generalhofkommissariat bemerkt er hierzu: 3) "Sollte auch auf meine Person Spekulation gemacht werden, so erkläre ich hiermit dem hochl. Generalhofkommissariat im voraus, daß ich mich zu nichts dieser Art gebrauchen lasse." Trotz dieser Weigerung wurde er zum Getreidekommissar bei der französischen Militärverwaltung ernannt. Ende 1800 nahm er wegen eines Augenleidens seinen Abschied.

Die Frage, ob Utzschneider der Verfasser der Flugschriften und ein Mitglied des Jakobinerbundes war, soll offen gelassen werden. Es scheint jedoch ein gewisser Widerspruch in seiner Handlungsweise darauf hinzudeuten, daß er ein Anhänger dieser Ideen war. Der Verdacht einer gefährlichen Doppelzüngigkeit liegt nahe und verdunkelt das Lebensbild dieses seltsamen Mannes.

6. Kapitel

Die Wiederberufung in den Staatsdienst

1) Seine Tätigkeit als bayerischer Salinenadministrator.

Unmittelbar nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst hatte Utzschneider eine Reihe von Privatgeschäften auf dem Gebiete der Industrie und Landwirtschaft

1) Deutsches Museum, Akt Nr. 5225.

2) Deutsches Museum, Akt Nr. 5222.

3) Deutsches Museum, Akt Nr. 5222.

schaft in Angriff genommen, auf die im letzten Teil dieser Arbeit näher eingegangen werden soll. 1) Denn "ein Mann von seiner Tätigkeit konnte nicht müßig sein, auch war ihm der Gedanke unerträglich, seinen Mitbürgern nicht zu nützen." 2) Das gemeinsam mit Reichenbach und Fraunhofer betriebene optische und mechanische Institut standen in hoher Blüte, und die Lederfabrik brachte so viel Gewinn ein, als nötig war, um die kostspieligen Versuche der Glasherstellung in Benediktbeuren finanzieren zu können - da wurde Utzschneider am 8. Februar 1807 von König Max von neuem in den Staatsdienst berufen und zwar als Generaladministrator sämtlicher bayerischer Salinen und als Geheimer Referendar des Finanzministeriums. Man trug sich damals mit dem Gedanken der Verpachtung der bayerischen Salinen, um aus den dringenden Geldverlegenheiten, die die vielen Kriege mit sich gebracht hatten, herauszukommen. Als Bewerber trat der ehemalige Reichenhaller Salinenadministrator Claiss auf, der auf Utzschneiders Abberufung hingearbeitet hatte. 3) Als späterer bayerischer Salzhandlungskommissionär in Zürich hatte er sich ein entsprechendes Vermögen zusammensparen können, um die bayerischen Salinen pachtweise zu übernehmen. Auch Utzschneider wurde von ihm - wie Stoll bemerkt - 4) aufgefordert, an diesem Plan aktiv teilzunehmen. Utzschneider bot bei seiner Wiederberufung in das Ministerium Hompesch 5) seine ganze Kraft auf, um diesen Plan nicht zur Durchführung kommen zu lassen. Das ist um so bemerkenswerter, als er doch zur Teilnahme an diesem Unternehmen aufgefordert worden war. Und man geht nicht fehl in der Annahme, daß er kraft seines organisatorischen Denkens, seines technischen Verständnisses, seines Draufgängertums und kraft seiner kaufmännisch-spekulativen Begabung bestimmt eine betriebswirtschaftlich rentable Ausnützung der Betriebe erzielt hätte. Kein zweiter war so wie er in der Lage, neue Wirtschaftsgebilde zu entwickeln. Doch für ihn war das Gewinnstreben nicht der allein bestimmende Richtpunkt seines damaligen Verhaltens. Er wollte die bayerischen Salinen nicht für sich, sondern für den Staat nutzbar machen, deshalb lehnte er das Pachtobjekt ab und die Salinen blieben auch weiterhin Staatsbetriebe.

-
- 1) vgl. hierzu Teil III. Utzschneiders Beitrag zur Entwicklung des Münchener Wirtschaftsraumes, S. 109 ff.
 - 2) v. Marechaux, Über die Fabrikanstalten des Herrn G. R. von Utzschneider in München und Benediktbeuren (im Anzeiger für Kunst- und Gewerbefleiß, 2. Jahrg. 1816, S. 599).
 - 3) vgl. hierzu S. 42 vorliegender Arbeit.
 - 4) Stoll, M., a. a. O., S. 109, Anmerkung 1.
 - 5) Deutsches Museum, Akt Nr. 5071.

Utzschneiders Plan war, die Verbesserungen, die er in Berchtesgaden eingeführt hatte und die er gern seinen Besuchern vorführte, 1) auch auf die Reichenhaller Saline auszudehnen. Um die Reichenhaller Sole zu verstärken, ermunterte er den dortigen Administrator Caspar Rainer in einem Brief vom 23. März 1807 2) die Suche nach einem neuen Salzgebirge weiter fortzusetzen. In gleichem Schreiben berichtet er auch über einen Streit mit Baader, 3) der versucht hatte, ihn aus seiner Stellung zu verdrängen. "J. Baader wollte mich von meinem Platz verdrängen, er machte einen heftigen, aber der ganzen Stadt lächerlichen Ausfall auf mich, ich schone ihn nun nicht mehr, er griff auch Reichenbach an und mußte schon einmal seine Worte öffentlich zurücknehmen." Dieser Streit hängt mit dem Salinenbau zu Rosenheim zusammen. Hier hatte Utzschneider ein Projekt aufgegriffen, das bereits der Bergrat Flurl 4) in einem Werk über die bayerischen Gebirge und Bergwerke (1792) ausgesprochen hatte: nämlich die Sole von Reichenhall nach Traunstein und von dort nach Rosenheim zu bringen, um sie hier zu versieden. Anfangs hatte J. Baader die Herstellung der Wasserhebungsmaschinen übernehmen sollen, da sich jedoch die Vorlage seiner Pläne verzögerte, 5) wurde der Auftrag an das mechanische Institut Reichenbach gegeben. Dyck schreibt dazu: "Mit der Bevorzugung des Reichenbachschen Institutes war der Anlaß zu jener erbitterten Fehde gegeben, in welcher in der Folge Baader mit unversöhnlichem Haß, mit Verleumdung und Verhöhnung alle Arbeiten und Leistungen Reichenbachs verfolgte, dieser aber, weit überlegen, mit sachlichen Argumenten, aber derb und unerbittlich die Fehler der Konstruktionen Baaders 6) aufdeckte." 7)

Der Salinenbau wurde 1809 vollendet. Utzschneiders Hauptverdienst ist es, den Bau der Soleleitung von Reichenhall-Siegsdorf und längs des Chiemsees ange-

- 1) Einer seiner Besucher in Berchtesgaden war A. v. Humboldt, der die Forstwaldungen und Salinen besichtigte. Deutsches Museum Nr. 5377.
- 2) Deutsches Museum Nr. 5127, Brief vom 23. März 1807.
- 3) J. Baaders Hauptbedeutung ist in seinem unermüdlichen Eintreten für den Bau von Eisenbahnen zu sehen. Neue Deutsche Biographie, I. Bd., S. 476.
- 4) vgl. Koch-Sternfeld, Bayerische Salzwerke, a. a. O., S. 86.
- 5) von Dyck, W., Georg Reichenbach, München 1912, S. 56.
- 6) Der Salinenrat Baader konstruierte eine Wasserhebungsmaschine, die sich nicht bewährte. Die Reichenbachschen Maschinen sind erst im Sommer vorigen Jahres stillgelegt worden (mündliche Auskunft beim Deutschen Museum). Sie waren 150 Jahre in Betrieb.
- 7) v. Dyck, W., a. a. O., S. 57.

regt zu haben. Sein Geschäftspartner Reichenbach war auf sein Zureden aus dem Militärverband getreten, um bayerischer Salinenrat zu werden. Die dem mechanischen Institut übertragene Ausführung der Soleleitung regte seinen Erfindergeist mächtig an, und innerhalb kurzer Zeit hatte er eine Wassersäulenmaschine konstruiert, die an die Stelle der bisher durch Wasserräder betriebenen Druckwerke, die die Sole bis zur Oberfläche heben mußten, gesetzt wurden. Die Maschinen haben sich bis in die heutige Zeit bewährt. Auf der 108 km langen Strecke Berchtesgaden - Rosenheim waren neben einigen Baaderschen "Thurmmaschinen" insgesamt 11 Reichenbachsche Säulenmaschinen aufgestellt mit einer Gesamtdruckhöhe von ca. 1000 m. Diese Hebewerke trugen zu seinem Ruhm nicht weniger bei als die von ihm gebauten Präzisionsinstrumente. 1)

Der Salinenbau in Rosenheim ist als das Verdienst Utzschneiders anzusehen. Der Rosenheimer Wald wurde zur Nutzholzgewinnung herangezogen und die Moore am Chiemsee und bei Rosenheim sollten ein zusätzliches Brennmaterial liefern. Da die Frachtkosten des Torfs zu hoch waren, um diesen nach Reichenhall zu transportieren, wählte er einen im allgemeinen nicht üblichen Weg: nämlich nicht das Brennmaterial zur Sole, sondern die Sole zum Brennmaterial zu bringen. 2)

Utzschneider war von dem Gedanken eines bayerischen Salzmonopols besessen und setzte sich für die Schaffung dieses Monopols mit allen Mitteln ein. Daß der Salzhandel später eine andere Richtung nehmen würde, konnte er noch nicht ahnen.

Seine Tätigkeit als Salinenadministrator verwickelte ihn auch in den Tiroler Aufstand 1809. 3) Ein Teil des Bauernaufstandes richtete sich gegen die bayerische Besatzung der Haller Saline. Am 20. Mai 1809 besuchte Utzschneider Hall. Hirn schreibt darüber: 4) "Der gutmütige, geschwätzig Herr sparte nicht eifrigstes Zureden bei den Bauern und mannigfache Ratschläge bei seiner Regierung, um, wie er lange träumte, neben seiner amtlichen, auch eine Friedensmission im Lande zu erfüllen." Er will verhindern, daß die Aufstandsbewegung von Tirol über Kärnten und Steiermark auf Bayern übergreift. Nicht die Liebe zu Frankreich, sondern das Interesse Bayerns liegt ihm am Herzen. Er führt eine ausgedehnte Friedenskorrespondenz - zuerst auf eigene Faust, dann vom König dazu ermäch-

1) 1815-1915, Hundert Jahre technische Erfindungen in Bayern, S. 20.

2) Hörburger, J., Bayerns Soleleitungen, a. a. O., S. 296 f.

3) vgl. hierzu: Hirn, Jos., Tirols Erhebung im Jahre 1809, Innsbruck 1909.

4) Hirn, J., a. a. O., S. 440.

tigt - mit dem österreichischen Hofsekretär von Hormayr 1) und dem Landrichter Telfs und erließ, um das Land zu beruhigen, einen öffentlichen Aufruf: "An die Bewohner Tirols". Sein öffentliches Auftreten als Friedensstifter, teils ohne Auftrag und Vollmacht, trug ihm starkes Mißfallen von seiten Montgelas ein; der Minister ließ ihn nach München zurückrufen, wo er sich weiter seinen Amtsgeschäften widmen konnte. 2)

Kaum konnte sich Utzschneider seines Wirkens erfreuen, da drohte auch schon wieder eine neue Gefahr. Nach dem Feldzug von 1809 nahmen die Franzosen die ehemals österreichischen Salinen zu Hallein und Berchtesgaden unter ihre Verwaltung. Der Ausfall, der dadurch den bayerischen Salinen an Sole und Begrenzung des Absatzgebietes drohte, hätte durch nichts ersetzt werden können und unwiderruflich das bayerische Salzmonopol zerstört. Utzschneider erkannte die Gefahr dieses Augenblicks, und da er im Handeln immer äußerst rasch war, besonders dann, wenn Gefahr im Verzuge war, so entschloß er sich zu eigenem diplomatischem Vorgehen. Fähigkeiten dieser Art hatte der Beamte schon früher offenbart. Verlangte er doch schon 1790 von der Hofkammer, daß "das Geschäft der Erwerbung der Saline Berchtesgaden bis zu seinem Ausgang sehr stille behandelt werden müsse." 3) Staatsmännisches Geschick hatte er auch bei den Verhandlungen mit dem Reichsstift bewiesen. Gerade deshalb wurde er beauftragt, im Nebenamte den Posten eines bayerischen Geschäftsträgers in Berchtesgaden (von 1795 - 1798) zu übernehmen 4). Und auch als auf dem Rastatter Kongress die Berchtesgadener Saline verloren gehen sollte, hatte er sich kurzerhand zum diplomatischen Eingreifen entschlossen 5).

Jetzt galt es wieder einmal, die bayerischen Salinen zu retten, und nachdem er sich die Sache gründlich überlegt hatte, reiste er, so berichtet Desberger 6), so schnell es ging - ohne Paß und Visum - und ohne die Residenzstadt München zu berühren, nach Wien und verstand es, sich Zutritt zur französischen General-Intendantur zu verschaffen. Seine Unterhandlungen endeten mit einem vollen Erfolg für die bayerischen Salinen. Mit einem Vertrag 7) in der Tasche kehrte

1) Hirn, J., berichtet auf S. 514, daß Utzschneider Hormayr die Stelle eines "Landeschefs" anbot, wenn dieser zum "Verräter" würde (S. 514).

2) Hirn, J., a. a. O., S. 517.

3) Tagebuch Utzschneiders, Deutsches Museum 1790.

4) Deutsches Museum, Akt Nr. 5236.

5) vgl. auch S. 41 der vorl. Arbeit.

6) Desberger, J., a. a. O., S. 151.

7) Deutsches Museum, Akt Nr. 5094 "Convention über Administration und Benutzung der Salinen zu Hallein und Berchtesgaden." Wien 16. Mai 1809. Diese beiden Salinen hatten bisher jährlich 300 000 Zentner Salz im Werte von 250 000 Gulden produziert.

er voll frohen Mutes und wie ein Sieger nach München zurück. Um so enttäuschter war er aber, als er wegen seines eigenmächtigen Vorgehens getadelt wurde und für seine Beweggründe bei der Regierung nur geringes Verständnis fand. Diese wollte den Vertrag anfangs nicht genehmigen. Auf seine bestimmte Erklärung aber, er werde den einmal abgeschlossenen Vertrag - wonach die beiden erwähnten Salinen mit allen Vorräten an die bayerische Verwaltung übergehen sollten - für seine Person halten und sofort in Wien die erforderlichen Abänderungsbestimmungen beantragen, erfolgte am 23. Mai 1809 die Zustimmung der Regierung. 1)

Dieser Vertrag dauerte nur ganze 1 1/4 Jahre, da Bayern 1810 die ehemalige Fürstpropstei Berchtesgaden in seinen Besitz nahm 2) "gleichwohl steht aktenmäßig fest, daß in dieser kurzen Zeit die Salinenrente sich um 258 668 Gulden erhöhte und daß infolge des geordneten Übergangs der Salinen Hallein und Berchtesgaden an Bayern die gleiche Summe erspart wurde, welche sonst für Anschaffung von Betriebsmaterial und anderen Gegenständen hätte aufgewendet werden müssen. Ohne den von Utzschneider geschlossenen Vertrag wären die Kosten des Rosenheimer Salinenbaus verloren gewesen". 3)

Immerhin ist bei der Beurteilung der Utzschneiderschen Leistungen darauf Rücksicht zu nehmen, daß ohne die glückliche Verbindung mit Reichenbach der Erfolg bei der Durchführung der Soleleitung wohl kaum ein so durchgreifender gewesen wäre. Der Organisator Utzschneider aber hatte stets ein besonderes Talent, die ihm kongenialen Techniker ausfindig zu machen,

2) Seine Tätigkeit im Finanzministerium.

Seine Wiederberufung im Jahre 1807 ins Finanzministerium war wohl darauf zurückzuführen, daß der bayerische Staat sich in einer höchst schwierigen finanziellen Lage befand, aus der man sich durch eine Neuregelung des Steuerwesens zu befreien suchte. Bereits 1799 hatte Utzschneider den ersten nach modernen Grundsätzen aufgebauten Finanz-Etat Bayerns aufgestellt 4) und Vorschläge

1) Deutsches Museum, Akt Nr. 5235.

2) Das Land Berchtesgaden war beim Pressburger Frieden am 27. Dez. 1805 Österreich zugesprochen worden. Näheres hierüber bei Widmann, H., Geschichte Salzburgs, Gotha 1914, S. 551 bzw. S. 553.

3) Bauernfeind, C. M. v., a. a. O., S. 48, Anm. 26.

4) "Neuer aktenmäßiger Zustand der Staatsausgaben, Deutsches Museum, a. a. O.

gemacht, wie man die finanzielle Lage verbessern könne. Während der Zeit seiner unfreiwilligen Muße hatte er eine Schrift erscheinen lassen, 1) die sein Interesse für finanzwirtschaftliche Fragen zeigte.

"Unter dem Finanzministerium des Baron von Hömperch," so schildert er seine Berufung in das Ministerium der Finanzen, 1) "begann er auch die Arbeit an der Kataster-Kommission, einer der größten Unternehmungen, vorzüglich in einem Lande wie Bayern, wo bey 16 Millionen Gulden Rente, also mehr als die Hälfte der ganzen Staatseinnahmen, jährlich aus Grund und Boden gezogen werden muß". Utzschneiders Ziel war, die Ungleichheit des bayerischen Steuerwesens zu beseitigen, denn bisher waren die Steuern nicht nach gesunden volkswirtschaftlichen Methoden sondern sehr ungerecht nach ganz bestimmten privaten Interessen festgelegt worden. 2)

Kaum vier Monate nach seinem Eintritt in das Ministerium bringt er das mittelalterliche Steuerwesen, das auf den Normen von 1594, 1612 und 1721 beruhte, zu Fall, das hinsichtlich des Steuerfußes, der Veranlagung und Steuerbefreiung sehr ungleichmäßig gestaltet war. 3)

Am 8. Juni 1807 wurde durch eine Verordnung 4) die Steuerbefreiung aufgehoben, eine eigene "Steuerrektifikations-Commission" gegründet, die mit der Aufgabe betraut wurde, einen systematischen Steuertarif auszuarbeiten und dabei der Verbesserung des Steuerfußes und der Veranlagung der bisher steuerfreien Güter des Adels und der Geistlichkeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Wörtlich heißt es in der Verordnung: "Wir verordnen, daß in Zukunft jedes Grundvermögen ohne Unterschied, es mag bisher befreit gewesen seyn oder nicht, und zu unseren eigenen Domänen oder zu jedem anderen Eigenthum gehören, seinen verhältnismäßigen Antheil an der Grundvermögenssteuer tragen soll, wogegen sich von selbst versteht, daß diejenigen besonderen Auflagen,

1) Deutsches Museum, Akt Nr. 5124.

2) Näheres bei Eheberg, K. Th. v., Finanzwirtschaft, 16. und 17. Aufl., Leipzig und Erlangen 1921, S. 29 f.

3) Bauernfeind, C. M. v., a. a. O., S. 28.

4) Regierungsblatt 1807, St. 25, Dekret vom 8. Juni 1807, die Gleichheit der Abgaben, Steuerrektifikation und Aufhebung der besonderen landschaftlichen Steuerkassen betreffend. Durch diese Aufhebung wurde den Landständen das Recht der Steuererhebung genommen. Die Konstitution beseitigt den Rest der alten landständischen Verfassung. vgl. Döberl, M., a. a. O., S. 455.

welche als ein Surrogat der bisherigen Befreiungen entrichtet worden sind, für die Zukunft aufzuhören haben." Gleichzeitig wurden mit dieser Verordnung alle bestehenden landschaftlichen Steuerkassen aufgehoben und dem Staat übergeben.

Die in der Konstitution vom 1. Mai 1808 aufgestellte Forderung einer gerechten Besteuerung, die auch heute noch sehr schwierig zu verwirklichen ist, versuchte man folgendermaßen zu regeln.

Die Neuordnung des Steuerwesens in Bayern begann mit der Verordnung vom 13. Mai 1808 "das allgemeine Steuerprovisorium betreffend". 1) Das Ziel war, eine gerechtere, die Leistungsfähigkeit des einzelnen mehr berücksichtigende Steuerverteilung, auf der Grundlage einer nach der natürlichen Ertragsfähigkeit vorzunehmenden Bodenabschätzung, durchzuführen. (Einführung des Ertragssteuersystems). Im Zusammenhang damit wurde die Steuerkatasterkommission ins Leben gerufen, deren Aufgabe es war, für das ganze Land einheitliche Kataster zu schaffen, die als Grundlage der Steuererhebung dienen sollten. Durch diese Reorganisation des Steuerwesens wurden die mittelalterlichen Formen des Staatshaushalts, 2) im wesentlichen beseitigt, und Bayern tat einen weiteren Schritt zu einem modernen Staat.

Utzschneider hatte sich schon seit langem mit Fragen der Steuerregulierung beschäftigt. 3) Am 15. Juni 1801 war in München auf Veranlassung Napoleons ein topographisches Büro gegründet worden. Dieser hatte eine übersichtliche und genaue Karte des Landes Bayern verlangt und den Mitgliedern der Marschkommission, Utzschneider und Grünberger, war die Aufgabe zuteil geworden, eine Generalstabskarte auszuarbeiten. Das Ergebnis war der topographische Atlas von Bayern. Auf Utzschneiders Anregung, der sich nebenbei mit der Steuerverteilung befaßte, war 1801 innerhalb des topographischen Bureaus ein "bureau de cadastre" gebildet worden, 4) um die für die Landkarte erforderlichen Vermessungsarbeiten auch für steuerliche Zwecke nutzbar zu machen. Die Frage einer gerechten und gleichmäßigen Besteuerung von Grund und Boden wurde

- 1) J. Heider, Das bayer. Kataster, in: Bay. Heimatforschung, Heft 8, München 1954, S. 12.
- 2) Utzschneider beschäftigt sich in einem Vortrag, Deutsches Museum, Akt Nr. 5432, mit Fragen der Steuervereinfachung, weist auf die vielen Steuern hin und schlägt vier Hauptsteuern vor.
- 3) vgl. auch Akt 5113, Steuerrektifikation betr., aus dem Jahr 1799.
- 4) J. Amann, Die Bayerische Landesvermessung in ihrer geschichtlichen Entwicklung I, München 1906, S. 2.

immer dringender. Die Kriege hatten den Wohlstand der Bevölkerung zerstört und die Einwohner der Stadt München klagten über den ungleichmäßigen und ungerechten Steuerdruck. Aber ohne genaue Kenntnis vor allem der Bodenverteilung war an die Aufgabe einer gleichmäßigen Grundsteuerverteilung nicht heranzukommen und diese Kenntnis wollte sich Utzschneider auf dem von ihm angeregten Weg der Angliederung einer Katasterabteilung an das topographische Bureau beschaffen. Zuzufolge seiner Entlassung aus dem Staatsdienst 1801 wurde dieses Ziel nicht erreicht. Die Frage der Grundsteuerregulierung ruhte einige Jahre, bis im Jahr 1808 durch eine Kgl. Verordnung vom 27. Januar 1) die Durchführung der Katastervermessung eingeleitet wurde. Utzschneider, der inzwischen wieder im Verwaltungsdienst tätig war, schlug - ausgehend von dem Gedanken, die Grundsteuer durch Vermessung, Bonitierung und Liquidierung zu regeln - die Gründung einer Steuerrekifikationskommission vor, die am 8. Juni 1807 unter dem Vorsitz Utzschneiders ihre Tätigkeit begann. Ihre Hauptaufgabe war die Vermessung und Eintragung aller Grundstücke als unerläßliche Vorarbeit für eine spätere, definitive Steuerrekifikation. 2) Dieser Steuervermessungskommission, die 1811 in Steuerkatasterkommission umgenannt wurde, gehörten als Mitglieder an: Utzschneider, Grünberger, Riedl, Amann, Schiegg, Badhauser und Lämmle. "Ihre Tätigkeit war grundlegend, wohldurchdacht und wirkt unvermindert heute noch und wohl noch Jahrhunderte nach." 3)

Diese Landesvermessung sollte nicht Selbstzweck sein, sondern von Anfang an der Verbesserung des Grundsteuerwesens dienen. Utzschneider hatte als Vorstand der Vermessungskommission die organisatorische Seite des Unternehmens zu leiten, die Astronomen Schiegg, Riedel und Soldner hatten sich bereit erklärt, die

1) Verordnung v. 27. Jan. 1808, Regierungsblatt 1808, S. 431. In dieser königlichen Entschließung heißt es u. a.: "Nach reiflicher Überlegung haben wir demnach beschlossen, das Steuerrekifikationsgeschäft in zwei besondere Zweige zu verteilen und auf der einen Seite durch unverzügliche Einleitung der allgemeinen Vermessungen den Grund zu einer vollständigen und definitiven Steuerrekifikation zu legen; zugleich aber auch auf der anderen Seite die Einleitung zur Festsetzung eines allgemeinen Steuerprovisoriums zu treffen, welches in einem weit kürzeren Zeitraum zur Ausführung gebracht werden kann."

2) Die definitive Steuerrekifikation wurde 1828 erreicht, als durch die Schaffung eines Grundsteuergesetzes die Messungsarbeiten ihre gesetzliche Grundlage erhielten. Amann, a. a. O., S. 13.

3) Heider, J., a. a. O., S. 22.

technische Ausführung zu übernehmen. 1) Grünberger trat der Kommission als wissenschaftlicher Berater bei. Das Endziel der Katastrierung sollte die Herstellung des Häuser- und Rustikalsteuerkatasters sein. 2) Im Sommer 1808 begann man mit der Vermessung der im Burgfrieden von München und Augsburg gelegenen Grundstücke nach ihrer Fläche und Bonität und der Erhebung der Häusermietzinse. 3) Das Utzschneidersche Verfahren wurde von der Regierung mit Begeisterung aufgenommen. Die Methode der definitiven Katastrierung erhielt am 13. März 1811 die königliche Genehmigung, 4) und die Vermessungskommission wurde jetzt in eine "unmittelbare Steuerkataster-Commission" umgewandelt, zu deren Direktor Prof. Grünberger bestellt wurde, deren Vorstand aber weiterhin Utzschneider blieb.

Bei der Durchführung der Landesvermessung entwickelt Utzschneider dieselbe rastlose Aktivität, die er schon bei seinen anderen Beschäftigungen gezeigt hatte und wußte in Soldner und Schiegg zwei Männer zu finden, die die Landesvermessung auf wissenschaftlicher Basis durchführten und das bayerische Katastral-Messungssystem zum Muster für in- und ausländische Nachahmungen machen sollte.

Von dem allem Neuen aufgeschlossenen Sinn mit dem Utzschneider an die Ausführung seiner Pläne ging, zeugt auch die Tatsache, daß er es verstand, jede technische Erfindung - soweit sie für seine Zwecke brauchbar schien - zu nutzen. So stellte er die neu erfundene Lithographie in den Dienst der Landesvermessung und ließ nicht nur alle Originalaufnahmen fortwährend abdruckfähig halten, sondern wollte damit auch den breiten Volksschichten die Vorteile der Güterabrundung und Zusammenlegung der Grundstücke bildhaft vor Augen führen, also zugleich die Landwirtschaft fördern. 5)

Um die für die Landesvermessung nötige Zahl von jungen Geometern zu beschaffen, erhielt Utzschneider die Erlaubnis zur Gründung von drei Geometerschulen, die man aber bald in eine der Steuerkatasterkommission angegliederte Schule zusammenzog. Aus ihr gingen tüchtige Techniker für die Landesvermessung hervor.

-
- 1) Müller, Ch., a. a. O., 2. Teil, S. 402.
 - 2) Heider, J., a. a. O., S. 22.
 - 3) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 29.
 - 4) Regierungsblatt 1811, S. 412 und Weber, K., Gesetzsammlungen, 1. Bd., München 1880, S. 354.
 - 5) Über die Beziehungen zwischen Senefelder und Utzschneider siehe auch S. 160 vorliegender Arbeit. vgl. hierzu auch Heider, J., a. a. O., S. 23.

Unter den vielfachen Verdiensten, die Utzschneider sich um sein Vaterland erworben hat, ist die Gründung und Organisation der Steuerkatasterkommission und die mit ihr verbundene Landesvermessung an erster Stelle zu nennen. Döberl nennt den von Utzschneider geschaffenen Grundsteuerkataster "einen Nationalschatz des bayerischen Staates" 1) und hat Utzschneider damit vielleicht das schönste Denkmal gesetzt.

Die Steuerkatasterkommission hatte bereits ihre ersten Erfolge gezeitigt, als Utzschneider mit einer neuen Aufgabe betraut wurde. Die immerwährenden Kriege hatten die Finanzen in große Unordnung gebracht. Die Obligationen waren unter die Hälfte ihres Nennwertes gesunken, Zwangsanleihen waren aufgelegt worden, aber die staatlichen und privaten Kassen waren leer. Die Beamten wurden mit Zahlungsanweisungen auf die Staatskasse bezahlt und die Besoldungsrückstände waren höher als je. 2) Die Kapitalrückstände betrugen mehrere Millionen, die Zahlungsrückstände für den laufenden Dienst allein 19 172 917 fl, darunter 6 305 000 Staatskassentratten. 3)

Utzschneider schildert den Zustand der Finanzen folgendermaßen: 4) "von 1799 bis 1809 folgte ein Krieg dem andern, Bayern war ein Tummelplatz fremder Truppen, die Staatseinnahmen reichten nicht aus, um die Ausgaben zu decken. 1810 mußten die bei Seeligmann und Westheimer-Straßburger gemachten Staatsanleihen zurückbezahlt werden. Der Zustand war so schlimm, daß selbst der laufende Staatsdienst nicht mehr bezahlt werden konnte. Die Staatsdiener erhielten nicht in barem Geld sondern in Staatskassentratten ihren Sold. Wer solche Anweisungen nicht nehmen wollte, mußte halbe Jahre und noch länger auf seine

- 1) Döberl, M., a. a. O., 1. und 2. Auflage, 2. Bd., S. 394, und in der 3. Auflage, S. 470 wird der Grundsteuerkataster als Grundlage der modernen Steuerverwaltung des Hypotheken- und Grundbuches bezeichnet.
- 2) G. Freiherr von Lerchenfeld, Geschichte Bayerns unter Maximilian Joseph I., Berlin 1854, S. 151 f.
- 3) Rudhart, I., Über den Zustand des Königreichs Bayern. Erlangen 1827, 3. Bd., S. 7.
- 4) Utzschneiders Vortrag über die Staatsschulden im 12. Protokollband der Landtagsverhandlungen 1819, S. 627. Diese auf administrativem Wege erfolgte Minderung der Staatsschuld erscheint bei einer Gesamthöhe von 118 230 604 Gulden (S. 627) keineswegs hoch, aber war für die damalige Zeit, wo in dieser Beziehung noch wesentlich andere Anschauungen herrschten, immerhin sehr beachtlich.

Bezahlung warten. Die Kassenanweisungen konnten nur mit 40 bis 50 % Verlust gegen bares Geld eingetauscht werden. In den folgenden Jahren wurde es noch schlimmer. Die Centralstaatskasse war zugleich Staatsschuldentilgungskasse. Am 1. Oktober begann die Staatsschuldenkommission ihre Arbeit. Innerhalb von vier Monaten war der laufende Staatsdienst geordnet und wieder regelmäßig bezahlt. Kaum in Betrieb, so brach der französisch-russische Krieg aus. 1812 ging die bayerische Armee zu Grunde. In kurzer Zeit stand eine neue Armee gut ausgerüstet da. Immerhin hatten sich während dieser kurzen Zeit die Schulden um 9 314 303 Gulden gemindert."

So weit Utzschneider!

Die Gründung der Staatsschuldenkasse, die auf seine Initiative zurückgeht, hat folgende Vorgeschichte. 1)

Um einen Ausweg aus diesen finanziellen Schwierigkeiten zu finden, war 1810 ein Finanzausschuß zusammengerufen worden, zu dessen Mitglied auch Utzschneider ernannt worden war. 2) Utzschneider, der auch als Privatmann bewiesen hatte, daß er schwierige finanzielle Probleme zu lösen vermochte, stand hier vor einem schwierigen Unternehmen. Als erstes forderte er die Trennung der alten und neuen Staatsschulden von den Ausgaben für den laufenden Dienst, um dadurch Besoldungsrückstände auszuschließen und sodann mit der Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld nach einem bestimmten Plan zu beginnen. Auf eine Trennung der Centralkasse von der Staatsschuldenkasse müsse aber der Hauptnachdruck gelegt werden, da durch die Verbindung des laufenden Staatsdienstes mit der Staatsschuld sowohl in den oberen Verwaltungsbehörden wie in den Kassen die Übersicht und Ordnung sehr erschwert würden. Das Ergebnis seiner Vorschläge war die Verordnung vom 20. Aug. 1811 3) über die Errichtung einer Staatsschuldenkommission, zu deren Vorstand Utzschneider ernannt wurde. Seine Stellung bei der Salinenadministration und Steuerkatasterkommission behielt er weiter bei. Er gründete eine Staatsschuldentilgungskasse. Da dieser Kasse nicht genügend Mittel zuflossen, sah sich die Kommission veranlaßt, zu Beginn des Jahres 1812 eine freiwillige, zu 4 % verzinsbare Lotterieranleihe zu 12 Millionen fl und eine unverzinsliche Anleihe in Höhe von 6 Millionen fl auszuschreiben. 4) Eine 1813 aufgelegte Zwangsanleihe, an der sich alle Staats-

1) vgl. hierzu auch F. Segner, Die bay. Staatsschuld, a. a. O., S. 244.

2) J. G. Kraus, Die Staatshaushaltskontrolle in Bayern seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts, Finanzarchiv, 1. Bd. XIII. Jahrg. 1925, S. 61.

3) Regierungsblatt 1811, S. 1063 und Weber, a. a. O., S. 354.

4) Segner, F., Die bayerische Staatsschuld, a. a. O., S. 248 f.

angehörigen nach Maßgabe ihres Vermögens beteiligen mußten, erbrachte nur 4 Millionen fl. 1) Als letzter Ausweg blieb die Schaffung einer Diskontokasse im Rahmen der Schuldentilgungskasse übrig, die als Ersatz für eine Nationalbank mit Notenausgaberecht gedacht war. (Ein Projekt, mit dem Utzschneider nicht durchdringen konnte.) Diese als privates Bankinstitut unabhängige Kasse sollte die Diskontierung der Schuldentilgungskassenwechsel übernehmen und der Hebung des Staatskredites dienen. 2) Dieses von Westheimer und Obermayr betriebene Institut blieb nur drei Jahre in Tätigkeit. 3) Schon nach ein paar Monaten hatte die Diskontierung der von der Staatsschuldentilgungskommission herausgegebenen Wechsel einen derartigen Umfang angenommen, daß den Diskontokassenmitgliedern schwere Bedenken kamen, ob die Tilgungskasse ihre verkauften Solawechsel bei Verfall bezahlen würde. 1814 hatte die Diskontokasse noch 4 614 000 fl zu fordern, diese Wechsel konnten von der Tilgungskasse nicht bezahlt werden. Die Zuweisungen an die Diskontokasse wurden eingestellt. Die langjährigen Auseinandersetzungen mit den Gläubigern endeten 1819 mit einem Vergleich. 4) Trotz des Mißerfolgs mit der Diskontokasse konnte Utzschneider einen Erfolg für sich buchen. Der laufende Staatsdienst konnte wieder bezahlt werden und Stockungen sind seitdem nicht mehr aufgetreten. 5)

Dieser Erfolg war ermöglicht worden durch die in der Verordnung besonders vorgesehenen Fonds zur Verzinsung und Bezahlung der bayerischen Staatsschulden. "Der Schuldentilgungskasse werden zugleich bestimmte Fonds, nicht bloß zur Zahlung der Zinsen, sondern auch zur allmählichen Tilgung sämtlicher dermaliger Staatskapital-Schulden angewiesen. Der Staatsschuldenkommission übertragen Wir die Obliegenheiten zu sorgen, daß der reine Ertrag obiger von Uns zur Staatsschuldentilgungs-Kommission überwiesenen Gefälle und Renten in die Staatsschuldenkasse ordentlich einfließen und machen sie verantwortlich, daß dieser Ertrag zu keinem andern Behufe, als zu jenem der Schuldentil-

- 1) Segner, F., Die bayerische Staatsschuld, a. a. O., S. 248 f.
- 2) 3) Hümmert, a. a. O., S. 23 f. und Segner, A., a. a. O., S. 248.
- 4) Hümmert, a. a. O., S. 26.
- 5) J. Mussinan, Geschichtliche Übersicht und Darstellung des bayerischen Staatsschuldenwesens, München 1831, S. 30.

gung, wozu er bestimmt ist, verwendet wird". 1)

Die Tilgungskommission mußte am Schlusse eines jeden Finanzjahres dem Finanzministerium über den Ablauf ihrer Geschäfte und die Verwendung der Erträge Rechnung ablegen. Als nach dem verlorenen russischen Feldzug die bayerische Armee geschlagen war, verstieß Utzschneider gegen die Verordnung, daß der Fonds nur zur Schuldentilgung verwandt werden dürfe und verwandte sie zu militärischen Zwecken.

Dieser Maßnahme verdankt es Bayern, daß es in kurzer Zeit wieder ein gut ausgerüstetes Heer besaß. 2) Um die dazu benötigten Mittel zu beschaffen, hatte er zuerst ein freiwilliges, dann ein gezwungenes Lotterieanlehen empfohlen. 3) Alles im Königreich gelegene Vermögen war der Beitragspflichtigkeit unterworfen und doch konnte er die für die Wiederaufrüstung benötigten 12 Millionen Gulden nicht erzielen. Durch diese erzwungene Anleihe waren nur 4 Millionen beschafft worden. 4) Der Rest wurde aus der Tilgungskasse genommen. "Damit war aber der eingehaltene Schuldentilgungsplan gründlich gefährdet, wiewohl selbst dieser Griff in die Kassen der Kommission sich hätte ertragen und ausgleichen lassen, wenn ihr nur nach dem Pariser Frieden der Finanzminister Graf Montgelas die erforderlichen Mittel zugewendet hätte, um die unterdessen ausgesetzte Schuldentilgung wieder aufnehmen zu können. Aber alle hierauf gerichteten Anträge Utzschneiders blieben unerledigt, so daß er hieraus und aus anderen Vorkommnissen schloß, der Widerstand gelte mehr seiner Person als seinen Anträgen". 5) Und Desberger meint, "er glaubte seine Ehre verpfändet, weil

-
- 1) Allerhöchste Verordnung, a. a. O., Regierungsblatt 1811, S. 1063. Die Fonds wurden gespeist aus dem Reinertrag des gesamten Malzaufschlages, den Aktivkapitalien sämtlicher Kreiskassen, dem Erlös des Verkaufs der Bayreuther und Regensburger Domänen und durch die Erträge einer hierzu neu geschaffenen Zollordnung (siehe Regierungsblatt 1811 S. 1346, die Zoll- und Mauthordnung vom 23. Sept. 1811 betr.) In ihr wird eine Tabakregie und eine besondere Konsumtionssteuer auf alle ausländischen Konsumgüter eingeführt, "um die Staatsschuldentilgungskasse hinlänglich dotieren zu können."
 - 2) Desberger, a. a. O., S. 154.
 - 3) Vaterländisches Magazin, Jahrg. 1840, Nr. 15, S. 115.
 - 4) Koch, J. Th., Geschichte des Lotteriewesens in Bayern, München 1908, S. 137.
 - 5) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 32, vgl. auch Utzschneiders Äußerung hierzu, die sich mit derjenigen von Bauernfeind deckt. (12. Protokollband der Landtagsverhandlungen 1819, S. 627).

er die gegebenen öffentlichen Versprechen nicht halten konnte." 1) Deshalb legt er 1814 seine sämtlichen Ämter nieder und bittet den König um Entlassung aus dem Staatsdienst: 2) "Gerne hätte ich die Geschäfte der Staatsschuldentilgung, der Steuerkatastercommission und der Salinenverwaltung zu den von Eurer Königlichen Majestät beabsichtigten Zielen geführt, und es wäre mir dieses auch nicht schwer gefallen, wenn ich die erforderliche Unterstützung gefunden hätte; allein ich vermag nichts, wenn das Ministerium gegen mich und die von mir verwalteten Stellen ist. Ohne aufrichtiges Zusammenwirken kann kein großes Geschäft im Staate gedeihen. Ich bitte demnach Eure Majestät, mich zu entlassen und die von mir mit allem Eifer verwalteten Aemter Jemand zu übertragen, der das Zutrauen Allerhöchstdero Finanzministers Grafen v. Montgelas besitzt." Die Mißverständnisse mit dem Minister Montgelas sind als die Hauptursache seiner Handlungsweise anzusehen. In einem Brief vom 11. Juli 1813 3) schreibt Utzschneider: "Mit diesem Manne harmoniere ich niemals; statt mich zu unterstützen, hetzt er alles gegen mich, ohne sich jedoch den Schein davon zu geben, er will nicht, daß jemand ein Geschäft ohne sein Zutun zu Ende führt".

Montgelas duldete keinen Nebenbuhler. Er war der alles vermögende Minister, die oberste Leitung Bayerns lag in seiner Hand. "Auf den Wunsch des Königs," so berichtet Bauernfeind 4), "Utzschneider wenigstens in seiner Stelle als General-Salinenadministrator zu belassen, erwiderte Graf Montgelas, daß es für dieses Geschäft allerdings wünschenswert wäre, von Utzschneiders Kenntnissen und Erfahrungen länger Gebrauch zu machen, daß aber dann der Minister um Enthebung von allen Finanzgeschäften bitten müsse, da er nicht ferner in amtlichen Beziehungen zu einem Beamten stehen könne, der oft zu unstatthaften Absprüngen und subordinationswürdigen Ausfällen seine Zuflucht nehme, wenn seine an sich gut gemeinten, jedoch nicht immer wohldurchdachten Pläne der verantwortliche Minister nicht sofort und unbedingt billige."

Aus der Umgebung des Ministers Montgelas wurden Utzschneider Überheblichkeit und Eigenmächtigkeit vorgeworfen. Seine Vielseitigkeit und die Selbständigkeit seiner Handlungsweise war seinen Gegnern ein Dorn im Auge. Der Ritter

- 1) Desberger, J., a. a. O., S. 155 (Kunst- und Gewerbeblatt 1840).
- 2) Deutsches Museum, Manuskript vom 6. Sept. 1814, Nr. 5125.
- 3) Deutsches Museum, Akt 5187.
- 4) Bauernfeind bezieht sich auf Berichte des Grafen Montgelas an den König Max vom 8. und 18. Sept. 1814, die er in den Akten des Staatsministeriums vorgefunden hat.

von Lang behauptet in seinen Memoiren 1), er habe die Leitung des Finanzministeriums angestrebt und Hoffmann meint: "Ein Kopf wie er, war selbst zum Anordnen geboren und mußte es daher schmerzlich empfinden, daß ihm die Gelegenheit hierzu versagt blieb. Unstreitig hat er die Leitung des Finanzministeriums angestrebt, die er vielleicht auch erhalten hätte, wenn nicht ein ebenso selbständiger Kopf wie er, dem noch eine Reihe anderer Vorzüge zur Seite standen, ihn neben sich hätte dulden können." 2)

So blieb dem König nichts anderes übrig, als dem Geheimen Rat am 1. 7. 1814 die Entlassung zu gewähren, wonach Utzschneider, der nicht um eine Pensionierung gebeten hatte, nach den Vorschriften der Dienstpragmatik sein Gehalt, seinen Titel und Funktionszeichen verlor. So verzichtete er auf ein jährliches Einkommen von 4 400 Gulden. Diese Handlungsweise erregte Erstaunen, und man versuchte eine Erklärung dafür zu finden. Desberger 3) meint, er hätte stets die Ansicht vertreten: nur Arbeit verdient Lohn! Bauernfeind 4) hebt hervor, daß er sich die Freiheit bewahren wolle, eine sich vielleicht wiederholende Aufforderung zum Eintritt in den Staatsdienst anzunehmen oder abzulehnen, was mit einer Bitte um Pensionierung unter dem Vorbehalt der Wiederverwendung nicht möglich gewesen wäre.

7. Kapitel

Utzschneiders Tätigkeit auf politischem Gebiet.

1) als Landtagsabgeordneter.

Die Einführung der bayerischen Verfassung im Jahre 1818 führte ihn wieder einer politischen Tätigkeit zu. Die der Verfassung folgende Ständeversammlung im Jahre 1819 sah auch Utzschneider in ihren Reihen. Als Bürgermeister von München war er in die erste und zweite Ständeversammlung und als Gutsbesitzer

- 1) siehe: Die Memoiren des Ritters von Lang (Aus drei Jahrhunderten) 2. Band, München 1881, S. 176.
- 2) Hoffmann, L., a. a. O., S. 39.
- 3) Desberger, a. a. O., S. 155.
- 4) Bauernfeind, a. a. O., S. 33.

ohne Gerichtsbarkeit in die dritte bis achte Ständeversammlung berufen worden. Er war also ununterbrochen Abgeordneter bis zu seinem Tode im Jahr 1840.

Über diesen Abschnitt seiner Tätigkeit schreibt Utzschneider in seiner Selbstbiographie: 1) "Im Jahre 1818 wurde Utzschneider zum Bürgermeister der Stadt München gewählt und bald darauf zum Abgeordneten in die zweyte Kammer der Ständeversammlung. Man sah ihm das Bestreben an, die vom König gegebene Konstitution in das Land einzuführen und durch Wegräumung alles Unangenehmen die Fürsten Deutschlands gleichsam aufzumuntern, ihren Völkern ähnliche Repräsentativ-Verfassungen zu geben. Als Bürgermeister von München ist er dermal beschäftigt, der Armenanstalt, wozu er als Vorstand gewählt ist, den Krankenhäusern, Spitälern, Wohltätigkeitsanstalten und Elementarschulen einen festen und geregelten stillen Gang zu geben; er muntert die Gewerbe auf, sich anzustrengen und alles dasjenige zu erzeugen, was Baiern bedarf. Multum sudavit et alsit."

Interessant ist es, einen Zeitgenossen, den Ritter von Lang, zu Worte kommen zu lassen: 2) "Nach seiner Entlassung ist er als Bürgermeister von München, wo der Hauch seiner Volksgunst bald vorüberging, und als schweigsamer Deputierter immer auf den Bänken des Ministeriums geblieben und hat den Vorsprecher für das Fabrikssystem und für die Unterstützung mannigfacher Industrieanstalten gemacht, die wohl meistens nur auf sein Agio berechnet waren".

Dagegen schreibt Bauernfeind: 3) "Durch das öffentliche Vertrauen wurde Joseph von Utzschneider als Bürgermeister von München in die Ständeversammlung berufen..... Wenn er auch in der Kammer nur wenig sprach, so verriethen doch alle seine Referate und Anträge, daß er mit Überzeugung einem ruhigen gemäßigten Fortschreiten zum Besseren in allen Fragen des geistigen und materiellen Wohls huldigte. Seine Äußerungen bezogen sich namentlich auf

1) Diese autobiographische Skizze ist - nach der Handschrift zu schließen - in den letzten Lebensjahren verfaßt worden. Wahrscheinlich hat er damals bereits eine spätere Veröffentlichung in Erwähnung gezogen. Akt Nr. 5124, Deutsches Museum. Außerdem beabsichtigte er, gewisse verzerrt wiedergegebene Berichte über sein Leben klarzustellen.

2) Memoiren des Ritters von Lang, a. a. O., S. 176.

3) Bauernfeind, C. M. v., a. a. O., S. 37.

Gegenstände der Landwirtschaft, des Gewerbewesens und der Volksbildung; 1) an der Steuergesetzgebung des Jahres 1828 hatte er wesentlichen Anteil. "

Aus diesen beiden Gegenüberstellungen ist ersichtlich, wie sein Lebensbild "durch der Parteien Haß und Gunst verzerrt" in der bayerischen Geschichte schwankt.

Aus den Utzschneiderschen Anträgen im Landtag seien im folgenden nur die wichtigsten erwähnt.

2) Utzschneider als Vorkämpfer für die Gewerbefreiheit in Bayern.

Der Hauptgrund für die ungünstige gewerbliche und industrielle Entwicklung in Bayern ist vor allem in der Zunftverfassung zu suchen, die am Ende des Jahrhunderts noch in ganz Bayern herrschte. Die zunehmende, durch Kriegswirren und Teuerungen bedingte Verarmung hatte hier zu einer Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung geführt und die Sicherung des Nahrungsstandes - oder wie man auch sagte, der "Mannsnahrung" - hatte die Zünfte zu immer größerer Exklusivität getrieben.

Die Zahl der Zunftmitglieder war fast überall festgelegt und die Gewerbebefugnisse waren - neben einigen wenigen radizierten und privilegierten Gewerben -

1) Die wichtigsten seiner Anträge an die Ständeversammlung ließ Utzschneider drucken, so: Antrag an die hohe Kammer der Abgeordneten zur Begründung und Erhaltung des Wohlstandes der bayerischen Güterbesitzer, zur Beförderung und Erhaltung des vaterländischen Gewerbefleißes und zur Belebung des Handels in Baiern, München 1825.

2) Vortrag zur Verbindung des Rheins mit der Donau betreffend, München 1834. 3) Antrag an die hohe Kammer der Abgeordneten zur Beförderung des Ackerbaus, des Gewerbefleißes und des Handels in Baiern, München 1831. Ein weiterer Antrag ist betitelt: Antrag an die hohe Kammer der Abgeordneten zur Beförderung des Unterrichts in den bayerischen Schulanstalten, für welche die Stände die nötigen Geldmittel bewilligen, München 1831. (Außerdem erschienen diese Vorträge sämtlich im Kunst- und Gewerbeblatt).

zum großen Teil "unpersönlich" oder auch "real" 1), das heißt, man konnte sie nur durch Kauf von einem Gewerbeberechtigten erhalten, es sei denn, daß man mit der Hand einer Meisterstochter oder -witwe diese Befugnis erheiratete.

Mit Beginn der Reformtätigkeit des Ministers Montgelas wurde zum erstenmal an der alten Selbstherrlichkeit der Zunftverfassung gerüttelt. Wenn auch der Zunftzwang noch nicht aufgehoben wurde, so wurde doch mit dem Gesetz vom 5. Dezember 1804 2) verordnet, daß von nun an keine anderen als persönliche Gerechtigkeiten mehr verliehen werden sollten. Nur Gewerbe, deren Ausübung mit einem dazu gehörigen Gebäude verknüpft ist, sollen als "radizierte" Gewerbe verliehen werden. 3)

Die Aufhebung der Erbllichkeit der Meisterämter wurde ausgesprochen, neue Realrechte sollten nicht mehr verliehen werden, die örtlichen Produktions- und Vertriebsrechte sollten beseitigt, ein Gewerbekataster verfaßt werden und an die Stelle der Hofschutz-Gewerbe oder auch privilegierte Gewerbe sollte von nun an die Verleihung von unveräußerlichen staatlichen Konzessionen auf Lebenszeit treten. "Mit diesen ganzen Maßregeln war an einem kranken Baum gerüttelt, aber er war nicht entwurzelt", 4) deshalb tauchten im Laufe der Jahre immer wieder Vorschläge zur Reform der Gewerbeordnung auf.

Gleich die erste Sitzung des Landtags wurde benützt, um dem Unwillen gegen diese Gesetzgebung Ausdruck zu geben. Die Stadt München machte eine Eingabe und bat um Schutz der Realgerechtigkeiten als volles Eigentum. Der König solle der Konzessionserteilung einen Riegel vorschieben. 5)

Die Gegner dieses Antrages traten für Gewerbefreiheit ein und wiesen, wie üblich, auf die gewerbefreie Rheinpfalz hin. Die Reaktion forderte eine Wiederherstellung der alten Zunftverhältnisse und eine Beschränkung des Absatzes. Juden, Hausierer, Musterreiter, Marktfahrer sollten entweder ganz aus den Städten Bayerns verschwinden oder wenigstens auf ein bestimmtes Minimum re-

1) J. Kainzl, Der Kampf um Gewerbe-reform und Gewerbefreiheit in Bayern von 1799 - 1868, Leipzig 1879, S. 52. "Das reale Gewerbe-recht ist die freiveräußerliche und vererbliche Befugnis zum Betriebe eines bestimmten Gewerbes."

2) Regierungsblatt 1805, S. 45.

3) Kainzl, J., a. a. O., S. 56.

4) Kainzl, J., a. a. O., S. 57.

5) Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten, Protokollband IV, S. 435 und 464 - 469, 1819.

duziert werden. Utzschneider bewegt sich mit seinen Vorschlägen auf einem Mittelweg zwischen Freiheit und Zwang. Und in der Tat wird auch das Gesetz von 1825 gern als ein solcher Kompromiß bezeichnet. 1)

In seinem Antrag an die Kammer der Abgeordneten 2) lehnt er die Gewerbefreiheit, die das Nationalwohl auf höchste Stufe heben soll, mit der Begründung ab: "Die Ausländer gewinnen über uns freien Spielraum und drücken all unsern Gewerbefleiß zu Boden. Die Regierung soll den vaterländischen Gewerbefleiß gegen das Ausland möglichst schützen, um so mehr, als alle Nachbarstaaten gegen uns ein Prohibitivsystem beobachten und uns die Arbeit in unserem eigenen Land zum Nachteil unseres Wohlstandes entziehen." Auch eine "Exportförderungsprämie" schlägt er in seinem Entwurf vor: "Die Regierung soll diejenigen Kaufleute mit Auszeichnung behandeln, die inländische Produkte und Fabrikate ins Ausland verhandeln".

Utzschneider fordert in seinem Antrag außerdem:

Die Zünfte in dem Gewerbegesetz unter den bisher aufgestellten Bedingungen und Abänderungen beizubehalten. Das ganze Königreich wird in Zunftdistrikte eingeteilt, in den Städten bleiben die Zünfte bestehen, mehrere kleinere Zünfte werden zu einer Zunft zusammengefaßt. Die Zunftvorsteher geben der Gewerbedistriktspolizei, die in Zukunft die Oberaufsicht über die Gewerbe führen soll, ein Gutachten darüber ab, ob ein weiteres Konzessionsgesuch genehmigt werden soll. Bei der Konzessionsverleihung sollen handwerkliche Kenntnisse, Sittlichkeit, Häuslichkeit und Fleiß für die Verleihung entscheidend sein - mehr als Vermögen. Allgemeine Gewerbekonzessionen sollen nur in dem Maße verliehen werden, als sie für die Bedürfnisbefriedigung des Inlandes und für den Absatz ins Ausland erforderlich sind. Jede Gewerbebefugnis soll "persönlich" sein. Gewerbetreibenden, deren Erzeugnisse hauptsächlich ins Ausland gehen, soll man bevorzugt eine Konzession erteilen. Jeder Meister soll so viele Lehrlinge und Gesellen halten, als er beschäftigen kann. Er darf überall im Königreich arbeiten und seine Produkte überall frei verkaufen.

Fabriken sind in denjenigen Gegenden zu fördern, wo Handel und Gewerbe die Bewohner nur mangelhaft ernähren. Der Nahrungsstand kann dort durch Fabrikunternehmungen bedeutend verbessert werden. Außerdem soll eine Fabrik-

1) Kainzl, J., a. a. O., S. 78.

2) J. v. Utzschneider., Antrag zur hohen Kammer der Abgeordneten. Eine allgemeine Gewerbeordnung für Bayern betreffend. 1822, S. 102, erschienen im Kunst- und Gewerbeblatt.

konzeSSION erteilt werden, wenn die Fabrik zu billigeren Preisen liefert als die Zunft und wenn sie ins Ausland absetzen kann. Fabrikunternehmer dürfen überall im Lande Niederlagen errichten.

Aller Hausierhandel 1) soll sofort aufhören. Die alten, dafür ausgestellten Patente sind als ungültig zu erklären, neue sollen nicht mehr ausgestellt werden. Dulten, welche bisher zum offenbaren Nachteil der inländischen Gewerbe bestanden, weil sie diesen Arbeit entziehen und das Geld ins Ausland ziehen, sollen künftig stark beschränkt werden. Auf den Messen dürfen keine Trödler, sondern nur ausländische Kaufleute erscheinen, die einen Nachweis über ein in ihrem Wohnort bestehendes Warenlager führen können. Außerhalb der städtischen Messen darf kein Ausländer mit Erzeugnissen oder Fabrikaten Handel treiben und zwar bei Beschlagnahme seiner Ware. Dies gilt besonders für Musterreiter ausländischer Fabriken.

Derjenige Handelsmann, der jährlich über 1000 Gulden inländische Gewerbeerzeugnisse ins Ausland bringt, soll als ein ausgezeichnete Beförderer des vaterländischen Gewerbefleißes öffentlich ehrenvoll ausgezeichnet werden. Er verdient eine besondere Prämie.

Die Utzschnaiderschen Vorschläge auf dem Gebiet der Gewerbepolitik stellen also ein merkwürdiges Gemisch von Liberalismus und Merkantilismus dar. Sie zeigen ihn als Vertreter eines gemäßigten Fortschritts, der durch eine angemessene Freiheit der Gewerbe den Gewerbefleiß beleben, die Erwerbsfähigkeit erleichtern und die Summe der Arbeit vermehren möchte. Dies muß insofern festgehalten werden, als ihm von seinen Gegnern der Vorwurf gemacht wurde, er sei einer der ersten Vorkämpfer für die Gewerbefreiheit gewesen. Wenn auch ein Teil seiner Anträge auf diesem Gebiet in den Ausschüssen unterging, so darf doch gesagt werden, daß andererseits seine Anregungen auch aufgenommen wurden und zum Teil in den später verabschiedeten Gesetzen ihren Ausdruck fanden. Es wäre nun sehr interessant, an Hand des Gewerbegesetzes von 1825 und der Vollzugsinstruktion 2) festzustellen, inwieweit es sich an die Utzschnaiderschen Vorschläge anlehnt.³⁾ Aber diese Aufgabe würde den Rahmen der Arbeit sprengen. Nur soviel soll gesagt werden: die Zünfte blieben als öffentlich recht-

1) Utzschneider, Vortrag zur Gewerbeordnung a. a. O., S. 107.

2) vgl. Döllinger, Gesetzessammlung, dritter Teil, Bd. 14, S. 869.

3) vgl. auch S. 90 dieser Arbeit.

liche Körperschaften mit Beitrittszwang und gewissen ausschließlichen Berechtigungen. 1) Aber ihre alte Selbstherrlichkeit war sehr beschränkt: sie entschieden seit 1804 nicht mehr über den Zutritt zum Gewerbe und wurden unter polizeiliche Aufsicht gestellt. Insofern waren die Mißstände, die das Zunftwesen begleiteten, behoben und unmöglich gemacht worden. Auch nach 1825 mußten die Zünfte das Konzessionssystem, das Montgelas eingeführt hatte und jetzt noch weiter ausgedehnt worden war, heben sich bestehen lassen. Auf die reine Zunftverfassung folgt somit in Bayern bis zur Durchführung der Gewerbefreiheit (1868) eine Zeit des Konzessionssystems, in dessen konsequenter Durchführung Bayern im Vergleich zu anderen Staaten eine besondere Stellung einnahm. 2)

Wenn dieses System auch durchaus liberal gedacht war - insofern die Regierung durch eine angemessene Freiheit der Gewerbe 3) den Fleiß beleben, die Erwerbstätigkeit steigern wollte - 4), so war es doch auch ebenso bürokratisch wie liberal, denn alle Wohltaten sollten nur insoweit durchgeführt werden, wie die Regierung es für richtig befand. So schreibt Kainzl 5): "an sich betrachtet, scheint das Concessionswesen als ein ökonomischer Idealismus: eine Regierung oder besser gesagt, Behörden und noch concreter Beamte ohne Gefühl, ohne Leidenschaft, ohne Parteilichkeit, setzt es voraus."

Die Vermehrung der Gewerbetreibenden - wie sie das freiheitliche Streben der Regierung durch die Erteilung zahlreicher Konzessionen herbeiführte - erzeugte

- 1) Der Artikel des § 7 des Gesetzes von 1825, a. a. O., (G. Bl. 127) sagt: "Die schon bestehenden Zünfte bestehen als Vereinigung der Genossen eines oder mehrerer verwandter Gewerbe unter obrigkeitlicher Aufsicht und Leitung fort" und der § 25 der Gewerbeinstruktion zur Vollziehung dieses Gesetzes fährt fort: "Jedes Mitglied eines bisher zünftigen Handwerks muß einem Gewerbeverein beitreten....."
- 2) A. Popp, Die Entstehung der Gewerbefreiheit in Bayern. Abhandlung aus dem staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Erlangen, herausgg. v. Möller, Leipzig 1928, S. 43 f.
- 3) auch Utzschneider trat in seinen Vorträgen für eine angemessene, das heißt, eine beschränkte Gewerbefreiheit ein.
- 4) In der Einleitung zum Gewerbegesetz vom 11. Sept. 1825, Ges. bl. 127, heißt es: über den Zweck dieses Gesetzes: "... die Hindernisse des Kunstfleißes zu beseitigen, die Ausbildung in den Gewerben zu fördern und die inländische Industrie auf eine höhere Stufe der Vollkommenheit zu erheben."
- 5) Kainzl, J., a. a. O., S. 96.

bei den übrigen alteingesessenen Gewerbetreibenden große Beunruhigung und Widerwillen. Utzschneider fordert 1831 1) eine feste gesetzliche Regelung der gewerblichen Verhältnisse. An die Stelle der willkürlichen polizeilichen Regelung sollten Gewerbevereine treten. Er sagte: 2) "Aus dem Gewerbegesetz vom 11. September 1825 hätte viel Gutes hervorgehen können. Doch ist eine Freiheit bei dem großen Mangel an gehöriger Ausbildung noch nicht rätlich, sie würde die bestehenden Gewerbeleute nur um ihren Wohlstand bringen. Gewerbevereine sollten an die Stelle der ehemaligen Zünfte treten." Er fordert sofortige Ausbildung von Gewerbevereinen auf der Grundlage einer zu schaffenden Gewerbestatistik, 3) die der Regierung bei der Verteilung von Konzessionen von großem Nutzen sein kann, da man durch eine Statistik einen genauen Aufschluß über den Stand der Gewerbe gewinnen, die Übersetzungsgefahr verhindern und die Gewerbesteuer besser regulieren könne. Die Gewerbevereine sollen jedesmal bei einer Verleihung von Konzessionen gutachtlich herangezogen werden. Auch in diesem Vorschlag ist Utzschneider wieder Anhänger eines gemäßigten Fortschritts und bewegt sich auf einem Mittelweg zwischen Freiheit und Zwang. Geschickt weiß er, wenn er die Zeit für ein Projekt noch nicht reif genug hält, dieses auch entsprechend zu verzögern.

Die Zünftler bekämpfen das neue Gesetz von 1825 auf das heftigste. Die Liberalen preisen das Recht der Staatsbürger auf Gewerbefreiheit, auf freie Betätigung der Persönlichkeit auf das höchste. Die Gegenpartei ist nicht weniger einseitig und prophezeit als unausbleibliche Folge der Gewerbefreiheit allgemeine Verelendung und moralische Verwahrlosung. Die Zünftler wandten sich in gleicher Weise gegen Fabriken und Maschinen wie gegen Jahrmärkte und Hausierhandel, fordern die Wiederherstellung der Realität der Gewerbe und des Monopolsystems. So wendet sich neben dem Handwerk auch der Handelsstand der Stadt München gegen die bestehenden Gesetze mit einer Bitte um Abhilfe.4)5)

-
- 1) Utzschneiders Vortrag zur Förderung des Gewerbefleißes etc. ist abgedruckt in: Landtagsarchiv, Beyl. Bd. II, S. 11, Beilage XI, 1831.
 - 2) ebenda. Die 1825 ins Leben gerufenen Gewerbevereine waren nach Utzschneider unbrauchbar. Er fordert ihre Stärkung durch Verleihung des Mitspracherechts bei der Konzessionserteilung.
 - 3) In seinem Tagebuch findet sich eine Notiz, daß er sich ausführlich mit dem Entwurf einer Statistik für Bayern beschäftigt. (4. Jan. 1830, Deutsches Museum Akt Nr. 5186).
 - 4) Staatsarchiv M. Inn. 15474, Wirkungen des Gewerbegesetzes 1825.
 - 5) vgl. auch: Untertänigste Vorstellung und Bitte des Handelsstandes der k. Haupt- und Residenzstadt München zwecks Revision und Abänderung einiger Bestimmungen im Gewerbegesetz und der Vollzugsinstruktion hierzu. München 1831.

Der Handelsstand hatte die nachteiligen Wirkungen des neuen Gewerbegesetzes nachteilig empfunden. Die regellose Willkür bei der Konzessionserteilung hatte zu Übersetzung des Gewerbestandes geführt. 1825 zählte man in München 149 Kaufleute und Krämer, 1830 bereits 217. 1) Zur Beseitigung der in der Stadt herrschenden Mißstände bittet der Handelsstand der Stadt München um Abänderung der § 10 und § 18 der Vollzugsinstruktion 2) und verlangt eine Rücksichtnahme auf den Nahrungsstand und eine Beschränkung der Niederlagen auswärtiger Handelstreibender in der Stadt.

Neben diesen reaktionären Bestrebungen der Zünfte stehen die gemäßigten Stimmen im Kunst- und Gewerbeblatt mit Utzschneider an der Spitze, der kein einseitiger Reaktionär war, sondern im Prinzip und theoretisch die Gewerbefreiheit bejahte, aber die Zeit noch nicht reif dafür hielt. "Man tadele mich nicht, wenn ich nicht allgemeine Gewerbefreiheit vorschlage. Theoretische Gründe raten zwar hierzu, allein ich kann mich nicht überzeugen, daß allgemeine Gewerbefreyheit bey uns in dem Zustand, in dem wir uns noch wirklich befinden, gute Früchte bringen würde. Viele Familien würden in ihrem Wohlstand erschüttert werden. Die Neueintretenden entziehen ihnen durch Preisunterbietung den Gewinn oder gehen selbst zugrunde und fallen, wenn sie unterliegen, der Gemeinde zur Last. Allgemeine Gewerbefreiheit kann erst dann gute Früchte bringen, wenn der gehörige Grad von Ausbildung bei den angehenden Gewerbeleuten vorhanden ist." 3)

3) Utzschneider als Förderer von Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft.

Überhaupt weisen alle seine Anträge einen bewundernswerten wirtschaftlichen Weitblick auf. So enthält ein Antrag aus dem Jahre 1825 folgende Vorschläge:4)

I) Zur Hebung der Landwirtschaft und Steigerung der Landproduktenpreise muß der Getreidehandel frei von jeglichem Marktzwang sein. Es müssen Getreidehandelsgesellschaften errichtet werden, die billige, den Produzenten

1) Vorstellung und Bitte des Handelsstandes a. a. O., S. 217.

2) Verordnung vom 28. Dez. 1825, Regierungsblatt v. 1826, S. 81.

3) Landtagsarchiv Bey. XI Bd. II 1831, S. 14.

4) Landtagsarchiv Bey. Bd. II, S. 272, 1825 "Antrag zur Begründung des Wohlstandes etc."

wie den Konsumenten zusagende Fruchtpreise, sowohl in Zeiten des Überflusses als auch des Mangels herbeiführen sollen. Der Getreidehandel müsse ein ordentliches Geschäft werden und von den städtischen Reglementierungen des Schrankenwesens solle weitgehend Abstand genommen werden. (In München mußte laut Schrankenordnung alles in die Stadt gelangende Getreide unverzüglich der Schranne zugeführt werden und durfte nur dort gehandelt werden. Auswärtige Händler wurden erst dann zugelassen, wenn der einheimische Bedarf gedeckt war. Die damalige Verbraucherpolitik ging dahin, der Einwohnerschaft zu billigem Getreide zu verhelfen und Preissteigerungen zu verhindern.) Utzschneiders vorgeschlagenen Getreidegesellschaften, die in ihrem Aufbau dem später entstehenden Lagergesellschaften ähneln, sollen in allen Städten des Königreichs errichtet werden und ein Lager unterhalten, in dem überflüssiges Getreide für Notzeiten aufbewahrt werden kann. Die Getreidegesellschaften sollen die Preisbildung der freien Konkurrenz überlassen und nur so viel Getreide zur Schranne bringen, wie sie für richtig halten, um einen angemessenen Preis zu erzielen. Der Marktzwang müsse aufgehoben und der Getreideverkehr der Schranne mehr und mehr entzogen werden. 1)

Zur Steigerung des Wertes des Grundbesitzes sollte die Zusammenlegung zerstreut liegender und deswegen einer höheren Kultur nicht fähiger Grundstücke veranlaßt werden, um durch eine derartige Arrondierung dem Landmann die Arbeit nicht nur zu erleichtern, sondern auch um Einsparungen an Dienstboten, Zugvieh und Gerätschaften zu ermöglichen. Die grundherrlichen Abgaben sollten entsprechend der Größe und Bonität der einzelnen Grundstücke in bestimmten jährlichen Getreide- oder Geldraten festgelegt werden.

Um der Kreditlosigkeit des Landmannes und dessen Mangel an Betriebskapital abzuhelpen, sollte in jedem Kreis des Königreichs eine Privatbank nach dem Muster der im Jahre 1824 errichteten pommerschen Privatbank "umsomehr errichtet werden als nur durch solche Privatbankinstitute es möglich wird, dem verderblichen Staatspapierhandel, die dem Ackerbaue, dem Gewerbefleiß, und dem inländischen Commerz von demselben entrissenen Fonds zu entziehen, und diesen letzteren wieder zuzuwenden, um dem Güterbesitzer zu wohlfeilern Zinsen Vorschüsse machen zu können." 2)

Es sollten ferner "unentbehrliche Pflanzen" eingeführt werden, - Raps, Flachs,

1) Erst die Münchener Schrankenordnung vom 12. Dez. 1871, Stadtarchiv, Großmarkthalle Nr. 37, bringt eine Lockerung der Marktregeln im Utzschneiderschen Sinne.

2) Antrag 1825 a. a. O., S. 280.

Kartoffel, Runkelrübe, - um die Eigenproduktion auf diesen Gebieten zu heben. Die Zuckerproduktion aus Runkelrüben müsse vordringlich gefördert werden. 1)

2) Zur Hebung der Gewerbe.

Zur Hebung der Gewerbe machte er folgende Vorschläge: 2) Der Absatz der bayerischen Erzeugnisse im Inland sollte vorzüglich durch die gänzliche Ausschließung der ausländischen Produkte und Fabrikate von den bayerischen Jahrmärkten 3) sowie durch die Abschaffung des Hausierhandels oder doch durch dessen Beschränkung zumindest auf bayerische Erzeugnisse gefördert werden. Er meint: "Wie sollen unsere Städte gedeihen, wie sollen ihre arbeitsfähigen Leute emporkommen, wenn unsere Kaufleute nur darauf bedacht sind, ausländische Waare einzuführen, wenn sie den vaterländischen Gewerbefleiß auf keinerlei Weise fördern und unterstützen? Ein Verein von vermögenden Kaufleuten zur Ausfuhr inländischer Fabrikate könnte Wunder wirken." 4)

3) Zur Hebung des Handels machte er folgende Vorschläge: Die "Essito-, Zoll- und Mauthgebühren auf die bayerischen Produkte und der Transitozoll für die ausländischen Waren, die Bayern durchqueren, sollen abgeschafft werden. Die Aus- und Durchfuhr aller heimischer Waren sollte ganz freigegeben werden. 5) An die Stelle der bisherigen "Consumo-, Zoll- und Mauthgebühren" solle eine Konsumtionssteuer auf alle ausländischen Waren erhoben werden. 6)

Zur "Wegräumung der Hindernisse, welche dermalen noch unserm Ackerbau,

1) Antrag 1825 a. a. O., S. 282.

2) Antrag 1825, a. a. O., S. 294.

3) vgl. hierzu auch Utzschneiders Vortrag im Polytechnischen Verein über die Jahrmärkte und den Hausierhandel in Bayern, abgedruckt im Kunst- und Gewerbeblatt 1821, S. 139 f.

4) Landtagsarchiv. Prot. Bd. IX. 1834, S. 363. Ansicht zur Unterstützung der vaterländischen Industrie. Er verfiel auch auf den Gedanken, die Bildung einer patriotischen Gesellschaft zu beantragen, die den Zweck haben sollte, alle ausländischen Produkte so viel als möglich aus Bayern zu verdrängen (vgl. Prot. Bd. 1822 Bd. III, Beil. S. 382, Nr. 23.

5) Antrag 1825, a. a. O., S. 299.

6) Antrag 1825, a. a. O., S. 300. Hinwendung zum Schutzzoll!

unserm Gewerbefleiß und Handel im Wege stehen, sollte ein Ackerbau-, Industrie- und Handelsrath unter dem Vorsitz des königlichen Staatsministeriums des Innern gebildet werden." 1)

Die Anträge Utzschneiders gingen zum Teil in der Kammer nicht durch und verschwanden wie üblich in den Ausschüssen. Doch wurden sie später, wenn auch in etwas abgewandelter Form, zum Gesetz erhoben. Utzschneider war demnach seiner Zeit wesentlich voraus und fühlte sich, wie er in seinen Tagebüchern schreibt, von seinen Zeitgenossen verkannt und unverstanden. 2)

4) Vorschläge zur Entwicklung des Bankwesens.

Wie weit Utzschneider seinen Zeitgenossen in manchen Dingen voraus war, zeigt auch seine Stellungnahme zur Gründung einer Nationalbank. Wiederholt hatte er sich mit der Gründung einer Bank auseinandergesetzt. Sein erster Vorschlag rührt aus dem Jahre 1799. Damals waren dem bayerischen Staat Anleihen des Auslands unter der Bedingung angeboten worden, daß man den ausländischen Papieren in Bayern freien Umlauf gestatte. Utzschneider erklärte sich gegen diese Auslandsanleihen und schlägt zum erstenmal eine Nationalbank vor. 3) Als Abgeordneter greift er seine Lieblingsidee wieder auf und hält im ersten Sitzungsjahr 1819 einen Vortrag über die Errichtung einer bayerischen Nationalbank. 4) Diese Bank müsse nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten in Form einer A. G. von bayerischen, an dem guten Gelingen des Unternehmens finanziell interessierten Grundbesitzern unter Oberaufsicht der Regierung und der Landschaft geführt werden. Sein Antrag verschwand in den Ausschüssen. Doch die hilflose Lage, in der Ackerbau und Gewerbe sich damals befanden, veranlaßte die Regierung diesmal von sich aus einen Entwurf zu ei-

-
- 1) Antrag 1825, a. a. O., S. 312. Diese Interessenvertretungen wurden Jahrzehnte später verwirklicht. 1843 Gründung der Handelskammer Oberbayern, 1851 Einsetzung des Fabrikrates und des Handelsrates. (vgl. Spenkuch, G., Zur Geschichte der Münchener Börse, Leipzig 1908, S. 30) .
 - 2) Deutsches Museum Nr. 5184, 13. Jan. 1815.
 - 3) Münchener Tageblatt, Nr. 40, 9. Feb. 1840.
 - 4) J. Utzschneider, Vortrag über die Errichtung einer bayerischen Nationalbank, Beyl. Bd. II, S. 213 f. (Landtagsverhandlungen 1819). Sein "Hypotheken-Kasse-Komptoir" ist der Vorläufer der späteren Hypotheken- und Wechselbank.

nem Bankgesetz vorzulegen. Die Steuerversammlung hatte am 1. Febr. 1822 Utzschneider zum Referenten über diesen Gesetzentwurf bestellt. Er schildert die wirtschaftliche Lage folgendermaßen: "Wir haben keinen auswärtigen Handel und keinen inneren Verkehr wie England, Frankreich und Österreich. Wir sind eine, von allen Seiten durch fremde Prohibitivsysteme zusammengedrückte Nation, die viel vom Ausland bedarf, demnach mehr an dasselbe zu bezahlen hat, als sie von demselben einnimmt;..... unser Ackerbau liegt darnieder, unsere Gewerbeleute sind ohne Arbeit; Intelligenz und Betriebskapital fehlen ihm, hier muß geholfen werden!" 1)

Die Ziele dieser Privatgenossenschaft zur Betreibung von Geldgeschäften sollten folgende sein: 2)

- 1) Erleichterung des Geldverkehrs .
- 2) Benutzung totliegender Kapitalien.
- 3) Wohlfeilheit der Darlehn für Ackerbau und Gewerbe.
- 4) Verminderung der Auswanderung von Kapitalien.
- 5) Beförderung des Gemeingeistes.
- 6) Wohlfeile Bereitstellung von Mitteln für die Staatsschuldenkasse.

Alle Geschäfte eines Wechselhauses sollten ihr gestattet sein, nur nicht der Handel mit Staatspapieren und Lieferungsgeschäfte. Hiermit sollte der Spekulation in Staatspapieren Einhalt geboten werden. Außerdem darf die Bank statt Geld ein "Zeichen desselben" in Umlauf setzen. Sie hat das Recht zur Ausgabe unverzinslicher Bankzettel. Die Bank macht der Staatsschuldenkasse ein bis zu dieser Höhe der unverzinslichen Bankzettel entsprechendes Darlehn zur Dotierung der Staatsschuldenkasse. Es ist von großer Wichtigkeit, so meint Utzschneider 3) diesen Bankzetteln einen dem baren Geld gleichen Wert aufzudrücken. Dies könne aber nur dann geschehen, wenn die Zettel durch den Boden gedeckt würden. Privater Grund und Boden soll der Bank bei allen ihren Operationen haften. 4)

Die Einlösung der unverzinslichen Bankzettel ist jederzeit möglich und geschieht

- 1) Utzschneider hatte seinen Vortrag zum Bankgesetzentwurf auch an den Magistrat der Stadt München gesandt. siehe: Stadtarchiv, Bürgermeister und Rat Akt Nr. 380, S. 4 und 35.
- 2) Stadtarchiv, Bürgermeister und Rat Nr. 380, S. 2.
- 3) Bürgermeister und Rat, a. a. O., S. 59.
- 4) § 2 des Utzschneiderschen Entwurfes, Bü. und Rat, a. a. O., S. 59. vgl. auch Beyl. Bd. II, Landtagsprotokolle 1822, S. 247. "Die Ordnung der baierischen Hypothekenbank betreffend."

auf Sicht - nicht nur bei der Bank selbst, sondern auch bei allen Aufschlagämtern und bei der Staatsschuldenkasse.

Utzschneider scheint von einer Bank nicht nur Abhilfe für die bestehenden Staatsschulden, sondern auch Beseitigung der herrschenden Mißstände in der bayerischen Wirtschaft, von denen er in der Einleitung seines Vortrags sprach, erhofft zu haben. Bei dieser Sachlage könnte man allerdings fragen, was soll eine Bank in einem Land ohne äußeren Verkehr und Handel? Wie können Gewerbeleute ohne Arbeit und Beschäftigung ein geliehenes Kapital nutzbringend verwerten? Und kann ein darniederliegender Ackerbau dem Kapitalisten genügend Sicherheit bieten, ihm Kapital anzuvertrauen?

Der Utzschneidersche Antrag 1) zu einer Hypothekenbank mit einem Kapital von 5 000 000 Gulden und Sitz in München fand nicht die Zustimmung der Ständerversammlung. Auch die Regierung wollte nichts mit einer Hypothekenbank ohne Beihilfe des Staates zu tun haben. Bewußt hatte Utzschneider in seinem Entwurf auf eine Garantie oder Beihilfe des Staates verzichtet. Die Steuerkraft war auf das höchste angespannt und kaum konnte 1819 die bei v. Eichthal bestehende Schuld von 3 000 000 fl, die bereits 1813 verfallen gewesen war, bezahlt werden. Weiteres Geld noch in eine Privatgesellschaft zu stecken, daran war nicht zu denken. 2) Dagegen soll nach dem Utzschneiderschen Plan die Bank den Staat unterstützen, sie soll dem Staat ein zu 4 % verzinsliches Anlehen in Höhe des Betrages der unverzinslichen Bankzettel geben und die Staatsschuldenkasse unterstützen. Dieser Gedanke ist neu in der bayerischen Bankgeschichte. Neu ist auch der Gedanke zur Einführung einer "Zettelbank". Und gerade diese Eigenschaft brachte ihr viele Gegner unter den Abgeordneten ein. Die geschichtliche Erfahrung hatte gezeigt, daß alle Versuche in Frankreich von Mißerfolg gekrönt worden waren. Die Assignatenwirtschaft war noch zu frisch in aller Gedächtnis. Andere wiederum beanstandeten die Verbindung einer privaten Gesellschaft mit der Staatsschuldenkasse und lehnten das Papiergeld deshalb ab. Man befürchtete, daß in Kriegszeiten, wenn die Kasse leer war, die Scheine nicht eingelöst werden könnten und der Umlauf stocken könnte. Auch befürchtete man eine unbegrenzte Kreditschöpfung. Der Abgeordnete Hornthal erklärte, 3) daß eine Bank dieser Art den Staatskredit untergraben könne und "für Bayern überflüssig, schädlich und höchst gefährlich sei." Eine Bank mit Papiergeld, verbunden mit Regierungsverwaltung, Schuldentilgungskasse und Staatskasse kann

1) Utzschneiders Antrag schloß sich dem Regierungsentwurf an.

2) Vgl. hierzu die Festschrift der Hypothekenbank, Hundert Jahre Bayerische Hypotheken- und Wechselbank 1835 - 1935, S. 11.

3) Landtagsarchiv, Prot. Bd. IV 1822, Landtagsverhandlungen S. 365.

die Nation verarmen, sich der Mittel des baaren Geldes bemächtigen, Papiergeld dafür hinausgeben, die finanziellen Kräfte des Landes an sich zu bringen versuchen. 1)

Der Abgeordnete Bestelmeyer, der auf John Law und die Assignatenwirtschaft hinwies, meinte: 2) "die beste Bank, und ich setze hinzu, die sicherste, ist der Nationalwohlstand!" Er meinte, daß Bayern keinen Wechselverkehr brauche und daß nur diejenigen Handel treiben sollten, die bar zahlen könnten. Andere Abgeordnete bezeichneten sie als "Geldsaugmaschine" oder als eine "Generalzentralgeldsaugpumpe" 3), die das Geld in den Zentralpunkt des Kreditsystems München saugen würde und ganze Gegenden absterben lassen würde. Der Errichtung einer "privilegierten Wuchergesellschaft" könne man nicht zustimmen. 4)

Der Antrag fand nicht nur sachliche Gegner, auch lokale Interessen machten sich geltend. München sei kein Platz für eine Bank, eine solche könne nur in einem großen Wechselplatz gedeihen, München habe kein eigenes Wechselrecht, seine Bedeutung als Handelsstadt sei zu gering, um Mittelpunkt eines Kreditsystems zu werden. Behauptete doch sogar einer der ersten Bankiers am Platze: "München ist kein Handelsplatz, der einzige bezogene Platz ist Augsburg." 5) Im Vergleich mit Frankfurt und Augsburg hatte München selbst für bayerische Werte keine Bedeutung.

Heute muten diese Anschauungen über die sogenannte "Zettelbank" etwas seltsam an. Aber für die damalige Zeit erscheint sie durchaus verständlich. Zumal Handel und Verkehr noch auf niedriger Stufe standen und von einer Kreditwirtschaft größeren Stils in München nicht die Rede sein konnte. Auch stehen Beschränktheit des Verkehrs und Beschränktheit des menschlichen Gesichtskreises in einer gewissen Beziehung, die eine bedingt die andere!

So verwarf die Kammer den Utzschneiderschen Antrag mit großer Mehrheit. Utz-

1) Landtagsarchiv, Prot. Bd. IV 1822, Landtagsverhandlungen, S. 363.

2) Landtagsarchiv, Prot. Bd. V 1822, Landtagsverhandlungen, S. 120.

3) Landtagsarchiv, Prot. Bd. V 1822, Landtagsverhandlungen, S. 150.

4) Landtagsarchiv, Prot. Bd. V 1822, Landtagsverhandlungen, S. 159.

5) Spenkuch, G., a. a. O., S. 16, gemeint ist Baron v. Eichthal. Dieser galt als großer Kenner auf dem Gebiet des Bankwesens und seine Gutachten fanden stets Beachtung. So holte man, wie Hünmert berichtet, a. a. O., S. 39, auch bei der Beratung über die Gründung der Hypotheken- und Wechselbank 1833 sein Gutachten ein, in dem es u. a. heißt: "München ist kein Handelsplatz!"

schneider bemerkt dazu, daß er nur eine Idee anregen wollte: "Es reut mich nicht, diese Idee angeregt zu haben, doch scheint es jetzt noch nicht an der Zeit zu seyn, davon Gebrauch zu machen. Die Hypothekenbank soll ruhen bis sie Bedürfnis wird." 1)

Dieser Mißerfolg konnte ihn aber nicht entmutigen, sich weiterhin für die Gründung von Kreditvereinen einzusetzen. Wenn auch seinem Antrag zur Hypothekenbank die Zustimmung versagt blieb, so hatte er mit seinem Vorschlag zur Vermehrung des Betriebskapitals der bayerischen Grundbesitzer einen gewissen Erfolg.

In seinem Plan einer Hypothekenbank hatte er als Tochteranstalt dieser Bank eine Kreditversicherungsanstalt vorgesehen. 2) Sie sollte möglichst viel Geld im Lande anhäufen und zur Zirkulation bringen. War doch Utzschneider stets darauf bedacht, im Lande so viel Geld wie möglich anzuhäufen. Dabei wollte er jedoch nicht den Reichtum einzelner weniger, sondern wünschte den höchstmöglichen Wohlstand aller. 3) Dieser Kreditversicherungsanstalt für Grundbesitzer sollte jeder Landwirt, der ein Grundvermögen von mindestens 10 000 Gulden besaß, beitreten können. Die Kreditanstalt sollte Pfandbriefe nach dem Muster der preussischen Landschaften - unter solidarischer Haftung aller Mitglieder - auszugeben berechtigt sein. War ihm sein Bankplan auch zerstört worden, so glaubte er seinem oben erwähnten Ziele doch näher zu kommen, wenn man die "capitalbedürftigen Interessenten" in die Lage versetzte, sich selbst zu helfen.

Im Jahre 1825 legte die Regierung der Ständeversammlung einen Gesetzentwurf über Creditvereine vor, der sich auf Utzschneiders Vorschlag 4) 5) stützte; der König erhob ihn alsbald zum Gesetz. Es war vorgesehen, daß der Staat sich hier an der Zeichnung des Aktienkapitals beteiligen sollte. Doch die Gründung des Vereins wurde immer wieder hinausgeschoben. Obwohl der Regierung im Landtagsabschied vom 28. Dez. 1831 ein Kredit von 100 - 300 000 Gulden "für -----

1) Landtagsverhandlungen, Prot. Bd. V. 1822, S. 170.

2) Landtagsarchiv, Bey. Bd. II 1822, S. 253.

3) Hoffmann, L., a. a. O., S. 34.

4) Landtagsarchiv, Bey. Bd. II 1825, S. 280 u. Döllinger Bd. 14, S. 2288.

5) vgl. auch Poschinger, H. v., Bankgeschichte des Königreichs Bayern, 3. Lieferung, Erlangen 1875, S. 54 f.: § 14. Das Utzschneidersche Bankprojekt vom Jahre 1825. Poschinger erwähnt alle übrigen Projekte seit 1806, so auch die Gründung der bayerischen Diskontokasse 1812, a. a. O., S. 38.

Actien zu Creditvereinen für die mittleren und geringeren Landwirte nach dem Verhältniß der disponiblen Mittel" 1) aus den Ersparnissen der Finanzperiode zur Verfügung gestellt worden waren, kam ein solcher Verein nicht zustande. Vielleicht fehlte es an Interesse oder Intelligenz der Grundbesitzer, solche Vereine ins Leben zu rufen, vielleicht fand ein solcher Verein kein Interesse bei den Kapitalbesitzern oder vielleicht mag das Kapitalbedürfnis der Landleute doch nicht so dringend gewesen sein, wie es geschildert worden ist, jedenfalls wurde kein Versuch unternommen, einen Kreditverein zu gründen. Utzschneider meint, 2) daß der Hauptgrund, weshalb ein solcher Verein nicht zustande gekommen sei, in der Zielsetzung des Vereins zu suchen sei. Er hatte nur die Aufgabe, den Gutsbesitzern Darlehen zu gewähren, alle anderen Bankgeschäfte waren ihm untersagt. Da die landwirtschaftliche Produktion aber keinen hohen Zinsfuß gestattete, war den Kapitalbesitzern die Rente, die der Kreditverein anbot, zu gering, und deshalb stellten sie die Ermächtigung zu anderen Bankgeschäften als unerläßliche Bedingung. Ein solcher Kreditverein könne erstens keine vollständige Sicherheit gewähren, andererseits auch keine Rentabilität in Aussicht stellen. Auch befürchtete man, daß es an Geldsuchern mangeln werde.

Als Ludwig I. im Jahre 1834 wieder die Errichtung einer Bank anregte, 3) holte der Innenminister Fürst von Oettingen-Wallerstein ein Gutachten von Münchener und Augsburger Bankiers als dem einzigen Berufsstand, der auf diesem Gebiet Erfahrungen hatte, ein. Man war auch jetzt bei der Regierung überzeugt, daß ein Annuitätenkreditverein nicht durchführbar sei, wegen der aus der Natur eines gegenseitigen Vereins fließenden gemeinsamen Haftung aller Darlehnsnehmer für die Schulden des Vereins, und weil das Geld in einem solchen Verein nicht genügend "operieren" könne. Deshalb bliebe nur eine Bank übrig und zwar eine der Natur des bayerischen Staates entsprechenden Hypotheken- und Wechselbank. So schritt man 1834 zur Begründung der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank, dieser "hochwichtigen vaterländischen Anstalt, welche den minderbemittelten Landwirth und Gewerbsmann dem Wucher und Zwischenhändler entrückt." 4) Utzschneider hat also auch auf dem Gebiete des Bankwesens als "spiritus rector" gewirkt.

1) Landtagsarchiv, Prot. Bd. 28, Landtagssitzung v. 28. Dez. 1831, S. 187.

2) Landtagsarchiv, Beyl. Bd. V, 1834, S. 71.

3) Festschrift der Hypotheken- und Wechselbank, a. a. O., S. 14.

4) Festschrift der Hypotheken- und Wechselbank, a. a. O., S. 18.

5) Weitere Vorschläge.

Auf die weiteren Vorschläge während seiner 21jährigen Abgeordnetentätigkeit einzugehen, würde zu weit führen. Sie seien nur kurz erwähnt.

In seinem Antrag zur Beförderung des Schulwesens 1) stellte er ein Schema über den Aufbau der Grund-, Mittel- und Hochschulen mit dem jeweils vorzusehenden Lehrplan auf, das in etwas abgeänderter Form in der königlichen Verordnung vom 16. Feb. 1833 über die Gewerbe- und polytechnische Schule Verwendung fand. 2)

Utzschneider strebte darnach, auch durch die Hebung der Bildung den Nationalwohlstand zu fördern. Die Untertanen müßten zu Wohlstand und Bildung, ja zu ihrer Glückseligkeit regelrecht gezwungen werden (eine um diese Zeit häufig auftretende Forderung) .

Die Bestrebungen zur Bildung des deutschen Zollvereins mögen ihn angeregt haben, sich erneut wieder mit Vorschlägen zur Hebung des Ackerbaus, des Handels und der Gewerbe an die Kammer der Abgeordneten zu wenden. Die Staatsregierung müsse alle Vorurteile gegen die allgemeine Handelsfreiheit in Deutschland aufgeben. Utzschneider stellt hierzu einen Antrag im Landtag und vertritt 1831 den Standpunkt völliger Handelsfreiheit innerhalb Deutschlands. Er argumentiert wie folgt: 3) "Der Ackerbau ist die Grundlage des Wohlstandes im bayerischen Volk. Aus dem Ackerbau und dem Gewerbefleiß muß der Handel belebt werden, er muß den Überfluß der Landesprodukte in den allgemeinen Verkehr bringen. Der Handel muß frei sein. Zölle begünstigen den Handel nicht. Sie sind nur als Konsumtionssteuer auf Gegenstände, die die Nation nicht notwendig braucht, zu rechtfertigen. Es muß darauf hingearbeitet werden, daß alle Zölle im Innern von Deutschland aufgehoben und an die äußere Grenze unseres Vaterlandes verlegt werden." Er fordert eine neue Zollordnung, für alle deutschen Staaten und setzt sich für Abschaffung des Transito- und Essitozoll ein. "Der Gütertransitverkehr fördert den Wohlstand eines Landes." 4) In seiner

1) Antrag an die hohe Kammer der Abgeordneten zur Beförderung des Unterrichts in den bayerischen Schulanstalten, für welche die Stände des Reiches die nöthigen Geldmittel bewilligen, München 1831, Beyl. Bd. IV, Beilage Nr. 23, S. 13 - 56.

2) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 38.

3) Antrag zur Beförderung des Ackerbaus, Gewerbefleißes etc. München 1834.

4) Landtagsarchiv, Beyl. Bd. II Beyl. XI, S. 3 ff. und S. 7.

Zollordnung schlägt er vor: 1)

- 1) Alle deutschen Produkte sollen aus Deutschland zollfrei ausgeführt werden.
- 2) Die Durchfuhr durch alle deutschen Staaten soll für deutsche Produkte frei sein.
- 3) An Wegegeld soll in jedem deutschen Staat nur so viel erhoben werden, als für Herstellung und Unterhalt der Straßen und Brücken erforderlich ist.
- 4) Auf Kolonialwaren ist ein mäßiger Zoll zu legen. Sie sollen, wenn irgend möglich, mit deutschen Produkten bezahlt werden.

Große und viele Reden hat Utzschneider nicht gehalten. Doch zeigen alle seine Anträge, "daß er mit Überzeugung einem ruhigem Fortschreiten zum Besseren in allen Fragen des materiellen und geistigen Wohls huldigte." 2)

8. Kapitel

Utzschneider als Bürgermeister von München.

Die Verkündung der bayerischen Verfassung führte Utzschneider nicht nur zu seiner Stellung als Abgeordneter sondern auch zum Bürgermeister von München. Durch das öffentliche Vertrauen seiner Mitbürger wird er am 9. September 1818 3) zum zweiten Bürgermeister Münchens gewählt. Utzschneider bemerkt dazu: 4) "Er wurde zum Bürgermeister gewählt, doch nur zum zweiten, weil viele Wahlmänner der vielen Gewerbe wegen, die er betrieb, ihm nicht gut wollten. Er nahm die Stelle eines zweiten Bürgermeisters an, weil er der Stadt München nützlich seyn wollte."

Utzschneider faßte seine Tätigkeit als eine ehrenamtliche auf und verzichtete auf das ihm zustehende Bürgermeistergehalt von 6000 Gulden, 5) das er an gering besoldete Magistratsbedienstete verteilen ließ. Sein Tätigkeitsbereich war

1) Antrag 1831, a. a. O., S. 7.

2) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 38.

3) Destouches, E. v., Handschriftl. Jahrbuch der Stadt München 1818, S. 73.

4) Deutsches Museum, Akt Nr. 5124.

5) C. Reber in "Das Bayerland" IX. Jahrg. 1898, S. 323.

nicht so umfangreich wie der rastlose Mensch es sich gewünscht hätte. Er umfaßte vor allem die Neuordnung des städtischen Schulwesens - Vermehrung und Hebung der Volksschulen und Errichtung einer höheren Bürgerschule, für die er einen brauchbaren Plan entwarf. - Außerdem war er Vorstand der Armenanstalt und des Waisenhauses. Eine seiner Hauptbemühungen war auf die Hebung des städtischen Gesundheitszustandes gerichtet. Er war der erste in München, der öffentlich (die ersten) Anregungen zu einer Kanalisierung der Stadt gab. Er arbeitete nicht nur an Reformen für das Schulwesen, sondern auch für die städtischen Spitäler. Energisch setzt er sich für die Reform des allgemeinen Krankenhauses ein, das in gänzlichen Verfall geraten war und das er in eine städtische Musteranstalt umzuwandeln half. 1)

Als Vorstand des Armenpflegschaftsrates macht er einen Vorschlag zur Aufhebung des Bettels in München und tritt damit in Graf Rumfords Spuren. Er setzt sich für die Beibehaltung der Rumfordschen Suppenanstalt ein und versucht, für die Armen Beschäftigung zu finden, um sie der menschlichen Gesellschaft zurückzugewinnen. Er hofft das Kloster der Elisabethinerinnen vom Militär zurückzuhalten, um es für einen wohltätigen Zweck zu verwenden. Im Armenhaus auf dem Anger läßt er billige Kaufmagazine einrichten, führt Wärmestuben während des strengen Winters ein und errichtet eine Spinnerei. 2)

Am 11. und 12. Januar 1819 bringt er vor dem Magistrat die Verhältnisse der Judenfamilien in München zur Sprache. "Die hiesigen Israeliten treiben entweder Handel nach dem Regulativ von 1805 3) oder nur Wechselgeschäfte in der Eigenschaft als konzessionierte Großhändler. Der größere Teil von ihnen widmet sich aber dem Wechselgeschäft und hat sich große Verdienste um den Kredit im allgemeinen erworben, zumal nur wenige Kaufleute von eigenen Handels- und Wechselgeschäften Kenntnis haben und dies München von Augsburg abhängig macht." Dann kommt er auf die Beeinträchtigung des städtischen Gewerbes durch die Juden zu sprechen, verurteilt scharf den Schleich- und Schacherhandel gewisser jüdischer Händler, weist auf die Übersetzung der Gewerbe durch die wachsende jüdische Konkurrenz hin, die seit dem Edikt von 1813 Zugang zu den bürgerlichen Gewerben hat und die Ursache für eine Anzahl von Bankrotten städtischer Gewerbetreibender ist. Es liegt kein Bedürfnis zu weiterer

1) Vgl. hierzu seine Tagebucheintragungen vom 1. Jan. 1819, Deutsches Museum, Nr. 5188.

2) Tagebuch Januar 1819, Deutsches Museum, Nr. 5188.

3) Das Regulativ beschränkte den Judenhandel auf Pferde, Juwelen, Hopfen, Wolle und Wertpapiere.

Konzessionserteilung an Judenfamilien vor. Diese beziehen ihre Ware aus dem Ausland und schaden dadurch dem städtischen Gewerbe und entziehen ihm Arbeit. Das Gesetz erlaubt aber jedem Handelsmann die Einführung ausländischer Waren gegen bestimmte Gebühren, dem christlichen Kaufmann fehlt oft der Kapitalstock, er kann keine hohe Konzessionsgebühr zahlen, muß seine Waren auf Kredit kaufen und teuer verkaufen. Die Juden, die um Konzession nachsuchen, sind abzuweisen, eine Revision der Judenordnung von 1813 erscheint ihm unbedingt erforderlich. Diese Forderung vertritt er auch ein paar Monate später vor dem Landtag. Neben der Konzessionsverweigerung verlangt er Löschung der Hausiererpatente und Erschwerung der Aufenthaltsgenehmigung 1) und schlägt eine dementsprechende Revision des Edikts von 1813 vor. Dieses Edikt sollte die Juden von ihren bisherigen ebenso schädlichen als unzureichenden Erwerbsarten ablenken und sie bürgerlichen Gewerben zuführen. Utzschneider wollte die Zahl der Judenfamilien in der Stadt nach und nach vermindern und er trat deshalb für eine strenge Durchführung des § 12 der Judenordnung ein, nach dem die Zahl der Judenfamilien an den Orten, "wo sie dermalen bestehen, nicht vermehrt, vielmehr nach und nach vermindert werden soll, wenn sie zu groß ist." 2) Verehelichungs- und Ansässigmachungserlaubnis müssen erschwert werden. Utzschneider drang mit seinen Vorschlägen weder beim Magistrat noch beim Landtag durch. Man fand das Edikt von 1813 bei seinem Erscheinen ganz zeitgemäß und in der Tat hatte es auch als Erziehungsgesetz vorteilhafte Wirkungen. Hatte sich doch auch schon in der Stadt ein Teil der Judenschaft vom Hausierhandel abgewandt und sich den zünftlerischen Gewerben, 3) den Künsten und der Wissenschaft zugewandt.

Im Jahr 1821 trat Utzschneider mit einem neuen Projekt vor den Magistrat. Er regt die Bildung städtischer Unterstützungskassen an. Diese Kasse soll als Hilfe für fähige Handwerker und Gewerbetreibende dienen, denen es an einem Grundkapital für ihren Betrieb fehlt. Die Kasse ersetzt jede Bankanstalt, so meint er, denn letztere gibt sich nur mit größeren Projekten ab und läßt sich nicht zur Unterstützung kleiner Handwerker herab. Mit diesem Vorschlag wird Utzschnei-

1) Landtagsarchiv. Prot. Bd. III 1819, S. 148. Die Verhältnisse der Juden gaben Anlaß zu ausgedehnten Verhandlungen. Doch nicht so sehr die Klagen der Juden selbst sondern die Christen klagten über Gewerbebeeinträchtigung und Utzschneiders diesbezüglichem Antrag schlossen sich engherzige Klagen der Zünfte an.

2) Prot. Bd. LLI. 1819, a. a. O., S. 175 f.

3) § 18a des Edikts vom 10. 6. 1813 erlaubt auch die Ausübung eines Zunftgewerbes.

der der ideelle Begründer der Münchener Sparkasse.

Bereits 1807 war der Münchener Hauptbuchhalter Brunner mit der Idee einer Sparkassengründung hervorgetreten. 1) Aber das Sparbedürfnis mußte erst geweckt werden und die anhaltenden Kriege gaben hierzu keinerlei Gelegenheit. Als durch die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse sich dieses Bedürfnis immer klarer herausbildet, denkt man auch in der Stadtverwaltung daran, eine Gelegenheit zum Sparen zu schaffen. Das Hauptproblem war aber für die Stadt München als Gewährträger dieser Kasse, die verzinsliche Wiederanlage der eingelegten Gelder. Utzschneider hatte in seinem Vortrag vor dem Polytechnischen Verein 2) vorgeschlagen, um eine, wenn auch nur geringe Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu erzielen, die eingelegten Gelder mit 3 % zu verzinsen und gegen 5 % auszuleihen. Als durch die Verordnung vom 26. Feb. 1823 im Vollzug des Art. 11. des Gesetzes über das Staatsschuldenwesen vom 22. Juli der Staatsschuldentilgungskommissar ermächtigt wurde, die überschüssigen Gelder mit Rücksicht auf deren wohltätigen Zweck zu 5 % anzunehmen und somit das letzte Hindernis zu einer gewinnbringenden Anlage der Spareinlagen beseitigt war, konnten die Utzschneiderschen Vorschläge zur Errichtung einer "Zinsen tragenden Ersparungskassa" allmählich feste Gestalt annehmen. Utzschneider erstattet selbst Bericht vor dem Magistrat und unterstreicht die Notwendigkeit, die Bevölkerung zu gewinnbringender Betriebsamkeit anzuhalten und die Schaffung einer Gelegenheit, die dabei erworbenen entbehrlichen Gelder sicher und bequem für Fälle der Not hinterlegen zu können. 3) Er hat hierbei besonders an die Handarbeiter, Tagelöhner und Dienstboten gedacht, um die "Moralität der niederen Stände zu fördern, sie vom so hoch gestiegenen Luxus zurück zur Sparsamkeit, zur Sorge für Alter und Not zu führen." 4)

Noch im selben Jahr wurde eine Kommission gebildet, die sich aus Mitgliedern des Magistrats, des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten und des Armenpflégenschaftsrates zusammensetzte. Utzschneider als Vorstand des Armenpflégenschaftsrates nahm an den Arbeiten dieser Kommission regen Anteil. Zwei Jahre später sind die Vorarbeiten beendet, der Magistrat beschließt über den Entwurf 5), und am 2. Januar 1824 findet die Eröffnung der Kasse in einem kleinen Lo-

1) 125 Jahre Münchener Sparkasse, München 1949, S. 11.

2) Vorschlag zur Errichtung einer Sparkasse (Kunst- und Gew.blatt 1821, S.45).

3) 125 Jahre Münchener Sparkasse, a. a. O., S. 12.

4) Vorschlag zu einer Zinsen tragenden Ersparungskassa v. 10. Feb. 1821, a. a. O., S. 45 f.

5) Stadtarchiv, Magistratssitzungsprotokoll vom 19. Dezember 1823, Nr. 92.

kal am Unteren Anger statt. Die Sparkasse stand unter dem Schutz des Magistrates und für die ordnungsgemäße Verwaltung der Gelder haftete - nach Utzschneiders Vorschlag - das gesamte Gemeindevermögen. Sie war als Wohltätigkeits-einrichtung gedacht und wurde von den minderbemittelten Einwohnern (für die sie in erster Linie gedacht war) alsbald in Anspruch genommen. Als Beweis für das in der Bevölkerung vorhandene Bedürfnis für die Gründung dieser Kasse kann die Tatsache angesehen werden, daß bereits am Ende des Jahres 1824 63 387 fl. auf 726 Konten vorhanden waren. Im Jahr 1840 - bei Utzschneiders Tod - hatten sich die Einlagen bereits auf 4 500 000 Gulden erhöht. 1) Utzschneiders ehren-amtliche Tätigkeit in der Sparkassenverwaltungscommission, die sich aus dem zweiten Bürgermeister, zwei Magistrats-, zwei Gemeindebevollmächtigten und zwei Mitgliedern des Armenpflegschaftsrates zusammensetzte, endigt mit seinem Ausscheiden aus der Stadtverwaltung am 21. Mai 1823. 2) Sein Hauptstreben in dieser Stellung hatte darauf hin gezielt, die Lust zum Sparen zu wecken und dem Publikum die Gelegenheit zu bieten, "jeden nur unbenützt liegenden Gulden zinstragend zu machen ". 3)

Der Gedanke, wie er den Wohlstand der Stadt München heben könnte, hat ihn auch später nicht losgelassen. Die unter Ludwig I. einsetzende staatliche Bautätigkeit brachte auch auf privatem Sektor eine rege Bautätigkeit mit sich, bei welchem vielfach wichtige Fragen sozialer, wirtschaftlicher und verkehrstechnischer Art zu kurz kamen. So hatte jeder Grundeigentümer das Recht, auf seinem Eigentum Häuser auf Spekulation zu bauen. Utzschneider macht auf das Schädliche dieser Baulust aufmerksam 4) und fordert einen städtischen Bauplan, um die Bauten planmäßig zu ordnen und um zu verhindern, daß über 1500 Wohnungen - wie es 1834 der Fall war - leerstehen. Seine Bauordnung trägt bereits moderne Züge und erinnert an die um 1900 geschaffene Staffelbauordnung.

Um die leerstehenden Wohnungen auszufüllen, müsse die Einwanderung von arbeitenden Menschen gefördert werden, dadurch käme Arbeit in die Stadt und der Wert der Häuser steige. Er schlägt die Förderung der Seidenspinnerei vor, weist darauf hin, wie wohltätig der Seidenwebstuhl in Berlin gewirkt hatte und hält eine Seidenindustrie auch in München für möglich - nachdem der Zollverein den Eingang ausländischer Seidenwaren bedeutend erschwert hatte. Auch bei diesem Vorschlag fand er wenig Unterstützung. Die Stadtväter wollten nichts von einer

1) 125 Jahre Münchener Sparkasse, a. a. O., S. 13.

2) Stadtarchiv 1818 - Destouches, U. v., a. a. O., S. 73.

3) Vorschlag zur Errichtung, a. a. O., S. 45.

4) Landtagsarchiv. P. B. X 1834, S. 403.

planmäßigen, in einer Bauordnung festgelegten Industrialisierung wissen: München sei vor allem Residenzstadt und müsse sich diesen Charakter erhalten, - ein Gedankengang, der im ganzen Jahrhundert die Einstellung der Stadtverwaltung zu Fragen der Industrie widerspiegelt. Als Utzschneider mit seinen Plänen keinen Anklang findet, zieht er sich resigniert von seinem Bürgermeisterposten zurück. "Gern hätte ich mich auch auf dem II. Bürgermeisterstuhl für das Wohl der Stadt geopfert, wenn mir gestattet worden wäre, für die Stadt allgemein nützlich und wohlthätig wirken zu dürfen. Bei dem Schulwesen der Stadt that ich, was mir nur immer zu thun möglich war. Wie ich all mein Streben für das Wohl der Stadt vereitelt sah, zog ich mich bei meinem abgelaufenen sechzigsten Lebensjahr zurück, " 1)

In der Literatur wird sein Rücktritt auch mit dem Brand des Hoftheaters in Zusammenhang gebracht. Dieses königliche Theater, das mit einer Summe von 1,5 Millionen Gulden 2) von Fischer erbaut worden war, brannte am 14. Januar 1823 plötzlich ab. Man benutzte den traurigen Vorfall, in König Max Joseph eine gereizte Stimmung gegen Bürger und Bürgermeister seiner Residenz hervorzurufen. Der König, der während des drei Tage dauernden Brandes oft auf der Brandstätte zu sehen war, stieß dort mit Utzschneider zusammen, dem er wegen der ungenügenden Beteiligung der Münchener Bevölkerung an den Löscharbeiten bittere Vorwürfe machte. 3) Utzschneider, der über die Grundlosigkeit der Vorwürfe anfangs sehr erbittert war, wies darauf hin, daß die Löscharbeiten infolge des eingefrorenen Wassers in den Lederschläuchen nicht schneller hätten durchgeführt werden können und widerlegte in einem Schreiben an den in Würzburg sich aufhaltenden Kronprinzen Ludwig die Beschuldigung. 4) Gleichzeitig stellte er einen nicht unerheblichen Betrag aus der Kasse der Gemeinde in Aussicht - 300 000 Gulden - um den Wiederaufbau des Theaters zu sichern. 5)

Bauernfeind schreibt zu seinem Rücktritt: 6) "Allein der im Gemüthe des Königs einmal erzeugte üble Eindruck ward nicht verwischt, und als Utzschneider bald nachher sein sechzigstes Lebensjahr vollendete, legte er, von der gesetzlichen Befugnis Gebrauch machend, sein Amt nieder. Die K. Regierung des Isarkreises sprach ihm am 27. Mai 1823 ihr Wohlgefallen über seine geleisteten

1) Sitzung vom 19. Juni, X. Prot. Bd. 1834, S. 403 (Landtagsarchiv).

2) A. Buchner, Geschichte von Bayern, 10. Buch, München 1855, S. 541.

3) Destouches, E. v., Stadtarchiv 1823, a. a. O., S. 22.

4) ibenda.

5) Destouches, U. v., a. a. O., S. 46.

6) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 37.

Dienste aus, wodurch er sich die Haupt- und Residenzstadt wiederholt zu Dank verpflichtet habe, und Gleiches geschah von den beiden städtischen Collegien, als er sein Amt dem Nachfolger übergab."

Was Utzschneider als Bürgermeister geleistet hat, ist nicht zu verwechseln mit dem, was er als Bürgermeister hätte leisten können. Er mußte auf politischem Gebiet scheitern, entsprach doch diese Tätigkeit nicht seiner ursprünglichen Veranlagung. In seinem Vorwärtstreben stieß er auf die Schwerfälligkeit des auf Subordination aufgebauten Verwaltungsapparates, auf die seine Eroberernatur zu wenig Rücksicht nahm. Sein rastloser Geist konnte nicht stillstehen, und es ist ganz natürlich, daß er sich nach seiner zweimaligen Entlassung aus dem Staatsdienst der privaten Unternehmertätigkeit widmet. Hier, auf dem Gebiet des privaten Unternehmers konnte er sich frei auswirken und absolut selbständig und eigenmächtig handeln - ohne jemandem Rechenschaft schuldig zu sein. Und diese Tätigkeit kam seiner Veranlagung am meisten entgegen. Mit diesen umfangreichen Privatgeschäften sollte er sich eine Bürde und Verantwortung aufladen, die ihn vielleicht mehr bedrückte als seine gesamte Tätigkeit im Staatsdienst und in der Stadtverwaltung. Außerdem bekleidete er in seinen späteren Lebensjahren eine Reihe öffentlicher Ehrenämter. Er war Vorstand der k. Münze, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Ehrenmitglied und Vorstand des Zentralverwaltungsausschusses des Polytechnischen Vereins, 1) stellvertretendes Vorstandsmitglied des Landwirtschaftsvereins, Ehrenmitglied des Gartenbauvereins und Vorstand der damaligen höheren technischen Bildungsanstalt, der "Polytechnischen Zentralschule." Zum Ritter des Civilverdienstordens der bayerischen Krone war er am Gründungstage dieses Ordens, am 19. Mai 1808, ernannt worden; der Ritterklasse der Adelsmatrikel wurde er am 3. April 1813 mit dem Prädikat "auf Rieden am Staffelsee" einverleibt. 2)

Auf sein weiteres Arbeitsfeld in den verschiedenen Vereinen soll nur flüchtig eingegangen werden. Utzschneider war Mitglied und Mitbegründer des im Jahr 1815 gegründeten Polytechnischen Vereins für das Königreich Bayern. Dieser Verein setzte sich für eine Förderung des Gewerbefleißes ein und war nicht nur auf München beschränkt, sondern wollte ausdrücklich ganz Bayern umfassen. Eine technische Beratungskommission wurde eingesetzt, die die wissenschaftlich-technische Seite der Betriebsberatung übernehmen sollte. Fehlte doch noch überall die wissenschaftliche Durchforschung der Arbeitsmethoden und auch die Kenntnis vom Ablauf der chemischen Reaktionen. Der Verein setzte sich für die Anschaffung

1) vgl. hierzu Deutsches Museum, Akt Nr. 5163.

2) vgl. hierzu Deutsches Museum, Akt Nr. 5232.

einer technischen Bibliothek ein, die jedermann zugänglich sein solle und trat auch mit einer Vereinszeitschrift, dem "Kunst- und Gewerbeblatt", an die Öffentlichkeit. Neben Utzschneider, dessen Organisationstalent als Vorstand 1821 eine großes Betätigungsfeld fand, und der sich als einer der eifrigsten Vorkämpfer für die Heranbildung einer vaterländischen Industrie erwies, waren v. Kobell, v. Fuchs, Vogel, Kaiser und Buchner diejenigen führenden Kräfte, die sich um die Förderung des chemisch-technologischen Betriebsablaufes große Verdienste erworben haben. Denn Utzschneider war nicht Techniker, sondern war der geborene Verwaltungsfachmann. 1) Als Vorstand des Verwaltungsausschusses legt er wiederholt seine Gedanken über die Verbesserung des Zustandes der bayerischen Gewerbe dar und beschäftigt sich mit Vorliebe mit Mitteln zur Hebung des Nationalwohlstandes. 2) Er hält eine Reihe von Vorträgen, die sich im allgemeinen mit jenen decken, die er später im Landtag und vor dem landwirtschaftlichen Verein gehalten hat. Deshalb soll hier nicht weiter darauf eingegangen werden. 3)

Utzschneider war auch einer der ersten Gründer des Landwirtschaftlichen Vereins, dessen Entstehung er 1810, zusammen mit Stengel und Hazzi, förderte. Seine früheren Erfahrungen während seiner Jugendzeit, sowie seine Beobachtungen während seines Staatsdienstes, hatten ihn überzeugt, wie sehr die Landwirtschaft der Belebung bedürfe. Mit "Freunden der vaterländischen Kultur" setzte er sich zusammen und besprach sich mit ihnen über die Ziele des Vereins. Es sollten Mustergüter zur Nachahmung empfohlen verdiente Landwirte aufgemuntert und ausgezeichnet werden, nützliche Erfahrungen unter den Landwirten verbreitet und gelungene Versuche bekannt gemacht werden. Im März 1809 zählte der private Verein bereits 60 Mitglieder, am 9. Okt. 1810 erfolgte die landesherrliche Bestätigung und der König übernahm die Schutzherrschaft über den Verein. Der landwirtschaftliche Verein, der zum Hauptträger des landwirtschaftlichen Fortschritts in Bayern wurde, trat zum erstenmal anlässlich des Oktoberfestes 1811 mit einer Ausstellung auf der Theresienwiese ans Licht der Öffentlichkeit. Die Verbindung dieser beiden Feste hat sich bis auf den heutigen Tag

- 1) Festschrift des Polytechnischen Vereins, 1815-1915, Berlin 1922, S. 38.
- 2) Antrittsrede vor dem Polytechnischen Verein, Kunst-u. Gewerbebl. 1815, S. 17.
- 3) Utzschneiders wichtigsten Reden sind in der Zeitschrift des Vereins, dem Kunst- und Gewerbeblatt erschienen. (1821). z. B. "Über den materiellen Wohlstand der Nation" (S. 45). über "Förderung der Schaf- Bienen- und Seidenraupenzucht" (S. 169). "Vortrag über Kultur,- Handels- und Industriekongresse" (S. 193). "Jahrmärkte und Hausierhandel in Bayern." (S. 139).

erhalten. 1)

Bei seinem Trachten, der Landwirtschaft neue Produktionsrichtungen zu erschließen, fesselten ihn auch einige Versuche mit der Zucht der Seidenraupen in Niederbayern, von deren Resultaten er sich genau unterrichten ließ. Da diese nicht ungünstig ausgefallen waren, glaubte er in der Seidenraupenzucht auch einen für sein Vaterland nützlichen Produktionszweig erblicken zu dürfen. Er gab die Initiative, daß Landwirtschaftlichen Verein eine Seidenbaudeputation eingesetzt wurde und v. Hazzi gab ein Lehrbuch des Seidenbaus in Bayern 2) heraus, das als Ratgeber für diese Kultur dienen sollte.

Aber mit seinen Bemühungen, den Seidenbau in Bayern 3) zu fördern, hatten Utzschneider und der Landwirtschaftliche Verein nur wenig Glück. Wie überall gelang es auch in München nicht, eine Seidenfabrik zum Florieren zu bringen. Schon Karl Theodor hatte eine Fabrik dieser Art errichtet, die aber bald wieder einging. Jetzt drohte dem Seidenfabrikanten Wurzer in der Au der wirtschaftliche Ruin. Der Staat unterstützte ihn mit 8 000 fl. 4) Ein paar Jahre später wendet sich der Schweizer Schwarzenbach, der in München eine Seidenfabrik errichten will, an Utzschneider, der als Vorstand des Generalkomitees 5) gelegentlich finanzielle Beihilfen an minderbemittelte Gewerbetreibende verteilte. Utzschneider verweist ihn an den für diese Zwecke zur Verfügung stehenden staatlichen Unterstützungsfonds, da der landwirtschaftliche Verein über keinerlei bare Mittel hierzu verfüge. 6) Mit 350 fl. Betriebskapital begann Schwarzenbach seine Produktion, kehrte aber, weil ihm die nötige Unterstützung versagt blieb, wieder in die Schweiz zurück.

-
- 1) Destouches, E. v., Das Münchener Oktoberfest, München 1910, S. 10.
 - 2) J. v. Hazzi, Lehrbuch des Seidenbaus in Bayern, München 1826.
 - 3) Bereits im 16. Jahrhundert hatte Herzog Albrecht die Seidenzucht in München eingeführt. Damals blühte auch das Seidengewerbe in München. Beide hatten in den kommenden Jahrhunderten keinen Bestand und keine nennenswerten Erfolge. Auer, a. a. O., S. 1. Am Anfang des 19. Jahrhunderts ging man in München an die Wiederbelebung dieses Gewerbebezweiges.
 - 4) Staatsarchiv M H 5821/22, Unterstützung des Seidenbaus betr.
 - 5) vgl. hierzu: Auer, L., Geschichte der Seidenindustrie und der Seidenzucht in Bayern, München 1954, S. 83.
 - 6) Der Landwirtschaftliche Verein hatte 1831 10 000 fl Schulden, vgl. Landtagsprotokoll 1831 Bd. 28, S. 187. Auer, L., a. a. O., S. 84, weist auf die finanzielle Unterstützung hin, die der Staat dem Generalkomitee des Landwirtschaftlichen Vereins zur Förderung der Seidenindustrie zukommen ließ.

Vermöge der ihm innewohnenden Energie und unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Theorien Adam Smiths, die eine Entfesselung des bäuerlichen Standes forderten, trat Utzschneider für Aufhebung der Grunddienstbarkeit und freies Eigentum ein. 1) Wenn in der Praxis war bisher wenig an den Rechten der Grundherren gerüttelt worden. Für die Hebung der Landwirtschaft müßte der Grundbesitz des Landmannes zu dessen Eigentum erhoben werden, damit er ungehindert wirtschaften kann. Dementsprechend sollten alle finanziellen Belastungen der Landwirte in Form von Abgaben an den Grundherren, Zehent usw. abgeschafft werden. Das zur Ablösung notwendige Kapital sollte durch die Hinzuziehung des für den städtischen Grundbesitz bestehenden "Ewiggeld-Institutes" 2) beschafft werden. Wenn die Grundrente liquidiert und der Landmann frei über seine Grundstücke verfügen könne, solle er die Güterarrondierung selbst vornehmen; denn die Gebundenheit der Landgüter wirke ebenso nachteilig auf den Betrieb als die Zerstretheit der zu einem Gutsbetrieb gehörenden Parzellen. Aus eigenen Mitteln setzt er Preise in Höhe von 500 - 1000 fl. aus für die beste Schrift über Güterarrondierung. 3) Doch von den eingereichten Schriften findet keine seinen Beifall.

Ein weiteres Arbeitsfeld bot sich ihm durch die Ernennung (1834) zum Vorstand der damaligen höheren technischen Bildungsanstalt, der "Polytechnischen Zentralschule", aus der sich später die Technische Hochschule in München entwickelte. Wiederum verzichtete er auf jeden Gehalt für seine Person und verteilte ihn unter gering besoldete Lehrer und Bedienstete der Anstalt - in ähnlicher Weise wie früher seinen Bezug als Bürgermeister. 4)

Als Vorstand der k. Münze setzt er sich für eine Münzverbesserung und für eine Stabilität der Währung ein. 5)

1) Landtagsprot. Beyl. XI 1831, S. 19 ff.

2) Näheres bei Lippmann, K., Das Ewiggeld in München, Dachau 1910, S. 20. Nach dem großen Brand von 1327 liehen wohlhabende Bürger den minderbemittelten Geld, das diese in Form einer Hausrente zurückzuzahlen hatten, die auf ewige Zeiten zu entrichten, von seiten des Gläubigers unaufkündbar, von seiten des Schuldners aber ablösbar war.

3) Deutsches Museum, Akt 5437, S. 4.

4) Stahl, W., a. a. O., S. 93.

5) Die diesbezüglichen Akten sind lt. Auskunft bei der ehemals k. Münze verbrannt.

Auf seine übrigen Ehrenämter soll hier nicht weiter eingegangen werden. Im folgenden Teil soll Utzschneider als privater Unternehmer besprochen werden. Denn die organisatorische, kaufmännisch-spekulative und entschlußfreudige Veranlagung stempelten Utzschneider zu einer Unternehmerpersönlichkeit, der alle Funktionen glücklich in sich vereinte. War er doch Fachmann, Kaufmann, Finanzmann in einer Person. Auf allen drei Gebieten hat er Gelegenheit, sich erfolgreich zu betätigen. Als Fachmann geht er von einer Erfindung aus, die er zum Erfolg verhelfen will (Erfindung des schlierenfreien optischen Glases in Benediktbeuren). Im Mittelpunkt seiner Bemühungen steht hier die Arbeitsteilung und die Organisation des Werkstattbetriebes. Als Kaufmann geht er vom Marktbedürfnis aus und entschließt sich zur Herstellung derjenigen Produkte, die er für die absatzfähigsten hält (Bier, Tabak, Zucker, Tuche, Leder). Er blickt in die Zukunft und versucht die wahrscheinliche Bedürfnisgestaltung vor auszusehen. Nicht die Werkstattorganisation sondern die Organisation des Absatzes ist hier seine Haupttätigkeit. Als Finanzmann hat er Freude an gewagten Spekulationen. Kapitalbeschaffung und Kapitalzusammenführung ist seine Haupttätigkeit. Er bemüht sich um Gründungen und Gesellschaftsbildungen, ist konstruktiv tätig, zeigt eine besondere Vorliebe für den Aufbau von Unternehmungen, und überläßt sie, wenn sie zum Ertrage einer Rente gebracht sind, seinen Nachfolgern. "Wie ein Forscher von Wahrheit zu Wahrheit, so schritt Utzschneider von Unternehmung zu Unternehmung." 1)

1) Hoffmann, L., a. a. O., S. 34.

III. Teil

UTZSCHNEIDERS VERDIENSTE UM DIE ENTWICKLUNG DES MÜNCHENER WIRTSCHAFTSRAUMES.

1. Kapitel

Unternehmertätigkeit.

Was Utzschneider nach seiner Entlassung nicht mehr als Staatsbeamter wirken konnte, erreichte er als Privatmann, und er wählte sich hierzu das Gebiet der Industrie. Alles, was den industriellen Aufschwung fördern und seinen Mitbürgern dienen konnte, ergriff sein scharfblickender Geist. Sein Lösungswort war: Quellen nützlicher Arbeit zu schaffen und die Befähigsten unter seinen Mitbürgern zu gleichen Taten zu ermutigen. "Mangel an Arbeit und nützlicher Beschäftigung erzeugt Armut und unsere Städte und Märkte entvölkern sich, wenn die Gewerbe nicht alle in Tätigkeit sind, sich gegenseitig unterstützen und Wohlstand über die ganze Nation verbreiten. Arbeit ist der erste Reichtum jeder Nation." 1) Bei all seinen Unternehmungen war von einer Betonung des Fortschritts die Rede, nie von Gewinn. Und Bauernfeind schreibt, daß er "den Wohlstand Aller, nicht den Reichtum Einzelner" wünschte und daß Geldgewinn ihm ferne lag. 2) Die Gründe hierfür sind vielleicht in seiner idealistischen Lebensauffassung zu suchen, wie sie etwa in seiner Auffassung: Nur Arbeit verdient Lohn, zum Ausdruck kommt. Ein Mann von seiner Tätigkeit konnte eben nicht einer unfreiwilligen Muße nachgehen, der Gedanke war ihm unerträglich, seinen Mitbürgern nicht zu nützen. Natürlich hat Utzschneider auch seinen Profit aus seinen Unternehmungen gezogen, sie zum Unterhalt für sich und seine Familie benutzt. So spricht Utzschneider in seinem Tagebuch, das er in jüngeren Jahren mit Fleiß und Eifer geführt hatte, "um sich immer auf sich selbst aufmerksam zu halten" davon, daß er gewissermaßen zu diesen Unternehmungen

1) Vortrag vor dem Polytechnischen Verein, abgedruckt im Kunst- und Gewerbeblatt 1821, S. 139.

2) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 19.

gezwungen worden war. "Durch den Haß des Ministers Grafen von Montgelas aus dem bayerischen Staatsdienst vertrieben, ohne Gehalt und ohne Hoffnung, je wieder angestellt zu werden, bleibt mir nichts anderes übrig, als mich und meine Familie durch meine Privatgeschäfte zu erhalten und ihr das bestmögliche Loos zu bereiten." 1)

Überhaupt verlangte die damalige Zeit die Betonung des technischen Fortschritts und nicht die eines Gewinnes. Sich um einen Ertrag oder um ein Geschäft um des Erwerbes willen zu bemühen, galt als verwerflich. Und in der Tat finden sich in den Utzschneiderschen Konzessionsgesuchen Bemerkungen wie "zum Wohl und Nutzen des Vaterlandes" oder "aus staatswirtschaftlichen Rücksichten" 2) die beweisen, daß von einem Gewinn- oder Erwerbsstreben keine Rede sein soll. Seine Gesuche fanden immer günstige Begutachtung und die Konzessionen wurden stets schnell erteilt. Vielleicht war ihm hierbei seine langjährige Tätigkeit im Staatsdienst oder seine Beziehung zum Hofe auch von gewissem Nutzen. Fast alle seine Projekte fanden die Unterstützung der Regierung.

Wenn auch die Gewerbeverhältnisse in München am Anfang des Jahrhunderts kaum einen Anreiz für eine industrielle Betätigung boten, so waren die schnell erteilten Konzessionen doch immerhin eine Ermutigung, die ihm das Wagnis der Gründung von industriellen Unternehmungen wesentlich erleichterte. Im folgenden Abschnitt sollen die einzelnen Unternehmungen behandelt werden. Auf die Gewerbeverhältnisse und den Stand der Technik soll nur kurz eingegangen werden. Ebenso wird die Zunftverfassung als Hemmschuh für die gewerbliche Entwicklung in der Stadt nur kurz gestreift werden.

Die bürgerlichen Gewerbe der Stadt sind wie überall in Zünfte geteilt. In einer straffen Zunftordnung erblickt die Stadtwirtschaft jener Jahre das Allheilmittel für den bürgerlichen Gewerbestand. Um 1800 schien das Wirtschaftsleben der Stadt in Stagnation zu sein. Die Zahl der Gewerbe hatte sich seit dem Dreißigjährigen Krieg konstant gehalten. Die Feststellung kann man nicht nur in München, sondern in allen bayerischen Städten machen. Die Geschlossenheit des Zunftsystems ließ keine freie Entwicklung der Gewerbe zu. Der Hauptcharakterzug des wirtschaftlichen Lebens der damaligen Zeit ist eine an Dürftigkeit grenzende Einfachheit. 3) Geschwächt ist das Streben, durch eigenen Fleiß und Tüchtigkeit emporzukommen. Man hat mit dem Wohlstand früherer Tage auch

1) Tagebuch Akt Nr. 5184, Eintragung vom 9. Jan. 1815.

2) vgl. Konzessionsgesuch zur Leder-, Tuch-, Handschuh- und Essigfabrik. (Staatsarchiv, a. a. O.)

3) Hazzi, J., a. a. O., III. Bd., S. 381.

das Selbstgefühl und die schöpferische Initiative eingebüßt.

Viele versprachen sich Förderung und Unterstützung durch die Aufträge des neuen Landesherrn. Unter Montgelas nimmt die Regierung eine industriefreundliche Stellung ein. Bis dahin konnte man in München von einer nennenswerten industriellen Tätigkeit nicht sprechen. 1) Ab 1804 ist auch die Ausübung der Gewerbe auf Grund städtischer Konzessionen möglich, denn neben den Zünften darf jetzt der Magistrat der Stadt nach einer vorangegangenen Prüfung der Geschicklichkeit des Bewerbers eine Lizenz zum Gewerbebetrieb erteilen. Dabei dient die Bevölkerung der Stadt als Maßstab für eine Konzessionserteilung. Das Gesetz von 1804 beendet den Kampf zwischen Zünftlern und Stümpfern. Die Stümper, die nach Zunftrecht keine Berechtigung zur Ausübung des Gewerbes hatten und sich aus ehemaligen Zunftgesellen oder ausgeschiedenen Meistern zusammensetzten - auch die Mehrzahl der Manufakturisten gehörten zu ihnen -, machten den Zünftlern durch Preisunterbietung und technische Überlegenheit schwere Konkurrenz. Dadurch, daß sie jede neue Technik aufnahmen, waren sie die einzigen Träger des technischen Fortschritts in der Stadt. Das Konzessionsprinzip schafft die ersehnte Gleichberechtigung neben den Zünftlern.

Neben diesen vom Magistrat verliehenen Gerechtsamkeiten, zu denen - wie Schlichthörle berichtet - 2) unter anderem ein Barometermacher, ein Brillen- und Geigenmacher, ein Schönfärber, ein Strohhutmacher, Glasmaler und Zahnarzt gehörten, gab es noch einige Gewerbe, die als persönliche Gerechtigkeit vom Hof verliehen wurden, die sog. "Hofschützler". Diese stehen im Schutze des Hofes, brauchen keine Bürger zu sein und haben keine Abgaben zu entrichten. 1804 zählt man u. a. folgende "Hofschützler": ein Trüffeljäger, ein Federkielhändler, ein Milchmann, ein Kirchen- und Freskenmaler, ein Offizierskuppellackierer. Daneben gibt es noch die "Toleranzler", die sich nur vorübergehend in der Stadt aufhalten. Zu ihnen gehören z. B. die auswärtigen Händler, Maurer, Zimmerleute und Tagelöhner, die einen besonderen Stadtschutz genießen. 3)

-
- 1) Hazzi, J., Statistik Bayerns, Nürnberg 1804, 3. Bd. 1. Abteilung, S. 251, erwähnt, daß es im Jahre 1800 in München je einen Brillen- und Barometermacher, einen Kupferstecher und einen Stahlarbeiter gab. An Fabriken führt er auf: (S. 258, a. a. O.,) 4 Lederfabriken, 1 Kottonfabrik, 2 Tabakfabriken, 1 Kartenfabrik, 1 Wachsbleiche, 1 Essigfabrik, 1 Silber- und Golddrahtwarenfabrik, 2 Papierfabriken, 1 Tuchfabrik.
 - 2) Schlichthörle, J., Die Gewerbebefugnisse in der königlichen Haupt- und Residenzstadt München. Bd. II, S. 55, München 1844.
 - 3) Hübner, L., Beschreibung der kubaierischen Haupt- und Residenzstadt München, Bd. I, S. 199.

Auch die Juden gehören zu den Toleranzlern. Der Handel ist ihnen durch das Regulativ 1) vorgezeichnet und sie finden ihre Hauptbeschäftigung im Geld- und Staatspapier- sowie im Hopfen- und Pferdehandel. Ein einziger Jude - Po-
meisler - betreibt eine Lederfabrik. Ein anderer Jude - Simon - ließ sich taufen und betreibt eine Weinwirtschaft. Die Napoleonischen Kriege verschaffen zwei jüdischen Bankiers Zugang in München Eichthal 2) und Hirsch - die später geadelt und zu Hofbankiers ernannt wurden. Ein dritter einflußreicher Jude - Westheimer - ermöglicht 1800 - 1801 durch seine Darlehen die Zahlung der Kriegskon-
tribution an die französische Armee, die München besetzt hielt.

Zur inneren Organisation der städtischen Gewerbe wäre folgendes zu bemerken. Alles, was München an sog. Industrie besaß, war in das Gefüge der handwerk-
lichen Organisation eingebettet. Die Betriebe, in denen produziert wird, sind klein, und die handwerkliche Organisationsform ist vorherrschend, Fabriken gros-
sen Stils fehlen fast völlig am Beginn des 19. Jahrhunderts. Man pflegte den üb-
lichen Weg über die Manufaktur. Wohl gibt es schon einzelne Betriebe, deren Beschäftigtenzahl bereits in die Hunderte geht - die Tuchfabrik des königlichen
Arbeitshauses beschäftigt 400 Personen, die Utzschneidersche Lederfabrik 170
Personen und in der Porzellanmanufaktur Nymphenburg finden 300 Menschen
Arbeit und Brot. Aber alle diese Unternehmungen sind nicht weit über den Cha-
rakter eines großen Handwerksbetriebes hinausgekommen. Im Handwerk herrschte
noch dieselbe Technik, wie man sie schon vor Jahrhunderten anwandte, keine
Dampfmaschine ist in Tätigkeit, keine wissenschaftliche Durchforschung des
Produktionsprozesses. Kurz: Handwerk im großen! Mehr war dies Gewerbe noch
nicht. Die industriellen Gewerbe erhielten durch das Regulativ von 1802 3) ei-
ne größere Bewegungsfreiheit. Sie durften Niederlagen im ganzen Königreich
errichten, hatten Freiheit des Rohstoffbezuges, freie Wahl von Art, Ort und Zeit
des Verkaufs und kannten kein Verbot des freien Wettbewerbs. Ihre freie unter-
nehmerische Initiative war also durch nichts gehindert - wenn sie nur vorhanden
gewesen wäre. Erst ein Utzschneider sollte ihnen zeigen, daß auch in der k. b.
Residenzstadt Fabriken gedeihen und sogar noch Profit abwerfen.

1) Regierungsblatt Nr. 26., 1805.

2) Eigentlich Seeligmann.

3) Regierungsblatt vom 19. Nov. 1802, Nr. 47.

1) Die Lederfabrik.

Utzschnaiders erstes Unternehmen galt der Errichtung einer Ledermanufaktur, die er für ein dringendes Bedürfnis hielt, da in und außerhalb Münchens ein solcher Überfluß von Rohhäuten war, daß die Polizei zur Entschädigung der Metzger nicht selten die Fleischpreise erhöhen mußte. 1) Utzschneider schrieb 1823 an den Stadtmagistrat: 2) "Wie ich vor 23 Jahren die Münchener Lederfabrik errichtete, wußten die Metzger nicht, wohin sie ihre großen Vorräthe roher Häute verkaufen sollten; sie wurden größtentheils roh die Donau hinab und unbearbeitet wieder heraufgeführt, also die Arbeitslöhne dem Ausland zugewiesen." Ferner fehlte es in der näheren Umgebung Münchens nicht an der zur Gerberei nötigen Eichenlohe, da es genügend Eichenwaldungen gab. 3) Obwohl Rohprodukte und Eichenlohe in genügender Menge vorhanden waren, hatte sich in München bisher keine Lederfabrik entwickeln können. Alle Versuche waren fehlgeschlagen. Aus der Zollstatistik entnahm er, daß das meiste in Bayern verarbeitete Leder aus Österreich, Belgien und England eingeführt wurde. 4) Utzschneider wollte auf diesem Gebiet vom Ausland unabhängig sein und beweisen, daß Fabriken dieser Art in Bayern gedeihen können. 5) Ein anderer Zeitgenosse, der Ritter von Lang, schreibt übelwollend: 6) "Er griff meistens nach den Fächern der Industrie, bemächtigte sich der Verwaltung in den Zweigen des Commerzes, der Mauth, Münze und Fabriken und suchte als vorausgehender Unternehmer reich zu werden, spielte auch, das Volk täuschend, bald die Rolle eines Reichen, obwohl er nur mit den Geldern der Frau Churfürstin spielte. 7) seine -----

1) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 19.

2) Brief an den Stadtmagistrat vom 18. April 1823, zitiert nach Stahl, W., a. a. O., S. 72.

3) Utzschneider wollte sich eine eigene Schälwaldung anlegen und pachtete einen Teil des Grünwalder Forstes, vgl. hierzu: "Die dem Titl. J. v. Utzschneider überlassenen Waldparzellen zu 3 - 400 Tagwerke aus dem Grünwalder Forsten gegen eine gewisse jährliche Rente dafür, gemäß einem ausgestellten Reverse zum Behufe der Anlage einer eigenen Schälwaldung zu seiner Lederfabrique, und derley noch weitere Lohegesuche (Kreisarchiv G. R. Fasc. 281/72).

4) Kreisarchiv G. R. Fasc. 281/72.

5) v. Marechaux, Über die Fabrikanstalten des Utzschneider, a. a. O., S. 601.

6) Die Memoiren des Ritters von Lang, a. a. O., S. 176 f.

7) Utzschneider war der Vermögensverwalter der Kurfürstin Maria Leopoldine, der zweiten Gemahlin Karl Theodors, die seit 1799 Witwe war. (Genealogie der Wittelsbacher a. a. O., S. 88). Sie hatte Utzschneider 10 000 Gulden als Einlage für seine Lederfabrik übergeben, vgl. Urkunde Nr. 5048, Deutsches Museum.

Sache war ein unaufhörliches Schaffen, Umherrennen und Plänemachen, wozu ihm die Churfürstin das Geld leihen sollte."

Bereits zwei Monate nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst hatte er am 7. August 1801 die Konzession erhalten, "alle Arten Leders bereiten und verhandeln zu dürfen." Am 30. Aug. 1801 wurde dem Stadtmagistrat in einem Schreiben der Hofkammer mitgeteilt, "daß demselben (Utzschneider) in Anlegung der nötigen Gebäude kein Hindernis gemacht, sondern vielmehr alle Beförderung, und umsomehr geleistet werden, als Uns an dem glücklichen Erfolg derlei anderen Bürgerklassen gedeihlichen Unternehmungen alles gelegen ist." 1)

Utzschneider wollte hauptsächlich inländische Materialien verarbeiten und so wenig wie möglich mit auswärtiger Lohe arbeiten. Deshalb beantragte er auch, das Lohesammeln in den staatlichen Forsten gestatten zu wollen. Auch legt er im Walde zu Hachingen eine eigene Schälwaldung an. Ferner beantragte er, ein Niederlagensystem "an vertraute Personen ohne Gerechtigkeit im ganzen Land" zu übergeben, die durch Verkauf seiner Erzeugnisse dem Lederhandel ausländischer Händler entgegentreten sollten. Noch gab es kein Niederlagegesetz, das solche überall gestattete und auch die Zollordnung hindert ihn, den Handel vollkommen frei zu gestalten. Er fordert für sich und seine Lederhandlung unbedingte Handelsfreiheit, beschwert sich dagegen, daß ihm lt. Konzession nicht der Detailhandel gestattet sei - er durfte nur Felle en gros verkaufen und zwar nur auf öffentlichen Märkten - und weist darauf hin, daß dies eine Zurücksetzung gegenüber ausländischen Händlern sei, die durch ihre Lederhändler und Gerber in München en detail verkaufen dürfen. Als 1802 den Fabrikanten überall ein Niederlagerecht eingeräumt wird, 2) kann auch Utzschneider an einen Ausbau seiner Detailverkaufsorganisation gehen, ohne mit gesetzlichen Bestimmungen in Konflikt zu kommen.

Am 1. Nov. 1802 war die Lederfabrik bereits in Betrieb. Der Kurfürst hatte die Utzschneiderschen Kaufsverhandlungen über das Karmelitenanwesen in einem Schreiben an das Kloster unterstützt 3) und es gelang Utzschneider, den gesamten Besitz der Karmelite mit den Klostergebäuden um den Kaufpreis von 10 000 Gulden an sich zu bringen. In diesem Klostergebäude richtete er seine Lederfa-

1) Staatsarchiv. M. Inn. Die Lederfabrik und Leimsiederei des von Utzschneider in München betr. M. Inn. 16213.

2) Regierungsblatt 1802. Verordnung vom 19. Nov., Nr. 47.

3) Die Veräußerung des Karmeliter-Anwesens zwischen dem Einlaß und Isarthor und der neuangelegten Straße an den quiescirenden Geh. Finanzreferendar Utzschneider, 1801, K. L. Fasc. 452/20 (Kreisarchiv).

brik ein, benutzte die anliegenden Gärten zum Trocknen und Aufhängen der Felle und errichtete zur Abfallverwertung gleichzeitig eine Leimsiederei. Die Utzschneidersche Fabrik nahm die ganze Nordseite der Rumford- bis zur Zwin- 1) gerstraße ein, lag also am Rande der Stadt, weshalb ihr später große Schwierigkeiten seitens der Münchener Einwohnerschaft gemacht werden sollten.

1815 beschwerten sich die Bürger der anliegenden Straßen, daß Luft und Wasser durch die im Garten aufgehängten Häute verunreinigt würden und daß ein solcher Betrieb nicht inmitten der Stadt, noch dazu an einer öffentlichen Promenade ganz in der Nähe des Isartortheaters ausgeübt werden dürfe. Gesundheit der anliegenden Bewohner und der Insassen des Militärkrankenhauses seien durch die Verunreinigung der Luft gefährdet. Ein solcher Betrieb müsse wegen der schädlichen Ausdünstungen aus der Nähe der Stadt entfernt werden. 2) Utzschneider verteidigt sich gegen diese Vorwürfe und verlangt, da ihm einmal die Konzession polizeilich zugesagt ist, weiterhin volle Freiheit in der Ausübung seines Gewerbes. Als er seinen Betrieb stillschweigend noch vergrößert, um eine Leimsiederei anzugliedern, erhebt die Baukommission Einspruch und verlangt Einstellung des Baues, da auch er zur Verschönerung der Stadt beizutragen hätte und die Spaziergänger nicht hindern dürfe. 3) Utzschneider kauft daraufhin die Gartenanlagen des k. Hauptkassiers Ertl vor dem Isartor zu einem hohen Preis auf und befriedigt so diesen Mitbürger, der der Hauptbeschwerdeführer gegen ihn war. Dorthin verlegt er seine Leimsiederei und errichtet hier auch seine spätere Tuchfabrik. So waren diese Schwierigkeiten zunächst beseitigt. Doch hatte er bei der Anlage seiner Unternehmung noch mit anderen Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen. Es waren auch Schwierigkeiten in der Beschaffung der nötigen Eichenlohe aufgetreten, die er durch Verträge mit der kurfürstlichen Forstverwaltung behob. 4)

Auch der Ausbau seiner Verkaufsorganisation ging nicht so leicht vonstatten, wie er es sich vielleicht vorgestellt hatte. Er mußte mit einer Abnahmesperre von seiten der Münchener Gerber- und Lederhändlerzünfte rechnen. Deshalb war der Detailverkauf für ihn so wichtig. Er wollte diesen Detailverkauf sofort aufgeben,

1) C. Reber, in: Das Bayerland, IX. Jahrgang. München 1898, S. 322.

2) In München hatte man nach Zunftbrauch alle bürgerlichen Gewerbe, welche Lärm und Unruhe verursachten, die Luft verunreinigten etc. an bestimmte Plätze verwiesen. So befanden sich außerhalb der ältesten Stadtmauer die Schäftergasse, der Färbergraben, Lederer-, Schmiedegasse.

3) Staatsarchiv, M. Inn. 16213.

4) Staatsarchiv, M. Inn. 16213.

wenn er von den geschlossenen Zünften nichts mehr zu befürchten hätte. 1) Am 13. Oktober 1802 bekam er auf seinen Antrag auf Erlaubnis des Detailverkaufs die Antwort, daß der Handel mit eigenen inländischen Produkten für Fabrikanten und Veredler vollkommen frei sei. 2) Um die Absatzorganisation aufzubauen, unternahm Utzschneider ausgedehnte Reisen in benachbarte Länder und besuchte Märkte und Messen wichtiger Lederhandelszentren; 1803 macht er eine Reise durch Schwaben und Franken (Ansbach, Gunzenhausen, Mannheim, Offenbach, Frankfurt am Main), 3) 1805 reist er in die Schweiz, um Studien über die Leinwandproduktion, Flachserzeugung, Ölmühlen etc. zu machen und besucht die Ledermesse in Zürich und nimmt anlässlich dieser Reise Verbindung mit dem Glasschleifer Guinand in Les Brenet auf. 4) Ein paar Jahre später unternimmt er eine Geschäftsreise nach Italien, um sich mit der dortigen Gerbereimethode vertraut zu machen, speziell um feineres Oberleder herstellen zu können. Er macht dieselbe Reiseroute, die schon vor ihm Goethe zurückgelegt hatte: Benediktbeuren, Walchensee, Scharnitz, Innsbruck, Brennerpaß, Verona. 5) In Mailand besichtigt Utzschneider eine Lederfabrik, deren Leder ihm gerühmt worden war. 6) Außerdem interessiert er sich für die Seidenraupenzucht, für den Wein- und Reisanbau in der Poebene, besichtigt eine Landwirtschaftsschule und kommt in Berührung mit der italienischen Landesvermessung, an der 300 Geometer arbeiten und die Utzschneider sich später als Vorbild nimmt, als er an die bayerische Landesvermessung ging.

Seine Lederfabrik entwickelte sich prächtig. Während andere, auch die von der Regierung geförderten, sich nicht halten konnten, kam die seinige später unter dem Namen "Streichersche Lederfabrik" zur vollsten Blüte. Mit 160 - 170 Arbeitern war sie von allen bestehenden Lederfabriken die größte. Auch den Fabrikanten, die sich nach ihm der Lederherstellung zuwandten, 7) war er in jeder Beziehung - Schnelligkeit des Kapitalumschlages, Kalkulation - gewachsen. Er hatte es verstanden, sich bei der Regierung bedeutende Militäraufträge zu sichern. Gab aber seine Ledervorräte ohne hohe Aufschläge an das k. Strafearbeitshaus in der Au, das aus dem Utzschneiderschen Sohl- und Oberleder Militärstiefel her-

1) Kreisarchiv, G. R. Fasc. 281/72.

2) Staatsarchiv, M. Inn. 16213.

3) Deutsches Museum, Nr. 5177.

4) Deutsches Museum, Nr. 5182.

5) Italienische Reise, Gesammelte Werke, Bd. XI, S. 13, Zürich 1948.

6) Deutsches Museum, Nr. 5183, Reisetagebuch Sept. 1809.

7) M. Inn. 16198, Pomeisler gründet eine Lederfabrik. M. Inn. 16212 gründet der Jude Mayer 1808 eine weitere Fabrik. (Staatsarchiv)

zustellen hatte. In einem Brief an den König weist er 1806 darauf hin, daß er bewußt darauf verzichtet hätte, aus seinen Militärlieferungen Gewinne ziehen zu wollen. Wenn er dies gewollt hätte, hätte er wie viele Lederfabrikanten den Verkauf zu bedeutend höheren Preisen ins Ausland vorziehen können. Zum Wohl des Vaterlandes hätte er jedoch hierauf verzichtet. 1) Aber trotzdem muß auch Utzschneider bedeutende Gewinne gemacht haben, denn mit ihnen finanzierte er - wie wir noch sehen werden - die Versuche zur Herstellung schlierenfreien Kronglases in Benediktbeuren. In damaliger Zeit galt in München der Grundsatz, daß man nur ein Gewerbe in derselben Stadt betreiben durfte. Deshalb bewarb sich Utzschneider 1801 in Reichenhall um die Konzession zu einer Handschuhfabrik, die er auch am 15. Aug. 1801 erhielt. 2) Er wollte eine neue Art Handschuhe nach elsässischem Muster herstellen und dafür nur einheimische Wolle im Verlagssystem verarbeiten lassen. Hazzi berichtet darüber: 3) "Herr von Utzschneider errichtete hier eine Handschuhfabrik aus Schafwolle, die zwar gegenwärtig noch nicht weit ausgedehnt ist, sich aber doch immer mehr aufzuschwingen scheint!"

Die technische Seite seiner Lederfabrik überließ er einem Verwandten von ihm, J. Streicher, er selbst war nur noch mit der Verwaltung und der finanziellen Seite des Unternehmens beschäftigt. Sein Interesse wandte sich jetzt der Glasfabrikation zu. Immerhin hatte er bereits 1803 ein ausgedehntes Verkaufsgebiet für seine Lederfabrik geschaffen, verschiedene Verbesserungen, Lohe, Walkhämmerung eingeführt und 1803 insgesamt 60 000 Felle verarbeitet. 4)

-
- 1) M. F. 20817 Staatsarchiv, Brief vom 14. Feb. 1806 den Realitätenkauf von Benediktbeuren betreffend.
 - 2) M. A. 756/294 Staatsarchiv, die Handschuhfabrik des Utzschneider betr.
 - 3) Hazzi, J., Statistische Aufschlüsse, 3. Bd., 3. Abtlg., Nürnberg 1804, S. 979.
 - 4) Hazzi, J., Statistische Aufschlüsse über das Herzogtum Baiern, 3. Bd., 1. Abtlg., Nürnberg 1803, S. 259.

2) Das Mathematisch-Mechanische Institut, das Optische Institut und die Glashütte in Benediktbeuren.

Nachdem Utzschneider die Organisation der Lederfabrik geschaffen hatte, trat er mit zwei Männern in Verbindung - Reichenbach und Liebherr - und ermöglichte durch seinen Beitritt zu deren Unternehmung die Erweiterung des Mechanischen Institutes, dem bald ein optisches folgen sollte. Diese beiden Institute wurden von höchster volkswirtschaftlicher Bedeutung. Sie waren nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für die praktische Astronomie und Geodäsie von größter Wichtigkeit.

Das optische Gewerbe war in München kaum vertreten. Hazzi führt in seiner Statistik nur einen Brillenmacher an. 1) Solange die wirtschaftliche Entwicklung dieses Gewerbes in Bayern durch den Zunftzwang vorgezeichnet war, konnte eine optische Industrie auch in München nicht zur Entstehung gelangen. Erst um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert vollzog sich der Umschwung. Waren doch in der Residenzstadt München von Anfang an die gewerblichen und technischen Unternehmungen gegenüber den industriellen vollkommen in den Vordergrund getreten und der Sinn für eine Industrie noch nicht geweckt. So schreibt ein Chronist über diese Zeit: "In dem noch nicht hinlänglich erregten Sinn für die Industrie bei den Münchenern, dem Mangel an rohen, fabriktauglichen Produkten, dem Mangel an Wasserfracht, sehe ich die Haupthindernisse des Aufkommens und Allgemeinwerdens der Industrie. Indeß hat sich in der neuesten Zeit auch in dieser Hinsicht vieles gebessert. Nicht alle Gewerbe treiben ihre Arbeiten mehr handwerksmäßig, manches Gewerbe ist zur kleinen Fabrik geworden, manches ist noch höher gestiegen." 2)

Die Napoleonischen Kriege hatten die Bevölkerung verarmt, ihre Kaufkraft herabgesetzt und ihren Gewerbefleiß gelähmt. "Es ist ein Wunder, daß bei Anbruch des 19. Jahrhunderts trotz aller Unruhen und inneren Wirren neues technisches Leben in der Stadt zu blühen beginnt." 3)

Die Entstehung der mechanisch-optischen Institute 4) wird in allen Beschreibungen der Stadt München an erster Stelle genannt. Die Erzeugnisse, die aus diesen

1) Hazzi, J., a. a. O., III Bd., S. 258.

Müller, Ch., a. a. O., S. 124, führt zwei Brillenschleifer an.

2) Müller, Ch., München unter König Maximilian Joseph, Mainz 1816, S. 124.

3) 1815 - 1915, a. a. O., S. 9.

4) Stahl, W., a. a. O., S. 104 ff. berichtet ausführlich über die Entstehung dieser Institute.

Instituten hervorgingen, waren das einzige Bedeutende, was München dem Ausland zu bieten hatte.

Die Gründung dieser Institute entsprang nicht der Initiative Utzschneiders sondern derjenigen des damaligen Artilleriehauptmannes G. F. Reichenbach. 1) In Fraunhofers Lebensgeschichte schreibt Utzschneider über die Entstehung der Institute wie folgt: 2) "Als im Jahre 1801 die französische Konsularregierung in Paris eine militärisch-topographische Karte von Bayern verlangte, fehlte es überall an guten Meßinstrumenten und an Instituten, diese herzustellen..... Der bayerische Artilleriehauptmann Georg Reichenbach, der Sohn eines sehr begabten Bohrmeisters in pfalz-bayerischen Diensten, war vom Kurfürst Carl Theodor auf Antrag des berühmten Grafen Rumford zu seiner weiteren Ausbildung nach England geschickt worden. Nachdem er dort auch große Werkstätten für die Verfertigung mathematischer Instrumente kennengelernt hatte, faßte er bald nach seiner Rückkehr den Entschluß, durch Errichtung einer solchen Werkstätte in Bayern sein Glück zu versuchen. Er verband sich zu diesem Zweck mit Joseph Liebherr, einem fähigen Mechaniker, der bereits eine kleine Werkstätte besaß. Nach dieser Verbindung äußerten mir Reichenbach und Liebherr den Wunsch, ihrer Werkstätte eine größere Ausdehnung zu geben, mich finanziell zu beteiligen und ein ordentliches Institut zur Erzeugung großer und kleiner Instrumente und Maschinen mit ihnen zu gründen. Ich nahm um so weniger Anstand, auf ihren Wunsch einzugehen, als aus einem solchen Institute seiner Zeit tüchtige junge Mechaniker hervorgehen könnten, woran Bayern damals großen Mangel hatte. Der Gesellschaftsvertrag kam am 20. August 1804 unter uns zu Stande, und das mathematisch-mechanische Institut von Reichenbach, Utzschneider und Liebherr begann seine Geschäfte mit großer Rührigkeit."

Als der französische Oberst und Ingenieur-Geograph die Messung begann, war auch die Frage der Sicherung des Absatzes der Präzisionsinstrumente bejahend gelöst. Die Landesvermessung hatte steten Bedarf an Meßinstrumenten, der später noch größer werden würde, wenn die Messungen nicht nur mehr militärischen sondern auch kulturellen Zwecken dienen würden. Vielleicht rechnete der vorausschauende Geist Utzschneiders schon auf den künftigen Bedarf der für

- 1) Über Reichenbach informiert die Allg. Deutsche Biographie, 18. Bd., desgl. W. v. Dyck, Georg Reichenbach, München 1912.
- 2) Deutsches Museum, Nr. 5343/5344 Geschichte des optischen Institutes in Benediktbeuren und Fraunhofers Lebensgeschichte. Dieses von Utzschneider verfaßte Manuskript wurde im Bayerischen Industrie- und Gewerbeblatt 1826, S. 409, abgedruckt.

die Neuordnung des Steuerwesens erforderlichen Landesvermessung. Stand doch die Frage der Steuerrektifikation bereits im öffentlichen Streit der Meinungen.

"Die Seele dieses Vereins", so schreibt Bauernfeind, "war ohne Zweifel Reichenbach, feurig und tatkräftig, theoretisch und praktisch wohlgeschult. Ein mechanisches Genie, dem es eben so leicht wurde, für die Beobachtung des gestirnten Himmels wie für die praktische Verwertung von Naturkräften neue Hilfsmittel zu erfinden oder schon vorhandene zu verbessern." 1)

Im Jahr 1800 hatten Reichenbach und Liebherr die Versuche zur Herstellung der Kreisteilmaschine erfolgreich zu Ende geführt. Überdies blieb die Werkstätte bei der Herstellung von Meßwerkzeugen nicht stehen. Reichenbachs Erfindergeist wurde durch die Verbindung mit Liebherr und Utzschneider mächtig angeregt und er wandte sich auch der Konstruktion von astronomischen Instrumenten zu, mit denen er durch den Mannheimer Hofastronomen Karl Theodors in Berührung gekommen war. 2) Mit großem Erfolg begann das Institut seine Tätigkeit, wozu die von Reichenbach soeben erfundene Kreisteilungsmaschine nicht unwesentlich beitrug. Denn jetzt war es möglich geworden, mit einer bisher nie erreichten Genauigkeit zu arbeiten. Ohne bereits einen bestimmten Abnehmerkreis für die astronomischen Instrumente zu haben, ging man daran, Fernrohre herzustellen, für die ein Abnehmer erst gefunden werden mußte. 3)

Es ist immer ein großes Risiko, eine Arbeit in Angriff zu nehmen, die sich nicht auf bereits vorliegende Bestellungen stützen kann.

Hier entdeckt Utzschneider seine Begabung als Kaufmann-Unternehmer, der, obwohl er kein Techniker ist, einer Erfindung zum Leben verhelfen will. Seine organisatorische Tätigkeit erstreckt sich vor allem auf die Organisation des Werkbetriebes, er betreibt "Arbeitsmarktforschung", weiß geschickte Mitarbeiter für sein Institut zu gewinnen, die für ihn die Erfindungen machen, von denen aus er zu seiner Unternehmertätigkeit gelangen kann. Wenn Utzschneider auch auf technischem Gebiet unproduktiv ist und keine bedeutende Erfindung während seiner Unternehmertätigkeit gemacht hat, so kann man doch sagen, daß er der "Erfinder von Industrien" in München ist, was ebenso viel wert ist. Und in dieser Eigenschaft hat er den industriellen Aufbau von Fabrikationen und Unternehmungen erdacht und durchgeführt, so wie andere Maschinen erfinden und ausführen. Von diesem Gesichtspunkt betrachtet, erscheint auch die im Geschäfts-

1) Bauernfeind, C. M., a. a. O., S. 21.

2) Stahl, W., a. a. O., S. 105.

3) Dyck, W. v., a. a. O., S. 13.

vertrag festgelegte Bestimmung über Utzschneiders Aufgabenbereich von höchster wirtschaftlicher Bedeutung. Es heißt darin: 1) "Reichenbach dirigiert das Technische und sorgt für den wissenschaftlichen Teil des Instituts im ausgedehnten Sinne; er verfertigt die Konstruktionen der Instrumente und legt hauptsächlich da eigene Hand an deren Ausführung, wo es um die größte Vollkommenheit zu tun ist, er wird demnach Zentrierungen, Teilungen, Zapfen und Bewegungen alle eigenhändig verfertigen. Liebherr ist erster Meister im Institut, arbeitet dem Hauptmann Reichenbach an die Hand und führt unter Leitung desselben die Gesellen zur zweckmäßigen, erforderlichen Arbeit an. Utzschneider sorgt für die nötigen Fonds und leitet den kommerziellen Teil des Instituts."

Stahl meint, 2) daß sich durch die Herbeiziehung Utzschneiders und durch die ihm übertragene Aufgabe - Sorge für den nötigen Fonds - wirtschaftlich gesehen, bereits eine Umwandlung zur kapitalistischen Organisation des Produktionsprozesses vollzogen hat. Und er begründet seine Behauptung wie folgt:

"Wo in einem Produktionsprozesse das Kapital eine ausschlaggebende Rolle spielt, setzt sich die kapitalistische Rechnung durch, das heißt, die Wirtschaftsführung erfolgt unter dem Gesichtspunkt wirtschaftlich-rationellen Handelns zur Erzielung eines Nutzens, der nicht wie beim Handwerk, vorwiegend nach Maßgabe der zur persönlichen Existenzfristung notwendigen Mittel berechnet wird, sondern in einem bestimmten, nach oben unbegrenzten Verhältnis zu dem in dem Betrieb festgelegten Kapitale steht." Zum weiteren Beweis seiner Behauptung, daß diese Umwandlung zu einem kapitalistischen Betrieb vollzogen wurde, erwähnt er die im Vertrag festgelegte Arbeitsdifferenzierung. Das gewerbliche Betriebssystem des städtischen Handwerks kennt keine Arbeitsdifferenzierung in der Institutsleitung. Eine besondere Arbeitszerlegung in der Leitung eines Betriebes ist nur dort möglich und erforderlich, wo der Umfang des Betriebes den Rahmen des Handwerks überschreitet. Außerdem geht das mechanische Institut auch in seiner Produktionsgestaltung völlig neue Wege. Das Münchener Handwerk hat, wie überall, seinen festen, größtenteils lokal begrenzten Kundenkreis, für den es auf Bestellung arbeitet. Das mechanische Institut löst sich von dieser Auftragsproduktion, richtet sich bei seiner Produktionsgestaltung nach wirtschaftlichen,

- 1) Der Gesellschaftsvertrag mit Reichenbach, Liebherr und Utzschneider über die Gründung des mechanischen Institutes konnte leider nicht im Original eingesehen werden, da er im Utzschneiderschen Nachlaß - Deutsches Museum - nicht auffindbar war, wahrscheinlich verlorengegangen ist. Die angeführte Stelle ist aus dem Buch W. van Dycks, a. a. O., entnommen (S. 19).
- 2) Stahl, W., a. a. O., S. 108.

spekulativen Erwägungen: - München als Verwaltungsstadt, Stadt der Wissenschaften, 1) Residenzstadt wird ein guter Standort für die optischen Gewerbe sein. Auch die Landesvermessung wird ein guter Kunde sein. Diese von Utzschneider angestellten spekulativen Betrachtungen waren aber nicht, wie Stahl meint, "auf einen schrankenlosen Erwerb gerichtet;" 2) denn das für einen industriellen Unternehmer charakteristische Gewinnstreben ist vorerst nicht das entscheidende Moment. Waren doch die beiden Institute noch keine Fabrik in dem Sinne, dass alles maschinell betrieben und auf die Arbeitsvereinfachung abgestellt war. Handwerk im großen, mehr war auch diese Industrie noch nicht! Man kann die beiden Institute vielleicht als ein Mittelding zwischen einem wissenschaftlichen Institut und einer Behörde mit einem eigenartigen Geschäftsgebaren bezeichnen. Viele der Kunden waren Leiter wissenschaftlicher Anstalten und Behörden, oft angesehene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, berühmte Gelehrte, die die Herstellung bestimmter Instrumente erbaten, dieselben be-
sichtigten und persönlich in Empfang nahmen. Die Erörterungen über Preis und Liefertermin waren meist nur theoretischer Art, nur nebenbei erwähnt, und es galt als unfein, über einen Preis viel zu handeln. Meist wurden Preise und Liefertermine nicht eingehalten oder umgestoßen. Es ist auch nicht so, daß Utzschneider als Leiter des kommerziellen Teils von dem jahrhundertlang gültig gewesenen Grundsatz des Handwerks - der festabgegrenzten Kundschaft, die man an sich herankommen lassen muß - vollkommen abweicht. Nur führt ihn seine organisatorische Begabung und seine kaufmännisch-spekulative Veranlagung neue Wege. Utzschneider ist eine Eroberernatur, er besitzt die Entschlossenheit und Energie, alle Hindernisse, die sich ihm in den Weg stellen, zu beseitigen. Er erinnert an die Industriekapitäne der heutigen Zeit, huldigt dem Prinzip der Eroberung, dem Prinzip der Kundengewinnung, sieht die Bedürfnisgestaltung voraus, kennt die Wirkung der Suggestion 3) und weiß um die Spannung zwischen Wirtschaftssubjekt und Wirtschaftsobjekt.

- 1) Wenn man die Zentren der optischen und feinmechanischen Industrie sucht, so wird man feststellen, daß als Standort vorwiegend Hauptstädte und bedeutende Universitätsstädte gewählt wurden (Paris, London, Berlin, Wien, Jena).
- 2) Stahl, W., a. a. O., S. 108.
- 3) Dank der geschickten Propaganda, mit der Utzschneider die Erzeugnisse des optischen Institutes anpries, war in den gehobenen Kreisen der Münchener Bevölkerung das Bedürfnis nach Fraunhoferschen Fernrohren geweckt worden. "Jeder muß einen Fraunhofer haben." Das war der Werbeslogan der damaligen Zeit.

Bei der Organisation des Arbeitsprozesses scheinen ihm keine großen Schwierigkeiten entgegengetreten zu sein, aber mit um so größeren Schwierigkeiten hat er auf dem Beschaffungsmarkt zu kämpfen. Utzschneider schreibt dazu: 1) "Das mathematisch-mechanische Institut: Reichenbach, Utzschneider und Liebherr begann seine Geschäfte mit größter Thätigkeit, - mehrere große Meßinstrumente wurden bestellt, auf der Reichenbach-Liebherrschen neuerfindenen Theilmaschine getheilt, und bis auf die Gläser vollendet, so, daß ein großer Vorrath von fertigen Instrumenten sich ansammelte, welche aber nicht verkäuflich waren, weil sie ohne Gläser nicht gebraucht werden konnten; es fehlte an brauchbarem Flint- und Crown glase, und über dieses noch an einem fähigen Optiker. - Das ganze neu errichtete mathematisch-mechanische Institut hätte unterliegen müssen, wenn diesem Mangel nicht ohne Zeitverlust abgeholfen worden wäre. *

Es galt jetzt, diese mit jeder Neugründung verbundenen Anlaufsschwierigkeiten zu beseitigen. Das erste Gebot für Utzschneider war, die leidige Glasbeschaffungsfrage zu beseitigen. Er mußte vorteilhafte Bezugsquellen für optisches Glas akkundschaften. Bisher hatte man das optische Glas aus dem Ausland bezogen, die Lieferungen waren während der Kriegszeit unregelmäßig gewesen und mit großen Kosten verbunden. Utzschneider trachtete darnach, auf diesem Gebiet vom Ausland unabhängig zu werden und er dachte dabei an ein eigenes Glashüttenwerk, aus dem kein Glas unverarbeitet abgegeben werden sollte und das ein Monopol für Bayern sein sollte. Dieser Gedanke eines Glasmonopols lag den volkswirtschaftlichen Anschauungen jener Tage so nahe, daß er kaum mehr neu war. Aber bei Utzschneider finden wir immer wieder diesen Monopolgedanken, den er auch auf andern Gebieten verwirklichen möchte. 2).

Utzschneider wußte jedoch, daß die Errichtung einer Glashütte bedeutende Kosten verursachen würde und daß ein solcher Zulieferungsbetrieb für das noch in den Kinderschuhen steckende Unternehmen eine große Belastung darstellen würde. Deshalb versucht er, neue Optikerorte kennenzulernen und von dort optisches Glas zu beschaffen.

Zu diesem Zweck macht er Reisen ins In- und Ausland, ins bayerische Hochland, Schwaben, Franken, Schweiz, Wien etc. - kurz, an alle Orte, von denen er

- 1) Deutsches Museum, Nr. 5343, Geschichte Fraunhofers und des Optischen Instituts.
- 2) Erinnert sei hier an das bayerische Salzmonopoi. Um vom Ausland unabhängig zu werden, setzt er sich für die Tuchfabrikation, Tabak-, Essig- und Zuckerrübenproduktion ein.

wußte, daß sich dort gute Optiker aufhielten und Glas geschmolzen wurde. 1) Das Ergebnis seiner Reise fiel jedoch negativ aus. Er hatte nicht sehr große Eindrücke von den Fähigkeiten des Optikerstandes gewinnen können, wenn auch gesagt werden muß, daß er vor der Schleif- und Poliermühle des Schweizers Guinand 2) in Les Brenets 3) eine hohe Achtung hatte, zumal sie sich von den kümmerlichen Betrieben, die er anderswo und in seiner Heimat gesehen hatte, bedeutend abhob. Seine Sicherheit in der Flintglasherstellung war allerdings gering und der Ausfall der von ihm geschmolzenen Flintglasstücke beruhte mehr oder weniger auf Zufall. denn die Flintglaserzeugung steckte hier wie überall noch in ihren ersten Kinderschuhen. wirtschaftlich ist dies mit dem hohen Kapitalrisiko der Flint- und Kronglasherstellungsversuche zu erklären. Nur wenige Unternehmer fanden sich bereit, die hohen Entwicklungskosten zu tragen. Hinzu kam noch, daß kaum Aussicht bestand - auch wenn es ihnen gelang, ein fehler- und schlierfreies Glas zu erzeugen -, dieses an die ansässigen optischen Instrumentenmacher abzusetzen. Der Bedarf seitens des optischen Gewerbes war noch zu gering, um die entstehenden großen Kosten zu decken. Außerdem fehlte jegliche Zusammenarbeit zwischen dem Optiker und dem Glastechniker. 4)

Utzschneider besaß als Unternehmerpersönlichkeit genug Wagemut, eine Glashütte für optisches Glas ins Leben zu rufen. Auch scheute er nicht die dadurch anfallenden hohen Versuchskosten. Dank seiner gutgehenden Lederfabrik konnte das neue Unternehmen durch die Gewinne der ersteren mitfinanziert werden, und Utzschneider wagte es deshalb, das große Kapitalrisiko auf sich zu nehmen, das mit jeder Neugründung verbunden ist. Noch wußte er nichts über den chemischen Reaktionsprozeß. Deshalb fuhr er im Herbst 1804 nach Wien und besuchte, wie aus seinen Tagebucheintragungen vom Oktober desselben Jahres ersichtlich ist, 5) den dortigen Optiker A. Homberger, der sich in seiner näheren und fernerer Umgebung einen guten Ruf als tüchtiger Flintglasschmelzer erworben hatte. Bei ihm erkundigte er sich nach der Zusammensetzung des englischen Flintglases, das Homberger chemisch zerlegt hatte. Wahrscheinlich war die Auskunft nicht aus-

-
- 1) vgl. hierzu die Reisetagebücher, Deutsches Museum, Nr. 5178 und Nr. 5182.
 - 2) M. v. Rohr., in: Zeitschrift für Instrumentenkunde, Berlin 1926, S. 121 f., berichtet ausführlich über Guinand.
 - 3) Les Brenets, ein kleiner Ort bei Neuenburg/Schweiz.
 - 4) M. v. Rohr., Zur Geschichte des optischen Glases, in: Deutsche Optische Wochenschrift, Berlin 1915/1916.
 - 5) Reisetagebuch Oktober 1804, Deutsches Museum, Nr. 5178.

reichend und befriedigte den neugierigen Mann nicht; denn im folgenden Jahr - 1805 - macht er seine Studienreise in die Schweiz und sucht Guinand auf, der sich bereits im Vorjahr in einem Schreiben an Utzschneider bereit erklärt hatte, die Kunst des Glasschmelzens in Bayern einzuführen. Es ist also kein Zufall gewesen, der diese beiden Männer zusammengeführt hat, wie es so gern dargestellt wird. Bewußt hat Guinand die Bekanntschaft Utzschneiders gesucht. Am 25. Juni 1804 1) hatte er eine Denkschrift über die Glasschmelzkunst an Utzschneider gesandt, mit der Bitte, dieselbe der Akademie der Wissenschaften zur Begutachtung vorlegen zu wollen. Im Frühjahr des folgenden Jahres übersendet er an Utzschneider einige Proben seiner Glasschmelzversuche und bittet wiederum um Weiterleitung an die Akademie der Wissenschaften. Diese Schmelzproben mögen Utzschneider bewogen haben, in einem Schreiben vom 18. 6. 1805 2) Guinand die Übersiedlung nach München vorzuschlagen. Den schriftlichen Vorschlag Guinands vom 10. Mai 1805 das gesamte in Les Brenets gefertigte Glaslager käuflich zu erwerben, lehnt Utzschneider ab, er befürchtet, daß zu viel unbrauchbares Glas darunter ist. Bei Utzschneiders Besuch in Les Brenets führt der Glastechniker ihn in das Rätsel der Flintglasherstellung ein, er führt eine Flintglasschmelze in seiner Anwesenheit durch und Utzschneider ist von dem Ergebnis so befriedigt, daß Guinand im September nach Benediktbeuren übersiedelt, dort den Glasofen errichten hilft und am 10. und 11. Januar 1806 den ersten Schmelzversuch durchführt. Utzschneider schreibt dazu: 3) "Ich fand an Herrn Guinand einen Mann, der seine Versuche zur Erzeugung von Flintglas nicht konsequent durchführte und hatte nicht die Absicht, ihn für meine Glasfabrikation anzuwerben. Dieser machte sich nach meiner Abreise auf gut Glück auf den Weg und kam beinahe früher in Benediktbeuren an als ich. Indessen mißfiel mir sein Eifer nicht und bewog mich, die Glasschmelze in Benediktbeuren einzurichten. Mit dem Bau eines Ofens wurde sofort begonnen und nach dessen Vollendung planmäßige Versuche zur Flintglasherstellung gemacht. Bereits 1806 war der Ofen in Tätigkeit, aber das Institut erhielt anfangs nur einzelne brauchbare Glasstücke, um daraus die Linsen für die Meßinstrumente zu schleifen."

In dem mit Guinand abgeschlossenen Vertrag über die Errichtung einer Glas- 3)

1) Deutsches Museum, Nr. 7278.

2) Deutsches Museum, Brief Nr. 7281.

3) Deutsches Museum, Lebensgeschichte Fraunhofers, Nr. 5343/44. Utzschneider gibt keine allzu objektive Stellungnahme zu Guinand. Dieser trennt sich von Utzschneider als Fraunhofer die Leitung der Glasschmelze übernommen hat.

4) Deutsches Museum, Guinand-Vertrag, Nr. 6516.

schmelze wird festgelegt, daß das Schmelzgeheimnis wegen eines beabsichtigten Glasmonopols streng geheim gehalten werden müsse und daß auch eine Glashütte für weißes, gewöhnliches Glas errichtet werden solle.

In Punkt 1 heißt es: 1) "Pierre Louis Guinand stellt die Öfen und die Häfen zur Herstellung des Kron- und Flintglases her und führt in diesem Verfahren alle wichtigeren Arbeiten mit Unterstützung seiner Gattin, Frau Rosalie Bouverot, sonst aber umsomehr mit eigenen Händen aus, als das Geheimnis dieser Glasbereitung - dessen Entdeckung viele kostspielige Versuche von beiden Vertragsschließenden erfordert hat - auf das strengste gewahrt werden muß und unter keinen Umständen Dritten mitgeteilt werden darf; für Arbeiten, die nicht zu dem Geheimnis gehören, kann er die nötigen Arbeitskräfte erhalten....."

2) Da sich der Besitzer des Klosters Benediktbeuren, eben der Geheimreferendar Joseph Utzschneider, in gleicher Weise entschlossen hat, die weiten Klostergebäude mit nützlich beschäftigten Menschen zu besetzen, so hat er sich vorgenommen, soweit wie möglich in dem Orte selbst das geschmolzene Glas bearbeiten zu lassen, d. h. eine Anstalt für farbenfreie Fernrohre zu errichten und die dazu notwendigen Arbeiter anzustellen, so daß demnach Kron- und Flintglas nicht im rohen Zustande verkauft werden darf. Nur die Werkstatt für die Herstellung von Geräten zur Sternforschung in München, der der Geheimreferendar Joseph Utzschneider als Teilhaber angehört, wird gegen Bezahlung der Herstellungskosten auf Verlangen einige Stück von Flint- und Kronglas in verschiedener Größe erhalten, deren Zahl übrigens nicht fünfzig Stück einer jeden Art im Jahre übersteigen darf; der gesamte Rest des Kron- und Flintglases soll hier verarbeitet und in der Anstalt für Fernrohre verwandt werden, über die Pierre Guinand ebenfalls die Aufsicht führen und dabei sein Möglichstes tun soll, um dieses Unternehmen lohnend werden zu lassen."

Zur Errichtung einer Werkstätte für Fernrohre sollte es vorerst noch nicht kommen. Guinand wird in einem zweiten Vertrag für das mathematische Institut nach München verpflichtet, wo er sich mit optischen Gegenständen beschäftigt. 2) Erst Fraunhofers Hinzutreten zum Gesellschaftsvertrag soll eine optische Werkstätte in Benediktbeuren ermöglichen. Mit Fraunhofer trat die damalige Optik in ein neues Entwicklungsstadium. Diesen Optiker, den Utzschneider so dringend für die Weiterentwicklung seines Institutes benötigte, führte ein Unglücksfall dem Unternehmen zu.

1) Da Guinand nur französisch sprach, wurde der Vertrag in dieser Sprache abgefaßt. Zitat ist übersetzt.

2) Vertrag mit Guinand vom 20. Feb. 1807.

Als 1801 in der Thiereckgasse zwei Häuser wegen Baufälligkeit einstürzten, wurde der damals vierzehnjährige Glaserlehrling Joseph Fraunhofer unter den Trümmern begraben. Doch er wurde auf wunderbare Weise gerettet. Der Kurfürst Maximilian Joseph, der bei den Rettungsarbeiten zusah, schenkte dem Knaben 18 Dukaten und sagte ihm, daß er sich - wenn er einmal in Not geraten sollte - unbesorgt an ihn wenden solle. 1) Utzschneider sah den Verunglückten zum erstenmal als dieser aus den Trümmern hervorgezogen wurde. Vielleicht ist schon damals der Gedanke in ihm aufgetaucht, den gesuchten Optiker selbst heranzubilden. Wenigstens ist seit diesem Unglücksfall sein Augenmerk auf Fraunhofer gerichtet. Utzschneider schreibt in seiner Lebensgeschichte Fraunhofers: 2) "Ich besuchte ihn einigemal, er rechnete mir vor, wie er diese für ihn so große Summe (die 18 Dukaten) verwenden wolle, er ließ sich eine Glasschneidemaschine machen, und schliff an Feyertagen optische Gläser, stieß aber auf allerlei Hindernisse, weil ihm Theorie und Mathematik überhaupt mangelten..... ich brachte ihm Klemms und Tanzers mathematische Lehrbücher und nannte ihm einige über die Optik erschienene Bücher von Kästner, Klügel und Priestley."

In der Folgezeit war Utzschneider stark auf seinen Besitzungen in Benediktbeuren in Anspruch genommen und konnte sich wenig um seinen Schüler kümmern. Dieser hatte sich mit dem Rest seines Geldes von seinem Lehrherrn Weichselberger losgekauft und schlug sich als Glasschleifer schlecht und recht durch das Leben. Einen geringen Nebenverdienst gab ihm das Drucken von Visitenkarten. Als aber die Kriegswirren auch die Stadt München erfaßten, die Stadt voller fremder Truppen war, die Gewerbetätigkeit gelähmt und die Kaufkraft der Bevölkerung geschwächt war, hatte niemand mehr Interesse für Visitenkarten. 3)

Utzschneider, der dauernd auf der Suche nach fähigen Mitarbeitern war, hatte an Professor Schiegg, seinem Kollegen bei der Landesvermessung und Lehrer an der Marianischen Akademie, einen tatkräftigen wissenschaftlichen Mitarbeiter gefunden. Dieser war es, der Utzschneider auf einen fähigen Mechaniker, J. Niggel, aufmerksam machte, der sich als Autodidakt auf der Sternwarte des Klosters Rott auch mit den Anfangsgründen der Optik bekannt gemacht hatte und als Praktiker bereits einen Namen hatte. Drei Jahre arbeitet Niggel im mechanischen Institut und ist hauptsächlich mit dem Schleifen und Polieren der Gläser beschäftigt. Doch schien er darunter zu leiden, daß ihm die theoretischen Vorkenntnisse fehlten, und als 1807 Fraunhofer ihm an die Seite gestellt wird, scheidet er freiwillig

-
- 1) A. Seitz, Biographie Joseph Fraunhofer, Erfurt 1925, S. 6.
 - 2) J. Utzschneider, in Kunst- und Gewerbeblatt 1826, S. 414.
 - 3) A. Seitz, J. Fraunhofer, sein Leben und Werk, Erfurt 1925, S. 8.

aus dem Betrieb aus 1). Er läßt sich darauf als Optiker in München nieder und versucht später durch Errichtung einer eigenen Glashütte dem J. Utzschneider Konkurrenz zu machen. Seine Versuche zur Herstellung optischen Glasses wurden von Utzschneider kaum einer Beachtung wert gehalten. Am 10. Januar 1830 schreibt er in sein Tagebuch: 2) "Prisma von Niggel, aus Crown Glas, welchem der Schmelz gelungen zu seyn scheint." Dem Optiker Niggel fehlte aber der nötige Kapitalfonds, um seine Erfindung weiter ausbauen zu können. In den Akten des Staatsarchivs findet sich ein Gesuch, 3) in dem er um einen unverzinslichen Vorschuß von 500 Gulden aus dem Industrieunterstützungsfonds bittet, den der Staat für die Unterstützung von in Not geratenen Gewerbebetrieben geschaffen hatte. Seine Werkstatt, die nach der Utzschneiderschen zur bekanntesten der Stadt zählte, war durch den Mangel an Betriebskapital so sehr heruntergekommen, daß er nicht einmal mehr das benötigte Glas kaufen konnte. Um unabhängig zu sein, wollte er in Pullach eine eigene Glashütte für optisches Glas gründen und so das Utzschneidersche Monopol brechen. 1837 setzte der Tod aber seinen Plänen ein Ende. Doch kehren wir zu Fraunhofer zurück!

1807 erinnerte sich Utzschneider an den etwas in Vergessenheit geratenen Glaserlehrling, der sich inzwischen zu einem guten Brillenschleifer herangebildet hatte. Er beauftragte seinen wissenschaftlichen Mitarbeiter, Professor Schiegg, den Joseph Fraunhofer aufzusuchen und nach dem Stand seiner wissenschaftlichen Ausbildung zu forschen, bzw. ihn für eine Mitarbeit im optischen Institut zu interessieren.

Fraunhofer, der bis dahin mit großer Mühe sein tägliches Brot verdienen mußte - er führte Arbeiten wie Glasschleifen und Spiegelmachen aus -, war gern bereit, in die Dienste des Herrn von Utzschneider zu treten. Auch Reichenbach war mit der Hinzuziehung Frauhofers, der die Berechnung und das Schleifen der Objektive übernehmen sollte, recht zufrieden. Als er Fraunhofer zum erstenmal gegenüber getreten war, soll er vor Utzschneider und Schiegg - wie Seitz berichtet 4) - begeistert ausgerufen haben: "Das ist der Mann, den wir suchen, der wird uns liefern, was uns noch gefehlt hat!"

Utzschneider hat bald darauf, im Jahre 1808 die optische Werkstätte vom mechanischen Institut getrennt und nach Benediktbeuren verlegt. Die Motive für

1) J. Utzschneider, Lebensgeschichte Frauhofers, a. a. O., S. 413 f.

2) Deutsches Museum, Nr. 5186.

3) Staatsarchiv M. H. 7492, Unterstützungsgesuch des Optiker Niggel.

4) A. Seitz, J. Fraunhofer, a. a. O., S. 11.

diese Ausgliederung eines so wichtigen Betriebszweiges sind nicht klar ersichtlich. Auch in seiner Fraunhofer-Biographie gibt er keine Erklärung dafür. Daß er bereits eine Trennung von Reichenbach ins Auge gefaßt hat, ist nicht anzunehmen. Wahrscheinlich ist es die Rohstoff-Orientierung nach dem Standort der Glashütte gewesen. In dem weltabgeschiedenen Benediktbeuren ließ sich leichter ein Glasmonopol einrichten, die Geheimhaltung der Produktionsmethode schien dort eher gewährleistet als in München. Die Entfernung von einer Handelsstadt war kein Hindernis, da von einem Handel mit Glas abgesehen wurde und das optische Institut nicht absatzorientiert aufgebaut war. Es war, wie ein Handwerksbetrieb, auf reine Kundenproduktion, d. h. auf die Erteilung von Aufträgen eingestellt. Auch das für die Glashütte benötigte Brennmaterial war in der waldreichen Umgebung Benediktbeurens reichlich vorhanden und konnte durch Flößung direkt bis in den Holzgarten des ehemaligen Klosters geschwemmt werden. Außerdem wollte er die öden Klosterzellen wieder bevölkern und beweisen, daß auch auf dem flachen Lande Fabrikunternehmungen lebenskräftig seien. 1) Schon Jahre vorher hatte er bei seinen Forstinspektionsreisen Gelegenheit gehabt, Glashütten zu besuchen und sich über deren Arbeitsweise zu unterrichten. 2)

In der Lebensgeschichte Fraunhofers schreibt Utzschneider über den Gründungsakt wie folgt: 3) "Um der optischen Anstalt in Benediktbeuren mehr Festigkeit zu geben, und Herrn Fraunhofer eine sichere Existenz zu verschaffen, schlug ich vor, ein eigenes Institut für die Optik allda zu errichten. Der Gesellschaftsvertrag kam auch am 7. Februar zwischen mir, Reichenbach und Fraunhofer zu Stande. Herr Mechanikus Sigismund R. Blochmann wurde aus dem mathematisch-mechanischen Institut durch eigenen unterm 15. Februar 1809 mit ihm abgeschlossenen Vertrag gleichfalls dahin versetzt, um den mechanischen Teil der optischen Anstalt allda zu leiten. Herrn Fraunhofers Bestimmung war, den optischen Theil in seiner ganzen Ausdehnung unter seine Aufsicht zu nehmen, das Schleifen der wichtigsten Gläser zu besorgen und die Berechnung der Linsen zu übernehmen. Dem Optiker Guinand war weiterhin die Aufsicht über die Glas-schmelze zu überlassen."

Im Jahre 1809 übersiedelt Fraunhofer nach Benediktbeuren, wo er als Leiter der optischen Werkstätte alsbald mit deren Umorganisation beginnt. Die innere Organisation des Werkes, die Arbeitsteilung und Arbeitsaufgliederung sind als das

- 1) von Marachaux, Kunst- und Gewerbebl. 1816, S. 599, Die Fabrikanstalten des Utzschneider.
- 2) Vgl. S. 29 vorliegender Arbeit.
- 3) Utzschneider, J., Lebensgeschichte Fraunhofers, a. a. O.

Werk Fraunhofers anzusehen. Utzschneider hat nur die Grundorganisation geschaffen. 1811 wurde Fraunhofer dem Guinand als Zuschauer bei den Schmelzarbeiten beigegeben. Utzschneider versprach sich hiervon eine Verbesserung der Flintglasschmelzversuche. Fraunhofer ging an die wissenschaftliche Durchforschung des Produktionsprozesses, denn Guinand arbeitete rein empirisch, und ein großer Teil seiner Schmelzen war nur durch Zufall gelungen. Mit Fraunhofers wissenschaftlich-theoretischer Forschungstätigkeit gewann die Optik erstmals einen unmittelbaren Einfluß auf die Glastechnik. Von nun an waren Glastechnik und Optik nicht mehr getrennt. Die Zusammenarbeit des Wissenschaftlers mit dem Empiriker, des Optikers mit dem Glasschmelzer bildeten die Grundlage für eine Qualitätsarbeit, die das optische Gewerbe der damaligen Zeit vergeblich zu erreichen suchte. Ohne näher auf die technische Seite des Betriebes eingehen zu können, sei nur so viel erwähnt, daß durch die enge Zusammenarbeit zwischen Fraunhofer und Guinand wirklich eine Verbesserung des Schmelzglasverfahrens erzielt worden ist und man schlierenfreies Flintglas herstellen konnte. Doch Fraunhofers Tätigkeit erschöpfte sich nicht in der Leitung der optischen Werkstätte und der Aufsicht über die Schmelzarbeiten. Ebenso bedeutend ist seine Tätigkeit als Erfinder. Er verfeinerte die Arbeitsmethoden durch die Einführung einer Pendelschleifmaschine, einer Poliermaschine, eines Fühlhebels, eines Sphärometers und eines neuen Probierverglasverfahrens zur Prüfung optischer Flächen. 1) Durch diese technischen Neuerungen ging man in der optischen Werkstätte zu einer neuen, zum Teil maschinellen Arbeitsweise über. Auch die Schmelzversuche waren durch eine Reihe Erfindungen, die teils Guinand, teils Fraunhofer machte, bedeutend verbessert worden. Innerhalb weniger Jahre hatte Fraunhofer somit die Grundlage für eine Qualitätsarbeit geschaffen, die die Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung des optischen Institutes war.

Utzschneider übernahm die Organisation des Absatzmarktes. Er brach mit der Tradition des Wanderhandels, der Markt- und Messenbesuche und ging daran, den Ruf des Unternehmens in der wissenschaftlichen Fachpresse bekanntzumachen. 2) Aus den veröffentlichten Preislisten kann man Rückschlüsse auf das Produktionsprogramm ziehen. Es reichte vom Fernrohr, Mikroskop, Theodolit, Prisma bis zum Brillenglas. In München unterhielt J. Lindauer ein Waren-

-
- 1) M. v. Rohr, bezeichnet Fraunhofer als den Schöpfer einer völlig neuen Arbeitsweise, vgl. hierzu Rohr: J. v. Fraunhofer als der Schöpfer der deutschen Feinoptik, Berlin 1926, S. 545.
 - 2) Preislisten finden sich im Kunst- und Gewerbeblatt und in Schuhmachers astronomischen Nachrichten dieser Jahre.

lager und nahm Aufträge für die optische Werkstätte in Benediktbeuren entgegen. Paul Utzschneider, ein Bruder des Joseph Utzschneider übernahm von Saargemünd aus den Absatz nach Frankreich. 1) Die Fraunhoferschen Refraktoren gingen an Sternwarten aller Herren Länder. Auch der Absatz der kleinen Fraunhoferschen Fernrohre nahm ungeahnte Ausmaße an. "Man mußte einen Fraunhofer haben!" 2)

Ebenso bedeutend war auch Fraunhofers wissenschaftlich-forschende Tätigkeit. Er war Mitglied der Akademie der Wissenschaften, und seine Abhandlungen über die Beugung des Lichts und der Spektrallinien interessierten die wissenschaftliche Welt auf das lebhafteste. Viele bedeutende Persönlichkeiten waren Gäste im Utzschneiderschen Haus in Benediktbeuren, um den ungewöhnlichen Mann kennenzulernen. Fraunhofer notierte u. a.: 3) Herzog Dalberg, Prof. Gauss, Graf Montgelas, Graf Arco, Professor Schuhmacher. Utzschneider vermerkt am 15. Juni 1815 in seinem Tagebuch: 4) "Der Kaiser von Rußland besichtigte heute das optische Institut."

1811 nahm Reichenbach als Hauptmann seinen Abschied, um sich ganz seiner Erfindertätigkeit zu widmen. 1814 trennt er das mechanische Institut von dem optischen, um es mit dem Mechaniker Ertl allein fortzuführen. Utzschneider schreibt darüber: 5) "Bis zum Jahre 1814 war Herr Georg von Reichenbach Associé dieses optischen Institutes, nachdem aber derselbe das Verlangen geäußert hat, das mathematisch-mechanische Institut allein zu besitzen, um seinen und seiner Familie Privat-Vorteil und Nutzen mehr zu begründen, wurde der Gesellschaftsvertrag am 7. ten Februar zwischen demselben, Herrn Fraunhofer und mir aufgelöst." Utzschneider schien diese Trennung nicht recht zu sein, in einem Brief vom 31. Dez. 1813 schreibt er u. a.: 6) "Solche Männer, in deren Händen Unternehmungen so gut gedeyhen, sollten sich nach meinen Einsichten nicht trennen, damit die gute Sache nicht leidet".....

Man einigte sich daher auf eine bloß geschäftliche Trennung, Utzschneider liefert weiter das Glas für Reichenbach und bietet ihm nach der Trennung wiederholt seine Freundschaft an. 7) Noch im selben Jahr errichtet Utzschneider zu-

1) Seitz, A., J. v. Fraunhofer und sein optisches Institut, München 1926, S. 30.

2) Seitz, A. a. a. O., S. 58.

3) Deutsches Museum, handschriftliche Notiz Fraunhofers, Akt 5403.

4) Deutsches Museum, Akt Nr. 5184.

5) Deutsches Museum, Akt Nr. 5343.

6) Deutsches Museum, Akt Nr. 6047.

7) Deutsches Museum, Akt Nr. 6055.

sammen mit Liebherr und Werner in seinem Bräuhaus eine eigene mechanische Werkstätte und versucht der Reichenbachschen Werkstätte Konkurrenz zu machen, ohne jedoch dieses Ziel nur halbwegs zu erreichen. Beide Werkstätten waren bekannt für ihre gewissenhafte Ausführung mathematischer Geräte, Theodoliten, Meridian- und Repetionskreisen, Geodäten und Passageinstrumente. Es gab keine Sternwarte, welche nicht eines aus diesen beiden Instituten stammendes Präzisionsinstrument gehabt hätte. Als Reichenbach 1820 zum Chef des Straßen- und Wasserbaues in Bayern ernannt wurde, überließ er sein mechanisches Institut seinem langjährigen Mitarbeiter Ertl. Dieser führte das Unternehmen unter dem Firmennamen Ertl & Sohn weiter. Aus dem Ertlschen Unternehmen ging die Reißzeugfabrik Clemens Riefler-Nesselwang hervor.

Nach der geschäftlichen Trennung von Reichenbach beschloß Utzschneider zusammen mit Fraunhofer das optische Institut in Benediktbeuren allein weiterzuführen. Er schloß mit demselben einen neuen Gesellschaftsvertrag und schreibt darüber: 1) "So schloß ich mit Fraunhofer einen neuen Gesellschaftsvertrag, in demselben ich Fraunhofer ein Kapital von 10 000 Gulden als Einlagefonds schenkte, so daß er bei einem fixen Gehalt neben anderen Vergünstigungen und bei seinem Antheile an der reinen Rente aus dem Ertrag des optischen Institutes für die Zukunft ein von Nahrungssorgen ganz freies Leben gewann."

Von diesem Zeitpunkt an war Fraunhofer in Benediktbeuren Alleinherrscher; denn Guinand, der sich Fraunhofer gegenüber benachteiligt glaubte, hatte Benediktbeuren verlassen und war in die Schweiz zurückgekehrt. Die finanzielle Beteiligung Fraunhofers an dem optischen Institut vermehrte sein Interesse an der Weiterentwicklung desselben und im Jahr 1819 stellte sich dieses als ein weithin bekanntes, blühendes Unternehmen dar.

1819 wurde, da Utzschneider seinen Ratenzahlungen für Benediktbeuren nicht nachkommen konnte, das Gut an den Staat zurückverkauft. Das optische Institut wurde nach München in das Bräuhaus am Maximiliansplatz verlegt, die Arbeiter wurden finanziell entschädigt und abgefunden, zum größten Teil aber mit nach München genommen, im Jahr 1819/20 wurden in München etwa 40 Arbeiter beschäftigt. 2)

Die Glasschmelze blieb wegen der Öfen und der leichten Beschaffung des Heizmaterials weiterhin in Benediktbeuren. Auch die Schreinerei, Schleifmittelanstalt sowie die Pottaschenfabrikation blieben im Utzschneiderschen Besitz. Auch

- 1) Utzschneider, J., Lebensgeschichte Fraunhofers. Deutsches Museum, Nr. 5343.
- 2) Kunst- und Gewerbeblatt 1819, S. 31.

gedachte er einige Handarbeiten weiterhin dort ausführen zu lassen. So wurden die Schraubenbolzen für die Refraktorenfassungen von einem Benediktbeurer Schmied hergestellt, die Schreinerei übernahm weiterhin die Holzfassungen der Fernrohre, deren Hüllen als Heimarbeit unter die Benediktbeurer Bevölkerung vergeben wurden. Auch einfache Brillengläser wurden noch auf hausindustriellem Wege in Benediktbeuren hergestellt, als das Institut schon längst in München war. 1) Der Verkehr zwischen Benediktbeuren und München ließ sich mit Botenfuhrwerk an einem Tag leicht bewältigen. Für die Entwicklung des Absatzmarktes war die Verlegung des Institutes nach München äußerst günstig. Wie bei jeder Auftragsproduktion will der Kunde sich möglichst persönlich von der gewünschten Ausführung überzeugen und sucht daher Kontakt mit der Produktionsstätte. In München, dem Sitz der Wissenschaften, fand daher das optische Institut eine wirkliche Heimstätte.

Bis 1826 hatte Fraunhofer die Leitung des Münchener Institutes inne, dann begann er zu kränkeln, und es gab keinen Zweifel mehr; er war unheilbar an Tuberkulose erkrankt. Einige Monate später machte der Tod seinem unermüdlichen Schaffensdrang ein Ende. Utzschneider setzte dem viel zu früh Verstorbenen einen Grabstein mit der Inschrift: *approximavit sidera!*

Nach Fraunhofers Tod war es für Utzschneider sehr schwierig einen würdigen Nachfolger zu finden. Es gingen Gerüchte, daß mit Fraunhofer der Geist des optischen Institutes zu Grabe getragen worden sei und daß er auch das Geheimnis der Flintglasherstellung mit sich ins Grab genommen hätte. Utzschneider sah sich daher gezwungen, im Interesse des Rufs des optischen Institutes zu diesen Gerüchten Stellung zu nehmen. In der Augsburger Zeitung erschien folgender Artikel von ihm: 2) "Wenn einige des Glaubens sind, daß mit Fraunhofer der Geist des optischen Institutes mit zu Grabe ging, so irren sie sich. Fraunhofers Geist ist noch am Leben und in voller Tätigkeit. Wenngleich der Geheime Rath von Utzschneider schon 63 Jahre alt ist; so ist derselbe noch in jugendlicher Kraft und wird - eingeweiht in das Geheimnis der Flint- und Crownglaserzeugung - bey seinem allgemein anerkannten Patriotismus und bey seiner Vorliebe für Kunst und Wissenschaft nichts unterlassen, die Kunst der Flint- und Crownglaserzeugung auf einen jungen Bayer zu übertragen, so daß dieselbe niemals mehr

1) vgl. hierzu Seitz, A., a. a. O., S. 70.

2) Deutsches Museum, Nr. 7437, handgeschriebener Entwurf, der am 18. Aug. 1826 in der Allg. Augsburger Zeitung erschien.

verloren gehen kann." 1) Dieses Gerücht hatte in der Tat sehr nachteilige Wirkungen ausgeübt. Sprunghaft hatten nach Fraunhofers Tod die Bestellungen aufgehört und Utzschneider brauchte zwei Jahre, bis er den Fortbestand des optischen Institutes wieder gesichert hatte. 2)

Nach Fraunhofers Tod wollte Ludwig I. das Institut in Staatsbesitz bringen, aber Utzschneider wollte das gutgehende Unternehmen nicht aus der Hand geben, zumal er durch seine übrigen finanziellen Unternehmungen stark in Anspruch genommen war. Es war nicht leicht, einen ebenbürtigen Ersatzmann zu finden. Eine Zeitlang dachte Utzschneider an C. Steinheil, der damals Verwalter der physikalisch-mathematischen Sammlungen war und sich später so große Verdienste auf dem Gebiete der Telegraphie erwarb. Aber Steinheil verlangte ein Laboratorium für seine Forschungsaufgaben, um privaten Neigungen und Interessen nachgehen zu können. Utzschneider war aber keineswegs mehr geneigt 3) - oder nicht mehr in der Lage - diesem Sonderwunsch Steinheils nachzukommen oder ihm eventuell Mittel für seine Versuchstätigkeit zur Verfügung zu stellen. Auch war Steinheil in seiner Willensstärke wohl nicht der Mitarbeiter, den Utzschneider gebrauchen konnte. Utzschneider liebte Mitarbeiter, die sich ihm unterzuordnen wußten, die ihm irgendwie verpflichtet oder von ihm abhängig waren. Deshalb konnte er sich nicht mit starken Persönlichkeiten, wie Reichenbach, verstehen.

Nur eine im Betrieb gründlich geschulte Persönlichkeit sollte die Nachfolge Fraunhofers antreten. Dabei fiel Utzschneiders Wahl auf den Mechaniker Georg Merz, der als zehnjähriger Schürbube in Benediktbeuren in seine Dienste getreten war und seither einer seiner besten Mitarbeiter geworden war. Georg Merz, der sich sein Grundwissen auf der Abendschule im Kloster Benediktbeuren erworben hatte, war vor allem Empiriker und genoß als solcher im Institut große Anerkennung. Utzschneider, der gewisse Zweifel über den Wissensstand seines Mitarbeiters hegte, ließ diesen, bevor ihm die Nachfolgerschaft endgültig übertragen wurde, eine Prüfung ablegen, in der er die von Utzschneider gestellten Fragen beantworten mußte. Diese Prüfung fiel zur Zufriedenheit Utzschneiders aus, und im Jahre 1832 übernahm Georg Merz die Leitung des optischen Instituts in München und

- 1) 1826 übergab Utzschneider sämtliche Originalschriften das Glasgeheimnis betreffend dem Bay. Geheimen Hausarchiv zur Aufbewahrung. Sie sollten so für Bayern gesichert und nur dann entsiegelt werden, wenn das Münchener Institut nicht mehr im Stande sei, Glas zu schmelzen.
- 2) Deutsches Museum, Akt. Nr. 7346.
- 3) Vgl. hierzu Deutsche Optische Wochenschrift 1929, S. 56, die eine Aufzählung der von Utzschneider getragenen Versuchskosten bringt.

der Glashütte für optisches Glas in Benediktbeuren. Bis kurz vor seinem Tode bleibt Utzschneider jedoch Leiter des kaufmännischen Teils des Unternehmens und erst 1839 verkauft er die optische Werkstätte an G. Merz, der seinen Mechaniker Mahler als Teilhaber aufnimmt. Das Optische Institut Merz & Mahler arbeitet mit den von Fraunhofer geschaffenen Einrichtungen weiter. Auch sie halten weiterhin am Glasmonopol fest und sehen von einem Handel mit optischem Glas ab. Die von Fraunhofer eingeführte Arbeitsteilung bleibt bestehen; die wissenschaftlichen Arbeiten führt der Astronom Clausen aus, die optische Seite des Betriebes übernimmt Merz und Mahler leitet den mechanisch-technischen Zweig des Unternehmens. Das Festhalten an historischen Formen, vor allem an der Geheimhaltung des Glasmonopols, hat eine gewisse Starrheit in die Betriebsführung gebracht, der Betrieb wird unelastisch und paßt sich den Forderungen der Neuzeit nicht genügend an. C. A. Steinheil wäre der Mann gewesen, der in Fraunhofers Geist das Institut hätte weiter führen können. Erst Jahre später gründet Steinheil 1855 in Schwabing ein eigenes, den Forderungen der Neuzeit entsprechendes Institut: Steinheil & Söhne, das den Ruf Münchens als Sitz der Feinmechanik und Optik weiter aufrechterhalten sollte.

Wenn man nun die Verdienste Utzschneiders bei der Gründung der optischen und mechanischen Werkstätte würdigen will, so muß folgendes festgehalten werden: Das Dreigestirn. Utzschneider, Reichenbach und Fraunhofer ist unauflöslich mit der Entwicklung neuen technischen Lebens in Bayern verbunden. Seine Institute bewirkten eine Belebung des Gewerbefleißes in München und Benediktbeuren. Viele andere Betriebe gingen mittel- und unmittelbar aus seinen Instituten hervor. Das optische Gewerbe beginnt aus seiner Stagnation zu erwachen und sich in internationale Austauschbeziehungen einzuschalten. So wie früher der Salzhandel die Stadt München bekannt machte oder die Tuchindustrie des 18. Jahrhunderts den Namen der Stadt München verbreitete, so tragen am Anfang des 19. Jahrhunderts die Refraktoren aus dem optisch-mechanischen Institut den Namen der Stadt in alle Welt. Die astronomisch-physikalischen Präzisionsinstrumente und Fernrohre gingen an deutsche und ausländische Höfe und an alle Stätten der Wissenschaft: Oxford, Paris, Madras, Mexiko, Greenwich, Lissabonn, Rom, Washington, Christiana, Bonn, Berlin und München. Durch diese Austauschbeziehungen beginnt das Münchener optische Gewerbe sich einem größeren Rahmen einzufügen, der Volkswirtschaft. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Utzschneiderschen Institute ist zuletzt darin zu sehen, daß diese Unternehmen mit den Grundstock bildeten für mehrere, teilweise zu großer Blüte gelangten

Betriebe der optischen Industrie. 1) Aus dem Utzschneiderschen Institut sind hervorgegangen: 2)

Merz & Mahler, optische Werkstätte,
Werner & Liebmann, mechanische Werkstätte,
C. Stollenreuther, Werkstätte für physikalische Apparate,
J. Niggli, optische Werkstätte,
Böhm & Wiedemann, feinmechanische Instrumente.

Stollenreuther war bei Utzschneider und Fraunhofer beschäftigt gewesen, bei ihm erhielt ein G. Wiedemann seine Ausbildung, der später die Firma Böhm & Wiedemann mitbegründete. Indirekt ist aus dem Utzschneiderschen Institut auch die Firma Steinheil & Söhne hervorgegangen. Steinheil wurde 1852 aus Wien von König Maximilian nach München zurückgeholt 3) und gebeten, zur Aufrechterhaltung der von Fraunhofer und Utzschneider geschaffenen Tradition, eine optische Werkstätte zu gründen. Aus dieser Werkstätte gingen wiederum größere und kleinere Institute hervor, die keine größere Bedeutung erlangt haben. Aus der Firma Ertl und Söhne ging die Reißzeugfabrik Clemens Riefler hervor. Schüler und Mitarbeiter der Utzschneiderschen Institute gingen von München aus in andere Städte im In- und Ausland. Die Anstalten sind zu einer Pflanzschule für Optiker und Feinmechaniker in Bayern geworden. Außerhalb Bayerns entstehen neue optische Werkstätten, von denen die bedeutendsten sind:

J. F. Voigtländer, Wien ,
G. Plössl, Wien ,
Pistor & Martins, Berlin ,
Carl Zeiss, Jena ,
Sendlinger optische Glaswerke 4) .

Es ist Utzschneiders Verdienst, Fraunhofers großes Talent erkannt zu haben. Er hat Fraunhofer auf die Bahn eines wissenschaftlich fundierten Optikers gelenkt. Was Reichenbach und Fraunhofer für die Entwicklung der deutschen Optik und

- 1) Von den übrigen Betrieben der optischen Industrie seien noch erwähnt: Brandner-Augsburg, die Nürnberger Brillenmacher und die Rathenower optische Anstalt (gegründet 1800). Vgl. auch die Denkschrift zum 100jährigen Jubiläum der Rathenower optischen Industrieanstalt, Berlin 1900.
- 2) Vgl. hierzu auch Voit, E., Feinmechanik in Bayern, München 1906, S. 181.
- 3) Steinheil war nach Wien gegangen und hatte sich auf dem Gebiet des Telegraphenwesens bedeutende Verdienste erworben.
- 4) Dieser Betrieb übersiedelt am Ende des 19. Jahrhunderts nach Berlin.

Feinmechanik Großes leisteten, ist zwar ihr eigenes Werk und begründet ihren eigenen Ruhm, aber ohne Utzschneiders finanzielle Unterstützung hätten sie das Los so vieler Erfinder geteilt: ihre Erfindung nicht auswerten zu können. Utzschneider, der selber auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet unproduktiv war, kam durch diese beiden Männer zu einem größeren Ruhm als ihm seine gesamte übrige Tätigkeit je eingebracht hätte. Durch die Zusammenführung von Glas-technik und wissenschaftlicher Optik, durch den vertikalen Produktionsausbau 1) und durch die Abkehr von der traditionellen Optikerausbildung auf handwerklicher Grundlage, durch die Schaffung einer wissenschaftlichen Ausbildungsmethode der Glaserlehrlinge schuf er die die Entwicklungsbedingungen der Instrumentenoptik, der Feinmechanik. "Diese Tatsachen in ihrer vollen Tragweite erkannt zu haben", so schreibt Stahl 2) "ist das Verdienst Utzschneiders, der damit über den Rahmen seines eigenen Unternehmens hinaus für die Entwicklung der deutschen optischen Industrie maßgebend geworden ist."

Utzschneider brachte auch große finanzielle Opfer für die Unterhaltung der Glasschmelzversuche, die kein zweiter Unternehmer seiner Zeit auf sich genommen hätte. M. v. Rohr 3) beziffert seine Versuchskosten auf 80 000 Gulden. Eine für die damalige Zeit beträchtliche Summe! Überall, wo Schmelzglasversuche unternommen worden waren, in England, Frankreich und Preußen, hatte der Staat einen Teil der Versuchskosten auf sich genommen oder die Forscher durch Prämien unterstützt. Utzschneider trug seine sämtlichen Kosten allein. Fast seine ganzen Gewinne aus seiner gutgehenden Lederfabrik steckte er in seine Schmelzversuche. Man kann verstehen, daß Utzschneider und seine Nachfolger das Glasmonopol deshalb nicht preisgeben wollten. Die meisten Länder mußten erst eine Glasschmelze entwickeln, und es war nur eine Frage der Zeit bis sie die Entwicklung der Benediktbeurer Hütte eingeholt hatten. So konnte Utzschneider sich nur einer kurzen Zeit seines Monopols erfreuen.

1) Stahl, W., a. a. O., S. 128. Durch die Schaffung der Glashütte und deren Angliederung an das optische Institut war Utzschneider vom Rohstoff Glas unabhängig geworden. Er hat zum erstenmal in der optischen Industrie den vertikalen Produktionsaufbau verwirklicht. Dieselbe Organisationsform gebrauchte E. Abbe bei der Verbindung des Glastechnischen Laboratoriums Schott und Genossen und der optischen Werkstätte Carl Zeiss. Die Entwicklung dieser Firmen geht zum Teil auf diese Organisationsform zurück.

2) Stahl, W., a. a. O., S. 128.

3) Rohr, M. v., Forschungen zur Geschichte der Optik, I. Band 1928, S. 84.

Es darf im Rahmen dieser Arbeit nicht unterlassen werden, darauf hinzuweisen, daß Utzschneiders Wahrung der Monopolstellung auch gewisse nachteilige Folgen für die deutsche Volkswirtschaft hatte. Utzschneider, der die Lieferung von Flintglas nur auf seine und Reichenbachs Werkstätte begrenzt hatte, sorgte dafür, daß die Produktion begrenzt blieb und kein überflüssiges optisches Glas in den Handel gelangt. Die übrigen bayerischen und nichtbayerischen optischen Institute konnten sich deshalb nicht an die Glashütte in Benediktbeuren wenden und gaben ihre Aufträge ins Ausland und förderten so die dortigen Glasschmelzen. In der Schweiz hatte Guinand, nachdem er 1814 Benediktbeuren verlassen hatte, eine eigene Glashütte gegründet, 1) die nach seinem Tod im Jahre 1824 von seiner Witwe weitergeführt wurde. Ein Sohn Guinands ging nach Frankreich und gründete dort eine optische Glashütte, die rege staatliche Förderung fand. Einer der Mitarbeiter Guinands, Bontemps, brachte die Kunst des Schmelzens optischen Glases nach England und führte bei der Firma Chance Brothers, Birmingham, die noch heute zu den größten englischen Firmen auf diesem Gebiet zählt, die Glasschmelze nach Guinands Rezept ein. Nur Deutschland blieb zurück. Die Unternehmen der deutschen optischen Industrie waren von den Ländern abhängig geworden, deren Konkurrenz Utzschneider mit seinem Monopol ausschließen wollte. "Darin liegt eine gewisse Tragik, in der Auswirkung der Utzschneiderschen Geschäftstaktik, die Utzschneider selbst wohl am wenigsten erwartet und in diesem Sinne gewünscht hätte." 2)

Auch nach Utzschneiders Tod im Jahre 1840 hielten seine Nachfolger, Merz & Mahler, noch streng an ihrem Glasmonopol fest, produzierten nur eine beschränkte Menge optischen Glases und schlossen den Glashandel aus ihren Berechnungen aus. Weil sie sich der neuen Zeit nicht anpassen wollten, nahm der Glashandel neue Wege und suchte sich auch in Deutschland eigene Bezugsquellen. So belieferte z. B. die Oberpfälzer Glasschleiferei verschiedene Nürnberger und Fürther Unternehmen, die Rathenower optische Industrieanstalt schloß sich unter Friedrich Busch 3) an mitteldeutsche Glaswerke an. So erwarb sich F. Busch große Verdienste bei der Schaffung des Jenaer optischen Glaswerkes, Schott & Gen. Das Benediktbeurer Hüttenwerk wurde bereits um die Mitte des vorigen Jahrhunderts aus dem internationalen Wettbewerb ausgeschaltet. Wie leicht hätte Benediktbeuren als eine, alle deutschen Optikerorte beliefernde Glashütte aufblü-

1) Guinand hatte unter Verzicht auf seine jährliche von Utzschneider zu zahlende Pension in Höhe von 800 Gulden erreicht, daß dieser ihn von der Geheimhaltungspflicht der Glasschmelze entbunden hatte.

2) Stahl, W., a. a. O., S. 156.

3) Neue Deutsche Biographie, III. Bd., S. 61.

hen können, wenn man von dem Gedanken des Monopols abgegangen wäre.

Die Optiker Wiens, Berlins, Braunschweigs etc., deckten ihren Bedarf im Ausland oder schufen sich eigene inländische Zulieferbetriebe. Dadurch gingen dem Benediktbeurer Werk bedeutende Aufträge verloren. Auch englische Glashütten belieferten deutsche Institute und zogen ihren Gewinn daraus. Benediktbeuren verlor bald jegliche Bedeutung. 1844 werden die Vorräte der Glashütte in München öffentlich meistbietend versteigert, die 11 Glasschleifer finanziell abgefunden und der Betrieb eingestellt. 1) So endigt Utzschneiders optische Glasschmelze, die unter Fraunhofer so hoffnungsreich begonnen hatte.

3) Die Utzschneidersche Tuchfabrikation.

Nach seiner Entlassung im Jahre 1814 findet Utzschneider wieder genügend Zeit, um seinen privaten Neigungen nachzugehen. 1815 gründet er eine Reihe von mehr oder weniger bedeutenden Unternehmungen, von denen die Tuchfabrik die bedeutendste ist. Mit einer nochmaligen finanziellen Unterstützung der Kurfürstinwitwe Maria Leopoldina von Bayern kann er ein Bräuhaus, "Zum Utzschneider", errichten, dessen jährliche Biererzeugung zwischen 24 000 und 29 000 Eimern schwankt und dessen Lokalitäten sich eines regen Besuches erfreuen. Außerdem befinden sich noch im Bräuhausgebäude eine Essigfabrik, in der vorzüglicher Geistessig hergestellt wird, eine Tabakfabrikation, eine Glasmalerei und eine lithographische Anstalt. 2) Die Errichtung einer Flachsspinnerei ist geplant, Reichenbach ist mit der Konstruktion der Spinnmaschinen beauftragt. 3) Im Walde von Haching legt er einen Eichenwald zur Lohegewinnung, im Bräuhausgarten eine Tabak- und Rapspflanzung, im Armenhaus am Anger eine Wollspinnerei an. Wie ausgefüllt sein Tageslauf war, verrät eine Tagebucheintragung vom 1. Dez. 1816: 4)

"Privatgeschäfte, Correspondenz, Wiederholung einiger mathematischer Lehrsätze, Sprachstudien, Kirchgang, Bräuhaus, mechanische Werkstätte, Mahlerei, Tuchfabrik, nachmittags nach Giesing, Anordnung der Kartoffelzufuhr nach München für die Armen, abends durchdachte ich meinen Lebensplan für die Zukunft,

Staatsarchiv, M. H. 5972, Akt Benediktbeuren-Glashütte.

Deutsches Museum, Tagebuch v. 8. Jan. 1816, Nr. 5185.

Deutsches Museum, Tagebuch aus dem Jahre 1815, Nr. 5184.

Deutsches Museum, Tagebuch Nr. 5185.

durch meine Tätigkeit sollen viele Menschen leben, in 15 Jahren werde ich schuldenfrey seyn, wenn meine Geschäfte so fortgehen. Dann werde ich jährlich einen bedeutenden Teil meiner jährlichen Rente zu Stiftungen verwenden, so daß, wenn ich noch 30 Jahre leben werde, ich im Stande seyn kann, 200 bis 300 000 auf Stiftungen zur Wohltätigkeit und Ausbildung der Menschen zu verwenden." Er schließt: "Ich will meinen Nebenmenschen nützlich sein!"

Aus seinen Tagebüchern geht weiter hervor, daß er auch seine wissenschaftlichen Studien neben seiner praktischen Tätigkeit nicht vergaß. 1) So zeichnete er jedes Buch auf, das er gelesen hatte: Thaers rationelle Landwirtschaft, Christs Bienenstaat, Cooks Reise um die Welt, Humboldts Reiseberichte, Robertsons Entdeckung Amerikas, Ciceros Briefe, Zschokkes Geschichte Bayerns, Görres Deutschland und die Revolution etc.

Sein Hauptinteresse gilt aber in dieser Zeit seiner Tuchfabrikation, jahrelang hat er Erhebungen gemacht, Beratungen gepflogen und Kapitalgeber gesucht. Jetzt, 1815, scheint sich sein Lieblingsprojekt zu verwirklichen. Für die Belebung dieser Industrie in München hat niemand mit so viel Zähigkeit und Ausdauer gearbeitet wie der Geheime Rat von Utzschneider! 2)

Bevor seine Tuchfabrik näher behandelt wird, soll jedoch ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung dieses Gewerbebezweiges in Bayern und München geworfen werden.

Im Mittelalter stellte sich das bayerische Tuch- und Loderergewerbe als ein blühendes, wohlgeordnetes Gewerbe dar. Im 16. Jahrhundert trieben bayerische Kaufleute lebhaften Handel mit inländischen Tuchen nach Tirol und Italien. Im Herzogtum Bayern und der Oberpfalz zählte man damals rund 900 Tuchmacher, 3) deren Erzeugnisse auch in den Reichsstädten sehr gesucht waren. Die Organisation war die zünftlerische. In München, Landshut, Ingolstadt, Amberg, Straubing, Braunau und Erding befanden sich starke Zünfte. Erding trieb bis ins 18. Jahrhundert hinein lebhaften Handel mit Österreich und der Türkei. In München nahm die Handelskompagnie Füll & Götz den 114 Loderern fast ihre gesamte Produktion ab, um sie in einer Höhe von etwa 9000 Stück auf den Hauptstapelplatz Bozen zu führen.

1) Deutsches Museum, Nr. 5184/85.

2) Bauernfeind, a. a. O., S. 34.

3) Kreuter, B., Beiträge zur Geschichte der Wollengewerbe in Bayern im Zeitalter des Merkantilsystems. a. a. O., S. 236.

Aber diese Blüte dauerte nicht lange. Die schlimmsten Zerstörungen richtete der 30jährige Krieg an. In München arbeiteten von den 20 Tuchmachern im Jahre 1620 noch 10 und von den 114 Loderern im Jahre 1620 noch 46 im Jahr 1649. 1) Die Nachbarländer Bayerns verarbeiten jetzt ihre eigene Wolle anstatt sie auszuführen. In Sachsen kam nach dem 30jährigen Krieg die Tuchindustrie in Aufschwung und böhmische Wolle ging nach Sachsen. Die merkantilistische Politik des 18. Jahrhunderts versucht zwar die Einfuhr von Wolle nach Bayern auf jede Weise zu begünstigen und die Ausfuhr dieses wichtigen Rohstoffes zu verhindern, 2) aber die sächsischen und böhmischen Tuchmacher sind zu einer gefährlichen Konkurrenz geworden. Die Vorliebe der bayerischen Bevölkerung für ausländische Tuche, die fast jeder inländische Händler verkaufte, trug mit dazu bei, daß das Tuch- und Loderergewerbe als aussterbendes Gewerbe galt. Selbst die vom Staat erlassenen Kleiderordnungen, wonach man sich nur mit bayerischen Tuchen kleiden sollte, konnten daran nichts ändern.

Im 18. Jahrhundert geht der Staat an die Wiederbelebung der Tuchindustrie. Im Sinne des Merkantilismus entstehen verschiedene staatliche Regiebetriebe. 1679 gründete der Kurfürst Max Emanuel in der Au in München die Tuchfabrik Au. Es wurde die Wolle aus den kurfürstlichen Schäfereien verarbeitet und sie beschäftigte fast sämtliche Wollarbeiter Münchens und Umgebung. Sie stellte Tuche, Zeuge, Strümpfe vor allem für die kurfürstliche Armee her, verkaufte aber auch an private Kunden. 1689 wurde wiederum auf Staatsinitiative eine Tuchhandelskompagnie gegründet, die der Unterstützung der heimischen Industrie dienen und überall Niederlagen errichten sollte. Der gesamte Tuchhandel in Bayern wurde ihr übergeben und die bayerischen Tuchmacher wurden angehalten, ihre Stoffe an die Handelskompagnie abzuliefern. Doch dieses Tuchhandelsmonopol wurde bereits nach einigen Jahren wieder aufgelöst. Man hatte festgestellt, daß sie vorwiegend mit ausländischen Stoffen handelte und somit nicht den beabsichtigten Zweck - Förderung der einheimischen Industrie - erfüllte.

In Landshut wurde 1762 die kurfürstliche Land-Manufaktur von Wollenerzeugnissen gegründet, für die eine in Tirschenreuth befindliche Faktorei den Wollkauf und den Verkehr mit den für die Landshuter Manufaktur arbeitenden Zeugmachern vermittelte. 3)

In München bestand neben der Landshuter Manufaktur noch eine von Max Joseph gegründete Tuchfabrik, die nicht mit derjenigen in der Au zu verwechseln ist.

1) Kreuter, B., a.a.O., S. 249.

2) Erinnert sei an die wiederholt ergangenen Wollausfuhrverbote.

3) Kreuter, B., a.a.O., S. 295, berichtet über dieses Verlagssystem.

Sie war an den Hofkammerrat Werle verpachtet und wurde nach dessen Tod (1769) wieder staatlicher Regiebetrieb. Da die Landshuter Fabrik nicht gut gedieh, wurde sie 1770 mit dem Münchener Manufakturbetrieb vereinigt. Doch brachte diese Fusion keine Besserung der wirtschaftlichen Lage. Die Zeit der merkantilistischen Ideen war vorüber und der Staat suchte einen Käufer. 1773 übernahm eine Wiener Firma, Schmalz & Fehr, für 24 000 fl. die Unternehmen in München und Tirschenreuth. 1) Die Tirschenreuther Meister und Arbeiter wurden teils mit Freimeisterstellen bedacht, teils nach München gebracht oder abgefunden.

Die Lage des Münchener Tuchgewerbes am Anfang des 19. Jahrhunderts sah fordermaßen aus: Das Münchener Tuchmacher- und Lodergerbe war durch den 30jährigen Krieg weit zurückgeworfen worden. 1802 arbeiteten noch 40 Tuchmacher und 17 Loderer. Dagegen besaß München im Jahr 1626 106 Tuchmacher und 114 Lodenweber. 2) Das Tuchgerbe galt als aussterbendes Gerbe und eine Wiederbelebung dieser einst blühenden Kunst erwies sich als notwendig.

Die Gründe, die Utzschneider dazu bewogen haben, sich näher mit der Tuchfabrikation zu befassen, gehen aus einem Brief hervor, den er am 21. Februar 1816 an den König Maximilian schrieb und in dem er um die Erteilung einer Tuchfabrikkonzession nachsucht. : 3)

"Seit 15 Jahren gab ich mir alle erdenkliche Mühe, im Fabrik und Manufakturgerbe etwas zu leisten, und dadurch meinem Vaterland nützlich zu seyn. Ich habe aber noch einen großen Industriezweig vor mir, der mich schon mehrere Jahre beschäftigt, und dem ich nun gewachsen zu sein glaube, das ist die Fabrikation der Tücher. Die bayerische Nation kleidet sich noch größtentheils mit ausländischen Tüchern. Viele hunderttausend Gulden gehen dafür ins Ausland, nicht einmal die veredelte bayerische Schafwolle findet im Inland noch Absatz, so daß mehrere Landwirte bedauern, bessere Schaf-Racen auf ihren Landgütern mit großem Aufwand eingeführt zu haben." 4) Und an einer anderen Stelle heißt es: "In Bayern haben die Privaten noch zu wenig auf die Tuchfabrikation verwandt, die bestehenden Tuchmacher sind noch zu wenig mit einigen Vorrichtun-

1) Kreuter, B., a. a. O., S. 294.

2) Müller, Christian, München unter König Maximilian Joseph, Mainz 1816, S. 113.

3) Akt Utzschneidersche Tuchfabrik betr. Staatsarchiv M. H. 5763.

4) Auch Utzschneider hatte in Obergiesing mit großem Aufwand die Zucht von Merinoschafen eingeführt.

gen bekannt, welche der ausländischen Tuchmanufaktur sehr großen Vorschub gaben. 1) Die wenigen Jahre, welche ich noch zu leben habe, will ich mich vorzüglich allgemein nützlichen Industriezweigen widmen. Mit Geld und einigen guten Freunden unterstützt, 2) will ich mich nun auch noch an die für mein Vaterland so wichtige Tuchfabrikation wagen. Die Stadt München würde dabei nicht unbedeutenden Arbeitsverdienst haben und ich würde die Tuchmanufaktur im Garten des Staatscassiers von Ertl vor dem Einlaßthor anlegen. "

Utzschneider wollte mit seiner Tuchfabrik die Vorherrschaft der ausländischen Tuche in Bayern brechen und gedachte sie als einen Musterbetrieb anzulegen, der allen Unternehmen dieser Art in Bayern als Beispiel dienen sollte. Dieser Gedanke findet sich in einem Brief vom 12. Juli 1820 an den König. 3) "..... ich unternahm es auch, eine Tuchmanufaktur in Bayern zu etablieren, um den Beweis abzulegen, daß diese Art Fabrikation auch bey uns gedeihen könne. Viele Millionen Gulden gehen für Tücher jährlich ins Ausland, an Arbeitslohn wäre schon außerordentlich viel gewonnen, wenn dieser von uns verdient würde. Man jammert über Gewerbelosigkeit in Bayern, während wir alles, womit wir uns kleiden, vom Ausland beziehen. Ich wollte mit meiner

- 1) Er meint wahrscheinlich die Erfindung der Cockerillspinnmaschine in England, die auf die Entwicklung der Spinntechnik großen Einfluß hatte.
- 2) Wie aus Utzschneiders Tagebuchaufzeichnungen aus der Zeit von 1815 - 1817 zu entnehmen ist, sind seine "guten Freunde" die Bankiers Spiro und Nocker sowie der Münchener Großkaufmann Dall' Armi, der zu den bedeutendsten Vertretern des Münchener Bürgerstandes um 1800 gehörte. Dieser Trienter Kaufmannssohn erwarb durch Heirat die Handelsgerechtigkeit des F. X. Nocker, erwarb eine Tuchhandelsgerechtigkeit, wurde Obervorsteher des Münchener Handelsstandes und besaß in München einen blühenden Kolonialwarenhandel und unterhielt Handelsbeziehungen mit Amsterdam, Hamburg, London, Straßburg, Venedig etc. Vgl. Neue Deutsche Biographie, 3. Bd., 1957, S. 491. Dall' Armis Verdienste auf dem Gebiet des bayerischen Handels wären einer näheren Untersuchung wert. So war er der Gründer der von 1795 bis 1800 in München bestehenden bayerischen Getreidemagazingesellschaft, Administrator der 1800 gegründeten Salzhandelsgesellschaft, die den gesamten bayerischen Salzhandel übernehmen sollte, praktisch aber nicht mehr wirksam wurde und rief 1803 eine bayerische Handelsgesellschaft ins Leben.

Tuchmanufaktur den Anfang machen und stelle sie als eine Schule für die Tuchfabrikation in Bayern auf, die mit allen auswärtigen Konkurrenz halten kann und von der ich überzeugt bin, daß sie viel Leben unter uns verbreiten kann."

Diese beiden Briefe mögen genügen, um zu beweisen, daß nicht Gewinnstreben oder Eigennutz die allein bestimmenden Richtpunkte des Utzschneiderschen Verhaltens waren und daß er nicht von der Leidenschaft ergriffen war, mit seiner Tuchfabrik möglichst viel Geld zu verdienen und einen hohen Gewinn zu erzielen. Zumindest wußte er diese Absicht geschickt zu verbergen, indem er den Nachdruck auf die Betonung des Fortschritts und der Allgemeinnützlichkeits für Bayern legte. Wenn auch eine gewisse Spekulationslust dem Utzschneider nicht abzusprechen ist, so zeigte er sich doch bereit zur Risikoübernahme. Er wußte genau, daß er viel Fremdkapital heranziehen müsse und daß die Zinsen nicht niedrig seien. Die Gründungs- und Entwicklungskosten gedachte er mit seinen Gewinnen aus den übrigen Unternehmungen zu decken.

Zur Errichtung einer Tuchmanufaktur gehören Klugheit, Nachdenken und der Verzicht auf jeglichen Eigennutz. Utzschneider kann seine frühere kameralistische Tätigkeit auch als Privatmann nicht leugnen. Bei der Planung der Tuchmanufaktur ist er in erster Linie Kameralist und nicht Kaufmann.

Doch dieser Widerspruch zwischen Kameralist und Kaufmann löst sich auf, wenn man Utzschneider in der Zeit zwischen 1820 und 1830 in erbittertem Ringen um seine Tuchfabrik sieht. Der ehemalige Kameralist ist zum Kaufmann, zum Finanzmann geworden, der auf immer neue Wege verfällt, um sein Unternehmen aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszubringen. Er ist zum Wirtschaftsführer seiner Epoche geworden, der sich die Entwicklung von neuen Wirtschaftsgebilden innerhalb einer nichtkapitalistischen Wirtschaft zum Ziel gesetzt hat. Deshalb soll im folgenden Kapitel näher auf diese, seine Pläne zur Gründung einer Aktiengesellschaft 1) eingegangen werden. Der Gedanke war nicht neu, in andern Staaten, Preußen, Frankreich, Österreich existierten bereits derartige Gesellschaften. In Bayern waren die Pläne zur Gründung von Aktiengesellschaften noch eine Seltenheit. So war Ende des 18. Jahrhunderts, 1790, die Donaumooskultursocietät, eine Aktiengesellschaft mit 300 000 fl. gegründet worden, deren Kapital vom Kurfürsten und seiner Umgebung aufgebracht worden war. 2) Im Jahr 1819 entwirft der Bankier Schaezler einen Plan zur Gründung einer Aktien-Nationalbank und unterbreitet denselben der Ständeversammlung zur Beratung. 1826 wird die Tuchmanufaktur Memmingen unter Beteiligung des bayeri-

1) nicht zu verwechseln mit dem heutigen Begriff der A. G.

2) Krell, H., Die Besiedlung des Donaumooses. a. a. O., S. 9.

schen Staates in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. 1834 tritt die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank ins Leben. Allen diesen Aktiengesellschaften dieser Epoche ist gemeinsam, daß der Staat bei der Gründung mitwirkte, sei es, daß er Aktien übernahm oder sich als Bürge anbot. Das, was Utzschneiders Pläne von diesen oben erwähnten unterscheidet, ist die Tatsache, daß er eine rein private Aktiengesellschaft - ohne Mithilfe des Staates - gründen wollte. Daß er mit seinen Plänen nicht durchdringen konnte, ist nicht seine Schuld. Sehr bald sollte er einsehen, daß er ohne staatliche Mithilfe scheitern mußte.

Utzschneiders Brief an den König vom 21. Feb. 1816 hatte Erfolg und noch im gleichen Jahre, am 12. Mai 1816, wurde die erbetene Konzession zur Tuchfabrikation genehmigt und in das Münchener Gewerbekataster eingetragen. 1)

Natürlich hatte es vorher verschiedene Schwierigkeiten gegeben. Handelsstand und die Tuchmacher und Lodererzunft erhoben ihre Bedenken. 2) So wiesen die Tuchmacher und Loderer darauf hin, daß bei der augenblicklichen Überschwemmung des Marktes mit ausländischen Tuchen ihr Nahrungsstand bereits sehr stark gefährdet sei und daß das Utzschneidersche Unternehmen diesen Zustand nur noch verschlimmere. Außerdem würde die Tuchmanufaktur für ihren Stand um so nachteiligere Wirkungen haben, als ihnen hierdurch nicht nur der Aufkauf der inländischen Wolle wesentlich erschwert, sondern dieselbe auch stark verteuert würde. Sie befürchteten, daß durch die von Utzschneider eingeführten verbesserten Produktionsmethoden und modernen Maschinen ein weiterer Teil ihres bereits aussterbenden Gewerbes brotlos werden könne. Und zuletzt wiesen sie noch darauf hin, daß Utzschneider mit seinen ausgezeichneten Beziehungen zu den Regierungsstellen einen großen Teil der Militärlieferungen an sich reißen und dadurch ihren Verdienst schmälern würde. Auch die Zunft der Tuchscherer und Schönfärber brachte durchaus eigennützige Motive vor. Sie fühlten sich ebenfalls in der Ausübung ihres Gewerbes behindert; Utzschneider besäße kein Ursprungszeugnis, deshalb sei ihm die Appretur und Färbung der Tuche nicht zu gestatten.

Der Handelsstand der Stadt München versäumte gleichfalls nicht die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß dem Utzschneider zur Fabrikation seiner Tücher das Ursprungszeugnis fehle und daß er nicht die nötigen Kenntnisse besäße, um den ausländischen Tüchern Konkurrenz zu machen, deren Grad an Güte und Feinheit er nie erreichen könne. Außerdem zögen die vornehmen Kreise der Münchener Be-

1) Stadtarchiv, Gewerbekataster CVth/41/IV.

2) Staatsarchiv, M. H. 5763, Die Utzschneidersche Tuchmanufaktur in München.

völkerung die ausländischen Tücher den einheimischen vor, er müsse deahalb von vornherein mit Absatzschwierigkeiten rechnen. Auch die arbeitende Klasse der Bevölkerung sei durch die ansässigen Tuchmacher und Loderer ausreichend versorgt. Überdies seien in Bayreuth, Schwabach, Memmingen und im Strafarbeitshaus in der Au verschiedene Tuchmanufakturen errichtet worden, denen er Konkurrenz machen und mit denen er sich den bayerischen Absatzmarkt teilen müsse. Deshalb müsse man dem Utzschneider bei Verlust seiner Tuchhandelskonzession untersagen, einen Handel mit ausländischen Tuchen zu treiben oder dieselben nachzuahmen. Seine Tuche müßten mit einem Stempel versehen sein, um sie besser von den ausländischen Waren unterscheiden zu können etc.....

Die Wollhändler erhoben den Einwand, daß keineswegs Überfluß, sondern ein großer Mangel an inländischer Wolle herrsche. 1) Durch die Aufhebung der Weidenwirtschaften, der Klosterökonomien und der großen Bauernhöfe habe die Schafzucht in Bayern seit 20 Jahren um 9/10 ihres Bestandes abgenommen. Von einem Wollüberschuß könne keine Rede sein. Außerdem besäße die arbeitende Volksklasse in München genug Gelegenheit, einer nützlichen Beschäftigung nachzugehen und sei nicht auf die Fabrikarbeit des Utzschneider angewiesen. Im übrigen trage die Vermehrung des "gemeinen abhängigen Standes" nicht zum Wohl der Stadt bei.....

Aus all diesen Gründen stellten Zünfte und Handel folgende Forderungen auf:

- 1) Verbot der Errichtung örtlicher Niederlagen ,
- 2) Verbot des Detailverkaufs sowohl in der Fabrik als im eigenen Laden ,
- 3) Verbot des Handels mit ausländischen Tuchen und Kennzeichnung durch Stempel.

Wären Zunft und Handelsstand mit ihren Forderungen durchgedrungen, so hätte Utzschneider vergeblich auf die Erteilung seiner Konzession warten können. Doch das Gutachten der Polizeidirektion fiel günstig für ihn aus. In ihm werden die weithergeholten Beschwerden des Handelsstandes als "Auswüchse eines Krämergeistes" bezeichnet. 2) Sein Gesuch wird befürwortet, "da die Vermehrung der

1) Utzschneider glaubte, daß Wolle ausreichend in der Münchener Umgebung vorhanden sei und daß sich ihre industrielle Verarbeitung lohne. Ein sehr großer Teil der Wolle ging aber ins Ausland, nach Österreich, wo sie unverzollt eingeführt und als feines Tuch wieder eingeführt werden konnte. Der Einfuhrzoll betrug nur 2 1/3 %.

2) Staatsarchiv M. H. 5763.

inländischen Tuchfabrikation bei der bestehenden Einfuhr fremder, besonders österreichischer Tuche, für höchst nützlich anzusehen sei." Loderer und Tuchmacher würden keineswegs brotlos werden, sondern noch ein ausreichendes Auskommen finden, zumal der Fabrikant Utzschneider nur den Absatz im Großen anstrebe und keine Ausschnittsproduktion 1) betreiben wolle. Die Vermehrung inländischer Tuchfabriken sei deshalb nicht nur für München, sondern für alle bayerischen Städte als ein wahres Bedürfnis anzusehen. Dem Utzschneider sei deshalb auch das Recht der örtlichen Niederlagen und des Mundverkaufs 2) gemäß der Verordnung im Regierungsblatt vom 15. Nov. 1802 zuzugestehen. Ihn zu einer besonderen Kennzeichnung seiner Fabrikate zwingen zu wollen, erscheine unbillig gegenüber anderen bayerischen Tuchfabrikanten, dagegen sei der Handel mit ausländischen Tuchen nicht zulässig. Im übrigen berechtiige die Utzschneidersche industrielle Tätigkeit zu den besten Hoffnungen, wenn die Zeit sein Unternehmen begünstige..... "

Der Vorwand, daß Utzschneider nicht genügend Kenntnisse auf diesem Gebiet besäße und daß ihm die dazu nötigen Ursprungszeugnisse fehlten, wurde im Gutachten nicht weiter erwähnt. Seine Verdienste auf verschiedenen anderen Gebieten legten für ihn das beste Zeugnis ab: "da der Fabrikant eigentlich den Kapitalisten vorstellt, so sind encyclopaedistische Gewerbekennntnisse des von Utzschneider und seine bewiesene Handels- und Gewerbebewandtheit vorteilhaftesten Eigenschaften, die von einem Unternehmer dieser Art gefordert werden können."

Utzschneider gedachte noch im selben Jahr mit der Fabrikation zu beginnen, kaufte den Garten des Hofkassierers Ertl vor dem Einlaßtor und begann nach Errichtung eines Betriebsgebäudes die Arbeit mit englischen Spinnmaschinen. Anfangs zeigte der Betrieb einen ruhigen Geschäftsgang, aber 1819 wurden bereits für 30 000 fl Tuche verkauft. 3) Utzschneider ging an die Eroberung eines Absatzmarktes. Zu diesem Zweck wollte er Tuche herstellen, die an Güte und Feinheit neben den ausländischen bestehen konnten. Um seine Tuche überall bekanntzumachen, beschickte er Ausstellungen und Jahrmärkte, auch "Hausierer" stellte er in seine Dienste. Man sollte sich überzeugen, daß seine Tuche jeden Vergleich mit den englischen, französischen und niederländischen Tuchen aushalten konnten. Ausserdem waren sie billiger.

Sein Unternehmen erwarb sich das Verdienst, eine Musterschule für die in Bayern so vernachlässigte Tuchproduktion zu sein. Die aufgestellten Webstühle

1) Meterverkauf.

2) Fabrikverkauf.

3) Kunst- und Gewerbeblatt 1820, S. 43.

waren nach bestem Muster konstruiert, ihre Einrichtung verbessert und vereinfacht worden. Jedermann hatte freien Zutritt in die Fabrikräume, wo er sich von dem technischen Fortschritt persönlich überzeugen konnte. Von einer Geheimhaltung der Tuchfabrikationsmethode sollte abgesehen werden. Utzschneider ist vielmehr darauf bedacht, sie möglichst weit zu verbreiten. Aus Nah und Fern kamen Tuchweber nach München, um die Utzschneiderschen Webstühle zu besichtigen, sich hier ausbilden zu lassen und um die verbesserten Utzschneiderschen Webstühle als Vorbild für die Umänderung ihrer veralteten Modelle zu nehmen. 1)

Im Jahr 1819 veranstaltete der Polytechnische Verein im Zellerschen Kunst- und Kommissionsmagazin 2) die erste Münchener "Kunstaussstellung". Unter den Ausstellern war auch Utzschneider vertreten. Auf dieser Ausstellung war eine Auswahl der besten Gewerbeerzeugnisse Bayerns vertreten. Teppiche aus Nördlingen, Baumwollfabrikate aus Augsburg, Möbelbezüge, Tuche, Seidenstoffe, Kunstmöbel, Steindrucke, Bildhauerarbeiten aus München, Wachstuche aus Haunstetten, Schnitzwaren aus Oberammergau, Peitschenschwingen aus Bayreuth etc. 3) Die besten Erzeugnisse sollten mit Auszeichnungen und Preisen bedacht werden. Die erste Medaille, die der Polytechnische Verein vergab, ging an J. Utzschneider "für seine allgemeinen und umfassenden Verdienste um das Fach der National-Industrie." 4)

(Auch Fraunhofer und Liebherr erhielten Medaillen. Der erstere für seine Flintgläser, der letztere für seine astronomisch-physikalischen Instrumente). Die Utzschneiderschen Tuche konkurrierten mit denen des Strafarbeitshauses, waren aber von der Medaillenverteilung ausgeschlossen; denn an Mitglieder des Zentralverwaltungsausschusses des Polytechnischen Vereins sowie an Staatsfabriken sollten nach der Satzung des Vereins keine Preise gehen. Da Utzschneider Mit-

-
- 1) Kunst- und Gewerbeblatt 1820, S. 43.
 - 2) Zeller hatte eine Art Muster- und Verkaufslager in München. Dorthin sandten viele bayerischen Gewerbebetriebe einige Musterexemplare, Zeller nahm dafür von den Besuchern Aufträge entgegen und leitete diese an die ausstellenden Firmen weiter. Das Wort Kunstaussstellung hat mit dem heutigen Begriff nichts gemein, es wurden keine Gemälde ausgestellt.
 - 3) Kunst- und Gewerbeblatt 1820, S. 56.
 - 4) Ebenda. Nach der Satzung des Vereins waren die Utzschneiderschen Tuche von der Medaillenverteilung ausgeschlossen. Wenn Utzschneider trotzdem die erste Medaille erhielt, so sollten dadurch seine allgemeinen Verdienste nicht seine Tuche gelobt werden.

glied dieses Ausschusses war, gingen seine Tuche bei der Preisverteilung leer aus - obwohl sie vorgeschlagen worden waren.

Doch sollte ihm seine Tuchfabrik mehr Schwierigkeiten, Ärger und Verdruss bereiten als alle seine Unternehmen zusammen. Seine Tucherzeugnisse fanden nicht den nötigen Absatz, seine Gläubiger drängten, seine Guthaben waren eingefroren, so daß er 1818 Benediktbeuren verkaufen mußte. 1) Nach den Hungerjahren 1817-18 herrschte überall Geldmangel, der Bankrott zweier Münchener Bankiers, Spiro und Nocker 2) kostete Utzschneider ein bedeutendes Kapital, die Kurfürstin kündigt ihr Kapital von 35 000 Gulden. 3) Utzschneider, der vorwiegend mit fremdem Geld gearbeitet hatte, sah sich aller Mittel entblößt, die Tuchfabrik krankte an Überinvestition, Utzschneider hatte falsch spekuliert. Die Militärlieferungen bleiben aus, die Betriebskosten sind zu hoch und die Rechnungen sind unbezahlt. Er, dem man die Fähigkeit nachsagte, kraft seines Organisationstalents und seines Finanzierungsgeschickes jederzeit Kapital herbeschaffen zu können, wußte nicht mehr aus noch ein. Er trug sich sogar mit dem Gedanken, einen Teil seiner Unternehmungen durch eine Lotterie veräußern zu lassen; als Hauptgewinn wollte er seine Fabriken einsetzen. 4)

Seine Gegner benutzten seine bedrängte Lage, um ihrem Neid und ihrer Mißgunst Luft zu machen. Überall, wo er seine Tuche zum Verkauf anbieten wollte, stieß er auf Absatzschwierigkeiten, die er anfangs auf die Vorliebe der Bevölkerung für ausländische Erzeugnisse zurückführte, später aber erfuhr er, daß seine persönlichen Gegner, die er sich vor allem während seiner Staatsdienstzeit zugezogen hatte, gut gegen ihn gearbeitet hatten. Durch Verleumdungen, durch Anzweiflung der Güte seiner Tücher suchten sie den Verkauf zu erschweren. 5) Utzschneider erwähnt in seinem Tagebuch die Beschwerden der Münchener Tuchhändler wegen seines Detailverkaufs. 6) Diese hatten sich verabredet, nichts mehr in seiner Fabrik zu kaufen, so daß Utzschneider zum Detailverkauf direkt gezwungen wurde. um die 225 Arbeiter seiner Tuchmanufaktur nicht entlassen zu müssen. Auch die Nürnberger Kaufleute setzten seiner Detailverkaufsorganisation heftigen Widerstand entgegen. Utzschneider hatte von dem

1) vgl. auch S. 159 vorliegender Arbeit.

2) Spiro, ein Jude, und der angesehene Bankier Nocker hatten durch die Entwertung der Lotterielose schwere Verluste erlitten, Hümmert, a. a. O., S. 37.

3) Deutsches Museum, Nr. 5185, Tagebuch v. 29. Dez., 6. Jan., 18. Aug.

4) Kreisarchiv, R. A. 1562/38, das Utzschneidersche Realitätenverlosungsgesuch betreffend.

5) Desberger, a. a. O., S. 23.

6) Deutsches Museum, Nr. 5186.

Niederlagenrecht aus dem Jahre 1802 Gebrauch gemacht - nach dem jeder Fabrikant zu Niederlagen im ganzen Land berechtigt sein sollte - und hatte den Kaufmann und Leinwandhändler Heusser aus München als seinen Kommissionär nach Nürnberg geschickt. Heusser sollte in der alten Reichsstadt den dortigen Tuchgroßhandel aufsuchen und in einem Laden den Detailverkauf durchführen. Dieses Unternehmen scheiterte aber an dem Widerstand der Nürnberger Kaufleute, die es durchsetzten, daß der Kommissionär Heusser seine Niederlage aufgeben mußte und nach München zurückkehrte. Er war mit 20 Reichstalern Strafe davongekommen. 1)

Trotz all dieser Schwierigkeiten gab Utzschneider den Kampf um seine Tuchmanufaktur nicht auf. Da das Mißtrauen des Oberadministrativ-Collegiums ihn um seinen ganzen Personalkredit gebracht hatte, war er nicht mehr in der Lage, sich auf herkömmlichem Weg Kredite zu verschaffen. Zum erstenmal denkt er jetzt (1824) an die Kapitalbeschaffung mittels Aktien. Bei diesem Plan hatte er mit der Teilnahme und Unterstützung aller derjenigen gerechnet, die für größere oder kleinere Kapitalien eine sichere Anlage suchten. Um weite Kreise der Bevölkerung an der Zeichnung seiner Aktien zu interessieren, hatte er an eine Kleinaktie zu einem Nennwert von 50 Gulden gedacht, die mit 4 % verzinst werden sollte. Das Gesamtkapital sollte 360 000 Gulden betragen, wovon er selbst 60 000 übernehmen wollte, unter der Bedingung, daß die Direktion der Fabrik in seinen Händen bleiben würde. Die Sicherstellung der Aktionäre sollte durch eine Eintragung der Aktien ins Hypothekenbuch auf die Utzschneidersche Tuchfabrik erfolgen, die mit allen dazugehörenden Maschinen, Gebäuden und Vorräten haften sollte. In seinem Prospekt vom 10. Januar 1824 lädt er alle "bayrisch gesinnten" Männer ein, sich an seiner Tuchfabrik zu beteiligen, damit die "fremden Tücher uns ganz entbehrlich werden." 2) Um sicher zu sein, daß diese "patriotisch gesinnten" Bayern auch wirklich seine Tuche kauften, sollte sich jeder Aktionär verpflichten, für jede Aktie zu 50 Gulden "wenigstens drey Ellen Tuch nach bestelltem Muster jährlich abzunehmen und nach gemachtem Selbstgebrauch oder Absatz an andere, baar zu bezahlen." 3) Doch auch mit seinen Aktienplänen hatte er wenig Glück. Die Masse der Bevölkerung war noch nicht reif für den Gedanken einer Kapitalanlage in Aktien. Die gehobene Schicht der Bevölkerung, mit ihrer ungesunden Überschätzung alles Fremden, brachte den Utzschneiderschen Bestrebungen zur Förderung der einheimischen Industrie kein Interesse entgegen.

1) Staatsarchiv, M. Inn. 17149, Beschwerde der Nürnberger Kaufleute.

2) Kreisarchiv, R. A. 1162/285.

3) Kreisarchiv, R. A. 1162/285.

Kurze Zeit nach dem Fehlschlagen seines ersten Aktienplanes entwarf er einen zweiten, den er dem König zur Begutachtung übersendet. 1) Hatte er sich beim ersten Plan auf die Unterstützung seiner Mitbürger verlassen, so dachte er bei dem zweiten Versuch an eine Unterstützung durch den König bzw. Staat. Bisher hatte Ludwig den industriellen Bestrebungen seiner Zeit wenig Interesse geschenkt. Er war für die Förderung solcher Gewerbe eingetreten, in denen alte, künstlerische Fähigkeiten verloren zu gehen drohten (z. B. Glasmalerei, Bildhauerkunst, Kunsttischlerei, Baukunst).

Ludwig wollte München nicht zu einer Industriestadt machen, stets gab er nur zögernd seine Zustimmung zu größeren industriellen Projekten: "So wenig ich im allgemeinen ein Freund von Errichtung vieler, großer Fabriken bin, in denen eine Menge Arbeiter eine sitzende, Seele und Körper verkümmernde Lebensart führen, so scheint doch sehr wünschenswerth, namentlich der so stark bevölkerten Au eine neue Beschäftigungsquelle zu eröffnen, wenn jedoch Fürsorge getroffen wird, die oben genannten Übel zu verhindern, daß insbesondere der Religionsunterricht nicht leide....." 2)

In seinem Brief vom 17. 8. 1825 an den König 3) schreibt Utzschneider, daß er trotz aller Hindernisse gewillt sei, schon um der vielen beschäftigten Arbeiter wegen, seine Fabrikation fortzusetzen. Geschickt weiß er das Interesse des Königs zu wecken, wenn es da heißt: "Gelingt diese Unternehmung hinsichtlich der Tuchfabrikation, so werde ich nichts unversäumt lassen, um auch die Zuckerfabrikation aus Runkelrüben auf vaterländischen Boden zu verpflanzen."

Der König kann nicht umhin, dem Förderer der vaterländischen Industrie seine Genehmigung zu geben und ihm die Unterstützung der Regierung bei der Bekanntmachung seines Aktienplanes zuzusichern. Der Prospekt soll an alle Kreisregierungen, Land- und Herrschaftsgerichte verschickt werden. Dieselben sollen ihn öffentlich aushängen und bekanntmachen, sowie an die Gemeindeverwaltungen weitergeben. Das Staatsministerium des Inneren sendet am 30. Aug. 1825 den Aktienprospekt an die Kreisregierungen des Isar- Ober- und Unterdonaukreises, an den Regen- Rezat, Ober- und Untermainkreis mit dem Vermerk, daß die Subskription zur Unterstützung der vaterländischen Industrie auf geeignete Weise zu fördern sei.

Obwohl bei dem zweiten Aktienplan die Regierung sich hinter Utzschneider ge-

1) Staatsarchiv, M. H. 5763, Brief v. 17. 8. 1825.

2) Staatsarchiv, M. H. 5713, Brief v. 19. 2. 1838, Baumwollspinnerei.

3) Staatsarchiv, M. H. 5763.

stellt hatte, fand derselbe bei der Landbevölkerung keinen Anklang. Es scheint, daß Utzschneider sich mit seiner Aktiengesellschaft für zwei Tuchfabriken in 1a) München und Regensburg etwas zu viel vorgenommen hatte. So wollte er in München eine Aktiengesellschaft mit 500 000 fl. Grundkapital gründen, die 5000 Aktien zu 100 Gulden das Stück herausgeben sollte, die mit 4 % jährlich verzinst werden sollten. Die Bilanz war jährlich zu ziehen und der Reingewinn am Ende eines Jahres an die Aktionäre zu verteilen. Sollte die jährliche Dividende mehr als 6 % betragen, so sollte dieser Gewinn einer Rücklage zugeführt werden, die ihrerseits als Unterstützungsfond für die Zuckerfabrikation dienen sollte.

Etwas abgewandelt wird dieser Plan zum drittenmal, am 23. Dez. 1825, der Öffentlichkeit übergeben. Das Grundkapital beträgt nur noch 400 000, und Rücklagen für den Reservefond der Tuchmanufaktur sollen erst dann gemacht werden, wenn die Dividende mehr als 8 % beträgt. Auch die Bildung eines Aufsichtsrates war vorgesehen und zur Sicherstellung des Kapitals sollte diesmal das Landgut Obergiesing verpfändet werden. 1b)

Auch auf diese letzte Aufforderung hin finden sich noch immer nicht genügend Interessenten. Teils lehnt man die Zeichnung der Aktien unter dem Vorwand des Geldmangels ab, teils äußert man Zweifel an der Rentabilität der Unternehmen. 2) Die finanzielle Lage der Münchener Tuchmanufaktur war abschreckend genug für jeden Münchener Bürger, der noch in einer Manufaktur in Memmingen sein Kapital zu investieren gedachte. 3)

Ein allerletzter Aufruf im Jahre 1830 bleibt gleichfalls ohne Echo. Zu dieser Zeit arbeitet die Tuchfabrik Utzschneiders mit einem Kapital von rund 300 000 fl. 4), einer nicht unbeträchtlichen Summe, deshalb ist es zu verstehen, daß Utzschneider immer wieder versucht hat - im Interesse seines Prestiges als Unternehmer und im Interesse der beschäftigten rund 200 Arbeiter - gerade dieses Unternehmen zu halten. Wenn die Tuchproduktion in den 30er Jahren immer mehr zurückgeht, so ist das nicht allein seine Schuld. Er hat bewiesen, daß eine Tuchfabrikation auch in München möglich ist, wenn man betriebswirtschaftlich denken und planen konnte. In seinen Plänen zur Gründung von Aktiengesellschaften

1a) Die geplante Tuchfabrik in Regensburg wurde nicht verwirklicht.

1b) Kreisarchiv, G. L. Fasc. 2641/169/1/2, Aktiengesellschaft Zuckerfabrik.

2) Staatsarchiv, M. H. 5763, Brief an den König vom 4. Dez. 1825.

3) Die gutgehende Tuchfabrik Memmingen wandelt sich 1826 in A. G. um und sucht in München Kapitalgeber.

4) Staatsarchiv, M. H. 5763, die Utzschneidersche Tuchfabrik betreffend.

konnte er zeigen, daß er mit Begriffen wie Dividende, Umsatzbeteiligung, Gewinnbeteiligung, Abnahmepzwang, Rücklagenbildung durchaus vertraut war. Geschickt weiß er sie in seine Aktienpläne einzubauen, muß jedoch auch hier erfahren, daß seine Zeitgenossen mit diesen betriebswirtschaftlichen Ausdrücken nichts anzufangen wissen. Daß seine Tuche nicht sehr nachgefragt waren, ist zum Teil auf die Widerstände seiner Gegner, zum Teil auf die Vorliebe für feine ausländische Tuche zurückzuführen. Auch die Strafanstalt in der Au mag ihm große Konkurrenz gemacht haben. Dieser staatliche Regiebetrieb arbeitete damals mit 750 Sträflingen und stellte jährlich für 175 000 Gulden Tuche her, die an Qualität den Utzschneiderschen gleichkamen und die zu 50 % an die Militärverwaltung und zu 50 % an Münchener Tuchhändler abgegeben wurden. 1) Auch hatte sich die Anstalt einen eigenen Detailhandel zugelegt und versuchte so direkt ihre Tuche an die Bevölkerung abzusetzen. Wegen dieses Detailhandels kam es zu wiederholten Beschwerden in den Kreisen des Münchener Handelsstandes. In einer Petition des Münchener Handelsstandes aus dem Jahre 1819 heißt es u. a.: 2) "Die Beschäftigung der öffentlichen BÜßer ist der empörendste Eingriff in die Gewerbeberechtigungen der Bürger, die in Concurrenz mit Zuchthäuslern und Sträflingen treten müssen."

Utzschneider schlägt für die Insassen des Strafarbeitshauses die Einführung einer anderen Beschäftigungsart vor: Schleifen von Brillengläsern, Marmor- und Glasarbeiten, Salpeter - Kali - und Farberstellung oder Mooskultur und Ackerbau. 3) Mit seinen Verbesserungsvorschlägen erreichte er nichts. Die Strafanstalt blieb ihm ein Dorn im Auge, und er sah in ihr eine unliebsame Konkurrenz. Verbittert zog er sich die letzten Jahre seines Lebens auf sein Gut Erching zurück, wo er sich in unermüdlicher Tätigkeit dem Ackerbau, der Viehzucht und dem Anbau der Runkelrübe widmete. Er war der erste in Bayern, der sich mit diesem neuen Industriezweig befaßt hat und zwar mit Erfolg.

Die Utzschneidersche Tuchfabrik wurde 1835 an Heinrich Laubmann verpachtet und 1840 nach Utzschneiders Tode liquidiert, da Laubmann sich mit seinem Teilhhaber nicht einigen konnte und sich auch kein anderer Käufer für den stark verschuldeten Betrieb fand.

1) Kunst- und Gewerbeblatt 1820, S. 43.

2) Gehorsamste Petition des Münchener Handelsstandes, München 1819, S. 17.

3) Kunst- und Gewerbeblatt 1820, S. 354.

4) Utzschneiders landwirtschaftliche Unternehmungen und seine Tätigkeit auf agrarindustriellem Gebiet.

Als Verwalter der herzoglichen Schwaig Anger hatte Utzschneider bereits in seiner Jugendzeit bewiesen, daß er sich auch als praktischer Landwirt erfolgreich zu betätigen wußte, und die Landwirtschaft ist während seines ganzen Lebens seine Lieblingsbeschäftigung geblieben. Als Staatsbeamter hatte er sich mit agrarpolitischen Fragen befassen müssen, als Abgeordneter setzt er sich rege für die Förderung der Landwirtschaft in Bayern ein. Auf seine Anträge zur Förderung des Ackerbaus und des Gewerbewesens wurde bereits an anderer Stelle hingewiesen. 1)

Sein besonderes Interesse galt der Förderung des ländlichen Schulwesens und auf die dringende Notwendigkeit der Errichtung von Landwirtschaftsschulen wies er immer wieder hin: 2) "Nichts trägt zur Beförderung des Ackerbaues mehr bei als die Verbreitung nützlicher Kenntnisse unter den Ackersleuten. Deshalb sind Musterwirtschaften und Ackerbauschulen von großer Wichtigkeit für die Landwirtschaft. Dort sind die Landwirte mit der Einführung des Fruchtwechsels, der Anwendung verbesserter Ackerbaugeräte und Sämaschinen und auch mit zweckmäßiger landwirtschaftlicher Buchhaltung bekanntzumachen."

Überzeugt davon, daß Wohlstand und Glück eines Volkes wesentlich von seiner Bildung abhängen, ließ Utzschneider, um ein praktisches Beispiel zu geben, mehrere der Volksschule entwachsene junge Männer, die Interesse an der Landwirtschaft, an Mathematik und Physik hatten, auf seiner Abendschule im Kloster Benediktbeuren in diesen Fächern unterweisen. Bei seinem Bestreben, in Benediktbeuren ein landwirtschaftliches Mustergut zu schaffen und die Sumpfgebiete der Loisach trockenzulegen, konnten ihm gutgeschulte Landwirtssöhne von großer Hilfe sein. 3) Mit dem Unterricht hatte er einige Mönche des aufgelösten Klosters beauftragt, denen er dafür freie Unterkunft und Nahrung gewährte. Auch den Lehrlingen des optischen Institutes war die Möglichkeit geboten, abends, nach Beendigung ihrer Schleifarbeiten, in diese Fortbildungsschule zu gehen und sich hier die nötigen theoretischen Kenntnisse zu erwerben. Die abendliche Klosterschule scheint sich eines regen Besuches erfreut zu haben, so berichtet wenig-

1) Kunst- und Gewerbeblatt 1821, S. 198, vgl. hierzu S. 82 vorl. Arbeit.

2) Kunst- und Gewerbeblatt 1821, S. 198.

3) Diese Art Landwirtschaftsschule wurde ohne staatliche Genehmigung errichtet, die späteren sollten unter Mithilfe des Staates entstehen.

stens ein Zeitgenosse Utzschneiders, H. Zschokke, in seiner Geschichte Bayerns.¹⁾ Einer der eifrigsten Schüler war der Schürbube Georg Merz, der später die Nachfolge Utzschneiders antrat.

Nachdem Utzschneider am 7. Juli 1805 die kurfürstliche Genehmigung zum Kauf von Benediktbeuren erhalten hatte, ²⁾ ging er noch nicht sofort daran, ein landwirtschaftliches Mustergut zu schaffen. Vielleicht ahnte er bereits, daß dieses Vorhaben ihm sehr viel Arbeit machen sollte. Als Anhänger der Zeitströmungen dachte er in erster Linie daran, daß die öden Klosterzellen wieder zu bevölkern und mit nützlichen Arbeitern zu besetzen ³⁾ seien. Deshalb gehört sein Hauptinteresse der optischen Glashütte. Die bereits bestehenden Klosterrealitäten wie Brauhaus, Bäckerei, Sägemühle, Wagnerei, Getreidemühle und Ziegelei gedachte er weiterhin in Betrieb zu halten. Die Moosgründe der Loisach wollte er kultivieren und zu fruchtbaren Weiden machen. Den Acker wollte er mit Hackfrüchten bebauen, und die Waldungen sollten in den Dienst der Glashütte gestellt werden. An eine forstwirtschaftliche Nutzung scheint er nicht gedacht zu haben, zumal ein Holzhandel für Benediktbeuren nicht in Betracht kam. Die Flößung in die Hauptstadt München war mit großen Schwierigkeiten verbunden, deshalb ließ Utzschneider das geschlagene Holz durch einen neugelegten Kanal in den klösterlichen Holzgarten schwemmen und benutzte es als Heizmaterial für die Glashütte und zur Pottaschegewinnung. ⁴⁾

Als Landwirt in Benediktbeuren war Utzschneider auf den vorteilhaftesten Anbau des 5000 Tagwerk großen Gutes bedacht. Er dachte dabei an die Fruchtwechselwirtschaft. Bei seinen Bemühungen, der einheimischen Landwirtschaft neue, erfolgreiche Produktionsrichtungen zu erschließen, dachte er daran, auf seinem Gut den Hackfruchtbau einzuführen. Er begann mit dem Anbau von Runkelrüben, die in Bayern nur als Viehfutter verwendet wurden, die Utzschneider aber in den Dienst seiner Zuckerfabrikation stellen wollte. Auch die Kartoffel führte er in Benediktbeuren ein. Sie wurde zuerst nur als Viehfutter für seine Schafe in Betracht gezogen, erst während der Teurungsjahre, als das Getreide in München

1) Vgl. hierzu H. Zschokke, Geschichte Bayerns, München 1817, S. 566, und Deutsche optische Wochenschrift 1929, S. 108.

2) Vgl. hierzu Staatsarchiv, M. F. Fasc. 20817, Realitätenverkauf II. Bd.

3) Gedanke findet sich in der Begründung seines Kaufgesuchs. siehe 2)

4) Zschokke war ein persönlicher Freund Utzschneiders. Er war Gast im Utzschneiderschen Hause in Benediktbeuren gewesen und hatte den dortigen Betrieb be-
sichtigt, vgl. H. Zschokke, a. a. O., S. 566 "Die Werkstätten in Benedikt-
beuren" in: Überlieferungen zur Geschichte unserer Zeit.

knapp und teuer war, dachte er daran, die Kartoffel als Volksnahrungsmittel abzugeben.

Außer der Einführung der Fruchtwechselwirtschaft beschäftigte ihn die Kultivierung der Loisachsümpfe und da die großräumigen Klosterstallungen genügend Raum für eine ausgedehnte Viehwirtschaft boten, widmete er sich auch diesem Zweig der Landwirtschaft. Außerdem beschäftigten ihn noch die Einführung der Bienenzucht und die Zucht der Seidenraupe, von deren Resultaten er sich genau unterrichten ließ. Die von ihm angepflanzten Maulbeerbäume im Klostergarten erfroren während eines kalten Winters, seitdem war von einem Seidenbauprojekt in Benediktbeuren keine Rede mehr. Als Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins traten Utzschneider und sein Freund Hazzi rege für die Förderung des Seidenbaus in Bayern ein. 1)

In der Zeit von 1810 - 1813, als durch die von Napoleon verhängte Kontinentalsperre auf Kolonialwaren und vor allem auf Baumwolle hohe Abgaben gelegt worden waren, ging Utzschneider daran, durch den Anbau einheimischer Produkte die unerschwinglich gewordenen ausländischen Produkte zu ersetzen. Er baute Flachs und Tabak in Benediktbeuren an. Das Rohprodukt Flachs, das die Baumwolle ersetzen sollte, gedachte er in einer eigenen, noch zu errichtenden Flachsspinnerei in Benediktbeuren zu verarbeiten. 1813 schloß er mit Georg Reichenbach einen Gesellschaftsvertrag zur Errichtung der "Reichenbach - und Utzschneider - Flachsspinn - Manufaktur." 2) Utzschneider stellte Reichenbach eine Geldsumme zur Verfügung, die dieser zur Erfindung und Konstruktion einer Flachsspinnmaschine verwenden sollte. Diese Maschine sollte den Beitrag Reichenbachs zum Gründungskapital darstellen. 1814 erfolgt jedoch die geschäftliche Trennung der beiden Partner, die sich über die Fortführung der optisch-mechanischen Institute zerstritten hatten, damit zerschlägt sich auch das Projekt der Flachsspinnerei. Reichenbach zieht sich aus diesem Vertrag zurück und teilt seinen Entschluß Utzschneider in einem Briefe mit; 3) "Um nicht von meinem mechanischen Institut und dem Nutzen, den ich glaube, hierin verbreiten zu können, durch die vielen Details einer Spinnerei zu weit abgelenkt zu werden, habe ich mich nun auch entschlossen, weder allein noch in Gesellschaft bei einer Spinnfabrik tätig zu sein. Die Maschine für mittelfeines Garn will ich vollenden, dann will ich Ihnen vor allen andern den Vorzug lassen, Gebrauch davon zu machen, weil in Ihren Händen derley Fabriken gedeihen und nützlich werden."

1) vgl. auch S. 106 vorl. Arbeit.

2) Deutsches Museum, Nr. 6056-57.

3) Deutsches Museum, Nr. 6074.

Utzschneider sollte nicht mehr dazu kommen, seine Flachsspinnerei in Benediktbeuren auszuführen. Die veränderten politischen Umstände machten seinen Plänen ein Ende, die Kontinentalsperre war inzwischen aufgehoben worden, und ausländische Baumwolle überschwemmte wieder das Land. Vielleicht fehlte ihm auch der nötige technische Mitarbeiter oder das nötige Kapital. Die Diskontokasse war 1815 bereits nicht mehr in der Lage, die Forderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen 1) und Utzschneider versuchte vergeblich seine Staatsobligationen in Höhe von 40 000 Gulden bei der Schuldenkasse einzulösen. 2) Außerdem trug Utzschneider bereits im Jahre 1815 das auf S. 139 behandelte Projekt einer Tuchfabrik mit sich herum und wollte deshalb wohl kein Geld mehr in eine unrentable Flachsspinnerei stecken. So wurde von einer Flachsspinnerei in Benediktbeuren Abstand genommen. Die von Reichenbach inzwischen fertiggestellte Spinnmaschine nimmt er entgegen, läßt sie in einem Raum seines Bräuhauses aufstellen, baut 1816 im Bräuhausgarten Flachs an und macht Spinnversuche, die jedoch nicht aus dem Versuchsstadium herauskommen.

Mehr Erfolg schien ihm mit seiner Tabakfabrikation in Benediktbeuren beschieden zu sein. Nach von Marechaux 3) waren in Benediktbeuren 70 - 80 Arbeiter mit der Herstellung von Räuch- und Schnupftabak beschäftigt

Als Utzschneider 1818 Benediktbeuren verkaufen mußte, brachte er seine "Tabakfabrik", die in einem Seitenflügel des ehemaligen Klosters untergebracht gewesen war, nach München in sein Brauhaus. Doch es scheint, daß der Münchener Betrieb nicht mehr an die Ausmaße in Benediktbeuren heranreichte. Dieser jungen einheimischen Industrie fehlt noch der entsprechende Absatzmarkt, die Landbevölkerung kennt kaum das Bedürfnis des Tabakrauches, in München hat sich während der Franzosenzeit ein Geschmackswandel zugunsten des französischen Schnupftabaks vollzogen 4) und das in der Öffentlichkeit noch immer bestehende Rauchverbot war für die Ausbreitung des Rauchbedürfnisses sehr hinderlich. Hierzu kommt, daß die Krisen- und Hungerjahre 1817 f. das Gespenst der Verarmung mit sich brachten und der Luxusartikel Tabak bei der Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung erst an letzter Stelle kam. Dies alles erklärt, daß der Pro-

1) Vgl. auch S. 77 vorl. Arbeit.

2) Deutsches Museum, Nr. 6056-57.

3) Kunst- und Gewerbeblatt 1816, S. 599.

4) Vgl. die Verordnungen im Bay. Reg. Bl. 1810 21. Okt., S. 1094 und 1115 zur Kontinentalsperre in Bayern. Ein- und Durchfuhr von englischen Waren waren mit hohen, allen Verkehr abschneidenden Abgaben belegt. Alle englischen Waren sollten verbrannt werden. Die Abgabe für den Zentner Baumwolle betrug z. B. 208 Gulden.

duktionsumfang inzwischen kleiner geworden ist, und es scheint, daß Utzschneider seine Fabrikation im Bräuhausgebäude nur noch aus Prestigegründen aufrechterhalten hat. Große Gewinne hat sie ihm nicht eingebracht, dazu war sie zu unbedeutend.

Während seiner Tätigkeit als praktischer Landwirt in Benediktbeuren hatte er sein Interesse einer weiteren Pflanze, der Runkelrübe, zugewandt. Er gedachte diese bisher als Viehfutter verwandte Rübe als Ausgangsbasis für die Zuckerherstellung zu gewinnen. Während der von Napoleon verhängten Kontinentalsperre, die sich auch auf die bayerische Industrie auswirkte, waren in vielen Ländern Zuckerraffinerien eingerichtet worden.

Da auch in Bayern der indische Rohrzucker während dieser Sperre zu einem unerschwinglichen Luxusartikel geworden war, dachte Utzschneider an die Herstellung eines Rohrzuckerersatzes. Um sich näher mit dieser Produktionsart auseinanderzusetzen, hatte er bereits 1800 eine Reise in das klassische Land der Zuckerrübenindustrie, Frankreich, unternehmen wollen. 1) Bei seinen Plänen zur Förderung der vaterländischen Industrie wollte Utzschneider die Zuckerherstellung aus Runkelrüben auch nach Bayern verpflanzen. Zu diesem Zwecke macht er auf seinem Gut Benediktbeuren verschiedene Versuche 2) um festzustellen, ob die Herstellung sich lohne. Seine ersten Versuche machte er mit der Kartoffel. Bei der Herstellung von Stärkezucker aus Kartoffelmehl gewann er auskristallisierten Zucker und Sirup. Seine späteren Versuche überzeugten ihn jedoch, daß die Achard'sche Methode - Zuckergewinnung aus der Runkelrübe - die wirtschaftlich vorteilhaftere war. 3)

Allein zu einer Auswertung seiner Zuckerherstellungsversuche in Benediktbeuren sollte es nicht mehr kommen. Utzschneider konnte das Gut allein nicht mehr halten. Bereits im Jahre 1811 hatte Arnold Seeligmann, Bankier in Augsburg, ein Schreiben Utzschneiders erhalten, in dem ihm der Vorschlag gemacht wurde, sich an Benediktbeuren zu 50 % zu beteiligen. 4) In diesem Brief gibt Utzschnei-

1) Vgl. hierzu S. 63 vorliegender Arbeit.

2) Die ersten Versuche auf diesem Gebiet hatte der Physiker und Chemiker Ferdinand Achard gemacht, der aus einer französischen Emigrantenfamilie stammt und 1747 als erster Zucker aus Runkelrüben mittels Ausscheidung durch Alkohol herstellte. Neue Deutsche Biographie, Bd. 1., S. 27.

3) Kunst- und Gewerbeblatt 1821, S. 149 f. und: 1815 - 1915, 100 Jahre techn. Erfindungen und Schöpfungen, a. a. O., S. 11.

4) Deutsches Museum, Nr. 5072.

der als Tageswert 320 000 Gulden an. Utzschneider selbst hatte es zu einem Schleuderpreis von 55 000 Gulden erhalten, inzwischen hatte es also bereits eine beträchtliche Wertsteigerung erfahren. Seeligmann wollte sich jedoch nicht mit Utzschneider verbinden und lehnte mit der Begründung ab, er könne kein Kapital in landwirtschaftliche Unternehmungen stecken, sein Gebiet seien Handel und Wechselgeschäfte.

Die Krisenjahre 1817 - 19 hatten auch für Utzschneider verheerende Folgen. Er geriet in finanzielle Schwierigkeiten, als die letzten Ratenzahlungen für Benediktbeuren bei der Staatskasse nicht angenommen wurden. Utzschneider wollte mit Lotterielosen, Staatsschuldenwechsel und Seeligmannschen Obligationen, die bisher als bares Geld galten, zahlen, aber der Staat weigerte sich nun, diese Papiere, die auf 40 % ihres Wertes gesunken waren, noch an Zahlungsstatt anzunehmen. 1) Da seine sämtlichen Guthaben zu diesem Zeitpunkt eingefroren waren, 2) entschloß er sich, Benediktbeuren wieder an den Staat zu verkaufen, der dort ein Militär-Remontegestüt einzurichten gedachte. Bis auf die Glashütte ging der ganze Besitz für 250 000 fl. wieder an den Staat zurück.

Kaum als Utzschneider am 2. 3. 1818 den Verkaufsvertrag unterschrieben hatte, wurden nach landesüblichem Brauch seine sämtlichen Unternehmungen vom Ober-Administrativ-Collegium der Armee mit einer Spezialhypothek belegt. 3) Als weitere Gewährleistung mußte er 100 000 fl. Obligationen an den Militärfond verpfänden. Auch den Erlös aus der im Jahre 1818 verkauften Lederfabrik in Höhe von 65 000 fl. mußte er liegenlassen. Utzschneider fand, daß er eine derart harte Maßregel nicht verdient hätte und schrieb deshalb an den König: 4)

".....Meine Ledermanufaktur, mein Brauhausgebäude und der dazugehörige Sommerbierkeller am Gasteig, meine Tuchmanufaktur, mein mechanisches und optisches Institut sind demnach mit Arrest belegt. Durch diese strenge Maßregel bin ich in allen meinen Geschäften gelähmt und kreditlos geworden, so daß ich, wenn diese harte Maßregel des Ober-Administrativ-Collegiums der Armee nicht abgeändert wird, gezwungen bin, alle meine Geschäfte in hiesiger Stadt aufzugeben und bey 400 Arbeiter, die ich täglich beschäftige, zu entlassen. Ich hätte niemals geglaubt, daß diese meine Unterschrift des Verkaufsbriefes

1) Staatsarchiv, M. F. 20 817, Benediktbeuren - Verkeuf.

2) Deutsches Museum, Nr. 5383.

3) Die Gewährleistung war als Gläubigerschutz gedacht und stellte eine Garantie dar, daß das Grundstück frei von allen Lasten war. Der Adelsstand war nicht verpflichtet, Hypotheken eintragen zu müssen.

4) Staatsarchiv, M. Inn. 19217, Gewährleistung - Benediktbeuren.

über Benediktbeuren , die ich bona fide machte, eine solche zerstörende Wirkung auf alle meine Industrieunternehmungen haben könnte".....

Sein Brief mit der Bitte um Aufhebung der fünfjährigen Gewährleistungsfrist bleibt unbeantwortet. Nur mit äußerster Anstrengung kann er seine Geschäfte in den folgenden Jahren fortsetzen. 1824 wird die Hypothek gelöscht und Utzschneider kann an die Verwirklichung seiner Aktienpläne gehen; denn vorher war es ihm unmöglich gemacht worden, diese Pläne ins Grundbuch eintragen zu lassen. Auf dem Gut Giesing setzt er seine in Benediktbeuren begonnene agrarindustrielle Tätigkeit fort.

In Giesing hatte Utzschneider 1817 den 170 Tagwerk großen Hof des Michelbauern, den Warthof erworben. Er arrondierte den Grundbesitz, führte Fruchtwechsel ein, bebaute ihn in den ersten Jahren vorwiegend mit Kartoffeln, die als Winterfütterung für seine Merinozucht gedacht waren, die er dann aber zu einem billigen Preis - 1817 - an die hungernde Münchener Bevölkerung abgibt. 1) Die Kartoffel war auch die Ausgangsbasis für seine auf dem Giesinger Hof eingerichtete Branntweinbrennerei. Den Alkohol verwandte er bei seiner Zuckerfabrikation und bei seiner Essigherstellung. Der im Brauhaus zu München erzeugte Utzschneidersche Geistessig erfreute sich bald in ganz Bayern eines ausgedehnten Absatzes. 2) Auf seinem Hof in Giesing wird von ihm die erste Zuckerrübenfabrik Bayerns errichtet, die in enger wirtschaftlicher Beziehung zu seinem landwirtschaftlichen Betrieb steht. Um die Produktion von Rübenzucker weiter ausdehnen zu können, versuchte er, die umliegenden Landwirte für sein Vorhaben zu interessieren und machte ihnen den Vorschlag, jeweils bis zu 10 Tagwerk Land mit Zuckerrüben zu bepflanzen, den Zucker müßten sie selbst gewinnen, er erkläre sich aber bereit, ihnen diesen Rohzucker zu einem gerechten Preis abzu kaufen, um ihn dann in seiner Raffinerie weiter zu verfeinern. Aber die Landwirte waren weder für den Anbau von Runkelrüben und die damit verbundene Erzeugung von Rohzucker (Sirup) auf hausindustriellem Wege, noch für eine -----

1) Deutsches Museum, Nr. 5437. S. 5.

2) 1829 verlegt Utzschneider die Essigfabrikation aus dem Brauhaus ins Spitalgäßchen, geht von der Bieressig- zur Weinessigerzeugung über und stellt den Schweizer J. Bühler als Direktor dieser neuen Likör- und Weinessigfabrik an. Aus dieser Fabrik geht die spätere Gebr. Macholl A. G. hervor. (vgl. Kuhlo, A., Die Geschichte der bayerischen Industrie, München 1926, S. 65). Für die Essigfabrik entstehen Niederlagen in ganz Bayern. Näheres dazu: Staatsarchiv, M. Inn. 16127, Die Utzschneidersche Essigfabrik.

von Utzschneider geplante landwirtschaftliche Lehranstalt zu begeistern.

Als Utzschneider 1829 die früher bischöfliche Schwaig Erching dazu erwarb, war er nicht mehr allein auf die Unterstützung der Giesinger Landwirte angewiesen. Auf diesem zwischen Freising und Ismaning gelegenen Gut, das 1500 Tagwerk, zum großen Teil unkultivierten Moorboden umfaßte, führte Utzschneider auch den Anbau von Zuckerrüben ein. Vorher mußte er jedoch erst die verwahrlosten Gebäude instandsetzen lassen und den moorigen Ackerboden entwässern. Innerhalb von 10 Jahren hatte er das Erchinger Moos zur Hälfte in nützliches Ackerland umgewandelt, seine Erfahrungen bei der Kultivierung des Donaumooses waren ihm dabei sehr nützlich. Als der Erchinger Hof nach Utzschneiders Tod verkauft wurde und wieder einer normalen Bewirtschaftung anfiel, waren nur noch rund 600 Morgen zu kultivieren. 1)

Utzschneider konnte bereits nach einigen Jahren auf einigen 100 Morgen seines Erchinger Gutes Zuckerrüben anbauen. Die Ernte ließ er nach Obergiesing abtransportieren, wo sie in seiner Fabrik und Raffinerie weiterverarbeitet wurden. 2) Hier arbeiteten bereits eine der ersten Dampfmaschinen des Münchener Wirtschaftsraumes und eine moderne Schraubenpresse aus der Werkstatt des Hofbrunnmachers Höss, deren Arbeitsweise er jedem Besucher voller Stolz vorführte. 3)

Als die ersten Anlaufschwierigkeiten mit der Rübenzuckerproduktion überwunden worden waren, konnte Utzschneider an die Verwirklichung zweier anderer Lieblingsideen gehen: der Errichtung einer landwirtschaftlichen Musterschule und der Gründung einer Armenkolonie. 4) 5) Beide Pläne hatten keinen Erfolg. Der König wollte von einer Bürgerschaft des Staates für eine Landwirtschaftsschule nichts wissen, und die Einwohner von Erching und Umgebung, die zu einer Teilnahme an der Moosbesiedlung im Rahmen einer Armenkolonie aufgerufen worden waren, zeigten, obwohl Utzschneider jedem Siedler 20 Tagwerk Boden versprochen hatte, kein Interesse daran, in einer Armensiedlung zu leben. Einer der Gründe dafür mag wohl auch das Fehlschlagen der Donaumoossiedlung gewesen sein und die im Hallbergmoos befindliche Armenkolonie, die an Erching angrenzte, verfiel immer mehr. Ihr Los war alles andere als beneidenswert und wirkte als abschreckendes Beispiel.

Doch der eigene Vorrat an Rüben war nach Utzschneiders Ermessen immer noch

1) Bauernfeind, a. a. O., S. 35.

2) 1815 - 1915, a. a. O., S. 12.

3) Deutsches Museum, Nr. 5437.

4) Staatsarchiv, M. H. 763, Landwirtschaftsschule Erching betr.

5) Deutsches Museum, Nr. 5186, Eintragung vom 6. u. 7. Jan. 1830.

zu gering, um an eine industrielle Zuckererzeugung großen Ausmaßes denken zu können. Im Jahre 1835 schloß der damals bereits 72jährige Utzschneider mit der Staatsgüteradministration in Schleißheim einen 10jährigen Lieferungsvertrag, 1) in dem sich die Domänenverwaltung verpflichtete, jährlich 200 Tagwerk mit Runkelrüben zu bebauen, deren Absatz und Verarbeitung Utzschneider übernahm. Als Gegenleistung verpflichtete sich Utzschneider, in Schleißheim eine Rübenzuckerfabrik einzurichten und den dortigen Schülern der staatlichen landwirtschaftlichen Lehranstalt seine Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet des Zuckerrübenanbaus mitzuteilen. So wurde noch im selben Jahr in Schleißheim mit bedeutendem, von Utzschneider zu tragenden Kostenaufwand ein Fabrikgebäude errichtet, die Rüben aus Erching wurden von nun an in Schleißheim verarbeitet, der gewonnene Rohzucker entweder als Industriezucker unraffiniert in den Handel gebracht oder in Giesing weiter verfeinert zu Konsumzucker.

1839 hat er Schwierigkeiten mit der staatlichen Güteradministration, er entschließt sich, den Vertrag zu kündigen, die Fabrik zu Schleißheim wieder abzubauen und ihre Baumaterialien nach Erching zu schaffen, um dort wieder zusammengesetzt zu werden. All diese Manipulationen und Neueinrichtungen kosten ihm ein beträchtliches Vermögen. Außerdem kann er für seinen Zucker nicht genug Käufer finden und gerät in Absatzschwierigkeiten. Am 5. Feb. 1839 hat er einen Vorrat von mehreren hundert Zentnern Zucker, der sich als unverkäuflich erweist. 2) Als letzten Ausweg aus dieser schwierigen Absatzlage denkt Utzschneider an die Erteilung einer Krämer-Konzession, um im eigenen Ladengeschäft seinen Zucker verkaufen zu können. 1839 ersucht er in einem Schreiben um die Erteilung einer Krämerkonzession zum Verkaufe seines Zuckers und anderer inländischer Produkte. In diesem Brief heißt es: 3) "..... Aus Nachgiebigkeit habe ich meine Runkelrübenfabrik zu Schleißheim abgebrochen und erleide dadurch einen Verlust von mehr als 15 000 Gulden. Werde ich auch noch gezwungen, meinen Zucker nicht mehr unmittelbar an die Konsumenten verkau-

1) Kreisarchiv, R. A. Fasc. 1676/33, Fiscum wegen Vertragserfüllung.

2) Staatsarchiv, M. H. 543. Deshalb bezeichnet die Regierung von Oberbayern seine industriellen Bestrebungen als fruchtlos (Brief v. 5. Feb. 1839).

3) Staatsarchiv, M. H. 543.

fen zu dürfen, so verliere ich dadurch wieder jährlich 4 - 5000 Gulden".1)

Die Verluste bei seiner Zuckerrübenfabrikation sind demnach sehr beträchtlich gewesen.

Es ist zu verstehen, daß es Utzschneider, der immer mit einer gewissen Verachtung auf den Krämerstand blickte, nicht leicht gefallen ist, noch als 78jähriger Greis um eine einfache Krämerkonzession nachsuchen zu müssen. Aber seine finanziellen Schwierigkeiten schienen auch dadurch nicht beseitigt werden zu können. Verbittert zog er sich auf sein Gut Erching zurück und schrieb an seinen Bruder Paul, der in Saargemünd eine Emaillefabrik betrieb: 2)

"Ich bin wie ein Schiffer auf dem stürmischen Meer, dem Untergang droht. König und Vaterland haben keine Ursache zur Klage über mich. Indessen - verkannt von allen Seiten - bin ich mit Muth ausgerüstet, mich in einen entfernten Winkel der Erde zurückzuziehen und von dem Ertrag einer Ziege zu leben. Mag es über mich fortstürmen, zu meiner Zerstreuung studiere ich Astronomie und bewundere den Schöpfer des Weltalls in tiefster Ehrfurcht." Er trug sich mit dem Gedanken, seine Tuchmanufaktur zu veräußern oder einen Gesellschafter aufzunehmen und bat seinen Bruder um Rat: 3) "Gibt es denn keine reiche Franzosen, welche in Bayern ein Etablissement dieser Art zu gründen Lust haben? Ist es denn gar nicht möglich, mich aus den Händen meiner Gegner zu befreien?" Auch sein Bruder konnte ihm nicht helfen, da seine Fabrik wegen mangelnder staatlicher Unterstützung eingegangen war (1838). Als letzten

- 1) Utzschneider hatte von dem Niederlagenrecht aus dem Jahre 1802 (Reg. bl. v. 15. Nov. 1802, St. 47, S. 809) Gebrauch gemacht und eine Zuckerniederlage in der Blumenstraße Nr. 8 errichtet (vgl. Vaterländisches Magazin, 1840, Nr. 15, S. 116). Durch diesen Direktverkauf erreichte er, daß der Zucker unverdorben und in bester Qualität an die Münchener Hausfrauen abgegeben werden konnte. Die Münchener Kaufleute boykottierten den Rübenzucker, stellten ihn an feuchten Orten ab und ließen ihn absichtlich verderben und stellten ihn U. als unabsetzbar wieder zur Verfügung. Utzschn. schien es, daß sie ihn absichtlich nicht in Verkauf bringen wollten, weil die Gewinnspanne zu gering war. (vgl. Bayr. Landbotin Nr. 103). Durch die Verordnung vom 24. Juni 1835 wurde das Niederlagenrecht wieder eingeschränkt und U. verlor das Recht zur Errichtung einer Zuckerniederlage. Sein Gesuch um Wiedereinräumung wird abgelehnt. In dem Magistratsbeschluß vom 21. Dez. 1838 (Staatsarchiv M. H. 543) heißt es u. a. "...nicht stattgegeben werden, weil nach Novelle III der allerhöchsten Verordnung v. 24. Juni 1835 die inländischen Fabrikanten ihre Erzeugnisse nur auf Bestellung und nur im ordnungsmäßigen Handel verkaufen dürfen, Zucker aber ein Handelsartikel der Kaufleute und Krämer ist"...

2) 3) Deutsches Museum Nr. 5167 und 5168. Brief an Paul 1838

Ausweg aus seiner schwierigen Lage bot Utzschneider sein Landgut einer zu bildenden Aktiengesellschaft zum Kauf an. 1) Er selbst wollte Teilhaber dieser Gesellschaft werden, die der Förderung der Zuckerfabrikation dienen sollte. Auch dieser Plan gelangte nicht zur Ausführung. Und vom Staat war keine Hilfe mehr zu erwarten. Der Tod machte Utzschneiders Plänen ein Ende.

Wenn auch die Gedankengänge und Pläne Utzschneiders für die Einführung der Zuckerrübe und ihrer Industrie in Bayern genial waren, so mußte er doch die bittere Erfahrung machen, daß große Männer immer allein dastehen, daß er wieder einmal seiner Zeit in Gedanken weit voraus geeilt war und daß seine Mitmenschen ihm nicht folgen wollten. Viele Hindernisse haben sich ihm in den Weg gestellt, die die Verwirklichung seiner Ideen unmöglich machten. Es muß noch einmal unterstrichen werden, daß seine Gedankengänge zum großen Teil frei von Eigennutz waren und daß er nur das Wohl Bayerns im Auge hatte, das er unabhängig vom Ausland machen wollte. Von dieser, seiner Absicht zeugt auch ein Brief, den er 1834 an seinen Bruder Paul in Saargemünd schrieb: 2) "Nachdem alle Menschen, die mir bisher die nächsten waren, mich verlassen haben, ruht alles auf mir allein. Ehe ich dies Leben verlasse, will ich den Bayern aber noch eine Wohltat 3) aufdringen, die sie jährlich um viele Millionen reicher machen soll und nebenbei die moralische und physische Kraft der Nation vermehrt. Frei wie bisher, von allem Egoismus, will ich ein Beispiel noch in meinem Alter aufrichten, was ein einzelner Mensch vermag, welcher nicht sich, sondern nur sein Vaterland im Auge hat."

2. Kapitel

Utzschneider und seine Beziehungen zur Lithographie.

Die Geschichte der Lithographie ist die Geschichte Senefelders. In allen zeitgenössischen Berichten wird diese epochemachende Erfindung an erster Stelle erwähnt. Aber nirgends wird auch nur mit einem Wort erwähnt, daß Utzschneider auch zum Förderer dieser Kunst wurde. Senefelder selbst bezeichnet Utzschneider-----

1) Deutsches Museum, Nr. 5437, S. 14.

2) Deutsches Museum, Nr. 5157, Brief an Bruder Paul.

3) Utzschneider bezeichnet die Einführung der Zuckerrübe als eine Wohltat für Bayern.

der als seinen "größten Wohltäter und Schöpfer seines Glücks." 1) Deshalb lohnt es sich, etwas näher auf Utzschneider und seine Beziehungen zu Senefelder und zur Lithographie einzugehen.

Senefelder, der Sohn eines mittellosen Schauspielers aus Prag, hatte das Schmieren- und Wanderleben gründlich kennengelernt, als er sich in München als Bühnenschriftsteller versuchen wollte. 2) Da niemand seine Werke drucken wollte, ätzte er in mühevoller Arbeit die Worte auf Kupferplatten, um sie anschließend zu vervielfältigen. Im Jahr 1797 ersetzte er die teuren Kupferplatten, die er sich finanziell nicht mehr leisten konnte, durch Schiefersteine, die man gewöhnlich zum Belegen der Flure verwandte. 3) Dies war die Geburtsstunde der Lithographie in Bayern.

Es sollte aber noch einige Zeit dauern, bis die Lithographie in München anerkannt und zur vielgeübten Drucktechnik wurde. Seine Erfindung legte er der Akademie der Wissenschaften zur Begutachtung vor. Diese sprach sich auch anerkennend über die neue Drucktechnik aus und belohnte sie mit einer Ehrengabe von 12 Gulden. Zu einem weiteren Darlehn, das Senefelder für die Errichtung einer Druckerei so dringend gebraucht hätte, fand sie sich nicht bereit, weil sie die Tragweite der Erfindung noch nicht ermessen konnte.

Senefelder, der zuerst als Schwarzkünstler oder Stümper gearbeitet hatte, erhielt im Jahr 1799 ein Privilegium zur Ausübung von Steindruckarbeiten. Er wandte sich vor allem dem Druck von Notenblättern zu und errichtete eine lithographische Anstalt, die er aber noch im selben Jahr wegen Kapital- und Auftragsmangel wieder schließen mußte. Senefelder teilte das Los so vieler Erfinder der damaligen Zeit, die ihre Erfindung mangels finanzieller Unterstützung nicht auswerten konnten. Senefelder machte darauf das, was man auch heute noch in einem solchen Fall tut, er verkaufte seine Erfindung für 2000 fl. an den Offenbacher Musikverleger André und übersiedelte nach Offenbach in den Dienst des Musikverlages. Meinungsverschiedenheiten mit dem Verlagsinhaber sind die Ursache, daß er Offenbach verläßt und nach Wien geht. Auch hier zwingen ihn wieder finanzielle Sorgen, die Stadt zu verlassen. 1806 ist er wieder in München, nimmt den Steindruck wieder auf und fristet kümmer-

-
- 1) Senefelder, A., Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks, München 1821, S. 118.
 - 2) Wagner, E., verfaßte eine ausgezeichnete Senefelder-Biographie: A. Senefelder, sein Leben und Wirken, München 1914, S. 5 f.
 - 3) Wagner, E., a. a. O., S. 11.

lich sein Dasein. Zu diesem Zeitpunkt etwa tritt Utzschneider in sein Leben.

Findig und umsichtig wie Utzschneider war, wußte er alles in seinen Dienst zu stellen, was sich nur irgendwie von Nutzen erwiesen hatte. Er hatte bereits mit seinem Spürsinn für neue Talente und mit seinem Weitblick in die Zukunft erkannt, daß die Senefeldersche Erfindung auch für ihn von Nutzen sein könnte. Nur ein Mann wie Utzschneider konnte die Tragweite dieser Erfindung erassen. Bald hatte er festgestellt, daß die Erfindung des Steindrucks hinter derjenigen des Buchdruckes in nichts zurückstand und daß man durch die Lithographie die Druckarbeiten schneller und billiger ausführen konnte.

Senefelder aber stand vor traurigen Verhältnissen bei seiner Rückkehr: seine Brüder hatten während seiner Abwesenheit sein Privileg widerrechtlich verkauft. Der bayerische Staat hatte das Privileg aufgekauft und eine lithographische Anstalt an der Feiertagsschule eingerichtet. 1) Hier wurden Künstler und Handwerker unter der Leitung Mitterers im Steindruck herangebildet. 2)

Utzschneider, der zu dieser Zeit in der Steuervermessungskommission arbeitete, hatte bald erkannt, daß die Steindrucktechnik für den Kartendruck der Meßtischblätter von großem Nutzen werden könnte. Um von der Feiertagsschule und ihrer lithographischen Anstalt unabhängig zu sein, gründet er 1808 eine weitere Steindruckerei in den Geschäftsräumen der Steuervermessungskommission 3). Zu diesem Zweck war er an einen Schüler Senefelders, Mettenleiter, mit der Bitte herangetreten, eine derartige Anstalt im Katasteramt einzurichten. Ein Jahr später wurde Senefelder zu dieser Arbeit hinzugezogen. Utzschneider versprach sich durch die gedruckten Karten, die er an die Bevölkerung verteilen wollte, ein besseres Verständnis für seine durchzuführende Vermessungsaktion, die hin und wieder auf Unverständnis und Mißtrauen stieß. Mit diesen Karten gedachte er in weiten Kreisen der Landbevölkerung das nötige Interesse für eine Güterarrondierung zu wecken. Nach Einrichtung der

-
- 1) Ferchl, F. M., Geschichte der Errichtung der ersten lithographischen Kunstanstalt bei der Feiertagsschule für Künstler und Techniker, München 1862, S. 64.
 - 2) Mitterer war langjähriger Leiter der Sonntagsschule. Einer seiner besten Schüler war F. Hanfstaengl, der 1833 eine eigene lithographische Anstalt gründet. Die Anstalt bei der Feiertagsschule ging 1815 in den Besitz Mitterers über.
 - 3) Amann, J., Die bayerische Landesvermessung in ihrer geschichtlichen Entwicklung. I. Teil, München 1908, S. 126.

Steindruckerei ging man daran, sämtliche Pläne der Katasterkommission auf Steinplatten aufzunehmen. Diese Steinplatten, die Döberl 1) "einen Nationalschatz des bayerischen Staates" nennt, hatten den Vorteil, daß sie feuerfest, unveränderlich und stabil waren. Pläne aus Papier hätten dagegen den Nachteil gehabt, daß auf ihnen leicht Veränderungen und sonstige Korrekturen vorgenommen werden konnten. Außerdem boten die steinernen Pläne, die sicher im Keller des Katasterbüros aufbewahrt werden sollten, eine gute Sicherung gegen Diebstahl und Brandgefahr.

Diese beiden staatlichen Unternehmungen gediehen prächtig und konnten sich über Arbeitsmangel nicht beklagen. Senefelder selbst fand nach seiner Rückkehr nichts mehr zu tun. Vor seiner Hinzuziehung zur lithographischen Anstalt des Utzschneider fristete er nur kümmerlich sein Dasein, vervollkommnete seine Drucktechnik, bereitete den Stoffdruck auf Baumwollstoffen vor und versuchte sich am Kunstdruck von kleinen Gemälden. Doch wollte sein Unternehmen nicht gedeihen und vom Staat waren keine Aufträge mehr zu erwarten. Senefelder traf das Los so vieler Erfinder, nur Anregungen gegeben zu haben, die gewinnbringende Ausbeutung seiner Erfindung hatten andere übernommen. In London, Wien, Stuttgart, Offenbach, Leipzig und Dresden arbeitete man nach seinem Prinzip, nur München schien den Vater der Lithographie vollkommen vergessen zu haben. Senefelder spielte bereits mit dem Gedanken, München wieder zu verlassen und ins Ausland zu gehen, aus dem ihm verschiedene Angebote zugegangen waren. Bestand doch, so glaubte er, in München, wo die Kunst erst am Anfang ihrer Blüte stand, wenig Aussicht, daß der Steindruck die Anerkennung und Verbreitung finden würde, die er verdiente.

Bevor er sich aber endgültig entschloß, die bayerische Hauptstadt zu verlassen, wollte er noch einen Versuch machen, wieder in den rechtmäßigen Besitz seines Privilegiums zu gelangen. So bittet er in einem Brief an den König um die Direktion der Staatsdruckereien. 2) Er weist u. a. darauf hin, daß "ein Mitglied des allerhöchsten geheimen Rathes, 3) dessen festester Grundsatz es sei, immer nur den geraden Weg zu gehen" diesmal von seinem Weg abgewichen sei und eine Steindruckerei auf Regierungskosten errichtet hätte, "wel-

1) Döberl, M., a. a. O., S. 394.

2) Das Original der Senefelderschen Bittschrift an den König aus dem Jahre 1809 befindet sich im Besitz der Handschriftenabteilung der Bayerischen Staatsbibliothek in München.

3) Gemeint ist Utzschneider, vgl. hierzu auch Amann, J., a. a. O., S. 126.

ches gewiß nicht geschehen seyn würde, wenn der Nutzen für den Staat nicht einleuchtend gewesen wäre. Überdies, "so fährt er weiter fort, "bin ich jeden Augenblick bereit, wenn die allerhöchste Regierungsbehörde eigene Druckereyen zu führen wünschen, sie derselben auf die bequemste Art einzurichten, indem ich mir noch immer schmeicheln darf, in dem wahren Besitz der Kunstgeheimnisse zu seyn, welche ich hauptsächlich deswegen nicht ausüben darf, weil ich mich, da mein Privilegium zu wenig Kraft hat, allenthalben von Spionen umgeben sehe, die mich meiner Vorteile zu berauben suchen. Daß ich für diese meine Bemühungen die Direktion der benannten Staatsdruckereien und eine verhältnismäßige Besoldung erwarte, dazu bedarf die Billigkeit Euer Königlichen Majestät keine Erinnerung."

Daraufhin ließ sich der König über den Fall Senefelder unterrichten und im Verlauf dieser Unterredung soll er ausgerufen haben, indem er sich entrüstet an den Geheimen Referendär Utzschneider wandte: "Was treibt Ihr denn mit mir! Ich gebe dem Senefelder ein Privilegium mit der Androhung von 100 Dukaten Strafe bei Eingriff in dasselbe, und nun habt Ihr mich selbst solche Anstalten errichten lassen. Du gehst mir nicht mehr unter die Augen, bis Senefelder um jeden Preis zufrieden gestellt ist!" 1)

Noch am gleichen Tage ließ Utzschneider Senefelder zu sich kommen, um mit ihm zu beraten, wie man diese Angelegenheit am besten beilegen könnte. Er machte Senefelder dann den Vorschlag, bei der neu errichteten Vermessungskommission als Königlicher Inspektor der Lithographie tätig zu sein. Senefelder war gegen eine Besoldung von jährlich 15 000 Gulden schließlich einverstanden, in den Staatsdienst zu treten und die Aufsicht über die Staatsdruckereien zu übernehmen. 2)

Damit war der Streit zwischen Senefelder und Utzschneider aus der Welt geschafft worden. Nach langem Umherirren und trostlosen Hungerjahren begann nun für Senefelder eine ruhige Zeit, in der er sich ohne Sorge um das tägliche Brot ganz seinen Erfindungen widmen konnte; denn Utzschneider hatte diese Stellung nur geschaffen, um ihn der täglichen Sorgen zu entheben und um ihm die Möglichkeit zu geben, im Laboratorium der Katasterkommission eigenen Forschungen nachgehen zu können. Seine Tätigkeit bei der Steuervermessungskommission wurde fast gar nicht in Anspruch genommen und er hatte viel freie Zeit. 3)

1) Ferchl, F. M., a. a. O., S. 156.

2) Kunst- und Gewerbeblatt 1834, Bd. 12, Heft 5, S. 73.

3) Senefelder, A., a. a. O., S. 127.

Auch als Direktor der bayerischen Landkartendruckerei im Katasteramt konnte er weiterhin seinen privaten Interessen nachgehen. 1818 ging er zum Druck farbiger Blätter über und legte damit den Grundstein für die heutige Bedeutung des Farbdruckes. Nachdem er noch den Öldruck auf Leinwand fertigbrachte, trat er 1827 von seinem Inspektorposten zurück, behielt aber weiterhin sein privates Laboratorium im Katasteramt und arbeitete hauptsächlich an der Vervollkommnung des Ölgemälde-Druckes. 1) Mit dem Druck farbiger Gemälde hat die Steindrucktechnik ihren Höhepunkt erreicht und wird überall als Kunst anerkannt. Berühmte Maler stellen sich in ihren Dienst und Senefelders Erfindung findet endlich auch die Anerkennung weiter Kreise der Bevölkerung, die sich ein Originalgemälde nicht leisten, aber sich an den Reproduktionen erfreuen können. Die staatlichen Gemäldegalerien stellten ihre Sammlungen zur Verfügung, und die Reproduktionen alter Meister trugen zum Ruhm der Farbdrucktechnik bei.

Dadurch, daß Utzschneider für Senefelder eine finanziell unabhängige Stellung schuf, erwarb er sich das Verdienst, Senefelder seinem Vaterland erhalten zu haben. In seinem Lehrbuch spricht Senefelder von Utzschneider als seinem größten Wohltäter und Schöpfer seines Glückes: 2) "..... Utzschneider fügte sogleich die für mich so ehrenvolle Erklärung hinzu, daß er und die königliche Kommission stolz darauf wären, mich als den Erfinder dieser Kunst zu besitzen und durch meine Anstellung im Namen des Vaterlandes meine bisherigen Bemühungen zu belohnen. Dieser vortreffliche Mann erfüllte schon nach einigen Tagen die mir gemachten Hoffnungen und wurde so mein größter Wohltäter und Schöpfer meines Glückes; denn durch ihn erhielt ich die Aussicht auf ein sorgenfreies Alter, und ich wurde in den Stand gesetzt, von nun an meine Kunst nicht mehr als Erwerbsmittel betrachten zu müssen. Alles, was ich seit dieser Zeit Nützliches darin erfunden habe, welches, wie ich hoffe, nicht unbedeutend ist, habe ich der ruhigen und glücklichen Lage zu verdanken, in welche ich durch seine Güte gesetzt worden bin."

Die lithographische Kunstanstalt der Steuervermessungskommission wurde bald zur größten aller lithographischen Anstalten in München. Sie beschäftigte ungefähr 30 Lithographen, die sich vorwiegend mit der Herstellung von Karten und Plänen des Königreiches Bayern befaßten.

Als Utzschneider später aus dem Staatsdienst ausgeschieden war und seinen ei-

1) Wagner, E., a. a. O., S. 113.

2) Senefelder, A., a. a. O., S. 118.

genen privaten Unternehmungen nachging, gründete er 1815 eine eigene lithographische Anstalt, die er in einem Raum des Bräuhauses unterbrachte. 1) Diese Anstalt sollte weniger erwerbswirtschaftlichen Zwecken dienen sondern war mehr gemeinnütziger Art. 1815 war die lithographische Anstalt bei der Feiertagsschule in den privaten Besitz Mitterers übergegangen. Utzschneider hat vielleicht mit dem Gedanken gespielt, daß seine lithographische Anstalt die Nachfolge der Feiertagsschule antreten sollte. Jedenfalls blieb sie klein und unbedeutend und diente hauptsächlich der Schulung interessierter junger Künstler. Dasselbe läßt sich auch von der Glasmalerschule sagen. Utzschneider, der sich schon wiederholt in Rieden für die Gründung einer Malschule und die Wiederbelebung dieser alten, bayerischen Kunst eingesetzt hatte, gründete in seinem Bräuhaus eine zweite Schule. Sie sollte als eine Art Musterschule für ganz Bayern gelten. Was aus ihr geworden ist, ist nicht feststellbar, da sich im Utzschneiderschen Nachlaß keine Hinweise finden. Nur in seinen Tagebucheintragungen wird sie manchmal erwähnt. 2) Es verdient festgehalten zu werden, daß Utzschneider bei der Gründung dieser beiden Anstalten nur aus Liebe zu einer Kunst für sein Vaterland gehandelt hat und nicht aus gewinnstüchtigen Motiven.

1) 1815 hatte Utzschneider ein Brauhaus erworben, in dem er verschiedene seiner Unternehmungen unterbrachte (vgl. S. 139 vorliegender Arbeit).

2) Vgl. Deutsches Museum, Akt Nr. 5185, Eintragung v. 10. Dez. 1816.

3. Kapitel

Schluss.

Zusammenfassung und Würdigung der Utzschneiderschen Verdienste.

Wenn man sich fragt, welches die Triebkraft ist für alle Werke, die Utzschneider geschaffen hat, so kann man schwer eine allgemein gültige Antwort darauf geben. Die treibende Kraft ist Utzschneider als Unternehmer, Persönlichkeit, ohne ihn geschieht nichts, alle übrigen Produktionsfaktoren, Arbeit, Boden und Kapital befinden sich ihm gegenüber in Abhängigkeit und werden durch seine schöpferische Initiative zum Leben erweckt.

Um die Einfuhr billiger Auslandswaren zu unterbinden, baut er eine vaterländische Industrie auf, um Arbeit zu schaffen für seine Mitbürger, gründet er seine Institute, um Bayern das Glasmonopol zu sichern, sieht er von einem Glashandel ab. Ohne selbst Forscher zu sein, geht er an die wirtschaftliche Auswertung der Forschungsergebnisse seiner Zeitgenossen, geschickt sucht er sich die richtigen Mitarbeiter aus und legt mit der Gründung des optisch-mechanischen Instituts die Grundlage für die Entwicklung der Optik und Feinmechanik in München. Er überlegt alle Pläne reichlich und hat kein Verlangen nach möglichst schneller Gewinnerzielung, die Freude am Entdecken, am Einführen neuer Industrien und Talente steht bei ihm im Vordergrund. Dabei ist er selbst kein Wissenschaftler oder Erfinder, 1) er ist Praktiker, Unternehmer, Einführer, Wegbereiter neuer Industrien. Wenn Utzschneider auch nicht wie z. B. Siemens Erfindungen gemacht hat, von denen er zu seiner Unternehmertätigkeit kam, so war er der Einführer von Industrien und hat den industriellen Aufbau von Fabriken erdacht und ausgeführt, so wie andere Maschinen erfinden

-
- 1) Utzschneider war durch seine späteren Beschäftigungen von den exakten Wissenschaften abgezogen worden. Er fand, daß eine ausschließliche Beschäftigung mit Mathematik und Naturwissenschaften eine Art Einseitigkeit und Pedanterie erzeuge, den Menschen unbeholfen, linkisch und stumm mache und zum Verlust der eigentlichen Weltgewandtheit und Geschäftstüchtigkeit führe (Bauernfeind, a. a. O., S. 8).

und ausführen. Utzschneider war Unternehmer, Kaufmann und Finanzexperte in einer Person. Als Unternehmer geht er von den Erfindungen Reichenbachs, Fraunhofers, Achards und Senefelders aus, denen er zu Leben verhelfen will, als Kaufmann geht er von Marktverhältnissen aus und denkt an die Schaffung einer Absatzorganisation für seine Industrieprodukte: Essig, Zucker, Tuche, Tabak; als Finanzexperte interessiert ihn der Bankmarkt, die Herbeischaffung von Kapitalien, die Gründung neuer Wirtschaftsgebilde wie Aktiengesellschaften. Auf allen drei Gebieten boten sich ihm genügend Betätigungsmöglichkeiten. Daneben ist Utzschneider noch Kameralist, der sich hinsichtlich der Belebung der vaterländischen Industrie große Verdienste erworben hat. 1) Bei all seinen Unternehmungen ist er nicht von der Leidenschaft besessen, möglichst viel Geld zu verdienen, er war großzügig und uneigennützig. Er wollte den Wohlstand aller, nicht den Reichtum einzelner weniger. 2)

Utzschneider zeigte großes Geschick, wenn es galt, die richtigen Mitarbeiter auszuwählen. Er besaß die seltene Gabe, neue Talente frühzeitig zu erkennen, sie zu fördern und ihre Erkenntnisse praktisch auszuwerten. (Guinand, Niggli, Reichenbach, Fraunhofer, Merz, Ertl, Senefelder). Utzschneider erwähnt selbst dazu: 3) "Hinsichtlich der Belebung der vaterländischen Industrie habe ich gewiß das Meinige gethan, davon zeugen die optischen, mechanischen und lithographischen Anstalten in Bayern. Vielleicht bin ich Ursache, daß Reichenbach, Fraunhofer, Liebherr, Merz und auch Senefelder unserem Vaterland - wo nicht gegeben - so doch wenigstens erhalten wurden".

Was Reichenbach, Fraunhofer und Senefelder Großes leisteten, ist zwar ihr eigenes Werk, begründet ihren eigenen Ruhm und bedarf deshalb einer eigenen Würdigung. Aber: ohne Utzschneiders finanzielle Sicherung wären sie vielleicht an der Überwindung ihrer materiellen Schwierigkeiten gescheitert und hätten das Los so vieler Erfinder geteilt, die ihre Erfindungen nicht auswerten konnten, weil ihnen die Mittel dazu fehlten. Utzschneider kam durch diese Männer zu einem größeren Ruhm als ihm seine ganze staatliche Tätigkeit eingebracht hätte.

Sein Name ist unauflöslich mit der Entwicklung neuen, technischen Lebens in Bayern und besonders in München verknüpft. Die Nachwelt verdankt es ihm, -----

- 1) In und um Benediktbeuren lebten rund 400 Menschen, die durch Utzschneider Arbeit gefunden hatten. (Kunst- und Gewerbeblatt 1816, S. 603).
- 2) vgl. Stumpf, Pl., Denkwürdiges Bayern, a. a. O., S. 330.
- 3) Brief an den König vom 12. Juli 1820, Staatsarchiv, Min. Inn. 19217.

daß wichtige Erfindungen aus dem Ideenkreis der Erfinder ins praktische Leben treten konnten. Mit der Gründung der mechanisch-optischen Werkstätte war der erste Versuch gemacht worden, das Brillengewerbe auf eine wissenschaftlich fundierte Basis zu stellen. Dieses Gewerbe begann sich jetzt in die internationalen Austauschbeziehungen einzuschalten. Die optischen Geräte gingen nicht nur an deutsche, sondern auch an italienische, französische, russische und sogar englische Sternwarten. Die Münchener Feinmechanik und Optik erlangt internationalen Ruf und beginnt sich einem größeren Rahmen einzufügen.

Eine weitere Lebensaufgabe sah Utzschneider in der Förderung der Wissenschaften und des Bildungswesens. Überall, wohin ihn seine Wege führten, in München, Benediktbeuren, Giesing, Erching, Schleißheim wollte er Lehranstalten errichten oder kostenlosen Unterricht erteilen lassen. Er gründete eine Landwirtschaftsschule, führte die Klosterschule in Benediktbeuren weiter fort, errichtete Geometer- und Forstschulen und war später im Vorstand der polytechnischen Centralschule in München.

Er war Mitglied der Akademie der Wissenschaften, des Polytechnischen, Landwirtschaftlichen und mehrerer anderer Vereine. In seinen Landtagsreden setzte er sich mit allen Problemen seiner Zeit auseinander. Daß er mit seinen Vorschlägen zur Befreiung und Teilbarkeit des Grundeigentums, zur Einführung der Gewerbefreiheit und zur Förderung des Unterrichtswesens nichts erreicht hat, ist nur ein Beweis dafür, daß er seiner Zeit weit voraus war. Einige seiner Vorschläge sind später nach seinem Tod noch verwiklicht worden.

Auch das, was der talentvolle Utzschneider als Beamter im Staatsdienst leistete, darf nicht vergessen werden. Er gehört der bayerischen Wirtschafts- und Finanzgeschichte an. Er setzte sich für einen geregelten Haushalt in den Staatskassen ein, ordnete die Staatsschuldenabwicklung nach einem festem Schuldentilgungsplan, legte die Grundlage zum Steuerdefinitum und zum bayerischen Steuerkataster.

Sein ruheloser Geist trieb ihn leider zu unvorsichtigen Äußerungen und kühnen Reformvorschlägen. Als Revolutionär verschrien, als Anhänger der Gewerbefreiheit scharf angegriffen und als Republikaner verleumdet, hat er doch nur die Entwicklung seines Vaterlandes im Auge gehabt. Leider wurde er von vielen seiner Zeitgenossen verkannt oder nicht verstanden. Erst die Nachwelt setzte auf sein Grabmal die Inschrift: dem edelsten Vaterlandsfreunde!

Utzschneider war auf politischem Gebiet sehr ehrgeizig, man sagte sogar von

ihm, daß er die Leitung des Finanzministeriums angestrebt und das "Werkzeug französischer Eroberungsgelüste" gewesen sei. 1) Diese Gerüchte führten zu seiner Entlassung. Auch nach seinem Wiedereintritt in den Staatsdienst setzt er den Kampf gegen die Mittelmäßigkeit, gegen den Schlendrian der Staatsverwaltung fort. Er fühlte sich mehr zum Schaffen von Neuem als zum Fortführen von Altem angeregt. Bei dieser, seiner etwas unglücklichen Veranlagung mußte er auf verwaltungspolitischem Gebiet scheitern. Er konnte sich nicht unterordnen und war zu selbstherrlich und eigenwillig in seinen Entschlüssen. Deshalb konnte er nicht das Wohlwollen Montgelas erringen.

Doch trotz all seiner Verdienste sollte ihm nicht die bittere Wahrheit erspart werden, daß jedes Bestreben nach Einführen von nützlichen Maßnahmen zugleich auch Feindseligkeit und schleichende Verfolgung nach sich zieht. Im Jahr 1814 verließ er wiederum den Staatsdienst und begibt sich auf das Gebiet der privaten Industrie, das seiner Veranlagung, seinem organisatorischen Denken, seinem Draufgängertum und seiner schöpferischen Initiative mehr entsprach. Als freier Unternehmer konnte er in Gedanken und Entschlüssen seine eigenen Wege gehen, zum Wirtschaftsführer seiner Epoche werden, dem die anderen nachfolgen.

Alle seine Unternehmungen erwog er bedächtig und überlegt. Er haßte übereilte Entschlüsse und verstand es auch, eine Sache in die Länge zu ziehen, wenn er sie noch nicht für reif genug hielt. Fand er die Bedingungen für die Einführung einer neuen Industrie gegeben, so schritt er rasch und energisch zum Handeln und forderte das Gleiche von allen, die mit ihm zusammenarbeiteten. Es fiel ihm leicht, anzuordnen und auszuführen, aber er besaß nicht die Gabe, die Unternehmen weiterzuführen und zu erhalten. Stagnation konnte er nicht. Wie ein Erfinder von Wahrheit zu Wahrheit, so schritt Utzschneider von Unternehmen zu Unternehmen. Meistens überließ er sie seinen Nachfolgern, ohne in den Genuß einer verdienten Rente gekommen zu sein. 2)

1) Heigel, E., Die Jakobiner in München, a. a. O., S. 160.

2) Die Lederfabrik wurde 1819 an S. Streicher mit Verlust verkauft. Benediktbeuren mußte U. an den Staat zurückverkaufen, das optische Institut führte er bis ein Jahr vor seinem Tod weiter, dann verkaufte er es an Merz & Mahler. Das mechanische Institut ging in die Hände von Liebherr & Werner über, das Bräuhaus und die Obergiesinger Schnapsbrennerei übernahm sein Schwiegersohn, der Salinenrat J. Knorr. Erching wurde erst nach seinem Tod von den Erben verkauft, die Tuchfabrik nach seinem Tod liquidiert, da sich kein Käufer fand, die Essigfabrik übernahm sein dortiger Mitarbeiter Bühler. Aus ihr ging die spätere Gebr. Macholl A. G. hervor.

Es erklärt sich so, daß er seiner Familie bei seinem Tod kein nennenswertes Vermögen hinterließ.

Faßt man alles zusammen, so tritt uns Utzschneider als seltene Persönlichkeit entgegen, der eine bedeutende historische Größe nicht abzusprechen ist. Bis zu seinem Tode hat er nur die Entwicklung seines Vaterlandes im Auge gehabt und sich stets an seinen Tagebuchausspruch gehalten: 1) "Ich will nicht glänzen, sondern nützen und glücklich sein!" Bauernfeind schreibt über die Persönlichkeit Utzschneiders: 2) "Eine reichbegabte, seltene Natur, frühzeitig in Kreise gebracht, wo Verstand und Urteil sich am meisten schärfen, gehört er mit Reichenbach und Fraunhofer zu dem Dreigestirn, das der anbrechenden Neuzeit ihren Weg wies."

1) Deutsches Museum, Tagebuch vom 25. März 1815, Nr. 5184.

2) Bauernfeind, a. a. O., S. 41.

Quellen und Literatur

a) ungedruckte Quellen

Hauptstaatsarchiv München. (abgekürzt Staatsarchiv)

- M. Inn. 16213 Die Lederfabrik und Leimsiederei des v. Utzschneider betr.
M. H. 5821 / 5822 Unterstützung des Seidenbaus betr.
M. F. 20817 Kloster Benediktbeuren Realitätenverkauf betr.
M. A. 756 / 294 Die Handschufabrikation des Utzschneider betr.
M. Inn. 16198 Lederfabriken.
M. H. 7492 Unterstützungsgesuch des Optiker Niggel betr.
M. H. 5972 Benediktbeuren Glashütte betr.
M. H. 5763 Akt die Utzschneidersche Tuchfabrik betr.
M. Inn. 19217 Die Gewährleistung des Bürgermeister von Utzschneider Benediktbeuren betr.
M. Inn. 15474 Wirkungen des Gewerbegesetzes 1825.
M. Inn. 17149 Beschwerde Nürnberger Kaufleute.
M. Inn. 16127 Die Utzschneidersche Essigfabrik betr.
M. H. 763 Gesuch des J. v. Utzschneider, um die Erlaubnis für die Errichtung einer Landwirtschaftsanstalt in Erching betr.
M. H. 543 Die Runkelrübenzuckerniederlage des von Utzschneider in München betr.
Lit. 141 1/13 Salinenvertrag Berchtesgaden und Lit. 155.
Lit. 168 und 193 1/16 Hochst. Berchtesgaden.
1210/11 Fürststift Berchtesgaden, Verlackungsrezess.
1213/14 und 1135 Urk. Berchtesgaden, Salinenwesen, Kauf von Schloß Adelsheim etc.

Kreisarchiv München.

- G. R. Fasc. 336/23 Die vom ehemaligen Hofkammerrate, dann-Geheimen Referendär von Utzschneider in Vorschlag gebrachte Anlegung einer Kolonie oder eines neuen Dorfes auf einem öden Grunde in Weilheim, dann dessen Errichtung eines Landwirtschaftsinstitutes zu Benediktbeuren betr.
H. R. 395/1223 1/2 Akt über Utzschneider.
K. L. 452/20 Die Veräußerung des Karmeliter-Anwesens zwischen dem Einlaß- und dem Isarthor an den quiescirenden Geh. Finanz-Referendär Utzschneider.

- G. R. Fasc. 281/72 Die dem Titl. Jos. von Utzschneider überlassenen Waldparzellen zu 3 bis 400 Tagwerke aus den Grünwalder Forsten gegen eine gewisse jährliche Rente dafür gemäß einem ausgestellten Reverse zum Behufe der Anlage einer eigenen Schälwaldung zu seiner Lederfabrik und derley noch weitere Lohegesuche. 1802-1804.
- R. A. Fasc. 1562/38 Das von Utzschneidersche Realitäten Verlosungsgesuch betr.
- R. A. Fasc. 1676/33 Utzschneider, Geh. Rat zu München, Fiscum wegen Vertragserfüllung.
- G. L. Fasc. 2641/169 1/2 Die Aktiengesellschaft für die von Utzschneidersche Zuckerfabrik bey München.
- Hochstift Litalien 5, Fasc. 23, Waldsachen Berchtesgaden.
- Hochstift Litalien 6, (Berchtesgaden) Verz. 18, Fasz. 10, Nr. 143 und 145 (Beamteninstruktionen).

Stadtarchiv.

- Bürgermeister und Rat Nr. 380.
- Destouches, Handschriftliches Jahrbuch der Stadt München 1818.
- Gewerbekataster CVI b / 41 / IV.
- Magistratssitzungsprotokoll 1823 v. 19. Dez. Nr. 92.
- Schrankenordnung 1871, Großmarkthalle Nr. 37.
- Deutsches Museum.

von der Vielzahl der Urkunden seien vor allem erwähnt:

- Nr. 5124 Selbstbiographie Utzschneiders.
- Nr. 5177, 5182, 5340, 5184, 5183 Tagebücher Utzschneiders.
- Nr. 5430 Vortragssammlung.
- Nr. 5092/5432 Vortragssammlung.
- Nr. 5343/5344 Geschichte des optischen Institutes und Fraunhofers Lebensgeschichte, handgeschriebenes Manuskript Utzschneiders.
- Nr. 6047 geschäftliche Trennung von Reichenbach.
- Nr. 6055 geschäftliche Trennung von Reichenbach.
- Nr. 5167/68 Brief an seinen Bruder Paul.

b) gedruckte Quellen.

Landtagsarchiv.

12. Protokollband der Landtagsverhandlungen 1819, Vortrag Utzschneiders die Staatsschulden betr. Beyl. Bd. II 1819 die Errichtung einer Bank betr.

Beyl. Bd. II 1831, Beilage XI, Utzschneiders Vortrag zur Förderung der Gewerbe in Bayern.

Beyl. Bd. II die Landtagsverhandlungen 1825, Antrag zur Förderung der Landwirtschaft in Bayern.

Prot. Bd. IX 1834 und Prot. Bd. III 1822, Beil. Nr. 23, Utzschneiders Anträge zur Unterstützung der vaterländischen Industrie.

Beyl. Bd. IV, Beil. Nr. 23. 1831, Antrag zur Förderung des Schulwesens.

Döllinger, Gesetzessammlungen, III. Teil, München 1835 - 1854

Weber, K., Gesetzessammlungen, I. Bd., München 1880 - 1919

Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte, 1, München

Lori, G., Sammlung des baierischen Bergrechts, München 1764

Regierungsblatt.

LITERATUR

Allgemeine Deutsche Biographie,

7., 11., 27., 52. Band.

Amann, J.,

Die bayerische Landesvermessung in ihrer geschichtlichen Entwicklung, Bd. I München 1906.

Anzeiger für Kunst- und Gewerbefleiß in Bayern, 2., 6., 7. Jahrgang, 1816 - 1821.

Auer, L.

Geschichte der Seidenindustrie und der Seidenzucht in Bayern, München 1954.

Auerbach, F.

Ernst Abbe, Leipzig 1918.

Bauernfeind, C. M. v. 1) Joseph von Utzschneider und seine Leistungen auf

volks- und staatswirtschaftlichem Gebiet, München 1880.

2) Georg von Reichenbach, München 1883.

3) Joseph von Fraunhofer, München 1887.

Das Bayerland, 1., 9., 32. Jahrgang, München 1890. ff.

Die Bayerische Landbotin, Nr. 103, München 1835.

Bayerisches Industrie- und Handelsblatt, München 1887.

Biographische Skizze von J. Utzschneider, Nekrolog, München 1840, Verfasser unbekannt.

Bosl, K. Forsthoheit als Grundlage der Landeshoheit, München 1949, in: Festschrift zur 100-Jahrfeier des Maximiliansgymnasiums in München

Braun, R. Optik und Feinmechanik in Deutschland, Berlin 1927.

Buchner, A. Geschichte von Bayern, 10. Buch, München 1855.

Churpfalzbaierisches Regierungsblatt 1800, St. 1.

Däzel, A. Praktische Anleitung zur Forstwirtschaft, München 1787.

Desberger, J. Zum Andenken an den Geheimen Rath von Utzschneider, Nekrolog, 1840 (erschieden im Kunst- und Gewerbeblatt 1840).

Döberl, M. 1) Entwicklungsgeschichte Bayerns, 3. Aufl. München 1928.
2) Ein Jahrhundert bayerischen Verfassungslebens, München 1918.

Dyck, W. van Georg von Reichenbach, Biographie, München 1912.

Deutsche Optische Wochenschrift,
2. Jahrgang, 13. Jahrgang, Erfurt 1927.

Ehrhard, A. Die bayerische Patriotenverfolgung vor 100 Jahren, erschienen in: Augsburger Abendzeitung vom 10. Feb. 1884.

Eheberg, K. Th. v. 1) Grundriß der Finanzwissenschaft, Leipzig und Erlangen 1925.
2) Die industrielle Entwicklung Bayerns, Erlangen 1897.

Engel, L. Die Geschichte des Illuminatenordens, Berlin 1906.

- Fahrmbacher H. Aus Münchens Zeiten der Franzosennot, 1800 - 1801, München 1900.
- Ferchl, F. M. Geschichte zur Errichtung der ersten lithographischen Kunst-
anstalt bei der Feiertagsschule für Künstler und Techniker,
München 1862.
- Festschrift 125 Jahre Münchener Sparkasse, München 1949.
- Festschrift 100 Jahre Hypotheken- und Wechselbank, 1835-1935,
München 1935.
- Festschrift zur 100 Jahrfeier des Maximiliansgymnasiums in München,
München 1949.
- Gehorsamste Petition des Münchener Handelsstandes aus dem Jahr 1819.
- Grünberger, H. Lehrbuch für die pfalzbaierischen Förster, München 1788.
- Geschichte der bayer. Industrie,
herausgegeben v. Bayerischen Industriellen verband,
München 1926.
- Haeutle, Ch. Genealogie des Hauses Wittelsbach, München 1870.
- Handbuch für Reisende in dem südlichen Gebirge von Bayern, München 1820.
- Hartmann, L. Joseph von Utzschneider, erschienen in: Monatsblätter der
Marianischen Männerkongregation, München 1925/26.
- Haushalter, G. Die Anfänge der modernen Zollverwaltung Bayerns, er-
schienen in: Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschich-
te Bayerns, XVI. Bd., München 1908.
- Heider, J. Das bayerische Kataster, München 1954.
- Heigel, K. Th. Die Jakobiner in München, in: Aus drei Jahrhunderten,
Wien 1881.
- Hirn, J. Tirols Erhebung im Jahre 1809, Innsbruck 1909.
- Historischer Atlas von Bayern, Teil Altbayern, Fürstpropstei Berchtesgaden,
Heft 7 München 1954.
- Hoffmann, L. Oekonomische Geschichte Bayerns unter Montgelas, Er-
langen 1885.

- Hümmert, L. Die finanziellen Beziehungen jüdischer Bankiers und Heereslieferanten zum bayerischen Staat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Diss. München 1927.
- Hörburger, J. Bayerns Soleleitungen, in: Das Bayerland, XXXII. Jahrgang.
- Hazzi, J. v. 1) Lehrbuch des Seidenbaus in Bayern, München 1826.
2) Statistische Aufschlüsse über das Herzogtum Bayern in drei Bänden, Nürnberg 1803.
- Hübner, L. Beschreibung der kurbaierischen Haupt- und Residenzstadt München, 1856.
- Jahrhunderschrift des Polytechnischen Vereins, 1815 - 1915, Hundert Jahre technische Erfindungen und Schöpfungen in Bayern, Berlin 1922.
- Kainzl, J. Der Kampf um die Gewerbereform und Gewerbefreiheit in Bayern, 1799 - 1868, Leipzig 1879.
- Karmarsch, K. Geschichte der Technologie, München 1872.
- Keramische Rundschau, 32. Jahrgang, Berlin 1924.
- Klein, H. Zur älteren Geschichte der Salinen Hallein und Reichenhall, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 38, Heft 4, 1951.
- Koch, J. Th. Geschichte des Lotteriewesens in Bayern, München 1908.
- Koch-Sternfeld, E. v. 1) Geschichte des Fürstenthums Berchtesgaden und seiner Salzwerke in drey Büchern, 1815.
2) Die teutschen, insbesondere die bayerischen und österreichischen Salzwerke zunächst im Mittelalter, 1836.
- Kraus, J. G. Die Staatshaushaltskontrolle in Bayern seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts, erschienen in: Schanz, Finanzarchiv, 1. Bd. XIII. Jahrgang, 1925.
- Krell, H. Die Besiedlung des Donaumooses, Neuburg an der Donau 1949.
- Kreuter, B. Beiträge zur Geschichte der Wollengewerbe in Bayern im Zeitalter des Merkantilsystems, Oberbayerisches Archiv, 50, München 1897.

- Krieg, A. Denkschrift zur Verwendung der Kartoffel, M. Inn. 6048, Staatsarchiv.
- Kuhlo, A. Geschichte der bayerischen Industrie, München 1926.
Kunst- und Gewerbeblatt aus den Jahren 1816, 1820, 1826 und 1840.
- Lerchenfeld, G. Frh. v. Geschichte Bayerns unter König Maximilian Joseph, Berlin 1854.
- Lossow, P. v. Anteil hervorragender Bayern an der Entwicklung der Technik, in: Bayr. Herold 1927.
- Lütge, F. 1) Die Bayerische Grundherrschaft, Stuttgart 1949.
2) Wirtschaft und Wissenschaft im 19. Jahrhundert, in: Bilder der bayerischen Geschichte, Nürnberg 1953, S. 239 ff.
- Lippmann, K. Das Ewiggeld in München, Dachau 1910.
- Maenner, L. Bayern vor und in der französischen Revolution, Berlin 1927.
- Marechaux, F. v. Über die Fabrikanstalten des Herrn G. R. v. Utzschneider in München und Benediktbeuren, Anzeiger für Kunst- und Gewerbeleiß, 2. Jahrgang, 1816.
- Martin, F. Berchtesgaden, die Fürstpropstei der regulierten Chorherren, Wien 1923.
- Du Moulin-Fekart, R., Graf Eine Ehrenrettung, in: Forschungen zur Literatur- und Kulturgeschichte Bayerns, 5. Band, Ansbach u. Leipzig 1897.
- Müller, Ch. München unter Maximilian Joseph I., 1. u. 2. Teil, Mainz 1816 - 17.
- Mussinan, J. Geschichtliche Übersicht und Darstellung des bayerischen Staatsschuldenwesens, München 1831.
- N. N. Reise durch Oberdeutschland, in Briefen an einen vertrauten Freund, München 1800.
- Neue Deutsche Biographie, III .
- Neues Münchener Tageblatt 1905 Nr. 70.

- Neuform, K. St. v. Die Staatsschulden des Königreichs Bayern, Bamberg 1858.
- Popp, A. Die Entstehung der Gewerbefreiheit in Bayern, Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars der Universität Erlangen, Erlangen 1928.
- Poschinger, H. v. Bankgeschichte des Königreichs Bayern, 3. Lieferung, Erlangen 1875.
- Reimann, E. Geschichte des bayerischen Erbfolgekrieges Leipzig 1869.
- Reinhardstätter, K. v. Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Bayerns, Ansbach und Leipzig 1896.
- Rosenlehner, A. Die Grundlagen des Wirtschaftslebens in Bayern, in: Forschungen zur Geschichte Bayerns, Heft 3, XVI Bd. 1908.
- Ritter von Lang Die Memoiren des Ritter von Lang, in: Aus drei Jahrhunderten, Wien 1881.
- Rohr, M. v. J. Fraunhofer als Schöpfer der deutschen Feinoptik, Berlin 1926.
- Rudhart, I. Über den Zustand des Königreichs Bayern, Erlangen 1827, 3. Bd.
- Schärl, W. Die Zusammensetzung der bayerischen Beamten 1806-1918, Kallmünz 1955.
- Schönhueb, A. v. Die Geschichte des bayerischen Kadettenkorps, München 1856, 2. Teil.
- Segner, F. Die bayerische Staatsschuld, im Finanzarchiv 20, II, 1903.
- Seitz, A. 1) Joseph Fraunhofer, Biographie, Erfurt 1925.
2) Joseph Fraunhofer und sein optisches Institut, München 1926.
- Senefelder, A. Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks, München 1821.
- Sombart, W. Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert, 7. Aufl. Berlin 1927.
- Spenkuch, G. Zur Geschichte der Münchener Börse, Leipzig 1908.

- Stoll, M. Joseph Utzschneider, München 1918.
- Stahl, W. Joseph von Utzschneider und seine Bedeutung für die deutsche optische Industrie, München 1929.
- Stumpf, Pl. Denkwürdige Bayern, München 1865.
- Trefz, F. Das Wirtsgewerbe in München, in: Münchener volkswirtschaftliche Studien, X. Bd., Stuttgart 1899.

Utzschneider, Joseph

- 1) Drey merkwürdige Aussagen, die innere Einrichtung des Illuminatenordens betr. in: Große Absichten der Illuminaten, München 1786.
- 2) Rede vor dem Polytechnischen Verein, Kunst- und Gewerbeblatt 1821.
- 3) Antrag an die hohe Kammer der Abgeordneten zur Begründung und Erhaltung des Wohlstandes der bayerischen Güterbesitzer.
- 4) Antrag zur Förderung des Handels und des Gewerbefleißes in Bayern, München 1825.
- 5) Mit welchen Schwierigkeiten begann im Jahre 1799 und 1800 die Regierung Sr. Majestät des Königs Maximilian Joseph in Bayern, München 1837.
- 6) Beyträge zur Land- und Staatswirtschaft, 1804.
- 7) Kurzer Umriß der Lebensgeschichte des Herrn Dr. Joseph Fraunhofer, Nekrolog, erschienen im Kunst- und Gewerbeblatt 1826.
- 8) Antrag an die hohe Kammer der Abgeordneten zur Förderung des Ackerbaus, des Gewerbefleißes und des Handels in Bayern, München 1831.
- 9) Antrag an die hohe Kammer der Abgeordneten zur Förderung des Unterrichts in den bayerischen Schulanstalten, für welche die Stände des Reiches die nöthigen Geldmittel bewilligen, München 1831.

Vaterländisches Magazin, Biographische Skizze von J. Utzschneider, München 1840.

- Vorstellung und Bitte des Handelsstandes der k. Haupt- und Residenzstadt München zwecks Revision und Abänderung einiger Bestimmungen im Gewerbegesetz, München 1831.
- Voit, E. Feinmechanik in Bayern, München 1906, Manuskript Deutsches Museum, Nr. 5340.
- Wagner, C. A. Senefelder, sein Leben und sein Wirken, Darmstadt 1914.
- Warmuth, O. Geschichte der Mooskultur unter Kurfürst Karl Theodor, München 1908.
- Widmann, H. Geschichte Salzburgs in drei Bänden, Gotha 1914.
- Wiesmüller, Fr. Geschichte der Mooskultur in Bayern, München 1909.
- Zeitschrift für Instrumentenkunde, XLVI. Jahrgang, Berlin 1926.
- Zschokke, H. Die Werkstätten in Benediktbeuren, in: Geschichte unserer Zeit, Aarau 1817.

LEBENS LAUF

Ich wurde am 6. Oktober 1930 als Tochter der Eheleute Karl und Martha Mackenthun in Westergellersen bei Lüneburg geboren. Bis zum 12. Lebensjahr besuchte ich die dortige Volksschule und wechselte im Jahre 1942 an die Staatliche Wilhelm-Raabe-Oberschule für Mädchen über. Dort legte ich im Frühjahr 1951 meine Reifeprüfung ab. Anschließend studierte ich an der Universität Göttingen vier Semester Volkswirtschaft. Im Sommersemester 1953 setzte ich meine Studien in München fort, hörte vor allem betriebswirtschaftliche Vorlesungen und unterzog mich im April 1955 der Diplomprüfung für Kaufleute. Anschließend begann ich mit den wissenschaftlichen Vorarbeiten zu meiner Dissertation und hörte nebenbei Vorlesungen verschiedener Professoren der staatswirtschaftlichen Fakultät. Nach Abschluß dieser Arbeiten ging ich im Sommer 1957 nach Paris und erwarb an der mit der Sorbonne in Verbindung stehenden Alliance Francaise ein Sprachendiplom. Während meines Praktikums arbeitete ich im Kunst- und Technikverlag in München, wo ich an der Herstellung der Kunstzeitschrift "Die Weltkunst" mitarbeitete. Mein Auslandspraktikum machte ich in der Firma Soyez in Paris, in der ich zur Zeit als Dolmetscherin und Übersetzerin tätig bin.

